



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Politische Kultur, nationale Identität und Atomenergie.
Die österreichische Kernenergiekontroverse von
1978 bis 1986 im Lichte des Nationalrats“

verfasst von

Florian Bayer (BA)

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Geschichte

Betreut von:

o. Univ.-Prof. Dr. Mitchell Ash

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
1.1	Fragestellung	5
1.2	Vorgehensweise	6
1.3	Forschungsstand	8
2	Österreich und die Atomkraft: ein Überblick	14
2.1	Auftakt ins Atomzeitalter	14
2.2	Atome für den Frieden	15
2.3	Das österreichische Atomprogramm	17
2.4	Elektrizitätserzeugung durch Kernenergie in Österreich	18
2.4.1	Das Kernkraftwerk in Zwentendorf	18
2.4.2	Eine unumstrittene Entscheidung	20
2.5	Die Kernenergie wird zum Politikum	21
2.5.1	Zur Geschichte der österreichischen Anti-AKW-Bewegung	22
2.5.2	Auszüge aus der Kontroverse	25
2.6	Die Volksabstimmung vom 5. November 1978	28
2.7	Von der Volksabstimmung bis 1985	30
2.8	Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und die Folgen für Österreich	32
2.9	Zusammenfassung	34
3	Technologie <i>und</i> Gesellschaft?	36
3.1	Dimensionen des Technikbegriffs	36
3.2	Technologischer Determinismus und Sozialkonstruktivismus	37
3.3	Co-Produktion als Ausweg?	39
3.4	Perspektivenwechsel in der Technikhistoriographie	42
3.5	Zusammenfassung	44
4	Politische Kultur nach 1945	46
4.1	Begriffsbestimmung	46
4.2	Überblick	49
4.3	Die Zweite Republik und ihre Gründungsmythen	51
4.4	Parteienstaat, Konkordanzdemokratie und Sozialpartnerschaft	53
4.5	Von der Regierung Klaus bis in die Mitte der 80er	55
4.6	Die Etablierung der österreichischen Konkurrenzdemokratie	56
4.7	Zusammenfassung	58

5	Die Kernenergiekontroverse von 1978 bis 1986 im Lichte des österreichischen Nationalrats	60
5.1	Ausgangspunkt Inhaltsanalyse	61
5.2	Festlegung des Materials	62
5.2.1	Auswahl des engeren Quellenkorpus	63
5.2.2	Stenographische Protokolle als Quelle	63
5.3	Ziel und Ablauf	64
5.4	Analyse	66
5.4.1	Die Träger der Debatte	66
5.4.2	Die Proklamation der „Energiewende“	67
5.4.3	Reaktionen auf den Wertewandel	72
5.4.4	Die friedliche Nutzung der Kernenergie im Ausland	80
5.4.5	Bedenken gegen friedliche Nutzung der Kernenergie	86
5.4.6	Warum auch Österreich die Kernenergie braucht	93
5.4.7	Anerkennung und Revisionsversuche einer Volksabstimmung: Zwischen Konsens und Konflikt	102
6	Zusammenführung	122
6.1	Erste Ansätze eines „atomfreien Österreichs“	123
6.2	Der Faktor nationale Identität	126
6.3	Ein Konsens als Notwendigkeit?	128
7	Schluss	130
	Anhang	132
	Literaturverzeichnis	132
	Online-Ressourcen	142
	Quellenübersicht	143
	Abstract (deutsch)	144
	Abstract (english)	145
	Danksagung	146
	Lebenslauf	147

1 Einleitung

„Am 5. November 1978 sprachen sich die ÖsterreicherInnen bei einer Volksabstimmung gegen die Inbetriebnahme des bereits fertig gestellten AKW Zwentendorf aus. Bei einer Wahlbeteiligung von 64,1% stimmten 50,47% mit ‘Nein’. Mit einer Mehrheit von nur 0,47% entschieden sie sich für eine atomfreie Zukunft. Am 15. Dezember 1978 wurde das Bundesgesetz über das Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich beschlossen. Bis 1986 gab es einige Versuche, Zwentendorf doch noch aufzusperren. Nach dem Unfall von Tschernobyl 1986 war jedoch klar, dass diese Entscheidung nicht mehr rückgängig gemacht werden kann und richtig war.“¹

Diese Kurzdarstellung vom „Ende“ der Kernenergie in Österreich ist dem offiziellen Webaufttritt des Bundeslandes Salzburg entnommen. Zu finden ist diese unter der Rubrik Umweltschutz nach einer kurzen Einleitung zum Thema Radioaktivität, in der es heißt, dies sei *„auf Grund der grenznahen Atomkraftwerke in Tschechien, Slowenien, Slowakei und Deutschland ein wichtiges Thema in Österreich.“*² Sie fasst beispielhaft in wenigen Sätzen den gängigsten österreichischen Narrativ in Bezug auf die eigene Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie zusammen. Zuletzt haben die Ereignisse in Fukushima im Frühjahr 2011 einen neuen Impuls für die regelmäßige Bezugnahme auf ein „atomfreies Österreich“, wie es im Titel der seit 1999 existierenden Verfassungsbestimmung zum Verbot der Nutzung der Kernenergie in Österreich heißt³, bedeutet. Wenige Wochen nach dem jüngsten Reaktorunfall konnten BeobachterInnen der Maifeierlichkeiten der österreichischen Sozialdemokratie (SPÖ) am Wiener Rathausplatz unschwer feststellen, dass der Großteil der Wiener Bezirksorganisationen der SPÖ die Forderung nach einem „atomfreien Europa“ vor sich her trugen. Spätestens mit der Ansprache von Bundeskanzler Werner Faymann, in deren Rahmen er in kämpferischer Rhetorik davon sprach, mit den Mitteln der Demokratie den europaweiten Widerstand gegen die Kernenergie zu organisieren⁴, stellt sich die Frage, warum ein Reaktorunfall in Japan gerade in Österreich von offiziellen VertreterInnen mit einer derartigen Vehemenz aufgegriffen wird beziehungsweise warum dies in der Bevölkerung auf die erwartete positive

¹LAND SALZBURG, Österreich und die Atomenergie, URL: http://www.salzburg.gv.at/themen/nuw/umwelt/atom1/radioaktivitaet_oesterreich.htm, letzter Zugriff: 30.11.2012.

²LAND SALZBURG, Radioaktivität, URL: <http://www.salzburg.gv.at/themen/nuw/umwelt/atom1.htm>, letzter Zugriff: 30.11.2012.

³BUNDESGESETZBLATT, Nr. 149/1999, verlautbart am 13.08.1999, URL: <http://www.ris.bka.gv.at>.

⁴Werner FAYMANN, Ansprache zum 1. Mai 2010, URL: <http://www.youtube.com/watch?v=7Bbba0LTOQE>, letzter Zugriff: 30.11.2012.

Resonanz stößt. Je nach Zeitpunkt und Ausrichtung zeigen Meinungsumfragen immer wieder, dass die Frage, ob die friedliche Nutzung der Kernenergie zu befürworten sei oder nicht, in Österreich erst gar nicht gestellt werden muss. Die überwiegende Mehrheit der Befragten lehnt diese kategorisch ab oder steht der Diskussion um Nukleartechnologie zumindest insgesamt vergleichsweise kritisch gegenüber.⁵ Öffentliche FürsprecherInnen sind kaum zu finden, noch nicht einmal aus den Reihen der Energieversorgungsunternehmen. Dieser Umstand bildet den Ausgangspunkt für die folgende Auseinandersetzung mit der Geschichte der friedlichen Nutzung der Atomenergie in Österreich, in der dessen historische Wurzeln und Bedingungen untersucht werden.

1.1 Fragestellung

Der vorliegenden Arbeit liegt die primäre Frage zu Grunde, wie diese konsensuale Ablehnung der Kernenergie in Österreich angesichts des sehr knappen Ausgangs der Volksabstimmung von 1978 überhaupt zustande kommen konnte. Um die historischen Bedingungen dieser Ablehnung zu bestimmen werden mehrere Aspekte in den Blick genommen: Am Beginn steht die Frage, welchen Verlauf die Geschichte der Nutzung der Kernenergie in Österreich genommen hat und welche Aspekte dieser Entwicklung in Bezug auf ihre spätere Ablehnung besonders zu berücksichtigen sind.

Um die Wurzeln der Ablehnung der Kernenergie benennen zu können, bedarf es weiters einer Antwort auf die Frage des Verhältnisses zwischen Technologie und Gesellschaft. Welche Dimensionen spielen in diesem Verhältnis eine Rolle und welche sind in Bezug auf die Ablehnung der Kernenergie in Österreich entscheidend? Damit in Verbindung steht die Frage, wie diese systematisiert und analysiert werden können.

Wie ein Überblick über bisherige Forschungen (siehe Kapitel 1.3) zeigen wird, bildet die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl eine wesentliche Zäsur für den Umgang mit der Atomkraft in Österreich. Die Herausbildung einer derartig breit getragenen, vollständig unhinterfragten und auch nicht zu erschütternden Ablehnung der Atomenergie ist damit aber noch nicht zu erklären. Es soll also nicht in Frage gestellt werden, dass die österreichische Kernenergiekontroverse durch die Reaktorkatastrophe nachhaltig beeinflusst wurde. Vielmehr wird hinterfragt, warum und wie es möglich war, dass dieses Ereignis zu der beschriebenen Ablehnung der Kernenergie in Österreich führte.

⁵siehe EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.), Europäer und nukleare Sicherheit. Bericht. Eurobarometer Spezial 324, Brüssel 2010, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_324_de.pdf, letzter Zugriff: 30.11.2012.

In der Darstellung bisheriger Untersuchungen wird weiters offenkundig, dass vor allem die Geschichte des AKW Zwentendorf selbst, sowie jene der Anti-AKW-Bewegung und die weitere Entwicklung bis Ende der 1970er Jahre ausreichend untersucht wurden. Weniger im Fokus stand bisher die Phase zwischen der Volksabstimmung 1978 und der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Diese beiden Ereignisse dienen in der vorliegenden Arbeit zur Eingrenzung des Untersuchungszeitraumes: Die Volksabstimmung am 5. November 1978 als Ausdruck einer starken Polarisierung der Kernenergiekontroverse sowie der Unfall in Tschernobyl am 26. April 1986, welcher als entscheidend für die konsensuale Ablehnung der Atomenergie in Österreich gesehen wird.

1.2 Vorgehensweise

Nach der Darstellung bereits vorliegender Forschungen zum Thema in Kapitel 1.3 wird in Kapitel 2 ein Überblick über die Geschichte der Atomenergie in Österreich von 1945 bis 1986 gezeichnet. Die historische Kontextualisierung der Auseinandersetzung um die Kernenergie in den späten 1970er Jahren bis Mitte der 1980er Jahre bildet den Ausgangspunkt für die Analyse der Ursprünge der Ablehnung der Kernenergie.

In Kapitel 3 wird schließlich das Verhältnis zwischen Technologie und Gesellschaft genauer in den Blick genommen: Bereits 1996 hat die Historikerin Barbara Orland darauf hingewiesen, dass es im Rahmen einer neuen Technikgeschichte darum gehen müsse „*kulturelle Deutungsmuster selbst zum Gegenstand der Untersuchung zu machen*“; symbolische Ordnungen von Naturwissenschaft und Technik sowie Wechselverhältnisse zu Politik und Gesellschaft seien zunehmend ins Blickfeld zu nehmen.⁶ In die selbe Richtung geht der deutsche Technikhistoriker Joachim Radkau, wenn er in einem kurzen Überblick über „Technikdiskurse in Deutschland“ auf Potentiale diskurshistorischer Ansätze in der Technikgeschichte aufmerksam macht.⁷ Wenn also im Anschluss die Frage nach den Ursprüngen und Bedingungen des Anti-AKW-Konsens in Österreich beantwortet werden soll, wird es darum gehen, „*Bedeutungen, Wahrnehmungsweisen und Sinnstiftungen*“⁸ in Zusammenhang mit Kernenergie zu ergründen, um einerseits das Handeln

⁶Vgl. Barbara ORLAND, Der Zwiespalt zwischen Politik und Technik. Ein kulturelles Phänomen in der Vergangenheitsbewältigung Albert Speers und seiner Rezipienten, in: Burkhard DIETZ/Michael FESSNER/Helmut MAIER (Hrsg.), Technische Intelligenz und 'Kulturfaktor Technik', Kulturvorstellungen von Technikern und Ingenieuren zwischen Kaiserreich und früher Bundesrepublik Deutschland, Münster 1996, S. 269–297.

⁷Vgl. Joachim RADKAU, Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis heute, Frankfurt/New York 2008, S. 46–50.

⁸Vgl. Ute DANIEL, Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt am Main 2004, S. 17.

historischer AkteurInnen erklären und verstehen zu können und andererseits durch diese Kontextualisierung ein neues Licht auf gegenwärtige Sinnstiftungen im Zusammenhang mit Kern-energie zu werfen. Böhme et. al. definieren in ihren Überlegungen zur Kulturgeschichte der Technik vier kulturhistorische Bedeutungsebenen: Technik habe kulturkonstitutive Funktionen, kulturgeschichtliche Funktionen (etwa epochenartige Veränderungen durch Innovationen), anthropologische Funktionen (das Benutzen von Technik hat Auswirkungen auf BenutzerInnen) sowie eine kulturprägende Funktion.⁹ Hinterfragt die vorliegende Untersuchung also die kulturprägende Funktion des Umgangs mit Kernenergie in Österreich, wird im Anschluss an Mikael Hård und Andrew Jamison die Durchsetzung von Technologien als Prozess der kulturellen Aneignung beziehungsweise Implementierung begriffen und analysiert.¹⁰ In Bezug auf die Atomenergie in Österreich bedeutet das vor allem einen gescheiterten Aneignungsprozess zu untersuchen und sich soziotechnischen Vorstellungsmustern hinzuwenden, die sich durch die Ablehnung einer bestimmten Technologie auszeichnen. Daher wird nach einer kurzen Einführung in Technikkonzeptionen die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein breite Rezeption erfahren haben aufgezeigt, dass vor allem das in der sozialwissenschaftlichen Technikforschung erarbeitete Konzept der *sociotechnical imaginaries* helfen kann, Sinnstiftungen, Bedeutungskonstruktionen und symbolische Ordnungen im Zusammenhang mit Technik systematisch zu beschreiben.

Der Verweis von Hård und Jamison, dass der kulturelle Aneignungsprozess auch hinsichtlich der praktischen Seite, sprich der Implementierung im jeweiligen Kontext zu betrachten ist, hat für die vorliegende Untersuchung weitreichende Konsequenzen: Es wird deutlich werden, dass diese Prozesse in erheblichem Ausmaß durch den österreichischen Parteienstaat vermittelt sind. Vor diesem Hintergrund ist die Geschichte der Atomenergie in Österreich in der untersuchten Phase auch als Politikgeschichte zu schreiben und zu untersuchen.

Ähnlich wie die Technikgeschichte ist auch die Politikgeschichte seit den 1980er Jahren durch kulturwissenschaftliche Ansätze einer Neuverortung unterzogen worden. Insbesondere in Hinblick auf Kommunikation und kulturell hervorgebrachte Deutungsmuster konnten so neue Analyseebenen eröffnet werden.¹¹ In Kapitel 4 werden daher wesent-

⁹Vgl. Helmut BÖHME/Peter MATUSSEK/Lothar MÜLLER, Orientierung Kulturwissenschaft. Was sie kann, was sie will, Hamburg 2000, S. 165f.

¹⁰Vgl. Mikael HÅRD/Andrew JAMISON, Hubris and Hybrids. A Cultural History of Technology and Science, New York/London 2005, S. 13f.

¹¹Vgl. Ute FREVERT, Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen, in: Ute FREVERT/Heinz-Gerhard HAUPT (Hrsg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt/New York 2005, S. 7–26.

liche Momente der *politischen Kultur* der Zweiten Republik herausgearbeitet. Dabei wird das Hauptaugenmerk auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen Konsens- und Konfliktorientierung von politischen FunktionsträgerInnen gelegt. Anders gesprochen wird dieses als Kontinuität beziehungsweise besonders „zäher“ oder „langlebiger“ Aspekt der *politischen Kultur* in Österreich herausgearbeitet und in die Untersuchung der Kernenergiekontroverse mit einbezogen.

Darauf aufbauend werden im letzten Teil die stenographischen Protokolle des österreichischen Nationalrats zwischen Herbst 1978 und April 1986 untersucht. Wie im historischen Überblick gezeigt wird, wurde die Kernenergiekontroverse nach der Volksabstimmung vom 5. November 1978 wieder verstärkt ins Parlament verlagert. In Kapitel 4 wird zudem eine steigende Bedeutung der parlamentarischen Auseinandersetzung für diese Periode aufgezeigt.

Nach der Darstellung des Verlaufs der parlamentarischen Debatten werden diese aus zwei Perspektiven in den größeren Zusammenhang eingebettet: Bedeutungskonstruktionen und Sinnstiftungen werden als *sociotechnical imaginaries* systematisiert und in Bezug zur breiteren Geschichte dieses Implementierungsprozesses gesetzt. Im Lichte der *politischen Kultur* wiederum gerät die Rolle von zentralen AkteuerInnen des österreichischen Parteienstaates für eine konsensuale Ablehnung der Kernenergie ins Blickfeld.

Die vorliegende Untersuchung liefert also einerseits ein genaueres Bild der österreichischen Kernenergiekontroverse im Untersuchungszeitraum. Durch die Einbeziehung und Integration unterschiedlicher Perspektiven und Ansätze wird es darüber hinaus möglich, jene Aspekte der Kontroverse zu identifizieren, die – im Schatten der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl – die konsensuale Ablehnung der Kernenergie überhaupt ermöglicht haben.

1.3 Forschungsstand

Einen Einstieg in die Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Österreich, die einzelnen Schritte von der Entscheidung für den Bau eines Kernkraftwerks, über Widerstand und Proteste, Fertigstellung, Volksabstimmung sowie Nichtinbetriebnahme und Stilllegung bietet eine vom Demokratiezentrum Wien zur Verfügung gestellte Chronologie wesentlicher Ereignisse.¹²

Die erste umfassende Auseinandersetzung mit der Kernenergiekontroverse selbst ist eine wissenssoziologische Studie von Helga Nowotny aus dem Jahre 1979. Nowotny analy-

¹²DEMOKRATIEZENTRUM, Das Atomkraftwerk Zwentendorf: Bau, Proteste, Volksabstimmung. URL: <http://www.demokratiezentrum.org/index.php?id=484>, letzter Zugriff: 06.04.2011.

sierte dabei das Verhältnis zwischen Protestbewegung, Öffentlichkeit und Wissenschaft, indem sie die Grundlagen und Ziele von BefürworterInnen und GegnerInnen verglich, insbesondere in Hinblick auf deren Bezugnahme auf die Wissenschaft als Instanz der Legitimation. Bereits in dieser frühen Analyse wurde von Nowotny klargestellt, dass die Debatte um die Kernenergie als eine Debatte um gesellschaftliche Zielsetzungen zu begreifen sei. Die Auseinandersetzung um die Nutzung dieser Großtechnologie sei gleichzeitig eine Auseinandersetzung um gesellschaftliche Utopien sowie Technik- und Fortschrittsentwürfe.¹³

Etwa zur gleichen Zeit erschienen die ersten Beiträge zur Historisierung des österreichischen Widerstandes gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie. Meist aus den Reihen der Anti-AKW-Bewegung selbst wurden in Überblicksdarstellungen die ersten lokalen Initiativen in den frühen 1970er Jahren beleuchtet. Diese Mobilisierungen gegen grenznahe Projekte (beispielsweise Whyll, Brokdorf, Malville, Rüthi) bildeten quasi die Vorläufer für die Mitte der 1970er Jahre entstehende österreichweite Protestbewegung.¹⁴ Einen Überblick über den Ausweitungsprozess von lokalen hin zu regionalen und schließlich landesweiten Initiativen sowie die inhaltlichen Strömungen der Anti-AKW-Bewegung in Österreich findet sich bei Brandstätter et. al.¹⁵ Eine Darstellung des Kraftwerksprojekts in Zwentendorf aus der Perspektive der BefürworterInnen erschien wiederum im Jahr 1983. Als Teil der Schriftenreihe zur Dokumentation österreichischer Kraftwerke veröffentlichte die Betriebsgesellschaft des AKW Zwentendorf Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld (GKT) ihre Sicht der Dinge.¹⁶ Der Band bietet einen umfassenden Einblick in die Entwicklung der rechtlichen Grundlagen für die Nutzung der Kernenergie in Österreich, die Ausschreibung des Kraftwerks in Zwentendorf, Auftragsvergabe und Bau. Darüber hinaus liefert der Band zahlreiche Hintergrundinformationen über die rechtlichen Schritte die von den BetreiberInnen nach dem negativen Volksentscheid über die Inbetriebnahme des Kraftwerks gesetzt wurden, ebenso wie über die Möglichkeiten eines Umbaus in ein konventionelles Gaskraftwerk. Neben diesen Publikationen liegt eine Fülle von Literatur aus den 1970er und 1980er Jahren vor, welche ebenfalls direkt im Kontext der österreichischen Kernenergiekontroverse entstanden ist und zum jeweiligen Zeitpunkt mit der Intention publiziert wurde, auf die eine oder andere Art und Weise

¹³Helga NOWOTNY, *Kernenergie: Anatomie eines Konflikts*, Frankfurt am Main 1979.

¹⁴Erich KITZMÜLLER, *Österreich - Verspäteter Atomzweig oder nicht-atomarer Anfänger*, in: Lutz MEZ (Hrsg.), *Der Atomkonflikt. Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atom-Bewegungen im internationalen Vergleich*, Berlin, 1979, 221–228 und 246–260, hier S. 246–259.

¹⁵Lidia BRANDSTÄTTER/Michael GROSSER/Hannes WETHNER, *Die Anti-AKW-Bewegung in Österreich*, in: Werner KATZMANN (Hrsg.), *Umdenken. Analysen grüner Politik in Österreich*, Wien 1984.

¹⁶GEMEINSCHAFTSKRAFTWERK TULLNERFELD (GKT) (Hrsg.), *Strom für die Zukunft*, Wien 1983.

direkt in die weitere Entwicklung derselben einzugreifen. Eine Auseinandersetzung mit diesen Beiträgen erfolgt im Rahmen der Darstellung der Geschichte der Kernenergie in Österreich in Kapitel 2.

Seit etwa 15 Jahren erscheinen nach und nach unterschiedliche historische Arbeiten zur Geschichte der Atomenergie in Österreich. So hat etwa der Technikhistoriker Helmut Lackner einen Beitrag über Ankunft, Aufstieg und Ende des Atomzeitalters im Österreich der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verfasst.¹⁷ Erst kürzlich ist von Christian Forstner ein stärker wissenschaftsgeschichtlich orientierter Überblick über die österreichischen Kernforschungsprogramme erschienen. Ausgehend von den Wurzeln im Austrofaschismus und einer ersten Intensivierung im Nationalsozialismus beleuchtet Forstner die Etablierung der Kernforschung ab Mitte der 1950er Jahre. Schließlich erläutert Forstner die Entwicklung der energiewirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie in Österreich, deren Scheitern bei der Volksabstimmung bis hin zum „Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich“.¹⁸ Johannes Straubinger wiederum hat die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich im Kontext der Geschichte des Umweltschutzes und eines langsam entstehenden Umweltbewusstseins im 20. Jahrhundert dargestellt.¹⁹

Ansonsten liegen einige Arbeiten zur Geschichte Zwentendorfs vor, die im Kontext politikgeschichtlicher Forschungen und Fragestellungen entstanden sind. Als Vorläufer dieser Arbeiten muss die politikwissenschaftliche Studie von Christian Schaller genannt werden. Schaller arbeitete wesentliche Spezifika der österreichischen Kernenergiekontroverse heraus und lieferte so ein differenziertes Bild über das Scheitern der Inbetriebnahme Zwentendorfs in den späten 1970er Jahren.²⁰ Eine frühe Überblicksdarstellung zum Verhältnis der Anti-AKW-Bewegung und Institutionen des österreichischen Staates wurde von Max Preglau vorgelegt. Er schildert die Entscheidung für die friedliche Nutzung der Kernenergie in den 1960er Jahren und verweist auf die Überparteilichkeit dieser Schritte im Kontext der Wirtschaftspolitik der ersten 20 Jahre der Zweiten Republik. Anschließend erläutert Preglau das Entstehen der Kernenergiekontroverse, die Verlagerung der Auseinandersetzung in das Parlament bis hin zu deren Höhepunkt in der Volksabstimmung von 1978 und deren weiteren Verlauf bis Mitte der

¹⁷Helmut LACKNER, Von Seibersdorf bis Zwentendorf. Die ‘friedliche Nutzung der Atomenergie’ als Leitbild der Energiepolitik in Österreich, in: Blätter für Technikgeschichte 62 (2000), S. 201–226.

¹⁸Christian FORSTNER, Zur Geschichte der österreichischen Kernenergieprogramme, in: Silke FENGLER/Carola SACHSE (Hrsg.), Kernforschung in Österreich. Wandlungen eines interdisziplinären Forschungsfeldes 1900–1978, Wien/Köln/Weimar 2012, S. 159–180.

¹⁹Johannes STRAUBINGER, Sehnsucht Natur: Ökologisierung des Denkens, Norderstedt 2009.

²⁰Christian SCHALLER, Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse mit besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Zwentendorf bis 1981 ; Dokumentation – Analyse – Interpretation, Diss., Universität Salzburg, 1987.

1980er Jahre.²¹ In zwei umfassenden Monographien widmete sich Robert Kriechbaumer der „Ära Kreisky“²² und der Kleinen Koalition²³, in denen er der Auseinandersetzung um die Kernenergie jeweils ein Kapitel einräumt und insbesondere die wichtigsten Schritte der beiden Großparteien – etwa die Entscheidung der Regierung Kreisky im Jahr 1978 für eine Volksabstimmung und die Festlegung der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) auf ein grundsätzliches „Ja“ für die friedliche Nutzung der Kernenergie, aber unter konkreten Voraussetzungen im Bezug auf Zwentendorf – erläutert.

Sylvia Moosbrugger²⁴ hat die Entwicklung der institutionellen Voraussetzungen für die Nutzung der Kernkraft sowie das Bewilligungsverfahren für das Atomkraftwerk Zwentendorf im Lichte der *politischen Kultur* Österreichs untersucht. Sie stellt in Bezug auf die Kernenergiekontroverse die Frage nach etwaigen Brüchen im Verhältnis zwischen „Obrigkeit“ und „Untertan“. Dieses sei mit dem Widerstand und der Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf nachhaltig verändert worden. Weitere Arbeiten zum Verlauf der Kernenergiekontroverse haben Andrea Zehetgruber²⁵ und Katharina Schmidt²⁶ vorgelegt. Erstere erläuterte insbesondere die lokale Debatte um das Kraftwerksprojekt in Zwentendorf. Schmidt wiederum lieferte einen Überblick über die Kernenergiedebatten in Österreich von deren Anfängen bis zum Jahrtausendwechsel. Gestützt auf eine Analyse der Meldungen der Austria Presse Agentur (APA) liegt damit ein Längsschnitt der öffentlichen Auseinandersetzung vor. Die Phase zwischen 1978 und 1986 wird dabei vorrangig als Zwischenspiel ohne längerfristige Bedeutung begriffen. Als wesentlich für diese Phase wird das Wiederaufgreifen der Kernenergiekontroverse durch die politischen Parteien nach 1979 festgemacht.

Im Rahmen eines umfassenden Forschungsprojektes zum Wechselverhältnis zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Elektrizitätserzeugung im 20. Jahrhundert²⁷ hat Andreas Kuchler mehrere Beiträge zur Geschichte der Kernkraft in Österreich vorgelegt,

²¹Max PREGLAU, The State and the Anti-nuclear Power Movement in Austria, in: Helena FLAM (Hrsg.), States and Anti-Nuclear Movements, Edinburgh 1994, S. 37–69.

²²Robert KRIECHBAUMER, Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus, Wien/Köln/Weimar 2004.

²³Robert KRIECHBAUMER, Zeitenwende. Die SPÖ–FPÖ Koalition 1983–1987 in der historischen Analyse aus Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen des Ironimus, Wien/Köln/Weimar 2008.

²⁴Sylvia MOOSBRUGGER, Das strahlenrechtliche Bewilligungsverfahren Zwentendorf im Spiegel des internationalen Atomzeitalters und der politischen Kultur Österreichs, Magisterarb., Universität Wien, 2012.

²⁵Andrea ZEHETGRUBER, Die Geschichte des Kernkraftwerkes Zwentendorf von der Planung bis ins Jahr 1994, Magisterarb., Universität Wien, 1994.

²⁶Katharina SCHMIDT, Die Kernenergie-Debatte in Österreich. Analyse der politischen Auseinandersetzungen von Zwentendorf über Tschernobyl bis heute, Magisterarb., Universität Wien, 2007.

²⁷Oliver RATHKOLB u. a. (Hrsg.), Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld, Wien, 2012.

die neben der Einbeziehung bis dato nicht beleuchteter Quellen diese unterschiedlichen Aspekte zusammenführen.

Im Bereich der Sozialwissenschaften wurde das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit in Österreich ins Blickfeld genommen, um das Bild der österreichischen Gesellschaft als besonders „technikfeindlich“ zu beleuchten. Die Auseinandersetzung um die Nutzung der Kernenergie wurde dabei meist als erstes historisches Fallbeispiel untersucht, und in weiterer Folge mit der Untersuchung der Debatte gentechnisch manipulierter Nahrungsmittel verglichen. Herbert Gottweis unterstreicht in diesem Zusammenhang die Bedeutung der mangelnden Responsivität politischer Institutionen, welche die kritische beziehungsweise ablehnende Haltung der Bevölkerung begünstigt habe.²⁸

Im Großen und Ganzen wird in der bisherigen Forschung übereinstimmend mit der eingangs zitierten Darstellung angenommen, dass die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl die letzten BefürworterInnen der Atomenergie davon überzeugt hätte, dass die Energiegewinnung durch Kernspaltung letztlich keine vertretbare und verantwortungsbewusste Option darstelle. Für die Erinnerung an die Auseinandersetzung um das Kernkraftwerk Zwentendorf wurde aufgezeigt, dass sich diese Interpretation mit einer Mythologisierung der Ereignisse in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre verbindet.²⁹ Ulrike Felt hat in diesem Zusammenhang herausgearbeitet, dass die Ablehnung der Kernenergie als spezifisch „österreichisch“ inszeniert wird.³⁰ Für sie bildet diese, gemeinsam mit einer Mythologisierung der Nichtinbetriebnahme des Kraftwerks Zwentendorf, einen Bezugspunkt im Rahmen nationaler Identität, ein Aspekt der in historischen Forschungen bisher nahezu völlig vernachlässigt wurde.

Aus der aufgeworfenen Fragestellung, der zur Beantwortung gewählten Vorgehensweise und dem bisherigen Forschungsstand lässt sich also die Ausgangsthese der Arbeit zusammenfassen: Wesentliche Aspekte der Ablehnung der Kernenergie in Österreich sind bereits vor der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl festzumachen. Sie sind Teil von Auseinandersetzungen zwischen den Parteien innerhalb der etablierten politischen Institutionen

²⁸Herbert GOTTWEIS, 1968 und die Folgen: Wissenschaft und öffentliche Kritik – Opposition oder Interaktion?, in: Mitchell G. ASH/Christian H. STIFTER (Hrsg.), Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Von der Wiener Moderne bis zur Gegenwart, Wien 2002, S. 353–366.

²⁹Vgl. Gerhard STROHMEIER, 'Umwelt': Österreichische Mythen, Topoi und Erinnerungen. Die Gedächtnisorte 'Zwentendorf', 'Hainburg' und 'das Waldsterben', in: Emil BRIX/Ernst BRUCKMÜLLER/Hannes STEKL (Hrsg.), Memoria Austriae I. Menschen, Mythen, Zeiten, Wien, 2004, S. 357–391.

³⁰Vgl. Ulrike FELT, Keeping Technologies Out: Sociotechnical imaginaries and formation of national technopolitical identity. Manuskript für den Sammelband JASANOFF S. & KIM S.-H.: Dreamscapes of Modernity, 2013.

und ihre spezifische Ausformung ist zentral für die spätere Ablehnung der Kernenergie. Darüber hinaus ist der Verlauf der Kernenergiekontroverse innerhalb der Institutionen bis 1986 entscheidend für die konsensuale Ablehnung der Kernenergie durch die politischen Parteien im Schatten der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Die Handlungen und Positionierungen von politischen FunktionsträgerInnen bilden gemeinsam mit den, bis zu diesem Zeitpunkt von diesen selbst maßgeblich geprägten, Vorstellungen rund um die Kernenergie eine entscheidende Komponente für die spätere Haltung der österreichischen Bevölkerung in Bezug auf die Atomkraft.

2 Österreich und die Atomkraft: ein Überblick

2.1 Auftakt ins Atomzeitalter

Das „atomare Zeitalter“ hatte noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs mit der Entdeckung der Kernspaltung im Laufe des Jahreswechsel 1938/1939³¹ begonnen und war spätestens mit den Atombombenabwürfen in Hiroshima und Nagasaki allgegenwärtig geworden.³² Die dafür notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen wurden größtenteils in den zwei vorangegangenen Jahrzehnten gelegt, ehe der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu Bestrebungen auf deutscher, vor allem aber zu enormen Anstrengungen auf alliierter Seite führte. Schließlich konnte in den USA mit britischer Beteiligung im Rahmen des Manhattan Projects unter der wissenschaftlichen Leitung von J. R. Oppenheimer erstmals Atomwaffen entwickelt werden.³³ Der Einsatz von Nuklearwaffen in Japan bedeutete eine Beschleunigung in der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion.³⁴ Festzuhalten ist darüber hinaus, dass die militärische Anwendung der Kernspaltung weitreichende politische und kulturelle Folgen für das 20. Jahrhundert mit sich brachte. In Reaktion auf Hiroshima und Nagasaki organisierten sich in den USA AtomwissenschaftlerInnen in der *Federation of Atomic (später American) Scientists*. Als ExpertInnen in unterschiedlichen Bereichen der Naturwissenschaften, vor allem aber auch als aktive BürgerInnen, begannen diese die Öffentlichkeit bezüglich wesentlicher Entscheidungen im nuklearen Zeitalter zu informieren und zu mobilisieren. Verbunden durch die Vorstellung, dass im Atomzeitalter weltweite Sicherheit nur durch zivile und internationale Kontrolle zu gewährleisten sei, begannen sie bestehende Ordnungen zwischen Wissenschaft und Politik zur Erlangung dieses Ziels in Frage zu stellen. Der Partizipation der Öffentlichkeit an diesen Entscheidungen maßen sie wesentliche Bedeutung zu.³⁵

Mit dem Einsatz der Atombombe im Sommer 1945 entwickelte sich darüber hinaus eine breiter ausgelegte Diskussion um die Frage der Verantwortung von WissenschaftlerInnen: Renommiertere und bekannte Wissenschaftler wie J. R. Oppenheimer, Joseph Rotblat, Otto Hahn, Karl Friedrich von Weizsäcker oder Karl Jaspers debattierten nicht nur

³¹Vgl. Patricia RIFE, *Lise Meitner and the Dawn of the Nuclear Age*, Boston/Basel/Berlin 1999, S. 178–196.

³²Vgl. Peter DENTON, *Atomic Age*, in: Sal RESTIVO (Hrsg.), *Science, Technology and Society*, Oxford 2005, URL: www.oxfordreference.com, letzter Zugriff: 12.12.2012.

³³Vgl. Richard RHODES, *Die Atombombe oder Die Geschichte des 8. Schöpfungstages*, Nördlingen 1988.

³⁴Vgl. Melvyn P. LEFFLER/David S. PAINTER (Hrsg.), *Origins of the Cold War*, New York 2005, S. 2.

³⁵Vgl. Jessica WANG, *Scientists and the Problem of the Public in Cold War America, 1945–1960*, in: *Osiris* 17 (2002), S. 323–347, hier S. 327–333.

öffentlich über die Konsequenzen der Nuklearforschung für die Menschheit, Wissenschaft und Politik, sie begannen auch darüber hinaus auf unterschiedliche Weise aktiv in die politische Entwicklung einzugreifen.³⁶

Der „militärische Ursprung“ der Nutzung der Atomkräfte wurde, wie noch gezeigt wird, auch von der österreichischen Anti-AKW-Bewegung aufgegriffen. Doch bevor UmweltaktivistInnen der 1970er Jahre auf die Wurzeln der Atomkraft hinwiesen, erlebte „das Atom“ einen unbeschreiblichen Aufstieg.

2.2 Atome für den Frieden

Direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann in den USA die Auseinandersetzung um die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Forschung sowie staatlichen Institutionen. Militärs und konservative WissenschaftlerInnen befürworteten die Fortsetzung des im Krieg festgelegten Kurses höchster Geheimhaltung, um das „Geheimnis des Atoms“ zu bewahren und so das Monopol auf Atomwaffen durch die USA zu erhalten. Liberale und linke WissenschaftlerInnen forderten, die Nuklearforschung unter zivile Aufsicht (*Atomic Energy Commission*) zu stellen und die Wissenschaften gemeinnützig auszurichten. Anfang 1946 war es noch gelungen mit dem „McMahon Bill“ eine Vorlage in den Senat zu bringen, die diesen Zielen weitgehend verpflichtet war und außerdem auf internationale Kooperation abzielte. Militärs und Gegner dieses Kurses vermochten es jedoch im Lichte des sich verschärfenden Kalten Krieges bis zur Beschlussfassung im Spätsommer Restriktionen, Sicherheitsauflagen und -kontrollen sowie schwere Strafen bei Zuwiderhandlungen einzufordern und das ursprüngliche Ziel so zu untergraben. Dieses Ziel linker und liberaler WissenschaftlerInnen, die Wissenschaften ihrem eigenen Selbstverständnis nach stärker unter öffentliche und demokratische Kontrolle zu bringen, geriet in direkten Konflikt mit den sich verschärfenden internationalen Beziehungen und einem immer stärker werdenden Antikommunismus in den USA.³⁷

Bis Anfang der 1950er Jahre wurden zwar radioaktive Substanzen von Einrichtungen in den USA an europäische Institutionen geliefert, allerdings unter strengen Sicherheitsauflagen und in sehr geringem Umfang. Die Wende von dieser Strategie der Nichtkooperation und Geheimhaltung, hin zu einer Einflussnahme und Gestaltung durch aktive und offene Zusammenarbeit wurde mit dem „Atoms for Peace“ Programm von Präsident

³⁶Vgl. Mitchell G. ASH, Wissenschaft und Verantwortung. Zur Historisierung einer diskursiven Formation, in: Rainer-Christoph SCHWINGES (Hrsg.), Universität im öffentlichen Raum, Basel 2008, S. 311–344, hier S. 321–332.

³⁷Vgl. Jessica WANG, American Science in an Age of Anxiety. Scientists, Anticommunism, and the Cold War, Chapel Hill/London 1999, S. 10–43.

Eisenhower eingeleitet³⁸, der dieses am 8. Dezember 1953 vor den Vereinten Nationen in New York präsentierte.³⁹ Dass das gleichnamige Programm der US-Regierung zur Förderung nuklearer Entwicklungen ebenfalls im Rahmen des Kalten Krieges, insbesondere der Durchsetzung umfassender „thermonuklearer Aufrüstung“, interpretiert werden muss, hat Martin Medhurst aufgezeigt. Neben der Erschließung neuer Märkte für die Atomindustrie und der friedlichen Neubesetzung des Atoms diene „Atoms for Peace“ zur Implementierung von Eisenhowers „New Look“, der Verteidigungsdoktrin einer „umfassenden Vergeltung“, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.⁴⁰ Bis Anfang der 1960er Jahre wurden in diesem Rahmen Kooperationsverträge mit 38 Nationen abgeschlossen und der Bau von 30 Forschungsreaktoren in US-Kooperationen bewilligt.⁴¹ Neben der Durchsetzung von Eisenhowers Verteidigungsdoktrin ist diese Kooperation im Bereich der Wissenschaften vor dem Hintergrund hegemonialer Bestrebungen durch die USA zu sehen. Wiederaufbau und Förderung der Wissenschaften in Europa dienten nicht zuletzt der Stabilisierung globaler Verhältnisse unter Vorherrschaft der USA und der Einflussnahme auf die politischen Verhältnisse in Westeuropa. Wissenschaftliche Kooperation und finanzielle Mittel sollten die Stabilisierung ökonomischer und politischer Verhältnisse in Kontinentaleuropa unterstützen, zur Westintegration einzelner Staaten beitragen und nicht zuletzt der Informationsbeschaffung im Rahmen des Kalten Krieges dienen. In den Ländern Europas waren Wissenschaft und Politik wiederum bereit an der Ausgestaltung der neuen Ordnung aktiv mitzuwirken, boten sich dadurch doch reichlich Möglichkeiten finanzielle Mittel und politische Unterstützung für den Wiederaufbau der jeweiligen Nationen zu lukrieren.⁴²

Neben diesen finanziellen Impulsen legte „Atoms for Peace“ ein Hauptaugenmerk auf die positive Neubesetzung der Atomkraft. Ein Überblick über die enormen Hoffnungen, welche von Beginn an in die Erforschung des Atoms gesetzt wurden, kann bei Spencer Weart gewonnen werden. Die friedliche Entwicklung der nuklearen Kräfte sollte die Möglichkeit eröffnen, Schiffe mit nur wenigen Kilogramm Kraftstoff über den

³⁸Vgl. John KRIGE, *Atoms for Peace, Scientific Internationalism, and Scientific Intelligence*, in: John KRIGE/Kai-Henrik BARTH (Hrsg.), *Global Power Knowledge. Science and Technology in International Affairs*, Chicago 2006, S. 161–181.

³⁹Dwight D. EISENHOWER, *Atoms for Peace*. Rede vor der 470. Plenarsitzung der U.N. Generalversammlung in New York, 8. Dezember 1953, URL: http://www.iaea.org/About/history_speech.html, letzter Zugriff: 12.12.2012.

⁴⁰Vgl. Martin J. MEDHURST, *Atoms for Peace and Nuclear Hegemony: The Thetorical Structure of a Cold War Campaign*, in: *Armed Forces and Society* 24.4 (Sommer 1997), S. 571–593.

⁴¹Vgl. ebd., S. 588f.

⁴²Vgl. John KRIGE, *American Hegemony and the Postwar Reconstruction of Science in Europe*, Cambridge [Mass.]/London 2006, S. 1–56.

Atlantik fahren zu lassen. Die Anwendung von radioaktiven Isotopen in der Landwirtschaft wiederum würde es ermöglichen, unfruchtbare Wüsten in grüne Gärten zu verwandeln. Sogar das Züchten von Riesengemüse wurde vorhergesagt, während durch die medizinische Anwendung radioaktiver Strahlung alle möglichen Krankheiten geheilt werden sollten.⁴³ Die Propagierung der enormen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritte durch die Erforschung des Atoms im Rahmen von „Atoms for Peace“ fand auch in Österreich ihren Niederschlag: Vom 5. bis 22. März 1955 wurde im Künstlerhaus Wien die Ausstellung „Atomkraft im Dienste der Menschheit“ gezeigt.⁴⁴

2.3 Das österreichische Atomprogramm

Der Beginn des österreichischen Weges in das Atomzeitalter kann mit der Initiative zur Gründung der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie (SGAE) kurz nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages im Jahr 1955 festgesetzt werden.⁴⁵ Die Frage, inwiefern die Kernforschung durch die Besatzungsmächte eingeschränkt wurde, muss vorerst offen bleiben. Zumindest finden sich hierfür laut Christian Forstner keine Belege.⁴⁶ Ausdrücklich hingewiesen werden muss in diesem Zusammenhang auch auf personelle Überschneidungen von ForscherInnen und Lehrenden in Physik und Chemie der Zweiten Republik und dem Nationalsozialismus. Während kaum Anstrengungen unternommen wurden Vertriebenen die Rückkehr zu ermöglichen, vollzog sich ab 1947 eine schleichende Reetablierung der ehemaligen nationalsozialistischen und konservativen Eliten. Für das österreichische Atomprogramm von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang Berta Karliks Bestrebungen um die Rückkehr von Gustav Ortner aus dem Exil in Kairo. Dieser hatte das Wiener Institut für Radiumforschung von 1938 bis zu seiner Entlassung 1945 geleitet⁴⁷ und wurde nun mit der Koordination des Projekts zum Bau eines ersten Forschungsreaktors durch die SGAE betraut, wodurch er zum führenden Experten Österreichs avancierte.⁴⁸

⁴³Vgl. Spencer R. WEART, *The Rise of Nuclear Fear*, Cambridge [Mass.] 2012, S. 88–110.

⁴⁴70 Aufnahmen des United States Information Service von der Anlieferung der Ausstellungsobjekte, über die feierliche Eröffnung bis zur anschließenden Besichtigung finden sich im Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek: Digitale Sammlung: *USIS*, Inventarnummer: 12738.

⁴⁵Vgl. Walter PACHL, *Atomenergie*, URL: <http://www.austria-lexikon.at/af/AEIOU/Atomenergie>, letzter Zugriff: 12.12.2012.

⁴⁶Vgl. FORSTNER, *Zur Geschichte der österreichischen Kernenergieprogramme*, S. 161.

⁴⁷Vgl. Wolfgang L. REITER/Manfred SCHURAWITZKI, *Über Brüche hinweg Kontinuität. Physik und Chemie an der Universität Wien nach 1945 – eine erste Annäherung*, in: Margarete GRANDNER/Gernot HEISS/Oliver RATHKOLB (Hrsg.), *Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945–1945*, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2005, S. 236–259, hier S. 248–252.

⁴⁸Vgl. FORSTNER, *Zur Geschichte der österreichischen Kernenergieprogramme*, S. 197.

Die Geschichte des österreichischen Atomprogramms in den 1950er und 1960er Jahren wurde vor allem in letzter Zeit hervorragend dokumentiert.⁴⁹ Von vorrangiger Bedeutung für die vorliegende Arbeit ist hierbei einerseits der Verweis auf die relative Verspätung des österreichischen Kernenergieprogramms im europäischen Vergleich. Darüber hinaus ist festzustellen, dass in den ersten Jahren des Programms vor allem VertreterInnen aus den Naturwissenschaften auf einen Ausbau des Programms drängten, während die Energiewirtschaft aufgrund der bestehenden Möglichkeiten zum weiteren Ausbau der Wasserkraft nur zögerlich für den Bau eines österreichischen Reaktors zur Elektrizitätserzeugung zu gewinnen war. In der Auseinandersetzung zwischen Wasserkraft und Atomkraft wurde schon frühzeitig die Frage aufgeworfen, inwiefern mittels Wasserkraft nicht billiger Strom zu erzeugen sei als durch Kernreaktoren. Ebenso thematisiert wurde das Nichtvorhandensein von Uranvorkommen in Österreich. Nicht unwesentlich für die anfängliche Zurückhaltung waren also stark artikulierte Zweifel durch Vertreter der österreichischen Wasserkraft.⁵⁰

2.4 Elektrizitätserzeugung durch Kernenergie in Österreich

2.4.1 Das Kernkraftwerk in Zwentendorf

Nachdem also bis Mitte der 1960er Jahre die Wissenschaften auf eine gezielte Förderung der Atomforschung und Entwicklung drängten und vor allem die Isotopenforschung für Anwendungen in Medizin und Industrie im Vordergrund stand, wurde in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die Elektrizitätserzeugung mittels Kernenergie in den Mittelpunkt gestellt. Im Oktober 1967 wurde für diesen Zweck eine Atomstrom-Enquete veranstaltet. Zwar äußerten Vertreter aus der Elektrizitätswirtschaft noch Zweifel an der Wirtschaftlichkeit, doch die Politik wies den Weg in Richtung Kernenergie. Diese schien erstens ein probates Mittel, um die steigenden Strompreise stabil zu halten, zweitens sollte Österreich, ohnehin schon verspätet, in die europäische Atomwirtschaft einsteigen, um in diesem zukunftssträchtigen Wirtschaftssektor zu partizipieren. Der Nationalrat ermöglichte die Gründung der Kernkraftwerksplanungsgesellschaft, während

⁴⁹Ein ausgezeichnete Überblick über die ersten Jahre der SGAE, die Errichtung des Forschungszentrums Seibersdorf, den Bau des Reaktors der Universität Wien im Wiener Prater, der Gründung der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) bis hin zu den ersten Schritten zum Bau von Atomkraftwerken zur Elektrizitätserzeugung kann neben dem schon erwähnten Beitrag von Christian Forstner bei Andreas Kuchler gewonnen werden: Andreas KUCHLER, Das Atomzeitalter erreicht Österreich (1950–1970), in: Oliver RATHKOLB u. a. (Hrsg.), Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld, Wien 2012, S. 218–225.

⁵⁰Vgl. ebd.

die einzelnen Bundesländer um den Standort des ersten AKW in Österreich zu ringen begannen. Dass die Entscheidung letztlich für Zwentendorf ausfiel, ist wesentlich auf das Drängen des niederösterreichischen Landeshauptmanns Maurer (ÖVP) und der niederösterreichischen Elektrizitätswerke (NEWAG) zurückzuführen.⁵¹

In dem von der Betriebsgesellschaft GKT im Jahr 1983 herausgegebenen Band der Dokumentationsreihe österreichischer Kraftwerke zum Kernkraftwerk Zwentendorf kann nachvollzogen werden, aus welchen Überlegungen heraus ein Gemeinschaftskraftwerk als Rechtsform gewählt wurde und wie dieses in die österreichische Elektrizitätswirtschaft und damit die verstaatlichte Industrie sowie weitere öffentliche Einrichtungen und Behörden eingebettet wurde.⁵² Die Entwicklung dieser rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen für die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken in Österreich sowie eine Darstellung des Bewilligungsverfahrens für das Atomkraftwerk Zwentendorf im Rahmen des eigens dafür geschaffenen Strahlenschutzgesetzes, wurde wie einleitend erwähnt in den Kontext der *politischen Kultur* der Zweiten Republik gestellt. Exemplarisch am (von der Staatspolizei unterbundenen) Versuch Walther Soykas, sich im Zuge der Bauverhandlung 1972 mit über 900 Vollmachten ausgestattet als Betroffener Gehör zu verschaffen, argumentiert Moosbrugger, dass Zwentendorf als Bruch in der *politischen Kultur* Österreichs zu begreifen ist, in welchem das Verhältnis zwischen „Obrigkeit“ und „Untertan“ verändert wurde. BürgerInnen brachen das eingespielte Zusammenwirken zwischen wenigen Entscheidungsträgern und einer obrigkeitshörigen Bevölkerung erstmals auf. Durch aktiven Widerstand ist das Verhältnis zwischen herrschenden Eliten und der Bevölkerung in einem breiten Ausmaß in Frage gestellt und damit verändert worden.⁵³ Moosbruggers Darstellung liegt damit auf einer Linie mit Helga Nowotnys Studie zur Kernenergiekontroverse, welche diese Prozesse im Rahmen der Informationskampagne in den späten 1970er Jahren aus einer wissenssoziologischen Perspektive beschreibt.⁵⁴ Ebenso bestätigt dieser Bruch den von Gottweis attestierten Zusammenhang mit einem einsetzenden Wertewandel, wenngleich dieser mit der mangelnden Responsivität des politischen Systems neben diesem Bruch auch auf Kontinuitäten hinweist.⁵⁵ Wie in der weiteren Untersuchung deutlich werden wird, sind für die letzte Phase der Kernenergiekontroverse vor allem die Kontinuitäten und weniger die Brüche in der *politischen Kultur* zu berücksichtigen. (Vgl. Kapitel 4.2)

⁵¹Vgl. Andreas KUCHLER, Zwentendorf (1968–1986), in: Oliver RATHKOLB u. a. (Hrsg.), *Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld*, Wien 2012, S. 234f.

⁵²Vgl. GEMEINSCHAFTSKRAFTWERK TULLNERFELD (GKT) (Hrsg.), *Strom für die Zukunft*, S. 11–24.

⁵³Vgl. MOOSBRUGGER, *Das strahlenrechtliche Bewilligungsverfahren* (...), S. 62–97.

⁵⁴Vgl. NOWOTNY, *Kernenergie: Anatomie eines Konflikts*.

⁵⁵Vgl. GOTTWEIS, 1968 und die Folgen, S. 357.

Kuchler hält fest, dass bei Meinungsumfragen unter der örtlichen Bevölkerung während des Baus des AKW Zwentendorf in der ersten Hälfte der 1970er Jahre sich fünfzig Prozent positiv und dreißig Prozent neutral gegenüber dem Bau des Kraftwerks äußerten. Damit waren die KritikerInnen absolut in der Minderheit. Nichts desto trotz wurde auf Initiative der SPÖ-Alleinregierung unter Kreisky, welche den unter Klaus initiierten Kurs in der Elektrizitätswirtschaft fortsetzte, eine lokale Kampagne lanciert, um die Zustimmung zum Kraftwerksprojekt in der Region sicherzustellen.⁵⁶

2.4.2 Eine unumstrittene Entscheidung

Noch von der ÖVP-Alleinregierung unter Josef Klaus wurde der Grundstein für eine langfristige Energieversorgung Österreichs durch die friedliche Nutzung der Kernenergie gelegt und die dafür notwendigen Schritte veranlasst.⁵⁷ Die Überzeugung, dass die Nutzung der Kernenergie zur Energieproduktion in wenigen Jahren technisch einwandfrei zu beherrschen sei, ebenso wie die Relativierung des bestehenden Risikos, sind einerseits vor dem Hintergrund der bereits beschriebenen Atomeuphorie zu sehen. Wie Helmut Lackner erläutert, sind diese andererseits nicht ohne ein der Moderne zugehöriges Fortschrittskonzept zu verstehen: „*Die Verwissenschaftlichung [...] von Unsicherheit machte Risiko scheinbar beherrschbar und verwandelte es anscheinend in Sicherheit.*“⁵⁸

Der Umstand, dass diese Weichenstellungen in der Phase der ÖVP-Alleinregierung gesetzt wurden, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei der Einleitung dieser Nuklearpolitik um eine überparteiliche Entscheidung handelte.⁵⁹ Fragen nach ökologischer und sozialer Verträglichkeit spielten bis Anfang der 1970er Jahre in diesem Kontext kaum eine Rolle. Vielmehr bestand ein breiter Konsens zur friedlichen Nutzung der Kernenergie aus einer gesamtwirtschaftlichen Perspektive heraus.⁶⁰ Auch Max Preglau verweist auf diesen Zusammenhang: Die Entscheidung für die Kernenergie in Österreich wurde im Rahmen eines überparteilichen Konsens getroffen, in dessen Zentrum ein grundsätzliches Bekenntnis zu Wirtschaftswachstum und einer möglichst hohen Beschäftigung stand.⁶¹ Kurz gesagt fußte die Zustimmung beider Großparteien zur Atomenergie auf einem überparteilichen Einvernehmen in der Wirtschaftspolitik, welches, getragen

⁵⁶Vgl. KUCHLER, Zwentendorf, S. 236.

⁵⁷Vgl. LACKNER, Von Seibersdorf bis Zwentendorf, S. 216–221.

⁵⁸Ebd., S. 221.

⁵⁹Vgl. PREGLAU, The State and the Anti-nuclear Power Movement in Austria, S. 42–46.

⁶⁰Vgl. Franz KOK, Politik der Elektrizitätswirtschaft in Österreich. Vom Wachstumskonsens zur Krise, Baden-Baden 1991, S. 228f.

⁶¹Vgl. PREGLAU, The State and the Anti-nuclear Power Movement in Austria, S. 37–42.

von ÖVP und SPÖ, im Rahmen der Sozialpartnerschaft institutionalisiert worden war.⁶² Der vorparlamentarischen Ausverhandlung dieser und vieler anderer Entscheidungen im Rahmen der Sozialpartnerschaft fällt zudem großes Gewicht zu. Wie Michael Gehler erläutert, diene gerade die Sozialpartnerschaft während der Alleinregierung Klaus als zentrale Institution zur Konfliktvermittlung und so bestanden gewissermaßen die großkoalitionären Verhältnisse der 1950er Jahre fort.⁶³ Dass das Ende der ÖVP-Alleinregierung und der Übergang zur Ära Kreisky vorerst keine wesentlichen Veränderungen für das österreichische Atomenergieprogramm mit sich brachte, kann als eindeutiger Ausdruck dafür gewertet werden.

2.5 Die Kernenergie wird zum Politikum

Nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte begann also die Regierung Kreisky Anfang der 1970er Jahre den Bau von insgesamt drei Kernkraftwerken in Österreich umzusetzen. Nachdem sich in Bezug auf die einzelnen Kraftwerksprojekte Widerstand formierte und auch entsprechende Verzögerungen eintraten (siehe Kapitel 2.5.1), sollte im Herbst 1976 eine Informationskampagne Bedenken bei den verunsicherten Teilen der Bevölkerung zerstreuen. Da es den sich formierenden AtomkraftgegnerInnen allerdings gelang, die Informationskampagne im Sinne ihrer eigenen Interessen zu nutzen, scheiterte diese auf ganzer Linie, wie Helga Nowotny zeigte. KritikerInnen nutzten die öffentlichen Podiumsdiskussionen um ihre Bedenken medienwirksam zu artikulieren, während die von Regierungsseite geladenen Experten die vorgebrachte Kritik als irrational und nicht legitim herunterspielten. Die mediale Auseinandersetzung um die Gefahren der Kernenergie führte zur landesweiten Berichterstattung über die Bedenken der Anti-AKW-AktivistInnen, während die Experten als voreingenommen und parteiisch beziehungsweise Vertreter der Atomlobby gebrandmarkt wurden.⁶⁴

Anschließend wurde die Frage der Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf von der SPÖ ins Parlament verlagert. Zum Auftakt der parlamentarischen Auseinandersetzung wurde

⁶²Vgl. Emmerich TÁLOS, Der Sozialstaat – Vom 'goldenen Zeitalter' zur Krise, in: Reinhard SIEDER/Heinz STEINERT/Emmerich TÁLOS (Hrsg.), Österreich 1945 – 1995. Gesellschaft - Politik - Kultur, Wien 1995, S. 537–551.

⁶³Vgl. Michael GEHLER, Die Zweite Republik - zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945-2005), in: Herbert DACHS u. a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 35–52.

⁶⁴Vgl. NOWOTNY, Kernenergie: Anatomie eines Konflikts, S. 155–193; Eine Dokumentation der Informationskampagne selbst wurde vom Bundespressedienst veröffentlicht, der Überblick gibt auch kritische Positionen und Fragen aus der Bevölkerung im Rahmen der Diskussionsrunden wieder. Helmut HIRSCH, Österreich Dokumentationen: Kernenergie. 4 Bände, Wien 1977.

dem Parlament ein Bericht vorgelegt, der als Folge einer Regierungsklausur zum Thema Kernenergie unter der Beteiligung von namhaften internationalen Experten (Sigvard Eklund, Wolf Häfele, Victor F. Weisskopf, Carl Friedrich von Weizsäcker) entstanden war.⁶⁵

Besondere Erwähnung finden soll hier die sich verändernde parteipolitische Lage: Während die SPÖ an der Kernenergie sowie am Kraftwerk Zwentendorf festhielt und eine Inbetriebnahme durch einen entsprechenden Parlamentsbeschluss anstrebte, distanzierte sich die ÖVP zunehmend. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre war es Bundesparteiobermann Josef Taus aus wahltaktischen Überlegungen heraus gelungen, gegen die Widerstände der Industriellenvereinigung und des Wirtschaftsbundes, die ÖVP auf einen Anti-Zwentendorf-Kurs festzulegen und diesbezüglich (zumindest nach außen hin) Einigkeit in der Partei herzustellen. Zwar hielt die ÖVP an ihrem grundsätzlichen Bekenntnis zur Atomenergie fest, sie verlangte aber, dass die SPÖ-Alleinregierung die Verantwortung für Sicherheit und Endlagerung im Zusammenhang mit dem Standort Zwentendorf übernehmen solle, da die Projektrealisierung ausschließlich in deren Regierungszeit fiel.

Als Hintergrund für diesen Kurswechsel von Seiten der ÖVP ist das „Beispiel“ Schweden anzuführen. Nach Jahrzehnten in der Opposition war es den bürgerlichen Parteien in Schweden im Wahlkampf 1976 gelungen, das Thema Atomenergie als wichtigste Auseinandersetzung für sich zu nutzen. Die Sozialdemokratie verlor durch ihr Festhalten an der Atomkraft die Wahlen und wurde in die Opposition verdrängt.

Abgesehen davon sollte das Wahlkampfthema Atomkraft nicht voll und ganz der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) überlassen werden. Diese hatte sich seit Anfang der 1970er Jahre kritisch gegenüber der Kernenergie positioniert und im Laufe des Jahres 1978 eine strikte Nein-Haltung etabliert.⁶⁶

2.5.1 Zur Geschichte der österreichischen Anti-AKW-Bewegung

Die Ursachen und Ursprünge der österreichischen Anti-AKW-Bewegung wurden seit den späten 1970er Jahren unterschiedlich erläutert; allerdings sind erst in den letzten Jahren historische Arbeiten erschienen, die nicht aus dem Umfeld der Protestbewegung selbst entstammen oder zum Zwecke ihrer Erinnerung verfasst wurden. Hervorgehoben wird in diesen Studien vor allem ein grundlegender Wertewandel in der österreichischen Gesellschaft. Nachdem im Rahmen des Wiederaufbaus Stabilität, Wirtschaftswachstum und

⁶⁵BUNDESKANZLERAMT (Hrsg.), Bericht der Bundesregierung an den Nationalrat, betreffend die Nutzung der Kernenergie für die Elektrizitätserzeugung, Wien 1977.

⁶⁶Vgl. KRIECHBAUMER, Die Ära Kreisky, S. 209–216.

die materielle Grundversorgung im Zentrum standen, drängte ab Ende der 1960er Jahre die Nachkriegsgeneration in die Öffentlichkeit. Aufgewachsen in relativem Wohlstand, stellte diese den durch Parteien- und Verbändestaat vermittelten Konsens, welcher der Zweiten Republik zu Grunde gelegt wurde, zunehmend in Frage.⁶⁷

Herbert Gottweis stellt die Anti-AKW-Bewegung in Österreich dabei vor allem in den Kontext der sozialen Bewegungen der 1960er Jahre, sowie der in Österreich vergleichsweise ausgebliebenen beziehungsweise stark verzögerten StudentInnenbewegung von 1968.⁶⁸ In den späten 1960er Jahren waren in Österreich weder die wirtschaftlichen noch die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine Massenmobilisierung von Studierenden gegeben. Demnach lag Österreich etwa im Vergleich zu Deutschland oder Frankreich in Bezug auf viele wirtschaftliche Indikatoren um rund zehn Jahre im Hintertreffen. Die Rückständigkeit des damaligen Bildungs- beziehungsweise Hochschulwesens wiederum war der Grund für eine vergleichsweise geringe Anzahl an Studierenden. Der oben erwähnte Wertewandel und darüber hinaus eine Homogenisierung der Lebensbedingungen im Einzelnen setzten in Österreich erst ab den 1970er Jahren ein. Damit waren die Voraussetzungen für eine soziale Bewegung im Konflikt mit den etablierten politischen AkteurInnen und Strukturen erst verspätet gegeben. In der Anti-AKW-Bewegung fanden also schließlich in Österreich jene gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ihren Ausdruck, die in anderen Ländern bereits in den späten 1960ern ausgebrochen waren und verschränkten sich somit mit jenen der 1970er Jahre.

Andreas Kuchler stellt die österreichische Anti-AKW-Bewegung daher stärker in Beziehung zu den in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren international entstehenden Umweltbewegungen⁶⁹. Er verweist auf die zentrale Rolle des Widerstandes gegen Zwentendorf als Vorläufer für die Besetzung der Hainburger Au im Jahre 1983 und damit auch für die Entstehung der österreichischen „Grünen“.⁷⁰

Erich Kitzmüller hebt hervor, dass vor allem die erfolgreiche Formierung der VorarlbergerInnen gegen das schweizerische Grenzkraftwerk Rüthi⁷¹ und der Protest in Oberöster-

⁶⁷Vgl. Anton PELINKA/Herbert GOTTWEIS/David CAMPBELL, 1978: Volksabstimmung Zwentendorf, in: Forum Politische BILDUNG (Hrsg.), Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte, Innsbruck/Wien 1998, S. 162–175.

⁶⁸Vgl. GOTTWEIS, 1968 und die Folgen, S. 353–357.

⁶⁹Vgl. Andreas KUCHLER, Die Umweltbewegung (1965–1985), in: Oliver RATHKOLB u. a. (Hrsg.), Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld, Wien 2012, S. 226–232.

⁷⁰Vgl. Andreas KUCHLER, Hainburg (1980–1985), in: Oliver RATHKOLB u. a. (Hrsg.), Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld, Wien 2012, S. 252.

⁷¹Bis Mitte der 1970er Jahre wurde gegen das nur fünf Kilometer von Feldkirch entfernte Schweizer AKW demonstriert, bis die österreichische Bundesregierung gezwungen war diesbezüglich aktiv zu werden. Vgl. BRANDSTÄTTER/GROSSER/WETHNER, Die Anti-AKW-Bewegung in Österreich, S. 156–162.

reich gegen das zweite geplante Kernkraftwerk in Stein/St. Pantaleon⁷² zur sukzessiven Formierung der Bewegung beitrugen und schließlich in der Gründung der Dachorganisation der ProtestlerInnen mündete: der Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG).⁷³

In Bezug auf die inhaltlichen Strömungen der Anti-AKW-Bewegung ist hervorzuheben, dass im Rahmen der Fokussierung auf Minimalforderungen zu Gunsten von Heterogenität und Erfolg der Bewegung nur wenig Kritik an der Einbeziehung konservativer, bisweilen rechtsextremer, AktivistInnen geübt wurde.⁷⁴ Vielmehr wurde von Bernhard Natter festgehalten, dass der Widerstand gegen die Atomenergie bis Mitte der 1970er Jahre fast ausschließlich konservativ geprägt war.⁷⁵ Natter führt zudem aus, dass vor allem das konsensuale Auftreten der BefürworterInnen, verkörpert durch die Sozialpartnerschaft, eine Konzentration der GegnerInnen im Sinne einer single-issue-Bewegung über jegliche politische Differenzen hinweg förderte.⁷⁶

In der Auseinandersetzung um die Atomenergie wurde nicht nur die Kritik an einer unreflektierten Fortschrittsgläubigkeit formuliert. Teilweise wurde auch Fortschritt als solcher grundsätzlich in Zweifel gezogen. Exemplarisch können die Schriften und Beiträge des vielrezipierten Gründers des Weltbundes zum Schutze des Lebens (WSL), Günther Schwab, herangezogen werden. Schwabs Kritik an der Atomenergie entpuppt sich als Affirmation von sozialdarwinistischen Argumenten und nationalsozialistischem Gedankengut. Josef Straubinger etwa hat nicht nur auf NS-Rhetorik in Schwabs 1954 veröffentlichtem Roman „Der Tanz mit dem Teufel“ hingewiesen, sondern auch dessen Konzeption von Natur als „moralische Einrichtung“ kritisiert.⁷⁷ Ein Verständnis von Moral und Unmoral als den Naturgesetzen entsprechend, legitimiere schlussendlich jedes Verbrechen und jede „Inhumanität zur Herrschaftssicherung als Naturnotwendigkeit.“⁷⁸

In Vorbereitung auf den Wahlkampf zur Volksabstimmung formierten sich vorwiegend konservative Anti-AKW-GegnerInnen und Gruppierungen, abseits der hauptsächlich von Linken dominierten Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG),

⁷²Auch der Widerstand gegen das zweite geplante Atomkraftwerk in der Nähe von Linz gilt als Katalysator für die Ausweitung der Proteste. Das geplante AKW in St. Pantaleon wurde von Anti-AKW-AktivistInnen so lange thematisiert, bis dessen Bau vorerst aufgeschoben werden musste. Vgl. BRANDSTÄTTER/GROSSER/WETHNER, Die Anti-AKW-Bewegung in Österreich.

⁷³Vgl. KITZMÜLLER, Österreich - Verspäteter Atomzweig oder nicht-atomarer Anfänger, S. 246-259.

⁷⁴Vgl. BRANDSTÄTTER/GROSSER/WETHNER, Die Anti-AKW-Bewegung in Österreich, S. 162-168.

⁷⁵Vgl. Bernhard NATTER, Die 'Bürger' versus die 'Mächtigen' – Populistischer Protest an den Beispielen Zwentendorf und Hainburg, in: Anton PELINKA (Hrsg.), Populismus in Österreich, Wien 1987, S. 151-170, hier S. 151-156.

⁷⁶Vgl. ebd.

⁷⁷Vgl. STRAUBINGER, Sehnsucht Natur: Ökologisierung des Denkens, S. 65-75.

⁷⁸Ebd., S. 71.

in der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft (ARGE) „Nein zu Zwentendorf!“ unter der Führung von Alexander Tollmann.⁷⁹ Dazu bleibt festzuhalten, dass es sich hierbei um die Abspaltung einer rechtskonservativen Mehrheit handelte, die sich – als „unpolitisch“ und „nur auf die Sache bezogen“ darstellend – von den linken Teilen der Bewegung lossagte. So attestiert etwa auch Straubinger dem Weltbund zum Schutz des Lebens ein propagiertes Selbstverständnis als „*unpolitisch, international und überkonfessionell*“⁸⁰, das zum Naturverständnis des Gründers dieser Organisation deutlich im Widerspruch steht.

Im Gegensatz zu tradierten Erinnerungen an die Proteste (siehe Kapitel 2.8) muss darauf hingewiesen werden, dass es der Anti-AKW-Bewegung in Österreich gelungen ist, die Atomfrage überhaupt auf die politische Tagesordnung zu bringen, und somit zum Gegenstand institutionalisierter politischer Auseinandersetzung zu machen. Hierin liegt neben der intensiven Mobilisierung im Vorfeld der Volksabstimmung die wesentliche Rolle der AktivistInnen. Das Zustandekommen dieser Volksabstimmung ist jedoch eine Folge institutioneller Abläufe und vorrangig den AkteurInnen des etablierten politischen Systems zuzuschreiben.⁸¹

2.5.2 Auszüge aus der Kontroverse

Eines der Charakteristika an der österreichischen Anti-AKW-Bewegung ist, wie bereits erläutert, der Umstand, dass es gelungen ist, über längere Strecken hinweg die unterschiedlichen Gruppierungen in einer Bewegung zusammenzuhalten. Der Bogen der einzelnen Gruppen spannte sich von maoistischen Gruppierungen, unterschiedlichen Interessengemeinschaften wie etwa Naturschutzverbänden bis hin zur katholischen Kirche. Ein kurzer Blick auf erhaltene Broschüren ermöglicht einen Überblick über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der vorgebrachten Bedenken rund um die Atomenergie.

Neben grundsätzlichen technischen Hintergrundinformationen zu Funktion und Aufbau von Atomreaktoren finden sich in allen Materialien Ausführungen zu den negativen Auswirkungen von radioaktiver Strahlung unterschiedlichen Ursprungs und Dosierung, sowie Erläuterungen zur bedingten Aussagekraft von Toleranzgrenzen für die Strahlenbelastung. Darüber hinaus wird meist darauf verwiesen, dass AKWs auch im Normalbetrieb radioaktive Stoffe und umweltbelastende Wärme abgeben und dass Atomkraft-

⁷⁹Vgl. Alexander TOLLMANN, *Desaster Zwentendorf*, Wien 1983, S. 128f.

⁸⁰STRAUBINGER, *Sehnsucht Natur: Ökologisierung des Denkens*, S. 72.

⁸¹Vgl. SCHALLER, *Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse mit besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Zwentendorf bis 1981 ; Dokumentation – Analyse – Interpretation*, S. 543–556.

werke aufgrund der enormen Beanspruchung des Materials verschiedene Schwachstellen (wie etwa Schweißnähte) aufweisen. Verschiedenste Aspekte im Zusammenhang mit dem Brennstoffkreislauf, wie etwa begrenzte Uranvorkommen, Uranabbau und Lieferung, ebenso wie Wiederaufbereitung und Endlagerung von radioaktivem Abfall finden sich in unterschiedlicher Intensität in allen Publikationen. Zentral ist jedenfalls die Auseinandersetzung mit der Wahrscheinlichkeit eines größten anzunehmenden Unfalls (GAU) und dessen Folgen für Mensch und Umwelt. Darüber hinaus wird auch der Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Energiebedarf hinterfragt und die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie in Frage gestellt. Außerdem finden sich überall Verweise auf die internationale Dimension der Atomenergiekontroverse beziehungsweise auf Kraftwerksprojekte in den Nachbarstaaten Österreichs, sowie den militärischen Ursprung der Atomenergie.

Während eine maoistische Spielart des Anti-AKW-Protests die Problematik der Atomkraft im Verhältnis zu Kapitalismus, bürgerlicher Gesellschaft und politischem System zu erläutern versuchte und sich bewusst kämpferisch gab⁸², drängte der Arbeitskreis für Ökologie an der Universität Salzburg gemeinsam mit dem Naturschutzbund auf parteipolitische Unabhängigkeit und stellte die Frage nach Energiesparpotenzialen und der Erforschung alternativer Energieträger in den Mittelpunkt seiner Lösungsansätze.⁸³ Hinsichtlich der Lösungsvorschläge blieb der Beitrag von katholischer Seite ein wenig zurück. Nach einer Auseinandersetzung über den Widerspruch zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen und den moralisch-ethischen Problemen „höherer Ordnung“ blieb lediglich die Feststellung, dass wohl nur von Seiten der katholischen Kirche und wahren Christen Chancen im Auftreten gegen die Atomenergie zu erwarten seien. Abgesehen von der Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung drängte schließlich eine weitere Ausgabe auf einen verantwortungsvollen Umgang mit Energie.⁸⁴

Die Dachorganisation der AtomkraftwerksgegnerInnen in Österreich fungierte mit ihren Publikationen eher als Berichterstatte(r)in über die österreichweiten Entwicklungen. Mitte der 1970er Jahre steht neben der Aufklärung über die Atomenergie und die damit in Verbindung stehenden Problematiken die Erläuterung der allen GegnerInnen gemeinsamen Minimalforderungen im Zentrum: Keine Inbetriebnahme des AKW in Zwenten-

⁸²GRUPPE REVOLUTIONÄRE MARXISTEN (GRM), *Nein zu den AKWs. Nein zur Profitgier des Kapitals: Materialien zur Anti-AKW-Diskussion*, Wien 1978.

⁸³Herbert SCHENTZ, *Atomenergie. Informationen – Argumente – Kritik*, hrsg. v. ARBEITSKREIS ÖKOLOGIE AN DER UNIVERSITÄT SALZBURG GEMEINSAM MIT: ÖSTERREICHISCHER NATURSCHUTZBUND, Salzburg 1975.

⁸⁴Bernhard ETZ, *Zur Ethik der Atomenergie*, hrsg. v. KATHOLISCHE SOZIALAKADEMIE ÖSTERREICHS, Wien 1977; Helmut WALDERT, *Verantwortete Zukunft. Mit oder ohne Atomenergie?*, hrsg. v. KATHOLISCHE SOZIALAKADEMIE ÖSTERREICHS, Wien 1980.

dorf und auch keine weiteren AKWs in Österreich; keine Lagerung von Atommüll in Österreich und keine Kernkraftwerke an Österreichs Grenzen.⁸⁵ Im weiteren Verlauf rückten Berichte über konkretere Aspekte in den Vordergrund. Die Berichterstattung über aktuelle Ereignisse in Bezug auf das AKW Zwentendorf⁸⁶ fanden ebenso Berücksichtigung wie lokale Proteste im Zusammenhang mit dem geplanten Endlager in Allentsteig, oder Planungen zum Bau von Kernkraftwerken in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR).⁸⁷

Neben Broschüren, die im Kontext der immer größer werdenden Anti-Atomkraft-Bewegung und insbesondere in Vorbereitung auf die Volksabstimmung im November 1978 in Umlauf gebracht wurden, wendeten sich verstärkt auch Einzelpersonen an die Öffentlichkeit. Eine Aktivistin aus Vorarlberg veröffentlichte eine Serie von Briefen, die an Bruno Kreisky adressiert waren⁸⁸, während vereinzelt Proponenten aus Wissenschaft und Forschung in der Anti-AKW-Bewegung als „Gegenexperten“ auftraten und die friedliche Nutzung der Kernenergie kritisierten. Erwähnung finden müssen hierbei vor allem die frühen Aktivitäten von Peter Weish⁸⁹ zu den Gefahren der Kernenergie für Mensch und Natur, sowie der Beitrag des Statistikers Gerhart Bruckmann⁹⁰, welcher sich mit unterschiedlichen Lösungen der Energiekrise auseinandersetzt und die Sonnenenergie als Ausweg aus der Kernenergie beschreibt. Im Zuge der Auseinandersetzung fand schließlich in Wien eine internationale Konferenz von AtomkraftgegnerInnen statt. In deren Folge erschien eine Publikation, in welcher sich neben anderen auch Bernd Lötsch und Konrad Lorenz zu Wort meldeten. Besonders verwiesen sei hier auf den Beitrag von Alexander Tollmann, der die Erdbebensicherheit des Standorts Zwentendorf in Frage stellte.⁹¹

Von Seiten der Bundesregierung und der BefürworterInnen der Atomenergie wurde versucht, die Bedenken der KritikerInnen zu zerstreuen. Das Informationszentrum in Zwentendorf, ebenso wie die missglückte Informationskampagne wurden bereits erwähnt. Darüber hinaus finden sich noch einige Publikationen, welche die Zustimmung zur Kern-

⁸⁵Vgl. INITIATIVE ÖSTERREICHISCHER ATOMKRAFTWERKSSEGNER (Hrsg.), *Wie ist das mit den Atomkraftwerken wirklich?*, Wien 1976.

⁸⁶Vgl. INITIATIVE ÖSTERREICHISCHER ATOMKRAFTWERKSSEGNER (Hrsg.), *Atomkraftwerke nein - kein Parlamentsentscheid darf anders sein!*, Wien 1977.

⁸⁷Vgl. INITIATIVE ÖSTERREICHISCHER ATOMKRAFTWERKSSEGNER (Hrsg.), *Initiativ gegen Atomkraftwerke, für Demokratie und Umwelt*, Wien 1977.

⁸⁸Traudy RINDERER, *In Sachen Zwentendorf*, Wien 1978.

⁸⁹Peter WEISH/Eduard GRUBER, *Radioaktivität und Umwelt*, Stuttgart/New York 1975/1979/1986.

⁹⁰Gerhart BRUCKMANN, *Sonnenenergie statt Atomkraft. Der reale Ausweg aus der Energiekrise*, Innsbruck/München/Wien/Zürich 1978.

⁹¹Elisabeth SCHMITZ-MAYR-HARTING, *1. Internationales Atomgegnersymposium: Wir tragen Verantwortung für die Welt von Morgen. Energie und Umwelt im Sonnenzeitalter*, Wien 1978.

energie sichern sollten. Eine Broschüre des Verbands der österreichischen Elektrizitätswerke gibt dabei einen lohnenswerten Einblick, wie wenig von Seiten der Betreiber und BefürworterInnen auf die vorgebrachte Kritik eingegangen wurde.⁹² Darüber hinaus wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Umweltschutz und Gesundheit eine Publikation zur Frage des Strahlenschutzes veröffentlicht, um den Betrieb des Atomkraftwerks in Zwentendorf durch das Erläutern von Sicherheitsmaßnahmen und in Betracht gezogene Gefahren als möglichst unbedenklich und beherrschbar erscheinen zu lassen.⁹³

Im Kontext der Auseinandersetzung mit der Frage der Atomenergie innerhalb der Sozialdemokratie selbst sind wiederum in der Zeitschrift *Zukunft* einige Artikel erschienen. So wurde etwa in Hinblick auf die Emission von Kohlendioxid und die zu befürchtende globale Erwärmung für die Kernenergie argumentiert⁹⁴, während der SPÖ Klubobmann Heinz Fischer dafür plädierte, das fertiggestellte AKW in Zwentendorf als Brückentechnologie in Betrieb zu nehmen, ehe bis zum Ende des Jahrhunderts Alternativen entwickelt und ausgebaut werden könnten.⁹⁵

2.6 Die Volksabstimmung vom 5. November 1978

Nachdem es der Anti-AKW-Bewegung also gelungen war, die Frage der Kernenergie zu einem landesweiten Thema zu machen, wurde diese im Rahmen der etablierten politischen Institutionen weiterverhandelt. Im Aushandlungsprozess zwischen den drei Parteien näherte sich die SPÖ im Laufe des Jahres 1977 einem Vorschlag der ÖVP zu einer Drei-Parteien-Lösung an. Nachdem die ÖVP allerdings fünf für die SPÖ unannehmable Bedingungen (beispielsweise eine persönliche Sicherheitsgarantie durch den Bundeskanzler) für ihre Zustimmung formuliert hatte, wurde eine Einigung immer unwahrscheinlicher. Nach dem Ende der Tätigkeit des Unterausschusses im Parlament, in dessen Rahmen ebenfalls keine Einigung erzielt werden konnte, schien eine parlamentarische Einigung zunehmend unmöglich. Im Frühjahr 1978 exponierte sich die Industriellenvereinigung noch einmal in Hinblick auf ihre Befürwortung der Atomenergie und strebte eine Aufhebung des Klubzwangs für einen Parlamentsentscheid an. Damit versuchte diese

⁹²VERBAND DER ELEKTRIZITÄTSWERKE (GERHARD SCHWEISSER) (Hrsg.), Warum wir Zwentendorf brauchen, Wien 1975.

⁹³Friedrich KATSCHER, Die Strahlung und der Mensch. Strahlenschutz, Sicherheitsvorkehrungen und Sicherheitsmassnahmen für das Kernkraftwerk Zwentendorf. Eine Bürgerinformation des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, Wien 1978.

⁹⁴Georg BREUER, Kohlendioxid und die Kernenergiediskussion, in: Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur 5/1978, S. 51–53.

⁹⁵Heinz FISCHER, Warum ich dennoch für Zwentendorf bin, in: Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur 8/1978, S. 12–14.

einen Vorschlag Kreiskys wieder ins Spiel zu bringen.⁹⁶ Im Anschluss an den gescheiterten Atomgipfel im Jänner 1978 – unter Berufung auf die Nichterfüllung der von ihr gestellten Bedingungen brach die ÖVP die Verhandlungen nach 35 Minuten ab – legte die ÖVP ihren Kurs zum grundsätzlichen Bekenntnis zur Kernenergie, allerdings nur unter der Bedingung einer vorherigen Klärung des Sicherheitsaspektes durch die Regierung, über einen Beschluss des Bundesparteivorstandes fest. Damit waren ganz im Sinne von Josef Taus die konträren Standpunkte innerhalb der Partei in einer gemeinsamen Linie vereint.⁹⁷ Um einen Alleingang zu vermeiden, verkündete Bundeskanzler Kreisky Ende Juni 1978 schließlich die Durchführung einer Volksabstimmung. Oliver Rathkolb hält in diesem Zusammenhang fest, dass Kreisky diesen Vorschlag noch wenige Monate zuvor strikt abgelehnt hatte. Nunmehr hatte dieser *„offensichtlich die politische Sprengkraft dieser Diskussion erkannt und wollte sich nicht weiter exponieren.“*⁹⁸

Schon alleine die Betrachtung der Fragestellung zeigt dabei, dass die Volksabstimmung im Herbst 1978 keineswegs als Abstimmung für oder gegen die Kernenergie in Österreich angesetzt war, sondern lediglich das Ende einer langwierigen Diskussion zwischen den politischen Parteien markieren sollte. Eine Zustimmung zum Entwurf hätte zur Folge gehabt, dass der Nationalrat die Inbetriebnahme weiterer Atomkraftwerke per Gesetz bewilligen müsste, während die Betriebsbewilligung für das Kraftwerks Zwentendorf gleichzeitig erteilt worden wäre. Ein mehrheitliches Nein-Votum wiederum führte zu keinerlei rechtlichen Veränderungen. Kernkraftwerke und damit auch das Kernkraftwerk Zwentendorf konnten weiterhin auf Basis des bereits bestehenden Bewilligungsverfahrens errichtet und in Betrieb genommen werden.⁹⁹

Zum Zeitpunkt der Volksabstimmung standen einige wenige der von KritikerInnen und BefürworterInnen vorgebrachten Argumente im Vordergrund. In einer öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Alexander Tollmann und den Experten des Genehmigungsverfahrens wurde heftig über die Frage der Erdbebensicherheit des Standorts Tullnerfeld und eine mögliche Gefährdung des Grundwassers debattiert. Ebenfalls im Fokus stand die bis zum Zeitpunkt der Volksabstimmung ungelöste Frage nach der Endlagerung des Atommülls und die Diskussion um die Wahrscheinlichkeit eines Reak-

⁹⁶Vgl. Oliver RATHKOLB, NS-Erbe, Wiederaufbau, Marshallplan und das ‘weiße Gold’ in den europäischen Netzwerken, in: Oliver RATHKOLB u. a. (Hrsg.), *Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld*, Wien 2012, S. 204f.

⁹⁷Vgl. Gerald STIFTER, *Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970–1983*, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, S. 184–196.

⁹⁸RATHKOLB, NS-Erbe, Wiederaufbau, Marshallplan, S. 205.

⁹⁹Vgl. Heinrich NEISSER/Fritz WINDHAGER (Hrsg.), *Atomkraft für Österreich. Argumente, Dokumente und Perspektiven der Kernenergie Diskussion in Österreich*, Wien 1978, S. 12–42.

torunfalls sowie die dadurch auftretenden Gefahren. Von Seiten der BefürworterInnen wurde die Arbeitsplatzsicherung (nach der Formel Wirtschaftswachstum braucht Energiewachstum) und die Gewährleistung einer ausreichenden und unabhängigen Stromversorgung in den Vordergrund gestellt.¹⁰⁰

In Bezug auf die Volksabstimmung¹⁰¹ rückt die Frage der Bedeutung der wenige Tage vor der Abstimmung getätigten Äußerung von Bundeskanzler Kreisky in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Dieser hatte einigermaßen verklausuliert verkündet, dass die Volksabstimmung auch in Hinblick auf seine Person und die Regierungspolitik insgesamt zu sehen sei, und damit versucht sein politisches Gewicht für einen positiven Ausgang des Volksentscheides einzusetzen: *„Ich möchte nicht sagen, dass ich sicher nicht zurücktrete. Ich möchte aber auch nicht sagen, dass mich das unbeeinflusst ließe. Das wäre schon eine Niederlage der Regierungspartei.“*¹⁰² Am 5. November 1978 erreichten die GegnerInnen schließlich bei einer Wahlbeteiligung von 64,1 Prozent eine knappe Nein-Mehrheit von 50,5 Prozent.¹⁰³

2.7 Von der Volksabstimmung bis 1985

Nach der negativen Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf wurde innerhalb weniger Wochen das sogenannte Atomsperrgesetz erlassen. Schon am 15. Dezember 1978 beschloss der Nationalrat das Bundesgesetz „Verbot der Nutzung der Kernenergie für die Energieversorgung in Österreich.“¹⁰⁴ Kriechbaumer hält in diesem Zusammenhang fest, dass nach der Abstimmung 1979 Kreisky seinen Handlungsspielraum wieder zurückgewann, indem er dem Parteivorstand seinen Rücktritt anbot, welcher seinen Erwartungen gemäß zurückgewiesen wurde. Innerparteilich gestärkt ging Kreisky in die Offensive und bereitete den Weg für das Atomsperrgesetz, um den Wahlkampf 1979

¹⁰⁰Ein detaillierter Überblick über diese Aspekte findet sich bei Patrick HORVATH, Atomkraftwerk Zwentendorf, in: Reinahrd GUTSCHIK/Patrick HORVATH/Rupert WEINZIERL (Hrsg.), Verhinderte und verzögerte Infrastrukturprojekte. Kosten und Konsequenzen für Österreich, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, S. 108–119.

¹⁰¹Neben den bereits erwähnten Diplomarbeiten von Andrea Zehetgruber und Katharina Schmidt findet sich eine Darstellung zum Vorfeld und Verlauf der Volksabstimmung in: Margarete SCHLEICH, Die Volksabstimmung über Zwentendorf. Warum Österreichs erstes Kernkraftwerk nicht in Betrieb gegangen ist, Magisterarb., Universität Graz, 2008.

¹⁰²zit. n. KUCHLER, Zwentendorf, S. 241.

¹⁰³Eine Broschüre mit einer genauen Aufschlüsselung der Abstimmungsergebnisse wurde vom Bundesministerium für Inneres zur Verfügung gestellt: BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES, Volksabstimmung am 5. November 1978, Wien 1978, URL: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksabstimmung/files/volksabstimmung.pdf, letzter Zugriff: 19.05.2012.

¹⁰⁴BUNDESGESETZBLATT, Nr. 676/1978, verlautbart am 29.12.1978, URL: <http://www.ris.bka.gv.at>.

von der Atomfrage freizuhalten und mögliche weitere Schritte in das Handlungsfeld der Sozialpartnerschaft zu verschieben.¹⁰⁵

Nach dem Beschluss des Atomsperrgesetzes legte die Betriebsgesellschaft des AKW beim Verfassungsgerichtshof Beschwerde ein und das AKW Zwentendorf wurde bis auf weiteres eingemottet. In der Folge wurde immer wieder über eine mögliche Inbetriebnahme diskutiert und spekuliert, ebenso wie über die Möglichkeit eines Umbaus in ein konventionelles Gaskraftwerk.¹⁰⁶ Alexander Tollmann, Gründer der „ARGE - Nein zu Zwentendorf“, veröffentlichte 1983 eine Monographie zur Geschichte des AKW Zwentendorf aus seiner Perspektive. Durchaus stark von einem Freund-Feind-Schema und Polemiken gegenüber politischen FunktionsträgerInnen geprägt, gibt Tollmanns Darstellung zu erkennen, dass in den Jahren von 1979 bis 1983 die Option einer neuerlichen Volksabstimmung in der öffentlichen Diskussion latent vorhanden war. Allerdings finden sich keine Hinweise auf konkrete Vorstöße der Bundesregierung.¹⁰⁷

Im Herbst 1980 wurde, vor allem von Seiten der Sozialpartner, insbesondere der Gewerkschaften, ein Pro-Atom Volksbegehren initiiert (421.282 Unterschriften). Zeitgleich wurde unter der Führung von Elisabeth Schmitz (ÖVP) ein Anti-Atom Volksbegehren (147.016 Unterschriften) ins Leben gerufen. Während Letzteres nicht die zu diesem Zeitpunkt noch erforderlichen 200.000 Unterschriften für eine zwingende Auseinandersetzung im Nationalrat und nur Rang 28 erreichte, liegt das Pro-Atom Volksbegehren mit Rang elf klar in der erfolgreichen Hälfte aller 35 bisher initiierten Volksbegehren.¹⁰⁸ Schlussendlich blieben beide Volksbegehren ohne Konsequenzen. Die parlamentarische Behandlung des Pro-Atom Volksbegehrens im Unterausschuss des Handelsausschusses endete mit der Legislaturperiode im Jahr 1983.¹⁰⁹

Für den Zeitraum zwischen der Volksabstimmung und dem Herbst 1985 konstatiert Katharina Schmidt ein eindeutiges Meinungsbild für eine Inbetriebnahme in Medien und Bevölkerung.¹¹⁰ In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass die Nichtinbetriebnahme des AKW Zwentendorf zwischen 1978 und 1986 vorwiegend der

¹⁰⁵Vgl. KRIECHBAUMER, Die Ära Kreisky, S. 220.

¹⁰⁶Vgl. GEMEINSCHAFTSKRAFTWERK TULLNERFELD (GKT) (Hrsg.), Strom für die Zukunft, S. 142–168 u. 249–257.

¹⁰⁷Vgl. TOLLMANN, Disaster Zwentendorf, S. 195–212.

¹⁰⁸Die Ergebnisse der beiden Volksbegehren werden in vielen Publikationen unterschiedlich angegeben. Während einige Publikationen ein weitaus niedrigeres Ergebnis angeben, liegen die meisten in etwa bei den oben angegebenen Zahlen. Diese entsprechen den Angaben des Innenministeriums: BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES, Alle Volksbegehren der zweiten Republik, URL: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/Alle_Volksbegehren.aspx, letzter Zugriff: 12.12.2012.

¹⁰⁹Vgl. PREGLAU, The State and the Anti-nuclear Power Movement in Austria, S. 61.

¹¹⁰Vgl. SCHMIDT, Die Kernenergie-Debatte in Österreich, S. 36–48.

Blockade eines entsprechenden Parlamentsentscheids geschuldet ist.¹¹¹ Kuchler verweist ebenfalls auf eine Meinungsumfrage aus dem Jahr 1985, bei der sich 56% aller Befragten für eine Inbetriebnahme aussprachen.¹¹² Wie in Kapitel 2.8 deutlich werden wird, stehen diese Umfragedaten in direktem Widerspruch zur Erinnerung: In der Tradierung ist bereits für diese Phase von einer homogenen Ablehnung der Kernenergie in der Bevölkerung die Rede.

Die Frage des Verbleibs des eingemotteten Kraftwerks wurde 1983 aus dem Überkommen der Koalition zwischen SPÖ und FPÖ ausgeklammert, allerdings wurde im März 1985 versucht eine neuerliche Volksabstimmung über die Inbetriebnahme von Zwentendorf im Nationalrat durchzusetzen. Wie Anton Pelinka festhält, ist es der SPÖ zwar gelungen die FPÖ in dieser Frage insofern zum Einlenken zu bewegen, als eine Abstimmung ohne Klubzwang ermöglicht wurde. Mit der 91 zu 90 Mehrheit für eine Volksabstimmung war allerdings die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht und das Thema Zwentendorf vom Tisch. Noch im März beschloss die Betriebsgesellschaft GKT die Liquidierung des Atomkraftwerks am Tullnerfeld.¹¹³

2.8 Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und die Folgen für Österreich

In so gut wie allen Beiträgen zur Geschichte der Kernenergie in Österreich wird der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl eine entscheidende Rolle zugemessen. Kuchler hält diesbezüglich fest, dass sich binnen weniger Tage Proponenten von SPÖ und ÖVP, etwa die Kandidaten für die bevorstehende Präsidentschaftswahl Kurt Steyrer und Kurt Waldheim, ebenso wie Wiens Bürgermeister Helmut Zilk und Vizebürgermeister Erhard Busek, aber auch Bundeskanzler Fred Sinowatz, gegen die friedliche Nutzung der Atomkraft beziehungsweise für ein endgültiges Aus von Zwentendorf aussprachen.¹¹⁴ Diese kurzfristige Kehrtwendung als Reaktion auf die Katastrophe markiert auch für Franz Kok das Ende der Kontroverse um die Atomenergie in Österreich.¹¹⁵ Helmut Lackner

¹¹¹Vgl. PREGLAU, *The State and the Anti-nuclear Power Movement in Austria*, S. 60–63; Vgl. SCHMIDT, *Die Kernenergie-Debatte in Österreich*, S. 43–48.

¹¹²im Vergleich zu nur 30% im Jahr 1979; Als Alternativen standen Abwracken (23%), Umbau (11%), Konservieren (7%) und Unentschieden (3%) zur Auswahl. Siehe KUCHLER, *Zwentendorf*, S. 243.

¹¹³Vgl. Anton PELINKA, *Die kleine Koalition. SPÖ–FPÖ 1983–1986*, Wien/Köln/Graz 1993, S. 39–46.

¹¹⁴Vgl. Andreas KUCHLER, *Die Entwicklung der Wasserkraft zwischen Tschernobyl und der Liberalisierung*, in: Oliver RATHKOLB u. a. (Hrsg.), *Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld*, Wien 2012, S. 258f.

¹¹⁵Vgl. KOK, *Politik der Elektrizitätswirtschaft in Österreich*, S. 230f.

spricht von einem „*endgültigen mentalen Ausstieg aus der Kernenergie*“¹¹⁶, der mit der Aussage des Bundeskanzlers eingesetzt habe.

Auch Weingand stellt diesen Meinungsumschwung bei politischen Eliten und in der Öffentlichkeit in den ersten Wochen des Mai 1986 fest. Mit einer Analyse der Zwentendorf Nennungen in Meldungen der Austria Presse Agentur bis Mitte der 1990er Jahre konstatiert er eine Mythologisierung Zwentendorfs. Seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl sei es gelungen, in ganz Österreich einen Konsens gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie zu etablieren wie er vorher nur in Vorarlberg auf Basis der Anti-Rüthi-Proteste festgestellt werden kann. Hierfür werde die Volksabstimmung seither als jener Moment inszeniert, in welchem ÖsterreicherInnen Weitblick bewiesen hätten und in Ausübung ihrer demokratischen Pflichten der Nutzung der Kernenergie eine endgültige und eindeutige Absage erteilt hätten. Darüber hinaus speist sich hieraus eine Legitimation für ein Engagement der österreichischen Regierung, international gegen Atomenergie aufzutreten, was insbesondere bei den Auseinandersetzungen um grenznahe AKWs in der Tschechischen Republik in den 1990er Jahren zu Tage trat.¹¹⁷

Dieser Mythos Zwentendorf führt letztlich zur Erinnerung an die Anti-AKW-Bewegung, deren Historisierung durch die jeweiligen AkteurInnen und ihrer Rolle in der österreichischen Erinnerungskultur. Anlässlich des 20 Jahr-Jubiläums zur Volksabstimmung veröffentlichte etwa Peter Weish eine kurze persönliche Darstellung der Geschichte der Atomenergie in Österreich, in welcher er das Zustandekommen eines Volksentscheides als das Verdienst der Anti-AKW Bewegung erinnert.¹¹⁸ Für Weish wiegt die Sensibilisierung der österreichischen Bevölkerung verständlicherweise am stärksten in der Einschätzung des Abstimmungsergebnisses. Besonders auffallend ist die Einschätzung bezüglich der Reaktion auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl: Die Katastrophe hätte zwar das Aus für Zwentendorf bedeutet, die veränderte Atompolitik der Bundesregierung wertet Weish allerdings als eine Reaktion auf den andauernden Druck aus der Bevölkerung.¹¹⁹ Ein Sammelband mit Erinnerungen von einzelnen AktivistInnen aus dem Jahr 2008 hinterlässt grundsätzlich einen ähnlichen Eindruck.¹²⁰

¹¹⁶LACKNER, Von Seibersdorf bis Zwentendorf, S. 224.

¹¹⁷Vgl. Hans-Peter WEINGAND, Industriedenkmal Zwentendorf. Zum Wandel von Technikbewusstsein in Österreich, in: Klaus PLITZNER (Hrsg.), Technik - Politik - Identität. Funktionalisierung von Technik für die Ausbildung regionaler, sozialer und nationaler Selbstbilder in Österreich. Stuttgart 1995, S. 189–200, hier S. 192–200.

¹¹⁸Vgl. Peter WEISH, 20 Jahre nach Zwentendorf, 1998, URL: homepage.univie.ac.at/~weishp4/schriften/zwentendorf_20_jahre.pdf, letzter Zugriff: 22.08.2012.

¹¹⁹Vgl. ebd.

¹²⁰Vgl. Heimo HALBRAINER/Elke MURLASITS/Sigrid SCHÖNFELDER (Hrsg.), Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf! 30 Jahre danach, Weitra 2008.

Um die Jahrtausendwende wurde von Wiener HistorikerInnen eine Umfrage in Auftrag gegeben, die den Ausgangspunkt einer umfassenden Auseinandersetzung mit der österreichischen Erinnerungskultur bilden sollte. Nicht die HistorikerInnen selbst sollten die in diesem Zusammenhang näher analysierten Themenfelder festlegen, sondern „messbare“ Themenbereiche und Bezugspunkte in der Bevölkerung. Mit großem Vorsprung wurden hier die österreichische Natur, die (alpine Gebirgs-)Landschaft, sowie Flüsse und Seen als „spezifisch österreichisch“ angeführt. Zudem sei es eine der vordringlichsten Aufgaben „Österreichs“, in der EU für die Umwelt einzutreten.¹²¹ In der aus diesem Umfrageergebnis resultierenden genaueren Betrachtung der Geschichte des Widerstandes gegen Zwentendorf, und die Erinnerung an die Volksabstimmung sowie die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hält Gerhard Strohmeier fest, dass Zwentendorf vor allem dann erinnert wird, wenn es wichtig ist, durch das Erinnern an den Sieg der KraftwerksgegnerInnen Optimismus und kollektives Selbstvertrauen zu beschwören: so etwa im Kampf gegen das grenznahe AKW Temelin.¹²² Ulrike Felt hat aufgezeigt, dass es durch die wiederholte Inszenierung dieses Mythos Zwentendorf seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, etwa im Kontext des österreichischen Beitritts zur Europäischen Union, zur Herausbildung eines *sociotechnical imaginary der Abwesenheit* gekommen ist.¹²³

2.9 Zusammenfassung

Abschließend bleiben mehrere Punkte festzuhalten: Bei der Entscheidung für die friedliche Nutzung der Atomenergie im Laufe der 1950er und 1960er Jahre handelte es sich, abgesehen von einem anfänglichen Zögern der E-Wirtschaft, um eine unumstrittene Angelegenheit. Letztlich fiel diese als überparteiliche Entscheidung zwischen allen drei Parteien im Rahmen eines Konsens zu Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung.

Im Laufe der 1970er Jahre regte sich Widerstand gegen einzelne Kraftwerksprojekte. Schließlich formierte sich die österreichische Anti-AKW-Bewegung im Lichte der Fertigstellung und geplanten Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf. Es konnte deutlich gezeigt werden, dass deren Verdienst in der Thematisierung der Atomfrage gesehen werden muss. Die AktivistInnen konnten den Konsens für die Nutzung der Kernenergie in den etablierten politischen Institutionen aufbrechen und eine Diskussion in Gang setzen. Die Volksabstimmung im Herbst 1978 ist allerdings eine Folge institutioneller Auseinandersetzungen und daher den in diesem Rahmen handelnden AkteurInnen zuzuschreiben.

¹²¹Vgl. BRIX/BRUCKMÜLLER/STEKL (Hrsg.), *Memoria Austriae I*, S. 13 u. 18.

¹²²Vgl. STROHMEIER, 'Umwelt': Österreichische Mythen, Topoi und Erinnerungen, S. 370.

¹²³Vgl. FELT, *Keeping Technologies Out*.

Nach der Volksabstimmung am 5. November 1978 wurde die Kontroverse mit dem Atomsperrgesetz vorübergehend beendet. Dieses versuchte die SPÖ während der Kleinen Koalition mit der FPÖ im Frühjahr 1985 mittels einer neuerlichen Volksabstimmung zu revidieren. Die Einleitung dieser zweiten Volksabstimmung scheiterte trotz einer 91 zu 90 Mehrheit im Parlament, da eine Zweidrittelmehrheit als Voraussetzung festgesetzt worden war.

Vor allem seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl steht die Erinnerung an die Ereignisse im Herbst 1978 zu den soeben beschriebenen Entwicklung im Kontrast: Einerseits tritt eine Überbewertung in Hinblick auf die Rolle der Anti-AKW-Bewegung zu Tage, indem dieser die Verantwortung für das Zustandekommen und das Ergebnis der Volksabstimmung zugeschrieben wird.

Abgesehen davon sind Bezugnahmen zur Volksabstimmung im Sinne eines eindeutigen und endgültigen Endes der Kernenergiekontroverse in Österreich festzuhalten. Diese Form der Erinnerung verschleiert das knappe und umstrittene Ergebnis der Volksabstimmung ebenso, wie den Stellenwert der innenpolitischen Auseinandersetzungen um das Kraftwerk Zwentendorf bis 1986.

In Bezug auf die eingangs aufgeworfene Frage nach den entscheidenden Aspekten in der Geschichte der Kernenergiekontroverse bis 1986 ist also festzuhalten, dass im Unterschied zu gegenwärtigen Narrativen, vor allem Prozesse innerhalb der etablierten Institutionen als ausschlaggebend zu betrachten sind. Die wichtigsten Weichenstellungen gingen auf Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition zurück. Die vorliegende Untersuchung der weiteren Auseinandersetzung zwischen den etablierten politischen Parteien unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die österreichische Gesellschaft wird zeigen, dass – und vor allem wie – diese AkteurInnen schlussendlich auch die Ablehnung der Kernenergie in Österreich wesentlich beeinflussten beziehungsweise prägten.

3 Technologie *und* Gesellschaft?

Der historische Blick auf die Nutzung der Atomenergie in Österreich hat deutlich gezeigt, dass Narrative wie die soeben zitierten Darstellungen der Geschichte Zwentendorfs keineswegs den Tatsachen entsprechen. Die erwähnten Forschungsergebnisse von Ulrike Felt zeigen allerdings auf, dass diese Narrative eine zentrale Rolle für die gegenwärtige Wahrnehmung von beziehungsweise Auseinandersetzung mit Kernenergie in Österreich spielen.

In der Folge werden einige zentrale Ansätze und Konzepte zur Analyse des Verhältnisses zwischen Technologie und Gesellschaft vorgestellt, sowie deren Nutzen und Bedeutung für die vorliegende Untersuchung diskutiert. Neben einer Differenzierung einzelner Ebenen für die anschließende Analyse eröffnen sich dadurch auch Perspektiven für die Interpretation und Kontextualisierung der Ergebnisse.

3.1 Dimensionen des Technikbegriffs

Ein Großteil gegenwärtiger Arbeiten zu Technik in den Geistes- und Sozialwissenschaften orientiert sich – wie eine aktuelle Einführung in die Technikhistoriographie zeigt – an einer Sprachregelung, die vom Technikphilosophen Günther Ropohl vorgeschlagen wurde.¹²⁴ In seiner „Allgemeinen Technologie“ hält dieser fest, dass der Begriff Technik folgendes umfasse:

„(a) die Menge der nutzenorientierten, künstlichen, gegenständlichen Gebilde (Artefakte oder Sachsysteme), (b) die Menge menschlicher Handlungen und Einrichtungen, in denen Sachsysteme entstehen und (c) die Menge menschlicher Handlungen, in denen Sachsysteme verwendet werden.“¹²⁵

Anschließend systematisiert Ropohl die Technik in drei Dimensionen: Eine *naturale Dimension* von Artefakten und Sachsystemen, eine *humane Dimension*, welche Technik als zwischen Mensch und Natur verhaftet betrachtet, und einer *sozialen Dimension*, die dem Umstand Rechnung trägt, dass menschliches Handeln immer in Bezug zur Gesellschaft zu setzen ist. Diese analytische Trennung eröffnet schließlich eine Vielzahl von Perspektiven für die Auseinandersetzung mit Technik, im Allgemeinen ebenso wie im Besonderen.¹²⁶ In ihrer Einführung in die Technikgeschichte streichen Gleitsmann et. al. hervor, dass die soziale Dimension vor allem sozialwissenschaftlichen Fragestellungen

¹²⁴Vgl. Rolf-Jürgen GLEITSMANN/Rolf-Ulrich KUNZE/Günther OETZEL, Technikgeschichte, Konstanz 2009, S. 24.

¹²⁵Günther ROPOHL, Allgemeine Technologie. Eine systemtheorie der Technik, Karlsruhe 2009, S. 33.

¹²⁶Vgl. ebd., S. 29–46.

zugänglich sei. Darunter seien vorrangig ökonomische, soziologische, politikwissenschaftliche und historische Themenkomplexe zu verstehen, insbesondere was „*die Rolle von Politik und Staat bei der Technikgenese und -verbreitung, [sowie] die Akzeptanz von Technik*“ betreffe.¹²⁷

3.2 Technologischer Determinismus und Sozialkonstruktivismus

Diese sehr grundsätzliche Systematisierung des Begriffs Technik von Günther Ropohl hilft das Augenmerk auf einzelne Aspekte in der Auseinandersetzung mit Technik zu lenken, bildet aber für sich noch keine Grundlage um diese zu analysieren. Ein zentraler Punkt der Auseinandersetzung mit der *sozialen Dimension* von Technik ist die Frage nach der jeweiligen bestimmenden Größe: Beeinflusst vorrangig die Technologie menschliches Handeln und damit die Gesellschaft oder sind vielmehr die gesellschaftlichen Bedingungen bestimmend für die Ausformung von Technologien?

Unter dem Begriff *technologischer Determinismus* werden all jene Ansätze zusammengefasst, die der Technik die dominante Position in diesem Verhältnis zumessen. Die Technik und ihre Folgen werden als bestimmend für sozialen Wandel sowie Institutionen und soziale Verhältnisse begriffen.¹²⁸ Die bereits erwähnte Einführung von Gleitsmann et. al. beschreibt diesen als das am weitesten verbreitete Modell in der Technikwahrnehmung und hält fest, dass dieser auf die Festschreibung einer „*humanen Ohnmacht*“ in Bezug auf das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Technologie hinauslaufe.¹²⁹ Wolfgang König verfolgt in seiner Einführung einen stärker theoriegeschichtlichen Ansatz und streicht hervor, dass unter dem Label *technologischer Determinismus* sehr unterschiedliche Ausprägungen zusammengefasst werden. Zwar seien radikale technikdeterministische Positionen, wie sie bis in die 1970er Jahre vermehrt vertreten wurden, heute kaum mehr zu finden beziehungsweise haltbar; auf der anderen Seite sei aber nicht zu leugnen, dass der Einsatz von Technik Auswirkungen auf die Gesellschaft mit sich bringe.¹³⁰

König verweist in diesem Zusammenhang unter anderem auf einen der wohl am meisten rezipierten Texte in der Technikforschung: Langdon Winner erläuterte in „Do Artefacts have Politics“¹³¹, dass der Ausschluss der afroamerikanischen Bevölkerung New Yorks

¹²⁷Vgl. GLEITSMANN/KUNZE/OETZEL, Technikgeschichte, S. 30.

¹²⁸Vgl. John SCOTT/Gordon MARSHALL, A Dictionary of Sociology, 2009, URL: www.oxfordreference.com, letzter Zugriff: 14.09.2012.

¹²⁹Vgl. GLEITSMANN/KUNZE/OETZEL, Technikgeschichte, S. 34.

¹³⁰Vgl. Wolfgang KÖNIG, Technikgeschichte. Eine Einführung in ihre Konzepte und Forschungsergebnisse, Stuttgart 2009, S. 71f.

¹³¹Vgl. Langdon WINNER, Do Artifacts Have Politics, in: Daedalus 109.1 (1980), S. 121–136.

von Naherholungsgebieten auf Long Island über Technik durchgesetzt worden wäre. Demnach habe der Stadtplaner Robert Moses die entsprechenden Autobahnbrücken zu niedrig konzipiert, um die Erreichbarkeit mittels Bussen und damit dem öffentlichen Verkehr, auszuschließen.¹³² Damit ist einigermaßen deutlich illustriert, dass Technik auch soziale Zwänge ausüben kann. In ähnlicher Weise nimmt Winner auch Bezug auf das Beispiel der Nutzung der Kernenergie, welche stark ausgeprägter, zentralistischer und damit staatlicher Strukturen bedürfe, während die Nutzung der Solarenergie einen weitaus föderaleren beziehungsweise selbstorganisierteren Ver- und Betrieb zulasse.¹³³ Die Vorstellung, dass die Atomenergie unvermeidlich zur Ausbildung autoritärer Gesellschaftsstrukturen führe, wurde immer wieder von AtomgegnerInnen, auch in Österreich, aufgegriffen. Im deutschsprachigen Raum sehr weite Verbreitung fanden vor allem die diesbezüglichen Ausführungen von Robert Jungk.¹³⁴

Entgegen dieser Auffassung wurde vor allem seit den 1980er Jahren, anfänglich in Bezug auf den Entstehungszusammenhang von Technik, die Frage gestellt, inwiefern die bestimmenden Faktoren für die technologische Entwicklung beziehungsweise in der Entwicklung von Technik, nicht vielmehr sozialen Ursprungs sind. In der Folge wurde dies konsequenterweise auch auf den Anwendungszusammenhang ausgedehnt: Sind die Durchsetzung und die Diffusion von neuen Artefakten und Sachsystemen ausschließlich von deren Verfasstheit abhängig oder sind nicht vielmehr unterschiedliche soziale Bedingungen und damit Herrschafts- und Machtverhältnisse für die Durchsetzung oder das Scheitern von Technologien verantwortlich? All jene unterschiedlichen Ansätze, die also die soziale Gestaltbarkeit im Umgang mit Technik betonen, werden unter dem Begriff Sozialkonstruktivismus zusammengefasst.¹³⁵ Eine längere Darstellung der theoretischen Auseinandersetzung bietet wiederum König. Den Ausgangspunkt der Debatte markiere die Präsentation des Konzepts „Social Construction of Technology“ (SCOT) von Bijker, Hughes und Pinch als Gegenpart zum technologischen Determinismus. Auch wenn im Laufe der letzten zwanzig Jahre eine Vielzahl an Modifikationen am vorgestellten Modell notwendig wurden oder ganze Aspekte gar zurück genommen werden mussten, sieht

¹³²Vgl. WINNER, *Do Artifacts Have Politics*, S. 123–125; Winners Ausführungen gerieten vor allem hinsichtlich des sehr bekannten Brückenbeispiels in die Kritik, da dieses durch eine genauere Recherche als Mythos enttarnt wurde. Grundsätzlich können Winners Erkenntnisse damit aber nicht verworfen werden, da nur einzelne Kausalitäten eines einzigen Beispiels in Zweifel zu ziehen sind. Zur Kritik an Winner siehe: Bernward JOERGES, *Do Politics Have Artefacts?*, in: *Social Studies of Science* 29.3 (1999), S. 411–431.

¹³³Vgl. Langdon WINNER, *The Whale and the Reactor. A Search for Limits in an Age of high Technology*, Chicago/London 1987, S. 29–39.

¹³⁴Robert JUNGK, *Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit*, München 1977.

¹³⁵Vgl. GLEITSMANN/KUNZE/OETZEL, *Technikgeschichte*, S. 36.

König wesentliche Aufgaben für SCOT. Neben einer nicht unterzubewertenden Rolle für Fallanalysen liege diese vor allem im Hinweis darauf, dass sozialkonstruktivistische Aspekte im Verhältnis zwischen Technologie und Gesellschaft nicht unterschätzt werden dürfen.¹³⁶ Diesbezüglich können bei Bijker et. al. immer noch ausreichend Ansatzpunkte entnommen werden, wie etwa das Prinzip der Symmetrie (Analyse erfolgreicher und nicht erfolgreicher Entwicklungen) oder auch die Reflexion der Einbettung von Technologien in die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse.¹³⁷

3.3 Co-Produktion als Ausweg?

Zur Überwindung der in technologischen Determinismus und Sozialkonstruktivismus angelegten, eindimensionalen und damit einhergehend oft reduktionistischen Auseinandersetzung mit Technik und Gesellschaft hat Sheila Jasanoff das „Idiom der Co-Produktion“ vorgeschlagen. Dabei subsumiert Jasanoff eine Vielzahl von Arbeiten aus den Science Studies und plädiert für die Überwindung von gegensätzlichen Begriffspaaren wie Natur und Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft und analog dazu auch Technologie und Gesellschaft. Ins Zentrum der Auseinandersetzung solle vielmehr die gemeinsame beziehungsweise gegenseitige Produktion wissenschaftlicher (damit einhergehend auch technologischer) und gesellschaftlicher Ordnungen gerückt werden.¹³⁸ Im Rahmen dieses Forschungsprogramms verweist Jasanoff auf den besonderen Stellenwert, den Vorstellungen und Repräsentationen in der Vermittlung von Technologien einnehmen.¹³⁹ Gemeinsam mit Sang-Hyun Kim hat Jasanoff eine komparative Studie zur Durchsetzung der Atomenergie in den USA und in Südkorea vorgelegt.

In ihren systematischen Überlegungen argumentieren Jasanoff und Kim, dass die Implementierung von Forschungs- und Entwicklungspolitik mittels diskursiv erzeugter *sociotechnical imaginaries* vor sich gehe. Dabei handelt es sich um von unterschiedlichen sozialen AkteurInnen hervorgebrachte kollektive Vorstellungsmuster, im Rahmen derer Technologien beurteilt und „verhandelt“ würden. Zentrale AkteurInnen in diesem Zusammenhang sind insbesondere staatliche Einrichtungen sowie etwaige Interessensgruppen, die sich ausreichend Gehör in der öffentlichen Auseinandersetzung verschaffen können.

¹³⁶Vgl. KÖNIG, Technikgeschichte, S. 79–85.

¹³⁷Vgl. Wiebe E. BIJKER/Trevor J. PINCH, The Social Construction of Facts and Artifacts: Or How the Sociology of Science and the Sociology of Technology Might Benefit Each Other, in: W. E. BIJKER/T. HUGHES/T. PINCH (Hrsg.), The Social Construction of Technological Systems, Cambridge 1987, S. 17–50.

¹³⁸Vgl. Sheila JASANOFF, Ordering science, ordering society, in: DIES. (Hrsg.), States of Knowledge. The co-production of science and social order, New York 2006, S. 13–45.

¹³⁹Vgl. ebd., S. 25f.

Sociotechnical imaginaries vereinen demnach eine Vielzahl von Versprechungen, Erwartungen und Visionen, welche gemeinsam ein Bild von erreichbaren und wünschenswerten Zukünften sowie deren Negation vermitteln. Abgesehen von dieser zeitlichen Komponente heben die AutorInnen die gemeinschaftsbildende Funktion von derartigen *imaginaries* hervor. Im Anschluss an Benedict Andersons These von Nationen als „*imaginierte Gemeinschaften*“¹⁴⁰ stellen geteilte Technologievorstellungen einerseits Gruppenzugehörigkeit her, andererseits bringen diese Gemeinschaften auch gemeinsame Vorstellungen über Technologien hervor. Daher seien derartige *imaginaries* vor allem auch national geprägt.¹⁴¹ Ulrike Felt weist in ihren Ausführungen darauf hin, dass diese *imaginaries* wiederholt rekonfiguriert und eingeübt werden, ehe sich diese stabilisieren.¹⁴²

Vor diesem konzeptionellen Hintergrund beschreiben Sheila Jasanoff und Sang-Hyun Kim die Geschichte der Atomenergie in den Vereinigten Staaten als eine „*history of containment*“, in welcher als Folge der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki sowie des Kalten Krieges vor allem die Zähmung der atomaren Kräfte ins Zentrum gerückt wurde, um die Nutzung der Atomkraft als friedlich und unter Kontrolle darzustellen.¹⁴³ Im Unterschied dazu sei das südkoreanische Nuklearprogramm ganz in das Zeichen der nationalen Entwicklung gerückt worden: Ein eigenes Nuklearprogramm sollte als Grundlage für eine unabhängige wissenschaftliche und ökonomische Entwicklung dienen.¹⁴⁴

Es ist zu hinterfragen, inwiefern die von Jasanoff und Kim beschriebenen Charakteristika von *imaginaries* allgemeine Gültigkeit beanspruchen oder ein allgemeines Analyseinstrument darstellen können. Ein Blick auf die Quellen, welche diesem Vergleich zu Grunde liegen, lässt erkennen, dass diese Ergebnisse eingeschränkt zu betrachten sind: Jasanoff und Kim stützten sich vorwiegend auf programmatische Redebeiträge von PolitikerInnen. Dass in diesem Zusammenhang Zukunftsorientierung und nationale Aspekte überwiegen, ist ebenso wenig überraschend wie im weiteren Kontext generalisierbar. Die von den AutorInnen aufgeworfenen Aspekte sind sicherlich zentraler Bestandteil in einer Auseinandersetzung mit der erfolgreichen Durchsetzung oder dem Scheitern der Kernenergie im jeweiligen Fallbeispiel. Die Generalisierung im Sinne eines theoretischen

¹⁴⁰Benedict ANDERSON, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Berlin [1983] 1998.

¹⁴¹Vgl. Sheila JASANOFF/Sang-Hyun KIM, Containing the Atom: Sociotechnical Imaginaries and Nuclear Power in the United States and South Korea, in: Minerva 47.2 (2009), S. 119–146, hier S. 122–124.

¹⁴²Vgl. FELT, Keeping Technologies Out.

¹⁴³Vgl. JASANOFF/KIM, Containing the Atom: Sociotechnical Imaginaries and Nuclear Power in the United States and South Korea, S. 124–131.

¹⁴⁴Vgl. ebd., S. 131–139.

Modells, welches auf unterschiedlichste Fallbeispiele angewandt werden kann, scheint daher schwierig. Für die Kernenergiekontroverse im Nationalrat können die formulierten Überlegungen helfen, folgende Aspekte herauszuarbeiten: Nachdem die Atomenergie im Lichte einer westlichen Atomeuphorie in Österreich als Garant für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung dienen sollte, verblassten diese Versprechungen im Laufe der 1970er und 1980er Jahre. Wenn im weiteren Verlauf ein kollektiver Bezug zur Atomenergie entstanden ist, der sich durch deren Ablehnung auszeichnet, wer hat dieses *imaginary* maßgeblich geprägt? Was wurde diesem entgegengesetzt und welche Faktoren haben zu seiner Stabilisierung beigetragen?

Richtungsweisend für derartige Studien des Verhältnisses zwischen Technologie und Gesellschaft im Bereich der Atomenergie ist Gabrielle Hechts Studie französischer Nuklearprogramme in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts.¹⁴⁵ Hecht arbeitet heraus, dass technologische Entwicklung im Frankreich des 20. Jahrhunderts ein zentraler Ort für das Ausverhandeln nationaler Identität darstellte, indem sie untersucht, wie technologische Artefakte mit Bedeutungen „versehen werden“ und damit auch zu TrägerInnen und AkteurInnen werden, welche nationale Identität vermitteln.¹⁴⁶ Diese stelle einerseits ein diskursives Bindeglied zwischen Vorstellungen zur Vergangenheit der französischen Nation und deren Zukunft her, welche in der Folge als Erfüllung eines historisch legitimierten Schicksals erscheine. Im Lichte dieser Herangehensweise wird deutlich, dass die Auseinandersetzung mit Nukleartechnologie in Frankreich stets an die nationale Gemeinschaft gebunden wurde, und zwar von einzelnen AkteurInnen im Hinblick auf das Erreichen unterschiedlicher Ziele.¹⁴⁷ Es gilt daher auch in der Untersuchung der Entwicklung in Österreich ein Augenmerk darauf zu richten, ob es sich hier um „soziotechnologische Anstrengungen“ – verstanden als kulturelle Praxis des Erfindens beziehungsweise Schaffens von Traditionen – handelt, die mehr oder weniger „bewusst ausgeübt werden“.¹⁴⁸ Spielen Bezüge zur Nation in der parlamentarischen Auseinandersetzung mit Kernenergie zwischen 1978 und 1986 eine Rolle und wenn ja welche? Welcher Art sind diese Bezüge zur nationalen Gemeinschaft oder zur nationalen Identität? Von wem werden diese Bezüge hergestellt und zu welchem Zweck? (Vgl. Kapitel 5.4.4)

¹⁴⁵siehe Gabrielle HECHT, *The radiance of France. Nuclear power and national identity after World War II*, Cambridge [Mass.] 1998.

¹⁴⁶Vgl. Gabrielle HECHT, *Technology, Politics and National Identity in France*, in: Michael Thad ALLEN/ Gabrielle HECHT (Hrsg.), *Technologies of Power. Essays in Honor of Thomas Parke Hughes and Agatha Chipley Hughes*, Cambridge [Mass.] 2001, S. 253–294, hier S. 287.

¹⁴⁷Vgl. ebd., S. 255.

¹⁴⁸Vgl. Eric J. HOBBSAWM, *Das Erfinden von Traditionen*, in: Christoph CONRAD/Martina KESSEL (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft*, Stuttgart, 1998, S. 97–120, hier S. 115.

Dies führt bereits zum zweiten zentralen Punkt in Hechts Analyse: der Historisierung der Beziehungen zwischen Technologie und Politik. Hecht beleuchtet die einzelnen AkteurInnen in Politik, Wissenschaft und E-Wirtschaft, um deren Vorstellungen zum Verhältnis von Technologie und Gesellschaft zu ergründen. Eine Historisierung von technologischen Entwicklungen werde erst möglich, wenn in deren Rahmen auch die Motive und Vorstellungen der historischen AkteurInnen aufgezeigt würden.¹⁴⁹ Darüber hinaus verweist Hecht auf die Verschränkung von technologischen und politischen Entscheidungen sowie EntscheidungsträgerInnen und erfasst alle involvierten Personen und Systeme als technopolitische Regime, welche miteinander in Konkurrenz treten. Auch hier hinterfragt Hecht, inwiefern kulturelle Praxen wie Bezüge zur Nation genutzt werden, um technologische sowie politische Prozesse zu beeinflussen beziehungsweise wie diese wiederum in die Gesellschaft zurückwirken.¹⁵⁰ Auch in der parlamentarischen Debatte um die Kernenergie in Österreich wird deutlich werden, dass Technologievorstellungen von unterschiedlichen AkteurInnen einem stetigen Wandel unterzogen sind und technologische und politische Entscheidungen, Positionen und Vorstellungen nur im Zusammenhang zu verstehen sind.

3.4 Perspektivenwechsel in der Technikhistoriographie

In der *Österreichischen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* wurde die Forderung nach neuen Zugängen bereits Anfang der 1990er Jahre platziert: Maria Osietzki plädierte für einen grundsätzlichen Wechsel der Perspektive in der historiographischen Auseinandersetzung mit Technologie.¹⁵¹ Sie konstatierte, dass der Technologie in der Moderne eine wesentliche Funktion zukomme und kritisierte am Großteil der vorhandenen Arbeiten, dass Technik nach wie vor als „außerhalb der Gesellschaft stehend“ begriffen würde, und die Dichotomie zwischen Technikeuphorie und Technikskepsis reproduziere. Sowohl in technologisch-deterministischen, wie auch in systemanalytischen Herangehensweisen seien Artefakte meist als „exogene Faktoren“ analysiert worden. Zwar hätten bis Anfang der 1990er Jahre auch kulturhistorische Ansätze Verbreitung gefunden, allerdings würden bereits Formulierungen wie „Technik und Gesellschaft“ oder „Technik und Kultur“ sowohl auf theoretische als auch auf methodische Unzulänglichkeiten hinweisen. Die Historisierung von Technik müsse zudem auch die Frage nach Herrschafts- und Machtstrukturen

¹⁴⁹Vgl. HECHT, Technology, Politics and National Identity in France, S. 256.

¹⁵⁰Vgl. ebd., S. 256–259.

¹⁵¹Vgl. MARIA OSIETZKI, Für eine neue Technikgeschichte, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 3.3 (1992), S. 293–318.

stellen, um keine einseitige Darstellung technologischer Entwicklungen und ihrer Folgen zu liefern. Vor diesem Hintergrund plädiert Osietzki für die Integration poststrukturalistischer Ansätze in die Technikgeschichte und damit einhergehend eine Erweiterung der Perspektive.

Knapp 20 Jahre später gibt Hubert Weitensfelder einen kurzen Überblick in die Geschichte und Themenfelder der Technikgeschichte und verweist auf eine Verbreiterung von Ansätzen und Fragestellungen. Insbesondere stünden nunmehr auch Muster des Denkens und Redens über Technik, große technische Systeme, nationale Stile der Technikentwicklung, Technik als Kulturphänomen, Anthropologie und moderne Technik sowie Alternativen, Gestaltungsspielräume und Irrwege der Technologiepolitik im Fokus der Auseinandersetzung.¹⁵² König hält in seiner Einführung in die Technikgeschichte fest, dass TechnikhistorikerInnen seit den 1960er Jahren vor allem darauf drängten, die Technikgeschichte als Teildisziplin der Geschichtswissenschaften zu etablieren, und als Folge dieses Selbstverständnisses die großen Debatten hinsichtlich Theorie und Methodik in den Geschichtswissenschaften auch im Bereich der Technikgeschichte ihren Niederschlag fanden.¹⁵³ König verweist auf das Aufgreifen einer Vielzahl von Ansätzen und Konzepten in der internationalen geistes- und sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Technik, welche adaptiert und für die Technikhistoriographie zur Anwendung gebracht wurden. Neben unzähligen Fallstudien finden sich innerhalb der Geschichtswissenschaften insgesamt nur wenig Versuche einer systematischen Integration neuer Impulse.

Mikael Hård und Andrew Jamison ist es allerdings gelungen, eine Kulturgeschichte der Technik zu entwerfen, welche die wesentlichen Aspekte zusammenführt: Wie bereits erwähnt erfassen sie das Verhältnis von Technologie und Wissenschaft zur Gesellschaft als Prozesse der kulturellen Aneignung und Implementierung¹⁵⁴: „[...] *we tell the history of technology and science in terms of processes of cultural appropriation, by which new things and new ideas are made to fit into established ways of life.*“¹⁵⁵ Im Zentrum des Interesses steht dabei die Suche nach der Art und Weise, wie Technologie und Wissenschaft mit Bedeutung versehen und damit einhergehend gesellschaftlich soweit veran-

¹⁵²Vgl. Hubert WEITENSFELDER, Technologische Entwicklungen, in: Cerman MARKUS u. a. (Hrsg.), *Wirtschaft und Gesellschaft. Europa 1000–2000*, Innsbruck, Wien und Bozen 2011, S. 161–177, hier S. 175f.

¹⁵³Vgl. KÖNIG, Technikgeschichte, S. 38–48.

¹⁵⁴Der englische Begriff ‘appropriation’ bezeichnet einerseits einen Akt der ‘Aneignung’, andererseits aber auch ‘Verwendung’ im Sinne von ‘implementation’. Indem die Autoren sowohl die Ebene der Sinnstiftung, als auch jene von institutionellen Rahmenbedingungen thematisieren, scheinen sie auf beide Bedeutungsebenen des Begriffs abzielen.

¹⁵⁵HÅRD/JAMISON, *Hubris and Hybrids*, S. 4.

kert werden, dass diese auch Akzeptanz und Zustimmung finden. Die Geschichtswissenschaft könne in diesem Zusammenhang bestehende Bilder der vielfältigen Interaktionen zwischen Gesellschaft und Technologie aufbrechen und neu bewerten.¹⁵⁶

Neben der Ebene der Sinnstiftung wird hier auch die praktische Durchsetzung berücksichtigt: die Produktion von Technologien in Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Industrie, die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen sowie die Unterstützung und (Nicht)Durchsetzung von Artefakten durch staatliche oder andere Institutionen im jeweiligen Kontext.¹⁵⁷ In ihrer Darstellung widmen die Autoren ein Kapitel der Frage, wie Technologie und Wissenschaft gesellschaftlich eingebettet beziehungsweise im Rahmen von Institutionen, Organisationen und Unternehmen durchgesetzt werden. Dabei fassen sie Wissens- und Technologieproduktion und deren Verhältnis zur Gesellschaft im 20. Jahrhundert in drei Phasen. Vor dem zweiten Weltkrieg ist von „*little science*“ zu sprechen, die vorwiegend über eine enge Verbindung zur Industrie ihre materielle Grundlage sowie ihre politische Durchsetzung und Rechtfertigung erfuhr. Im Laufe des Zweiten Weltkriegs etablierte sich schließlich „*big science*“, also hauptsächlich großindustrielle Forschung unter staatlicher Lenkung, für welche vor allem die Produktion von Technologie für militärische Zwecke im Vordergrund stand. Ab den 1970er Jahren sind an die Stelle staatlicher Institutionen vorwiegend transnationale Unternehmen getreten. Die „Kommerzialisierung“ von Wissenschaft und Technologie hat über diesen Weg immer neue Höhepunkte erreicht. Die Autoren verweisen hierbei auf den engen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen beziehungsweise Brüchen und der jeweiligen Neustrukturierung der Wissenschaften und der Technologieproduktion.¹⁵⁸ Wesentlich für Akzeptanz und Ablehnung von Technik sind damit die jeweiligen institutionellen Rahmenbedingungen, in welchen technologische Entwicklungen etabliert, durchgesetzt beziehungsweise legitimiert werden müssen. Mit Andreas Fickers gesprochen geht es um die Synthese verschiedener Ebenen von Technologiekonflikten im Rahmen einer „*politischen Kulturgeschichte der Technik*“. ¹⁵⁹

3.5 Zusammenfassung

Für die vorliegende Untersuchung ist zusammenfassend festzuhalten, dass die Selbstverständlichkeit der Ablehnung der Kernenergie in Österreich in Frage zu stellen ist.

¹⁵⁶Vgl. HÅRD/JAMISON, *Hubris and Hybrids*, S. 7–8.

¹⁵⁷Vgl. ebd., S. 14.

¹⁵⁸Vgl. ebd., S. 245–268.

¹⁵⁹Andreas FICKERS, ‘Politique de la grandeur’ versus ‘Made in Germany’. *Politische Kulturgeschichte der Technik am Beispiel der PAL-SECAM-Kontroverse*, München 2007, S. 41.

Das Augenmerk wird darauf gerichtet, welche Prozesse diese Form der gesellschaftlichen Positionierung gegenüber einer Großtechnologie hervorgerufen haben und möglicherweise noch heute bewirken. Auf der Bedeutungsebene, dem „Reden über Kernenergie“ im Rahmen des österreichischen Nationalrats, wird gefragt, wie etwa mittels unterschiedlicher Technikbegriffe für oder gegen die Kernenergie eingetreten wird. Ebenso wird berücksichtigt, wie sich gesellschaftliche AkteurInnen – in der vorliegenden Untersuchung politische FunktionärInnen im Nationalrat – im Lichte wandelnder Bedingungen zur Kernenergie (re)positionieren und wie sich damit Wahrnehmung und Vorstellungen rund um die Nutzung der Kernenergie verändern. Jasanoff und Kim verweisen in diesem Zusammenhang auf die Beziehung zu gesellschaftlichen Zielsetzungen, Zukunftsvorstellungen und Utopien, die es im Rahmen solcher Positionierungen zu berücksichtigen gilt: Wenn die Atomenergie letztlich nicht als Garantin für wirtschaftliche Prosperität und Vollbeschäftigung implementiert werden konnte, was wurde dieser Vorstellung entgegengesetzt und bestehen Bezüge zu einer gegenwärtigen konsensualen Ablehnung der Atomenergie? Im Anschluss an Gabrielle Hecht wird zudem hinterfragt, inwiefern dabei nicht auch „nationale Identität“ verhandelt wird und welche Bezüge zu dieser hergestellt werden.

Wie Hård und Jamison dargelegt haben ist es für eine Integration all dieser Ebenen im Rahmen einer Kulturgeschichte der Technik wesentlich, dass diese Aspekte der Bedeutungskonstruktion und Sinnstiftung im Zusammenhang mit dem Implementierungsprozess von Technologien gesetzt werden. Bevor ganz in diesem Sinne auf die Analyse der parlamentarischen Auseinandersetzung eingegangen wird, müssen noch einige wesentliche Aspekte der *politischen Kultur* herausgearbeitet werden. Wie in Kapitel 2 gezeigt wurde, bestimmen im Untersuchungszeitraum die AkteurInnen der etablierten Institutionen den weiteren Gang der Kontroverse. Die Darlegung der Rahmenbedingungen und der Spielräume dieses Handelns bildet eine Notwendigkeit für die weitere empirische Untersuchung sowie die Interpretation der Ergebnisse.

4 Politische Kultur nach 1945

Wie bereits deutlich herausgearbeitet wurde ist der Implementierungsprozess der Kernenergie in Österreich in starkem Ausmaß durch die Institutionen des Parteienstaates, im vorliegenden Untersuchungszeitraum insbesondere des österreichischen Nationalrats, vermittelt. Im Laufe der 1970er Jahre wurde der Konflikt – als Reaktion auf die Anti-AKW-Bewegung – aus der Sphäre der Sozialpartnerschaft in das österreichische Parlament verlagert und sollte nach einer entsprechenden Mehrheitsentscheidung im Nationalrat über einen Volksentscheid einer endgültigen Lösung zugeführt werden.

Für die Analyse der Kernenergiekontroverse innerhalb des Nationalrats wird im Folgenden das Verhältnis zwischen Konsens und Konflikt in der *politischen Kultur* der Zweiten Republik herausgearbeitet. In der empirischen Analyse der stenographischen Protokolle des Nationalrats wird schließlich deutlich werden, dass diesem Verhältnis für die weitere Entwicklung der Kernenergiekontroverse entscheidende Bedeutung zukommt.

4.1 Begriffsbestimmung

Der Politikwissenschaftler Gabriel A. Almond hat in der Mitte des letzten Jahrhunderts als Grundlage für den Vergleich von politischen Systemen eine Analyse der *politischen Kultur* vorgeschlagen. Die Entwicklung des Konzepts muss im Kontext der in den angloamerikanischen Politikwissenschaften entstehenden systemtheoretischen Ansätze, insbesondere verwiesen sei hier auf David Easton, gesehen werden.¹⁶⁰ Almond betonte, dass für die Analyse von diesen Systemen das Beschreiben ihrer legitistischen und ethischen Normen nicht ausreiche. In Anschluss an die Soziologie Max Webers und Talcott Parsons verstand Almond das politische System als die Summe von miteinander verwobenen Handlungen, deren Grundeinheit „die Rolle“ darstelle. Je nach gesellschaftlicher Differenzierung sei diese „*patterned interaction of rôles affecting decisions*“¹⁶¹ durch die implizite oder explizite Androhung von Gewalt gestützt. Für das Zusammenspiel der einzelnen Handlungen entscheidend beschrieb Almond schließlich die *politische Kultur*, welche die Orientierung zu politischem Handeln bezeichnet. Jedes System sei in Muster von Werthaltungen und Orientierungen eingebettet, welche es bei der Analyse politischer

¹⁶⁰Vgl. Richard MÜNCH, Systemtheorie, in: Dieter NOHLEN/Rainer-Olaf SCHULTZE (Hrsg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien. Methoden. Begriffe, Bd. 2, München 2010, S. 1068–1075, hier S. 1068–1072.

¹⁶¹Gabriel A. ALMOND, ‘Comparative Political Systems’, in: The journal of Politics 18 (1956), S. 391–409, hier S. 395.

Systeme genauer zu betrachten gelte.¹⁶² In das Zentrum der Analyse geraten also „*die Art und Weise wie politische Eliten Entscheidungen treffen, ihre Normen und Werthaltungen, ebenso wie die Normen und Werthaltungen der einfachen BürgerInnen*.“¹⁶³ Die Orientierungen gegenüber politischem Handeln können in drei Kategorien unterteilt werden: *Kognitive* Orientierungen beschreiben das Wissen von Einzelnen über das politische System und sein Funktionieren. *Affektive* Orientierungen wiederum bezeichnen Gefühle gegenüber dem System, handelnden Personen und dessen Leistungs-/Funktionsfähigkeit, während *evaluative* Werthaltungen Urteile und Meinungen auf Basis expliziter Wertsysteme oder Kriterien bezeichnen.¹⁶⁴ Für das Verhältnis zwischen BürgerInnen und politischem System machte die Gruppe um Almond und Verba schließlich mehrere Typen der *politischen Kultur* fest.¹⁶⁵

Ende der 1980er Jahre differenzierte Almond schließlich zwischen *Systemkultur*, *Prozesskultur* und *Policykultur*. Erstere verbinde Orientierungen gegenüber Autoritäten, FunktionsträgerInnen, Regime und Nation und letztere hinsichtlich der Outputs des Systems. Die *Prozesskultur* wiederum bestehe aus *kognitiven*, *affektiven* und *evaluativen* Kenntnissen von FunktionsträgerInnen in Bezug auf ihr eigenes Handeln und jenem anderer, an institutionalisierten Prozessen beteiligter, AkteurInnen. Zwar stehen diese drei Ebenen direkt miteinander in Beziehung und bedingen einander gegenseitig, nichts desto trotz können Analysen *politischer Kultur* auf einzelne Aspekte dieses Verhältnisses abzielen.¹⁶⁶

Der Überblick über die „Karriere“ der politischen Kulturforschung mit Fokus auf Deutschland von Sylvia Greiffenhagen zeigt, dass dieses in den letzten 40 Jahren wiederholt eine Konjunktur erfahren hat.¹⁶⁷ Den wesentlichsten theoretischen Beitrag zur Weiterentwicklung des Konzepts schreibt Greiffenhagen Karl Rohe zu. Dieser habe die starke Fixierung der politischen Kulturforschung auf das empirische Erheben von einzelnen Einstellungen kritisiert und sich folglich für eine Verbindung mit weiteren

¹⁶²Vgl. ALMOND, ‘Comparative Political Systems’.

¹⁶³Gabriel A. ALMOND/Sidney VERBA, An Approach to Political Culture, in: DIES. (Hrsg.), The Civic Culture, Princeton 1963, S. 3–17, hier S. 5, Übersetzung F.B.

¹⁶⁴Vgl. ebd., S. 15.

¹⁶⁵Es sind dies: *parochial*, *subject* und *participant political culture*. Ein Überblick findet sich bei Dirk BERG-SCHLOSSER, Politische Kultur. Eine neue Dimension politik-wissenschaftlicher Analyse, München 1972, S. 45–53.

¹⁶⁶Vgl. Gabriel A. ALMOND, Politische Kultur-Forschung – Rückblick und Ausblick, in: Dirk BERG-SCHLOSSER/Jakob SCHISSLER (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987, S. 27–39, hier S. 36–38.

¹⁶⁷Vgl. Sylvia GREIFFENHAGEN, Theorie(n) der Politischen Kultur, in: Samuel SALBORN (Hrsg.), Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Bd. 1, Frankfurt am Main 2009, S. 11–31, hier S. 16–20;

Ansätzen ausgesprochen. Damit würde die politische Kulturforschung anderen Disziplinen zugänglich und durch deren Ansätze bereichert. Mit diesem Plädoyer schließt sich gewissermaßen der Kreis zur ursprünglichen Kritik am Konzept der *politischen Kultur*, welches seit seinen Anfängen hauptsächlich hinsichtlich der Gefahr in der Kritik stand, völlig offen zu sein und damit eine gewisse Beliebigkeit zu fördern.¹⁶⁸

Rohe selbst hat sich in diesem Zusammenhang die Grenzen des Konzepts klar abgesteckt. Ein kurzer Blick auf Rohes Definition des Begriffs zeigt, wie dieser über die relativ eng gefassten Orientierungen gegenüber dem politischen System hinausgeht. Rohe fasst diese als Grundannahmen und politische Ordnungskonzepte zusammen und spricht von

„zu Denk- und Handlungskonventionen geronnene[m] Wissen darüber, wie Probleme angegangen werden, welche ‘Antworten’ sich in der Vergangenheit bewährt haben und welche nicht und wie man öffentlich reden und auftreten muß, wenn man politisch erfolgreich sein will.“¹⁶⁹

Die Umfrageforschung, wie sie bei den traditionellen Studien der *politischen Kultur* als nahezu einzige Methode zur Anwendung kommt, bewertet Rohe als nur einen unter mehreren Zugängen. Auch innerhalb der politischen Kulturforschung seien verschiedene Fragen zu stellen, die unterschiedlicher methodischer Lösungen bedürfen. Die drei Grundarten politisch-kultureller Orientierung nach Almond und Verba erweitert Rohe um ästhetische Maßstäbe und verweist etwa darauf, dass die „*politische Formensprache*“ von FunktionsträgerInnen in der jeweiligen *politischen Kultur* stets den „*politisch-ästhetischen Maximen*“ zu entsprechen habe, um erfolgreich zu sein.¹⁷⁰ In der Bildung von Idealtypen *politischer Kultur* unterscheidet er schließlich zwischen *handlungsnormierenden* und *organisationslegitimierenden politischen Kulturen*. Erstere zeichnen sich dadurch aus, dass sie Zusammenarbeit zwischen individuellen und kollektiven AkteurInnen vor allem durch eingeübte, sprich durch Wiederholung festgelegte, Praktiken, die nicht gesetzmäßig verankert sind, regeln. Organisationslegitimierende Kulturen stellen diese Ordnung dagegen über den rechtlichen Rahmen her und legitimieren dies über ideologische Sinnstiftung. Daher seien erstere eher durch die Analyse von Ritualen und

¹⁶⁸Im deutschsprachigen Raum am häufigsten Erwähnung findet die Kritik von Kaase: Max KAASE, Sinn oder Unsinn des Konzeptes ‘Politische Kultur’ für die vergleichende Politikforschung, oder auch: der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: Max KAASE/Hans-Dieter KLINGEMANN (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen 1983.

¹⁶⁹Karl ROHE, Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Oskar NIEDERMAYER/Klaus von BEYME (Hrsg.), Politische Kultur in West- und Ostdeutschland, Berlin 1994, S. 1–21, hier S. 2.

¹⁷⁰Vgl. ebd., S. 5–7.

Konventionen zu erschließen, weitere durch die Untersuchung ideologischer Argumentationsmuster.¹⁷¹

Für die vorliegende Fragestellung wird vor allem die Ebene der *Prozesskultur* in der Zweiten Republik betrachtet. Im Zentrum stehen Werthaltungen und Orientierungen von Nationalratsabgeordneten und Regierungsmitgliedern im Bezug auf ihr jeweiliges Gegenüber. Eine kurze Einblick in die Geschichte der Zweiten Republik wird zeigen, inwiefern Konsens und Konflikt als Teil einer *handlungsnormierenden Kultur* begriffen werden können.

4.2 Überblick

Werthaltungen und Orientierung wie oben beschrieben entstehen freilich nicht von einem Tag auf den anderen. Ganz im Gegenteil wurde mit dem Aufgreifen des Konzepts der *politischen Kultur* durch andere Disziplinen immer wieder darauf verwiesen, dass diese durch eine gewisse Zähigkeit und Langlebigkeit im Bezug auf die historische Entwicklung gekennzeichnet sind.¹⁷²

Bis in den Josephinismus zurück verfolgt etwa Ernst Hanisch das ungewöhnlich starke Vertrauen der ÖsterreicherInnen in politische FunktionsträgerInnen (bis hin zur Verehrung einzelner als Vaterfiguren) in Verbindung mit dem Gefühl der eigenen Ohnmacht. Charakteristisch für die *politische Kultur* Österreichs ist demnach der Vollzug von Reformen und Veränderungen von oben bei gleichzeitig kaum partizipatorischen Traditionen als Teil einer überaus stark ausgeprägten Untertanenmentalität.¹⁷³ Wesentlich geprägt ist diese durch das Scheitern aller Revolutionsversuche „von unten“ und dafür umso erfolgreicher Reformen „von oben“, die, wenn notwendig, auch gegen den Willen der Untertanen durchgesetzt wurden, aber schlussendlich die Lebenschancen der einzelnen verbesserten.¹⁷⁴

Setzen wir diese Erkenntnisse mit der Kernenergiekontroverse in Bezug fällt wie bereits in Kapitel 2 angedeutet zweierlei ins Auge: Die Anti-AKW-Bewegung bedeutet insofern einen Bruch, als sich bereits mit ihrem Entstehen Teile der österreichischen Gesellschaft aus der attestierten Ohnmacht befreien und aktiv in den politischen Prozess

¹⁷¹Vgl. ROHE, Politische Kultur, S. 12–13.

¹⁷²Vgl. Wolfgang BERGEM, Politische Kultur und Geschichte, in: Samuel SALBORN (Hrsg.), Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Bd. 1, Frankfurt am Main 2009, S. 201–227, hier S. 201–202.

¹⁷³Vgl. Ernst HANISCH, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994, 28f.

¹⁷⁴Vgl. Ernst HANISCH, Historische Überhänge in der österreichischen politischen Kultur, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 13.1 (1984), S. 15–19.

einzugreifen begannen. Andererseits wurde die Auseinandersetzung schon bald in die Institutionen zurückgeholt und sollte einer Lösung „von oben“ zugeführt werden und zwar explizit gegen den durch die Anti-AKW-Bewegung lautstark artikulierten Widerstand. Die Bestrebungen für eine Inbetriebnahme Zwentendorfs trotz negativer Volksabstimmung und Atomsperrgesetz, sind vor diesem Hintergrund keineswegs als vereinzelte Versuche für eine Inbetriebnahme zu interpretieren, wie es vor allem in der Erinnerung zu Tage tritt. Vielmehr handelte es sich um eine realpolitisch völlig realistische Option, die von VertreterInnen aller Parteien nicht nur in Erwägung gezogen, sondern von diesen aktiv angestrebt wurde.

Von langfristiger und zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch die außerordentlich starke Durchdringung der Gesellschaft durch die politischen Parteien. Diese hatten sich im späten 19. Jahrhundert entlang beziehungsweise quer zur sich herausbildenden Klassengesellschaft entwickelt. Sie wurden im weiteren Verlauf – vor allem während der Ersten Republik – in Form von sich gegenüberstehenden „politischen Lagern“ zum bestimmenden Faktor für die jeweiligen Milieus und Lebenswelten.¹⁷⁵ Durch die Reaktivierung der politischen Parteien im Zusammenhang mit der Republikgründung 1945¹⁷⁶ wurde ihre zentrale Rolle fortgeschrieben: Die Zweite Republik ist ausgesprochen stark von Parteienstaatlichkeit gekennzeichnet.¹⁷⁷ Gerhard Lehmbuch spricht in diesem Zusammenhang von einer „Versäulung“ der Gesellschaft.¹⁷⁸ Dieser überaus starken Mobilisierung und aktiven Teilhabe an politischen Parteien in der österreichischen Gesellschaft, stand ein im europäischen Vergleich stark unterentwickelter Parlamentarismus gegenüber.¹⁷⁹

Durch den Fortbestand der politischen Lager stand die Zweite Republik außerdem in direktem Bezug zu den Konflikten in den 1920er und 1930er Jahren. Konflikterfahrungen der Ersten Republik, etwa die Auseinandersetzung um eine nationale Identität beziehungsweise den Anschluss an Deutschland, die Bereitschaft die politische Auseinandersetzung auch außerhalb der parlamentarischen Demokratie fortzusetzen und der

¹⁷⁵Vgl. Robert KRIECHBAUMER, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945, Wien/Köln/Weimar 2001, S. 15–38.

¹⁷⁶Vgl. HANISCH, Der lange Schatten des Staates, S. 118–153.

¹⁷⁷Vgl. Anton PELINKA/Sieglinde ROSENBERGER, Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends, Wien 2007, S. 65–66.

¹⁷⁸Gerhard LEHMBUCH, Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, in: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Bd. 335/336, Tübingen 1967, S. 34.

¹⁷⁹Vgl. Anton PELINKA, Demokratie: Österreich 1900 – Österreich 2000, in: Reinhold GÄRTNER (Hrsg.), Blitzlichter. Österreich am Ende des Jahrhunderts, Innsbruck/Wien 1999, S. 10–13.

sich zuspitzende Klassenkonflikt¹⁸⁰, sind für das Handeln politischer Funktionsträger der Zweiten Republik als prägend miteinzubeziehen. Beispielhaft steht hierfür die Wiedereinführung der Verfassung von 1920/1929 durch SPÖ und ÖVP im Jahre 1945.¹⁸¹ Da eine Verfassungsdiskussion die Thematisierung der Konflikterfahrungen der Ersten Republik bedeutet hätte, trat an ihre Stelle das Bekenntnis der politischen Eliten zur Zusammenarbeit.¹⁸²

In der Folge wird deutlich gemacht, wie sich die Stellung dieses Bekenntnisses zu Kooperation und Konsensfindung im Laufe der ersten vier Jahrzehnte der Zweiten Republik als zentraler Wert für politische FunktionsträgerInnen etablierte beziehungsweise wandelte.

4.3 Die Zweite Republik und ihre Gründungsmythen

Die Gründung der Zweiten Republik beziehungsweise das dieser zugrunde liegende Bekenntnis zur Demokratie unter den Führungseliten der österreichischen Parteien war 1945 ebenso wie 1918 vorrangig „externen Faktoren“ geschuldet. Die Wiedererrichtung der Demokratie war das Resultat der Niederlage des Nationalsozialismus, die Grundlage für die Wiederrichtung der Republik wurde durch den Einmarsch der Alliierten gelegt.¹⁸³

Um die enormen Differenzen zwischen den politischen Lagern zu überdecken, bedurfte es gleich mehrerer Felder zur, für den österreichischen Umgang mit der eigenen Vergangenheit folgenschweren, Inszenierung von Gemeinsamkeiten. Bereits in der Unabhängigkeitserklärung der von Karl Renner eingerichteten provisorischen Regierung wurde etwa über eine selektive Bezugnahme auf die Moskauer Deklaration auf den Opferstatus Österreichs referiert. Die Beteiligung von ÖsterreicherInnen an NS-Herrschaft und Shoah wurde zu Gunsten von Inszenierungen der Befreiung und des Widerstandes in den Hintergrund gerückt. Somit wurde die Opferthese zum Gründungsmythos der Zweiten Republik¹⁸⁴ und fungierte gemeinsam mit der Proklamation einer „Stunde Null“ und dem „Geist des Antifaschismus“ der Zweiten Republik zur Verschleierung der Kontinui-

¹⁸⁰Vgl. Fritz PLASSER/Peter A. ULRAM, *Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur?*, Wien 2002, S. 19–20.

¹⁸¹Vgl. Wolfgang MÜLLER, *Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission*, Wien/Köln/Weimar 2005, S. 115–117.

¹⁸²Vgl. Getrude ENDERLE-BURCEL, *Die österreichischen Parteien 1945 bis 1955*, in: Reinhard SIEDER/Heinz STEINERT/Emmerich TÁLOS (Hrsg.), *Österreich 1945 – 1995. Gesellschaft - Politik - Kultur*, Wien 1995, S. 80–93, hier S. 85.

¹⁸³GEHLER, *Die Zweite Republik*, S. 35.

¹⁸⁴Vgl. Heidemarie UHL, *Das ‘erste Opfer’. Der österreichische Opfermythos und seine Transformation in der Zweiten Republik*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30.1 (2000), S. 19–34, hier S. 19–23.

täten mit dem Nationalsozialismus. Konstitutiv für die ersten Jahrzehnte der Zweiten Republik ist neben diesen Gründungsmythen das Beschwören des „Geistes der Lagerstraße“ durch Funktionäre von SPÖ und ÖVP. Um die Konflikterfahrungen der Ersten Republik inklusive des BürgerInnenkrieges von 1934 zu verdrängen und so eine gemeinsame Arbeit erst zu ermöglichen, bezogen sich Funktionäre der beiden großen Lager auf eine angebliche gemeinsame Unterdrückungserfahrung in den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus. Ein Bild, das in der innenpolitischen Auseinandersetzung teilweise nur schwer aufrecht erhalten werden konnte.¹⁸⁵

Die direkte Nachkriegszeit war stark von Tabus geprägt, welche die beiden Großparteien einander gegenseitig zugestanden, um sowohl außenpolitischen Opportunitätsüberlegungen (Distanzaufbau zu Deutschland, Instrumentalisierung der Opferthese für die Staatsvertragsverhandlungen, ...) gerecht zu werden, als auch innenpolitischen Stimmenfang bei den „Ehemaligen“ zu ermöglichen. Anton Pelinka charakterisiert die *politische Kultur* der Nachkriegszeit als durch „*ein ständiges Machtkartell*“¹⁸⁶ gekennzeichnet. Ins Zentrum allen Handelns wurde die Stabilisierung der Verhältnisse gerückt. Gegenseitige Vorwürfe in Bezug auf NS-Vergangenheit und BürgerInnenkrieg waren ebenso Tabu wie risikobehaftete politische Schritte (beispielsweise Koalitionsbruch).¹⁸⁷

Einigen wenigen Männern¹⁸⁸ gelang es also in der unmittelbaren Nachkriegszeit an Strukturen anzuknüpfen, die auf die Zeit von vor 1933/1934 zurückgingen. Ihr Handeln und der zur Verfügung stehende Spielraum war geprägt durch von den Alliierten auferlegte Zwänge und einer fatalen sozioökonomischen Lage. Für diesen Zusammenhang hält Rathkolb fest, dass der Mythos um den „Geist der Lagerstraße“ vorrangig dazu diene, die tiefen Kluften zwischen den Lagern gegenüber den eigenen ParteigängerInnen und WählerInnen zu überdecken beziehungsweise das aktuelle politische Vorgehen zu rechtfertigen.¹⁸⁹ Während die politischen Eliten also aufgrund von nicht beeinflussbaren

¹⁸⁵Vgl. Brigitte BAILER, Der ‘antifaschistische Geist’ der Nachkriegszeit. Referat anlässlich eines Symposiums zur politischen Kultur in Österreich 1945 bis zur Gegenwart, Universität Paris 9.–11. Dezember 1999, URL: www.doew.at/thema/antifageist/antifageist.html, letzter Zugriff: 10.10.2012.

¹⁸⁶Anton PELINKA, Von der Funktionalität von Tabus. Zu den ‘Lebenslügen’ der Zweiten Republik, in: Wolfgang KOS/Georg RIGELE (Hrsg.), *Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik*, Wien 1996, S. 31.

¹⁸⁷Vgl. ebd.

¹⁸⁸Rathkolb verweist auf die geringe Zahl der handelnden Akteure und die vollständige Marginalisierung von Frauen in der politischen Arena der unmittelbaren Nachkriegszeit. Vgl. Oliver RATHKOLB, *Die Paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005*, Wien 2005, S. 77.

¹⁸⁹Ehemalige KZ-Häftlinge organisierten sich demnach zwar innerhalb ihrer Parteien, diese Organisationen blieben aber in den Jahrzehnten nach dem Krieg in Bezug auf die Realpolitik weitgehend bedeutungslos. Vgl. ebd., S. 76–77.

Faktoren die Zusammenarbeit aufnahmen, rechtfertigten sie dies dem jeweiligen Lager gegenüber durch die Umdeutung der unmittelbaren Vergangenheit.

4.4 Parteienstaat, Konkordanzdemokratie und Sozialpartnerschaft

Die ersten beiden Jahrzehnte nach 1945 werden im Großteil der Darstellungen als eine Epoche begriffen. Beschrieben wird diese als „die langen Fünfziger“, die Zeit der Großen Koalition oder Phase des Konsens bezüglich Wiederaufbau, Reetablierung der Republik, Aufbau der Sozialpartnerschaft beziehungsweise Beendigung der Besatzung.¹⁹⁰

In der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung wird diese Periode als die typische Phase der Konkordanz- beziehungsweise Proporzdemokratie beschrieben. Kennzeichnend für diese ist nach Lehmbruchs klassischer Vergleichsstudie zwischen den Systemen der Schweiz und Österreichs ein „*gütliches Einvernehmen als Konfliktregelungsmuster*“, wobei eine umfassende Ämterpatronage den Einfluss der wichtigsten politischen Gruppen sicherstellt. Der Begriff „Proporzsystem“ beschreibt dabei, dass die politischen Funktionen nach einem dem Wahlergebnis entsprechenden Schlüssel zwischen den Parteien aufgeteilt werden.¹⁹¹ Der Kompromiss wird dabei insofern institutionell verankert, als im Rahmen der Patronage in allen entscheidenden Sektoren VertreterInnen aller – im Falle Österreichs beider – Regierungsparteien nominiert werden (Bereichsopposition).¹⁹²

Den Kern für die Entwicklung konkordanzdemokratischer Strukturen bildet dabei „*die Bereitschaft und Fähigkeit von politischen Eliten zu einem auf Stabilität abzielenden Verhalten*.“¹⁹³ Ebenfalls als Bedingungen werden ein stabiles WählerInnenverhalten und ein ausgeprägter Korporatismus festgemacht.¹⁹⁴

Als eine weitere Voraussetzung für die Zusammenarbeit der beiden Großparteien, die Große Koalition sowie die Entstehung von Konkordanz- beziehungsweise Proporzdemokratie, wurde eine umfassende Entideologisierung von ÖVP und SPÖ beschrieben. Die ÖVP vollzog einen Wandel hin zu „*einer bürgerlichen und antimarxistischen Sammel-partei*“, welche in Form einer Volkspartei der Mitte Strömungen wie „*Konservativismus, Liberalismus, katholische Soziallehre und Teile des deutschnationalen Lagers*“ vereinte.

¹⁹⁰Vgl. GEHLER, Die Zweite Republik, S. 35.

¹⁹¹Vgl. LEHMBRUCH, Proporzdemokratie, S. 8.

¹⁹²Vgl. ebd., S. 42–43.

¹⁹³Kurt Richard LUTHER/Wolfgang C. MÜLLER, Consociationalism and the Austrian Political System, in: DIES. (Hrsg.), Politics in Austria: Still a case of consociationalism?, London/Portland 1992, S. 1–15, hier S. 10, Übersetzung F.B.

¹⁹⁴Vgl. ebd.

In der Sozialdemokratie setzten sich ebenfalls die Gemäßigten rund um Karl Renner durch und propagierten einen staatstragenden „*demokratischen Sozialismus*“.¹⁹⁵

Konkordanz und Proporz boten im Lichte der historischen Erfahrung die Möglichkeit das aus der nach wie vor bestehenden Versäulung der Gesellschaft resultierende Konfliktpotenzial zu „*kanalisieren*“.¹⁹⁶ Als zentrale Institution der Großen Koalition fungierte der Koalitionsausschuss. Wesentliche Vertreter der beiden Regierungsparteien sollten in diesem Rahmen die grundlegenden Entscheidungen der Koalition ausverhandeln. Frederick C. Engelmann streicht hierbei besonders hervor, dass ein Großteil der hier ausverhandelten Kompromisse miteinander junktimiert wurden: Im Zentrum stand die Ausarbeitung eines tatsächlichen Kompromisses zwischen den beiden Positionen. War dies nicht möglich, wurde der einen Koalitionspartei die Realisierung eines Vorhabens ermöglicht, wenn im Gegenzug die andere eines ihrer Anliegen verwirklichen konnte.¹⁹⁷

Im Rahmen der Großen Koalition und des Wiederaufbaus erlangte auch die Sozialpartnerschaft ihre zentrale Stellung in der Zweiten Republik.¹⁹⁸ Zentral für die *Prozesskultur* Österreichs sind auch hier die Grundprinzipien und Entscheidungsmuster: Die Zusammenarbeit von Interessensverbänden und Regierung beruht auf Freiwilligkeit. Sie ist kein Resultat gesetzlicher oder verfassungsrechtlicher Bestimmungen. Beschlüsse beruhen auf dem Prinzip der Einstimmigkeit und werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefällt. Die Sozialpartnerschaft bildet gewisser Maßen einen „*zusätzlichen politischen Koordinierungsfaktor zur Regierungspolitik*“¹⁹⁹ beziehungsweise einen zweiten – vom „politischen Markt“ etwas unabhängigeren – Regelkreis des politischen Systems.²⁰⁰ Darüber hinaus kann in ihr ein weiterer Schritt der Verfestigung der Elitenkooperation in der Zweiten Republik gesehen werden.²⁰¹ Rathkolb verweist diesbezüglich darauf, dass das Spezifikum der Verbände in Österreich in der Relation zum Parteienstaat deutlich werde. Zentrale Akteure der Sozialpartnerschaft nahmen gleichzeitig wesentliche Funktionen in

¹⁹⁵Vgl. ENDERLE-BURCEL, Die österreichischen Parteien 1945 bis 1955, S. 82–83.

¹⁹⁶Vgl. RATHKOLB, Die Paradoxe Republik, S. 77–78.

¹⁹⁷Vgl. Frederick C. ENGELMANN, Government by Diplomacy. The Austrian Coalition 1945–1966, Wien 2001, S. 29–41.

¹⁹⁸Vgl. RATHKOLB, Die Paradoxe Republik, S. 126–127.

¹⁹⁹Emmerich TÁLOS, Sozialpartnerschaft. Austrokorporatismus am Ende?, in: Herbert DACHS u. a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 425–442, hier S. 431–434.

²⁰⁰Vgl. PELINKA/ROSENBERGER, Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends, S. 67.

²⁰¹Vgl. Emmerich TÁLOS/Bernhard KITTEL, Sozialpartnerschaft – Zur Konstituierung einer Grundsäule der Zweiten Republik, in: Reinhard SIEDER/Heinz STEINERT/Emmerich TÁLOS (Hrsg.), Österreich 1945 – 1995. Gesellschaft - Politik - Kultur, Wien 1995, S. 537–551, hier S. 117.

Parteien, Regierung und Parlament wahr.²⁰² Karlhofer sieht in dieser engen Verflechtung gar die Ursache des beispiellosen Erfolgs der Sozialpartnerschaft.²⁰³

Im Rahmen der Etablierung der österreichischen Konkordanzdemokratie sowie der Sozialpartnerschaft in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1945 bedeutete also das regelmäßige Einschwören aller Funktionäre auf eine längerfristige Zusammenarbeit – wohl auch unter Rückgriff auf die beschriebenen Gründungsmythen – die Beschwörung „*der Kooperation als obersten Wert des politischen Gemeinwesens*“.²⁰⁴ Vollzog sich ab Ende der 1960er Jahre ein grundlegender Wandel der *politischen Kultur*, bleibt – wie nunmehr aufgezeigt wird – die Kooperation zwischen den Fraktionen auf der Ebene der *Prozesskultur* als zentraler Wert erhalten. In der empirischen Untersuchung wird schließlich deutlich werden, dass dieser Umstand die österreichische Kernenergiekontroverse und ihren Verlauf nach 1978 entscheidend beeinflusst hat.

4.5 Von der Regierung Klaus bis in die Mitte der 80er

Zu Beginn der 1960er Jahre wurde die Große Koalition von nachkommenden Politikern innerhalb der ÖVP, nicht zuletzt auch aufgrund von erheblichen Stagnations- und Stillstandserscheinungen eben dieser, zunehmend in Frage gestellt.²⁰⁵ Mit dem Salzburger Landeshauptmann Josef Klaus wurde schließlich 1964 ein Vertreter dieses jungen Flügels in der ÖVP zum Bundeskanzler und prägenden Akteur für die folgenden Jahre. Als Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs und einer entstehenden Konsumgesellschaft brachen die traditionellen Lagerbindungen erstmals auf und der ÖVP gelang es ehemalige WählerInnen der SPÖ zu gewinnen. Diese konnte sich im Unterschied zur ÖVP nicht als „reformversprechend“ profilieren.

Die SPÖ reagierte erst mit der Nominierung Bruno Kreiskys zum Bundesparteiobermann 1967 entsprechend auf diese Entwicklungen, konnte sie schließlich für sich nutzen und das Wahlergebnis zu ihren Gunsten umkehren.²⁰⁶ Die Sozialdemokratie vollzog einen Schritt in Richtung gesellschaftliche Mitte, indem sie sich, auf die Transformationsprozesse reagierend, für weite Teile der Gesellschaft beziehungsweise andere Schichten

²⁰²Vgl. RATHKOLB, Die Paradoxe Republik, S. 128.

²⁰³Vgl. Ferdinand KARLHOFER, Österreich. Zwischen Korporatismus und Zivilgesellschaft, in: Werner REUTTER/Peter RÜTTERS (Hrsg.), Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa, Opladen 2001, S. 335–354, hier S. 349–352.

²⁰⁴Margareta MOMMSEN-REINDL, Die Österreichische Porporzdemokratie und der Fall Habsburg, Wien/Köln/Graz 1976, S. 70–73.

²⁰⁵Vgl. GEHLER, Die Zweite Republik, S. 37–38.

²⁰⁶Vgl. Robert KRIECHBAUMER, Die Ära Josef Klaus: Österreich in den ‘kurzen’ sechziger Jahren, Wien/Köln/Weimar 1998, S. 9–99, hier S. 55–59.

öffnete. Über diese Neuausrichtung gelang es schließlich, über 150.000 Stimmen direkt von der ÖVP zu gewinnen und vor allem AkademikerInnen, Frauen und JungwählerInnen anzusprechen.²⁰⁷ Was sich im bekannten Slogan „ein Stück des Weges gemeinsam gehen“ ausdrückte, war letztlich die Etablierung eines sozialliberalen Konsens, der laut Fritz Plasser und Peter Ulram

*„auf eine Interessen-, Werte- und Wählerkoalition zwischen dem traditionell sozialdemokratisch ausgerichteten Teil der Arbeiterschaft und [den oben genannten] Teilen der neuen, angestellten Mittelschichten zurück [gehe]. Seine materielle Basis bilden Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Ausbau der Sozialleistungen, seinen ‘kulturellen Überbau’ formen die liberalen Reformen im Rechtssystem und symbolische Politikangebote in den Bereichen Frauenpolitik, Demokratisierung der Institutionen, [...]“*²⁰⁸

Die kleine Koalition zwischen SPÖ und FPÖ von 1983–1986 bildete den Abschluss dieser eininhalb Jahrzehnte andauernden Phase. Vielfach wird diese Episode als Erbverwaltung der Ära Kreisky klassifiziert.²⁰⁹

4.6 Die Etablierung der österreichischen Konkurrenzdemokratie

Auf Ebene der *Prozesskultur* markiert der Wechsel von der Großen Koalition zur ÖVP-Alleinregierung den Beginn der Phase der Konkurrenzdemokratie. Die Rolle des österreichischen Parlaments in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik wurde im Lichte von Konkordanz und Proporz als weitgehend bedeutungslos charakterisiert. Da Entscheidungen innerhalb der Großen Koalition in Nebenregierungen, wie etwa dem Koalitionsausschuss, verhandelt wurden und der Opposition (eigentlich der anderen Regierungspartei) bereits durch die Bereichsopposition entsprechend Raum gegeben wurde, entwickelte sich das Parlament zu einem reinen Beschlussgremium. Es erfüllte im Wesentlichen die *„Aufgabe einer Bestätigungs- und Publikationsmaschinerie der Regierungsvorlagen.“*²¹⁰ Ab 1966 konnte jedoch die SPÖ als erste Oppositionspartei mit erheblicher Mandatsstärke alle parlamentarischen Minderheitenrechte (mündliche und schriftliche

²⁰⁷Vgl. Oliver RATHKOLB, Bruno Kreisky aus der Sicht der Zeitgeschichteforschung, in: Werner GATTY u. a. (Hrsg.), *Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970 bis 1983*, Innsbruck/Wien 1997, S. 125–138, hier S. 131–133.

²⁰⁸Fritz PLASSER/Peter A. ULRAM, *Unbehagen im Parteienstaat. Jugend und Politik in Österreich*, Wien/Köln/Graz 1982, S. 36.

²⁰⁹Vgl. KRIECHBAUMER, *Zeitenwende*, S. 55–104.

²¹⁰Reinhold KNOLL/Anton MAYER, *Österreichische Konsensdemokratie in Theorie und Praxis. Staat, Interessensverbände, Parteien und die politische Wirklichkeit*, Wien/Köln/Graz 1976, S. 59.

Anfragen, dringliche Anfragen, Initiativanträge ebenso wie Petitionen) ausschöpfen und so den parlamentarischen Prozess umgestalten. Zwischen 1966 und 1970 wurden die Grundprinzipien des Konkurrenz-Parlamentarismus in Österreich etabliert, die auch noch Jahrzehnte danach die parlamentarische Realität prägen. Auffällig dabei ist vor allem die zentrale Stellung des gemeinsamen Vorgehens aller vertretenen Fraktionen.²¹¹ Nach Wolfgang C. Müller verweist dies auf die große Bedeutung der Einbeziehung der Opposition im vorparlamentarischen Raum sowie im Rahmen der Sozialpartnerschaft, ebenso wie die Tradition zur Einbeziehung aller Fraktionen bei besonders kritischer Materie, um eine Absicherung aller Parteien zu gewährleisten.²¹² Dieser Trend setzte sich mit dem Anbruch der Ära Kreisky fort. Zwar regierte die SPÖ ab März 1970 zuerst mittels einer relativen und später mit einer absoluten Mehrheit, aber auch im Laufe der „langen Siebziger“ konnte der Konflikt und die grundsätzlichen Antagonismen zwischen den Großparteien durch eine weitreichende Einbeziehung der ÖVP im vorparlamentarischen Raum sowie der Sozialpartnerschaft gering gehalten werden.²¹³

Somit ist einerseits festzustellen, dass trotz einer Serie von Alleinregierungen weite Teile der während der Großen Koalition etablierten Formen der *politischen Kultur* fortbestanden. Diese Kontinuität findet sich nicht nur im Rahmen der Institutionen, sondern etwa auch in einer stabilen, ja sogar leicht steigenden Wahlbeteiligung auf über 90% und damit der enormen Reichweite der Großparteien, die im Grunde genommen bis in die Mitte der 1980er Jahre fortbestand. Wusste die jeweilige Regierungspartei ihre parlamentarische Mehrheit in einigen Fällen zwar sehr gezielt einzusetzen, dominierte doch über weite Strecken die Zusammenarbeit.²¹⁴

In der Phase der kleinen Koalition erweiterten sich zwar erneut die Spielräume des österreichischen Parlaments, allerdings überwogen auch in dieser Phase die Kontinuitäten. Laut Pelinka, kann nicht von einem Qualitätssprung gesprochen werden. So hätten sich insbesondere die Initiativanträge im Verhältnis zu den Regierungsvorlagen gesteigert, was als Steigerung parlamentarischer Eigeninitiative gewertet werden könne. Bezüg-

²¹¹ Waren im Vergleich zu den Phasen davor und danach Konsensentscheidungen auf einem historischen Tiefstand, so wurden nach wie vor 72% aller Gesetze einstimmig beschlossen, 8% in gemeinsamen Stimmverhalten der beiden Großparteien und nur 12% im Alleingang der Regierung. Vgl. Wolfgang C. MÜLLER, Das Regierungssystem 1966–1970: politische Kräfteverhältnisse, Dynamik und Konsequenzen, in: Robert KRIECHBAUMER/Franz SCHAUSBERGER/Hubert WEINBERGER (Hrsg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995, S. 119–138, hier S. 122–125.

²¹² Vgl. ebd.

²¹³ Neben einer großen Zahl von Reformen die auf diesem Wege möglich wurden führt Gehler hierfür auch die umfassende Einbeziehung der ÖVP im Rahmen der Verhandlungen mit der EG als eindeutiges Indiz an. Vgl. GEHLER, Die Zweite Republik, S. 41.

²¹⁴ Vgl. KRIECHBAUMER, Die Ära Kreisky, S. 16–22.

lich der Fraktionsdisziplin kam es ebenso zu einigen wenigen Aufweichungen. Grundsätzlich könne aber von diszipliniertem Abstimmungsverhalten gesprochen werden: Es überwogen eindeutig der Dreiparteienkonsens oder eine Regierungsmehrheit.²¹⁵ Abgesehen davon wurde das Parlament im Lichte der Alleinregierungen zu einer wesentlichen Bühne für die politische Auseinandersetzung zwischen den Parteien, wie etwa auch das Ringen um einen Parlamentsentscheid für die Inbetriebnahme Zwentendorfs (Vgl. Kapitel 2.6) zeigt. Dies drückt sich unter anderem durch einen erheblichen Anstieg der Redezeiten in Plenarsitzungen ab der XI. Gesetzgebungsperiode (Alleinregierung Klaus) aus. Dieser Trend setzte sich bis in die 1990er Jahre fort und musste schließlich mit mehreren Geschäftsordnungsnovellen eingegrenzt werden.²¹⁶

4.7 Zusammenfassung

In Bezug auf die *Prozesskultur* ab den späten 1960er Jahren ist also festzustellen, dass es zu einem eindeutigen Wandel in Richtung konkurrenzdemokratischer Elemente gekommen ist. Auch wenn die Zusammenarbeit zwischen den drei im Parlament vertretenen Fraktionen nach wie vor die österreichische Politik bestimmte, kam es in Bezug auf Selbstdarstellung und Inszenierung zu erheblichen Veränderungen. Das österreichische Parlament entwickelte sich von einem formal notwendigen Bestätigungsorgan zu einem wichtigen Ort der politischen Auseinandersetzung. Im Parlament wurden letztendlich „nur“ jene Beschlüsse umgesetzt, die davor nach etablierten Mechanismen im Rahmen von Parteiengesprächen oder der Sozialpartnerschaft, sprich in kleinem Rahmen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ausverhandelt wurden. Allerdings kamen eben diese Prozesse nunmehr in der parlamentarischen Auseinandersetzung stärker zum Ausdruck, indem die politischen Parteien im Lichte der steigenden Konkurrenz das Parlament als Ort der Profilierung zu nutzen begannen.

Dieser Wandel in der österreichischen *politischen Kultur* ist für die vorliegende Analyse der Kernenergiekontroverse von grundlegender Bedeutung: Erst dadurch ist es möglich, über eine Analyse der parlamentarischen Debatten zur österreichischen Kernenergiekontroverse Rückschlüsse auf die Positionen der politischen Parteien und dem Verhältnis zur österreichischen Öffentlichkeit zu ziehen.

²¹⁵Während der kleinen Koalition wurden 80% aller Gesetze einstimmig beschlossen und 20% durch ein gemeinsames Vorgehen der Regierungsparteien. Vgl. PELINKA, Die kleine Koalition. SPÖ–FPÖ 1983–1986, S. 70–72.

²¹⁶Vgl. Günther SCHEFBECK, Das Parlament, in: Herbert DACHS u. a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 139–167, hier S. 146f.

In Bezug auf die dargestellten Idealtypen von *politischer Kultur* ist auf Ebene der *Prozesskultur* eher von einer *handlungsnormierenden Kultur* in der Definition von Karl Rohe zu sprechen: Wie oben ausgeführt wurden wesentliche politische Entscheidungen im Rahmen von Sozialpartnerschaft und anderen vorparlamentarischen Aushandlungsprozessen getroffen. Dabei handelt es sich um historisch gewachsene Muster der Konfliktlösung beziehungsweise Konsensfindung, die bis in die direkte Nachkriegszeit zurückreichen und auf die Erfahrungen von politischen FunktionsträgerInnen bis in die Zwischenkriegszeit zurückzuführen sind. Sie beruhen zum Großteil auf einer Bereitschaft zur Zusammenarbeit, die immer wieder beschworen beziehungsweise vorexerziert und weniger durch verfassungsrechtliche Bestimmungen normiert wurde. In der Analyse der Kernenergiekontroverse zwischen 1978 und 1986 im österreichischen Parlament wird daher auch danach gefragt, wie dieses Wissen von parlamentarischen AkteurInnen darüber, wie in Österreich „Politik zu machen ist“, eingesetzt und dargestellt wird, um die Kontroverse einer Lösung in ihrem Sinne zuzuführen beziehungsweise die eigenen Positionen zu inszenieren. Dabei wird auch berücksichtigt, wie dies auf Technologievorstellungen zurückwirkt und das Verhältnis der österreichischen Gesellschaft zur Kernenergie beeinflusst hat.

5 Die Kernenergiekontroverse von 1978 bis 1986 im Lichte des österreichischen Nationalrats

Die vorliegende Analyse von Debatten im österreichischen Nationalrat will sowohl die Ebene der Bedeutungskonstruktion und Sinnstiftungen in Bezug auf Großtechnologien, als auch Aspekte der Prozesskultur berücksichtigen und wo möglich beziehungsweise notwendig, auch miteinander verknüpfen. Sie liegt damit sowohl methodisch als auch theoretisch an der Schnittstelle von Technik- und Politikgeschichte sowie sozialwissenschaftlicher Technikforschung. Wie bereits in Kapitel 3 angesprochenen verfolgten Jasanoff und Kim mit ihrem Vergleich zweier Atomprogramme im Rahmen des Sociotechnical Imaginaries Project grundsätzlich ähnliche Ziele; ihre Untersuchungen beruhen ebenfalls zu einem großen Teil auf Redebeiträgen von PolitikerInnen. Methodisch setzen diese Untersuchungen hauptsächlich auf diskursanalytische Verfahren. Es wird jedoch hervorgehoben, dass das Material darüber hinaus einer spezifischen Interpretation bezüglich der im Begriff *sociotechnical imaginaries* zusammengefassten Wechselbeziehungen zwischen Technologie und Gesellschaft bedürfe.²¹⁷

Nach regen Debatten um den Einsatz von Diskursanalysen für die historische Forschung in den 1990er Jahren sind diese in den Geschichtswissenschaften mittlerweile als fixer Bestandteil etabliert.²¹⁸ In den Geschichtswissenschaften dominieren seither vor allem von Michel Foucaults Diskursbegriff inspirierte Studien oder aber auch jene in der Tradition von Rainer Kellers wissenssoziologischer Diskursanalyse. In anderen Disziplinen fest verankerte Strömungen wie Norman Faircloughs „Critical Discourse Analysis“, welche von Ruth Wodak als „diskurshistorischer Ansatz“ und von Siegfried Jäger als „Kritische Diskursanalyse“ fortgeführt wurden, sind weniger präsent.²¹⁹ Eine Variation der beiden letzt genannten hat Siegfried Göllner in einem stark quantitativen Verfahren in Bezug auf Nationalratsdebatten zur Anwendung gebracht. In einer vergleichenden Perspektive untersuchte Göllner Funktion und Wandel von Opfernarrativen in der parlamentarischen Auseinandersetzung um die „Entnazifizierung“, die Waldheim-Affäre und die Sanktionen der Europäischen Union gegenüber der Republik Österreich ab dem Jahr 2000.²²⁰

²¹⁷Vgl. STS RESEARCH PLATFORM: SOCIOTECHNICAL IMAGINARIES, Methodological Pointers, URL: <http://sts.hks.harvard.edu/research/platforms/imaginaries/ii.methods/methodological-pointers/>, letzter Zugriff: 20.12.2012.

²¹⁸siehe dazu Philipp SARASIN, Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse, Frankfurt am Main 2003; Achim LANDWEHR, Historische Diskursanalyse, Frankfurt am Main 2009.

²¹⁹Vgl. Franz X. EDER, Historische Diskurse und ihre Analyse - eine Einleitung, in: DERS. (Hrsg.), Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden 2006, S. 11–13.

²²⁰Vgl. Stefan GÖLLNER, Die politischen Diskurse zu ‘Entnazifizierung’, ‘Causa Waldheim’ und ‘EU-Sanktionen’. Opfernarrative und Geschichtsbilder in Nationalratsdebatten, Hamburg 2009.

Ein kurzer Blick auf das Vorgehen bei derartigen Studien zeigt, dass neben der Erarbeitung von ausreichendem historischen Hintergrund- und Kontextwissen/Material vor allem der Bezug zu Referenz und Vergleichsmaterial notwendig wird, um Diskursmuster und -szenarien herauszuarbeiten.²²¹ Für die Beantwortung der vorliegenden Fragestellung im Rahmen einer umfassenden diskursanalytischen Studie wäre vor allem die Berichterstattung in führenden Printmedien als Referenzmaterial einzubeziehen. Alternativ könnte wie bei Siegfried Göllner eine weitere Materie im Vergleich herangezogen werden. Hierfür würden sich insbesondere die Auseinandersetzungen mit grenznahen Kernkraftwerken ab den 1990er Jahren oder Debatten um gentechnisch manipulierte Nahrungsmittel anbieten. Beide Szenarien würden allerdings sowohl den Umfang und die Möglichkeiten im Rahmen der vorliegenden Arbeit bei weitem übersteigen. Weist die angestrebte Untersuchung zweifelsfrei mehrere Anknüpfungspunkte für ein diskurshistorisches Vorgehen auf, ist dieses für die Beantwortung der eingangs aufgeworfenen Fragen nicht zwingend notwendig: Wie in den vorangehenden Kapiteln gezeigt wurde, gilt es für den Untersuchungszeitraum in erster Linie herauszuarbeiten, welchen Verlauf die Kernenergiekontroverse zwischen 1978 und 1986 im österreichischen Nationalrat genommen hat. Aus diesen Gründen wurde eine diskursanalytische Untersuchung verworfen und die Debatten stattdessen mit den Instrumenten der qualitativen Inhaltsanalyse aufbereitet. In der Folge kann diese Entwicklung ebenso wie das Verhältnis zu Bedeutungskonstruktionen und Sinnstiftungen mit den in den Kapiteln 3 und 4 erarbeiteten Begrifflichkeiten und Überlegungen analysiert werden.

5.1 Ausgangspunkt Inhaltsanalyse

Im Handbuch für qualitative Sozialforschung von 1991 beschreibt Philipp Mayring „*die systematische Bearbeitung von Material aus Kommunikationen*“ als das Ziel von Inhaltsanalysen. Dabei sei das Merkmal von modernen Inhaltsanalysen die Erweiterung des Fokus von Inhalt und formalen Aspekten, hin zu latenten Sinnstrukturen.²²² Ihren Ursprung hat die qualitative Inhaltsanalyse im traditionellen Verfahren der quantitativen Inhaltsanalyse, welche vor allem dazu eingesetzt wurde Häufigkeitsanalysen sowie Valenz-, Intensitäts- und Kontingenzanalysen durchzuführen. In den 1970er und frühen 1980er Jahren entwickelt, wurde die Qualitative Inhaltsanalyse in den vergangenen Jahr-

²²¹Vgl. Ruth WODAK, The discourse-historical approach, in: Ruth WODAK/Michael MEYER (Hrsg.), *Methods of critical discourse analysis*, London/Thousand Oaks/New Delhi 2001, S. 63–94, hier S. 93.

²²²Vgl. Philipp MAYRING, Qualitative Inhaltsanalyse, in: Uwe FLICK u. a. (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Sozialforschung*, München 1991, S. 209–213, hier S. 209.

zehnten in einer Vielzahl von Disziplinen zur Anwendung gebracht und für unterschiedliche Ansätze der Sozialforschung im weitesten Sinne weiterentwickelt.

Grundsätzlich bietet sie ein explizites Rahmenprogramm zur Analyse von fixierter Kommunikation. Dabei zielt die Qualitative Inhaltsanalyse auf systematisches, regelgeleitetes und damit begründetes, intersubjektiv nachvollziehbares Vorgehen ab. Ziel dieses Vorgehens ist schließlich die theoriegeleitete Interpretation des vorliegenden Materials, welche Rückschlüsse auf die ursprüngliche Kommunikation ermöglichen soll.²²³ Das grundlegende Modell einer Inhaltsanalyse sieht daher einzelne Schritte vor, die im Rahmen eines quellen- beziehungsweise textkritischen Zugangs ohnehin notwendig werden. Allerdings liegt die Stärke dieses Zugangs an der Operationalisierung großer Textmengen mittels eines Kategoriensystems. Grundsätzlich muss in einem ersten Schritt der Quellenkorpus für die Analyse festgelegt werden.²²⁴ Nach der Festlegung und einer theoretischen Differenzierung der an das Material herangetragenen Fragestellung²²⁵ folgt die Fixierung des Ablaufes der Analyse in deren Zentrum die Arbeit mit Kategorien steht.²²⁶ Mittels Gütekriterien sollen dabei Zuverlässigkeit und Gültigkeit der Aussagen ebenso wie intersubjektive Nachvollziehbarkeit gewährleistet werden.²²⁷

5.2 Festlegung des Materials

Den Ausgangspunkt für die Analyse bilden alle Sitzungen des Nationalrats zwischen dem 5. November 1978 und dem 26. April 1986, sprich eine Gesamtzahl von 307 Sitzungen. Davon entfallen 18 auf die XIV. Gesetzgebungsperiode (XIV. GP) Regierung Kreisky III (1975–1979), 149 auf die XV. Gesetzgebungsperiode (XV. GP) Regierung Kreisky IV (1979–1983), und 140 auf die XVI. Gesetzgebungsperiode (XVI. GP) Regierung Sinowatz/Steger (1983–1986). Die stenographischen Protokolle von National- und Bundesrat sind als Digitalisate vollständig über die Online-Präsenz des österreichischen Parlaments zugänglich.²²⁸ Zur systematischen Bearbeitung konnten diese ohne Weiteres mittels einer Software zur Qualitativen Datenanalyse (Atlas/ti) erfasst werden.

²²³Vgl. Philipp MAYRING, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim/Basel 2008, S. 11–15.

²²⁴Vgl. ebd., S. 46–48.

²²⁵Vgl. ebd., S. 50–51.

²²⁶Vgl. ebd., S. 54–56.

²²⁷Vgl. ebd., S. 109–115.

²²⁸ÖSTERREICHISCHES PARLAMENT, URL: <http://www.parlament.gv.at>.

5.2.1 Auswahl des engeren Quellenkorpus

Um die Fülle des Materials handhabbar zu machen und die relevanten Abschnitte des Korpus festzulegen wurden mittels „automatischen Codierens“ alle Absätze der stenographischen Protokolle ausgewiesen, die eines der zuvor festgelegten Schlagworte enthielten.²²⁹ Alle für die Fragestellung nicht relevanten Abschnitte wurden anschließend aus dem Korpus entfernt, die restlichen Passagen jeweils um vorangehende und nachfolgende Sätze erweitert oder gekürzt. Die kleinsten so ausgewählten Wortmeldungen belaufen sich auf einen oder zwei Sätze, etwa in der Form eines Zwischenrufes aus dem Plenum. Die größten Einheiten bilden ganze Wortmeldungen, die auf einer Argumentationslinie verbleiben. Anschließend wurde die Indizierung der Textabschnitte nach den ursprünglichen Suchbegriffen aufgehoben, um eine inhaltliche Vorstrukturierung auszuschießen. Damit ergibt sich ein Quellenkorpus von rund 1200 Zitaten, welche auf rund ein Drittel der Nationalratssitzungen im Untersuchungszeitraum verstreut sind.

5.2.2 Stenographische Protokolle als Quelle

Ehe eine eingehendere Analyse des Quellenkorpus begonnen werden konnte, mussten einige Merkmale des vorliegenden Untersuchungsmaterials festgehalten werden. Während die Korrektheit des Protokolls hinsichtlich der Aussagen im Rahmen von Plenarsitzungen als gegeben angenommen werden kann, ist darauf zu verweisen, dass im Laufe der Aufzeichnung vor allem in sprachlicher Hinsicht einige Veränderungen vorgenommen werden: Dialekt und Umgangssprache werden in Hochsprache wiedergegeben, inhaltlich nicht relevante Partikel werden in aller Regel weggelassen, und stark verschachtelte Konstruktionen in einzelne Sätze aufgelöst. Darüber hinaus erhalten die Abgeordneten die Möglichkeit, an den Protokollen Korrekturen vorzunehmen.²³⁰

In einer vorwiegend sprachanalytischen Studie zu Österreichbildern in Regierungserklärungen hat Ewald Ehtreiber verschiedene Merkmale politischer Sprechakte festgehalten. Diese sind a) Öffentlichkeit, also entweder ein direkter oder durch Massenmedien vermittelter kommunikativer Prozess zwischen SprecherIn und einer Öffentlichkeit. b) die Legitimation zu Sprechen, welche aus dem Zusammenhang zwischen dem Teilsystem der Politik und seiner Funktion für die Gesamtgesellschaft zu betrachten ist. c) Gruppenbezogenheit, was neben der Bindung an eine Partei oder einen Klub auch bedeute, dass politische Agitation in westlichen Demokratien zumindest dem Anspruch nach auch

²²⁹Dies sind: *Atomenergie, Atomkraft, Atomspaltung, Kernenergie, Kernkraft, Kernspaltung, Stromerzeugung, Stromverbrauch, Elektrizitätswirtschaft, Wasserkraft* und *Zwentendorf*.

²³⁰Vgl. GÖLLNER, Die politischen Diskurse (...), S. 38.

Repräsentation beinhaltet und schließlich d) Mehrfachadressiertheit, welche verschiedene Kommunikationsabsichten, von der Stärkung des eigenen oder der Schwächung des anderen Lagers bis zur Gewinnung von Ungebundenen beinhaltet.²³¹

In der Analyse der parlamentarischen Protokolle müssen diese Aspekte jedenfalls in Betracht gezogen werden. Darüber hinaus gilt es zu berücksichtigen, dass verschiedene Arten der parlamentarischen Beiträge unterschiedliche Funktionen, Absichten etc. einschließen. Hier ist eine Unterscheidung hinsichtlich der Abgeordnetenrede, der Regierungserklärung und parlamentarischen Anfragen ebenfalls hilfreich. Göllner hält fest, dass die Abgeordnetenrede im Unterschied zur Regierungserklärung in der Regel sehr viel stärker kompetitiv ausgerichtet sei. Ihr wesentliches Ziel sei die Herleitung und Darlegung der eigenen Position, sowie die Diffamierung des politischen Gegners. Die einfache Rede der Abgeordneten nimmt daher häufig direkt Bezug auf andere Beiträge, Positionen und Personen, ist oftmals als Replik gestaltet und hat einen sehr starken persuasiven Einschlag. Auch Regierungserklärungen sollen überzeugen, allerdings sind diese laut Göllner im Unterschied zur Abgeordnetenrede als eher programmatisch und weitaus sachlicher zu bewerten.²³² Die parlamentarische Anfrage ist eigentlich als Kontrollinstrument für die Opposition als konfrontativ zu bewerten. Allerdings muss in diesem Zusammenhang die Beziehung zwischen FragenstellerIn und AntwortgeberIn miteinbezogen werden. Dient die Anfrage oft als Druckmittel der Opposition, wird sie im parlamentarischen Alltag auch zur Inszenierung der eigenen Position eingesetzt.

Schriftliche Anfragen, deren Beantwortung ebenfalls schriftlich erfolgt und keine direkte Auseinandersetzung im Plenum nach sich zieht, wurden in die Analyse nicht einbezogen. Ebenfalls nicht beziehungsweise kaum berücksichtigt wurden Wortmeldungen von Abgeordneten ohne Parlamentsklub, die zum Zeitpunkt der Wortmeldung keine Funktion innerhalb der Regierung ausübten. Wurden diese anfänglich in Betracht gezogen, hat sich im weiteren Verlauf der Untersuchung herausgestellt, dass diese Wortmeldungen nahezu vollständig von den Abgeordneten aller drei im Nationalrat vertretenen Fraktionen ignoriert wurden. Berücksichtigt wurden diese daher nur in jenen Fällen, in denen sie auch aufgegriffen wurden.

5.3 Ziel und Ablauf

Ziel der inhaltsanalytischen Aufbereitung des Quellenkorpus ist eine möglichst vollständige Erfassung jener Redebeiträge im Nationalrat, die konkret auf die Kernener-

²³¹Vgl. Ewald EHTREIBER, 'Alles für unser Österreich'. Das Bild Österreichs in den Regierungserklärungen der Zweiten Republik, hrsg. v. Ruth WODAK/Martin STEGRU, Frankfurt am Main 2003, S. 57–61.

²³²Vgl. GÖLLNER, Die politischen Diskurse (...), S.40–42.

giekontroverse Bezug nehmen oder als Beitrag zu eben dieser zu bewerten sind. Wie bereits eingangs angedeutet, vereinen qualitative Inhaltsanalysen die Stärken von quantitativen und qualitativen Verfahren. In diesem Sinne erfolgte die Kategorienbildung sowohl in deduktiver als auch in induktiver Form, um das Material zu strukturieren. Das bedeutet einerseits die Kategorisierung von Wortmeldungen auf Basis der Ausführungen zu Forschungsstand und Geschichte der Kernenergie in Österreich. Andererseits wurden auch gegenstandsbezogen, also aus dem Material heraus, Kategorien gebildet. Die einzelnen Kategorien wurden im Laufe der Bearbeitung erweitert, eingeschränkt und angepasst. Nach einer ersten Bearbeitung des Materials musste dieses daher erneut durchgegangen werden, um dem Anspruch nach Zuverlässigkeit und Gültigkeit gerecht zu werden.²³³ Dabei ist anzumerken, dass vor allem aus der Literatur der Anti-AKW-Bewegung entwickelte Kategorien hinsichtlich konkreter Kritikpunkte an der Atomenergie oder dem Kraftwerk Zwentendorf (z.B. *Erdbebensicherheit*, *Reaktorsicherheit*, *Wiederaufbereitung*) im Laufe der Analyse gestrichen wurden, da diese Aspekte im Nationalrat kaum bis gar nicht aufgegriffen wurden.

Kategorie	n	Kategorie	n
Neue Energiepolitik	33	Sicherheit	72
Alternativen zur Kernenergie	107	Sackgasse Kernenergie	24
Umweltschutz und Ökologie	47	Militärische Bedrohung und Atomwaffen	11
Geldverschwendung	60	Alternative zum Öl	11
Fortschrittskonzepte	16	Wirtschaftliche Aspekte	78
Wissenschaft und Forschung	40	Energieengpässe/steigender Bedarf	53
Atomkraftwerke im Ausland	92	Energieimporte	29
Internationales Engagement	27	Energiekosten	33
gegen Atomenergie		Volksabstimmung und Atomsperrgesetz	497
Schutz der österreichischen	22		
Bevölkerung			

Tabelle 1: Kategorien: Überblick

Die Codierung des Quellenkorpus mittels der entwickelten Kategorien²³⁴ bildet das erste Ergebnis der vorliegenden Untersuchung. Sie ermöglicht die Darstellung der Kernenergiekontroverse im Nationalrat und bietet damit einen tieferen Einblick in die Geschichte der österreichischen Kernenergiekontroverse nach 1978.

²³³Vgl. MAYRING, Qualitative Inhaltsanalyse, S. 74–76.

²³⁴Die weitere Differenzierung der Kategorie *Volksabstimmung und Atomsperrgesetz*, wie sie für die Auswertung vorgenommen wurde, findet sich aus Platzgründen in der Darstellung in Kapitel 5.4.7.

5.4 Analyse

Für die Aufbereitung und Darstellung wurden die Kategorien einer quantitativen Auswertung unterzogen und inhaltlich gruppiert. Die Auswertung der Bezugnahmen innerhalb einer Kategorie erfolgte nach den drei Fraktionen getrennt. Bis auf den Themenkomplex *Volksabstimmung und Atomsperrgesetz* (siehe Kapitel 5.4.7) werden diese im Längsschnitt über den Untersuchungszeitraum dargestellt. Die jeweiligen Argumentationslinien und Standpunkte werden durch repräsentative Zitate belegt.

Wie in der Auswertung der einzelnen Kategorien deutlich werden wird, gliedert sich die gesamte Diskussion um einige wenige Ereignisse: Die erste Phase des Untersuchungszeitraums ist geprägt von der Volksabstimmung am 5. November 1978 und dem Beschluss des Atomsperrgesetzes. Ab 1979 spielen die zweite Ölpreiskrise sowie die Auseinandersetzung mit Kraftwerksprojekten in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik eine wichtige Rolle. In der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums konzentriert sich der Großteil der Debatte um die Bestrebungen zur Einleitung einer neuerlichen Volksabstimmung im Frühjahr 1985.

5.4.1 Die Träger der Debatte

Gleich vorweg kann festgehalten werden, dass die Anzahl der maßgeblichen Diskussions Teilnehmer²³⁵ relativ überschaubar ist. Die wesentlichen Argumentationslinien werden meist von zentralen Funktionären vorgegeben. Nur wenige Aspekte der Kernenergiekontroverse werden wesentlich von sogenannten „Hinterbänklern“, also Abgeordneten ohne Funktion in Partei und Regierung, getragen oder aufgegriffen. Über weite Strecken wird der Kernenergiekontroverse offenbar eine wichtige Rolle zugemessen. Beiträge „aus der ersten oder zweiten Reihe“ von Partei und Klub scheinen für die Nationalratsfraktionen obligatorisch zu sein.

Auf Seiten der SPÖ geben meist Bundeskanzler Bruno Kreisky²³⁶ sowie Fred Sinowatz, die Klubobleute Heinz Fischer und Josef Wille, Gewerkschaftsfunktionäre wie Karl Sekanina sowie Energiesprecher Kurt Heindl oder Vertreter der E-Wirtschaft, wie etwa Franz Köck, die jeweiligen Positionen vor.

Ähnlich verhält es sich bei der ÖVP: Die Träger der Debatte sind Bundesparteibeamter und Klubobmann Alois Mock, die Generalsekretäre Sixtus Lanner und Michael Graff

²³⁵Außer Wortmeldungen von Wissenschaftsministerin Herta Firnberg wurden ausschließlich Beiträge von Männern verzeichnet.

²³⁶Sämtliche biographischen Angaben zu den Abgeordneten sind den Angaben der Website des Österreichischen Parlaments entnommen: ÖSTERREICHISCHES PARLAMENT, URL: <http://www.parlament.gv.at>.

sowie neben Wirtschaftssprecher Robert Graf vor allem Energiesprecher Friedrich König und Gesundheitssprecher Günter Wiesinger.

Für die FPÖ besetzt die Thematik über weite Strecken fast ausschließlich Bundesparteioibmannsellsvertreter und Energiesprecher Gerulf Stix. Mit dessen Wechsel in das Präsidium des Nationalrats im Mai 1983 widmen sich stärker sein Nachfolger Friedhelm Frischenschlager, Generalsekretär Walter Grabher-Meyer sowie Bundesparteioibmann Norbert Steger der Darlegung freiheitlicher Standpunkte zur Atomenergie.

5.4.2 Die Proklamation der „Energiewende“

In den ersten Wochen und Monaten nach der Volksabstimmung sind die entsprechenden Auseinandersetzungen im Nationalrat von Debatten um die energiepolitischen Folgen des unerwarteten Ergebnisses geprägt. Diese unterteilen sich in die Neuausrichtung der Energiepolitik, die Frage nach Alternativen zur Kernenergie sowie Energiesparmaßnahmen.

Neue Energiepolitik: Als Reaktion auf das Ergebnis der Volksabstimmung thematisieren Vertreter von allen im Nationalrat vertretenen Parteien die Notwendigkeit einer Neuausrichtung der Energiepolitik. Die Bezugnahmen konzentrieren sich auf die ersten Wochen nach der Abstimmung sowie den Beginn der XV. GP.²³⁷ Im November und

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	3	4	-
ÖVP	11	3	1
FPÖ	10	5	-
gesamt	20	12	1

Tabelle 2: Neue Energiepolitik

Dezember 1978, also direkt nach der Volksabstimmung, stellen Mandatare der ÖVP wiederholt eine dringend notwendige Weichenstellung in der Energiepolitik in den Raum. Ein radikales Umdenken sei erforderlich. So hält etwa Friedrich König, Energiesprecher des parlamentarischen Klubs der ÖVP, fest:

„Und das [eine Veröffentlichung der Energieverwertungsagentur, Anm. F.B.], glaube ich, ist wirklich eine Erklärung, die uns veranlassen sollte, das Um-

²³⁷XIV. Gesetzgebungsperiode: 106. Sitzung am 06.11.1978 [in der Folge zitiert als: XIV. GP: 106.–6.11.1978], 107.–08.11.1978, 111.–5.12.1978, 115.–14.12.1978, 116.–15.12.1978, 117.–24.01.1979, 118.–25.01.1979. XV. GP: 3.–20.06.1979, 6.–04.07.1979, 9.–23.10.1979, 21.–19.12.1979, 27.–06.03.1980, 49.–05.11.1980, 71.–09.04.1981, 77.–10.06.1981. XVI. GP: 85.–21.03.1985.

*denken in der Energiepolitik und in den Energiefragen sehr, sehr nachdrücklich über die Parteigrenzen hinweg zu verfolgen.*²³⁸

Von Seiten des FPÖ-Energiesprechers Stix ist gar von einer einzigartigen parteiübergreifenden Chance für die Entwicklung einer kernenergiefreien Energiepolitik in einem Industriestaat die Rede.²³⁹ Die SPÖ geht in eine ähnliche Richtung. Energiesprecher Kurt Heindl verspricht die rasche Ausarbeitung eines Energieplans ohne die Nutzung der Kernenergie: *„Es wird der Energieplan jetzt adaptiert werden – in kürzester Zeit! –, und wir werden Gelegenheit haben, dann darüber zu reden.“*²⁴⁰

Neben diesen Bekenntnissen zu einer neuen Energiepolitik nutzen ÖVP und FPÖ den Themenkomplex in der XIV. und XV. GP um die Regierung unter Druck zu setzen. Die neue Energiepolitik wird zur Regierungsverantwortung erklärt, der neue Energieplan vehement eingefordert und die Regierung als seit Jahren untätig diffamiert. Diese reagiert mit dem Verweis auf verantwortungsbewusste Energiepolitik: In Zeiten als die ÖVP die Nutzung der Wasserkraft zu Gunsten der Atomenergie vernachlässigt habe, habe die SPÖ auf den parallelen Ausbau von Wasserkraftwerken gedrängt.²⁴¹

Alternativen zur Kernenergie: Im Rahmen der Proklamation einer Wende in der Energiepolitik entwickelt sich eine rege Auseinandersetzung um unterschiedliche Formen der Energiegewinnung, welche die Nutzung der Kernkraft ersetzen sollen.²⁴² Die Abgeordneten thematisieren die Erforschung und Entwicklung sogenannter „alternativer Energieträger“ (Wind- und Sonnenenergie, Biomasse, Erd- und Fernwärme sowie die Nutzung industrieller Abwärme), aber auch den verstärkten Einsatz fossiler Brennstoffe. Beinahe die Hälfte der Bezugnahmen entfallen auch hier auf die Zeit direkt nach der Volksabstimmung, die andere Hälfte erstreckt sich über die XV. GP bis in das Jahr 1983. Bis Mitte der 1980er Jahre rückt auch die Auseinandersetzung um die Alternativen zur Kernenergie in den Hintergrund.

VertreterInnen der SPÖ nutzen die Auseinandersetzung, um sich zur Grundlagenforschung im Bereich der Alternativenenergien zu bekennen und auf die möglichst rasche

²³⁸Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XIV. GP, 116. Sitzung, 15.12.1978, S. 11718.

²³⁹Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 111. Sitzung, 05.12.1978, S. 11078.

²⁴⁰Kurt Heindl (SPÖ), ebd., S. 10074.

²⁴¹Vgl. Fritz Marsch (SPÖ, Zentralsekretär), STPNRÖ, XV. GP, 3. Sitzung, 20.06.1979, S. 97.

²⁴²XIV. GP: 107.–08.11.1978, 108.–28.11.1978, 111.–05.12.1978, 113.–07.12.1978, 115.–14.12.1978, 116.15.12.1978, 118.–25.01.1979, 121.–07.03.1979, . XV. GP: 6.–04.07.1979, 9.–23.10.1979, 14.–05.12.1979, 19.17.12.1979, 20.–18.12.1979, 21.–19.12.1979, 22.–23.01.1980, 39.–19.06.1980, 40.–20.06.1980, 52.–26.11.1980, 53.–27.11.1980, 61.–17.12.1980, 77.–10.06.1980, 100.–17.12.1981, 105.–18.02.1982, 133.–1.12.1982. XVI. GP: 43.–11.04.1984, 48.–24.05.1984, 58.–27.09.1984, 71.–11.12.1984, 85.–20.03.1985.

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	19	24	3
ÖVP	10	20	2
FPÖ	14	13	2
gesamt	43	57	7

Tabelle 3: Alternativen zur Kernenergie

Entwicklung und Anwendung dieser zu drängen. Josef Wille, Zentralsekretär der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie, verweist etwa auf die zukunftssträchtige Rolle dieser noch zu realisierenden Forschungsvorhaben.²⁴³ In der Zwischenzeit sei vor allem die Wasserkraft, auch im Bereich der Kleinkraftwerke, soweit als möglich auszubauen. Auch in diesem Fall wird die SPÖ als Vertreterin der Energieerzeugung mittels Wasserkraft und Gegenpol zur Atompartei ÖVP inszeniert. Franz Köck, Zentralbetriebsrat sowie Aufsichtsrat in der Österreichischen Donaukraftwerke AG, verweist in diesem Zusammenhang beispielsweise auf langwierige Auseinandersetzungen während der Alleinregierung Klaus um den weiteren Ausbau der Donaukraftwerke.²⁴⁴ Beinahe die Hälfte aller Bezugnahmen nutzt die SPÖ, um fossile Brennstoffe, insbesondere die Kohle, als Alternative zur Nutzung der Atomenergie und damit als direkte Folge der Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf darzustellen. Nach einer einleitenden Erläuterung, dass Erdöl und Erdgas zur Kompensation schon aufgrund der jüngsten Ölpreisentwicklung nicht zielführend scheinen, appelliert Energiesprecher Heindl: „*Wir ersuchen aber dringendst [...] Überlegungen anzustellen, ob nicht als Alternative die Kohle in Erwägung gezogen werden sollte.*“²⁴⁵

Energiesprecher König hält für die ÖVP fest, das Abstimmungsergebnis sei als Verpflichtung zum Ausschöpfen aller Möglichkeiten im Bereich der Alternativenenergien zu interpretieren.²⁴⁶ Mandatare der ÖVP nutzen jeweils ein Viertel ihrer Bezugnahmen um die Forderung nach dem gezielten Ausbau von Kleinkraftwerken im Bereich der Wasserkraft an die Regierung zu richten, ebenso wie jene nach der Förderung des heimischen Kohlebergbaus und der Errichtung von Kohlekraftwerken. Ein weiteres Drittel wiederum widmet sich dem Aufzeigen von ungenutzten Potenzialen von alternativen Energieträgern sowie der Skandalisierung der Regierungspolitik. Energiesprecher König fasst zusammen:

²⁴³Vgl. Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 113. Sitzung, 07.12.1978, S. 11271.

²⁴⁴Vgl. Franz Köck (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 115. Sitzung, 14.12.1978, S. 11567f.

²⁴⁵Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 121. Sitzung, 07.03.1979, S. 12462.

²⁴⁶Vgl. Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XIV. GP, 116. Sitzung, 15.12.1978, S. 11717.

„Es möge diese Regierung nach all den Versäumnissen um die Kernenergie wenigstens ihren Einfluß geltend machen, damit die Mitarbeiter [des Forschungszentrums Seibersdorf und der österreichischen Atomwirtschaft, Anm. F.B.] sinnvoll eingesetzt werden in der Alternativplanung, in der Förderung alternativer Energien und beim Energiesparen.“²⁴⁷

Nahezu 50% aller Bezugnahmen durch Abgeordnete der FPÖ dienen dazu, sich zur Entwicklung und Förderung alternativer Energien zu bekennen. Energiesprecher Stix hält etwa unter Verweis auf die Verknappung von Uran und Erdöl fest: *„Daher sind wir froh, daß in Österreich die Weichen auf andere Alternativen gestellt wurden.“* Bereits unmittelbar nach der Volksabstimmung stellt die FPÖ in den Raum, den Strompreis um einen Groschen pro Kilowattstunde zu erhöhen und diese Mittel in die Entwicklung von alternativen Energieträgern zu investieren.²⁴⁸ Der Vorschlag wird durch die Großparteien nicht aufgegriffen. Für die Zwischenzeit spricht sich auch die FPÖ für die Forcierung fossiler Brennstoffe, allen voran der Kohle, aus: *„Für die Überbrückung ist die Kohle in allen ihren Varianten – fest, flüssig und gasförmig – am besten geeignet, weil sie am reichlichsten von allen Energieträgern einschließlich Uran zur Verfügung steht.“²⁴⁹*

Energiesparen: Als ein wesentliches Szenario für eine Zukunft ohne Kernenergie beschreiben Vertreter aller drei Fraktionen Einsparungsmaßnahmen im Verbrauch von Energie. Auch hier liegt die Konzentration eindeutig in der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums.²⁵⁰

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	9	7	1
ÖVP	9	6	3
FPÖ	5	5	-
gesamt	23	18	4

Tabelle 4: Energiesparen

Die FPÖ inszeniert sich in puncto Energiesparen als Vorreiterin, habe man doch schon seit Jahren darauf verwiesen, dass Wirtschaftswachstum nicht zwingend mit Ener-

²⁴⁷Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XIV. GP, 116. Sitzung, 15.12.1978, S. 11719.

²⁴⁸Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 111. Sitzung, 05.12.1978, S. 11080.

²⁴⁹Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981, S. 7682.

²⁵⁰XIV. GP: 111.–05.12.1978, 113.–07.12.1978, 115.–14.12.1978, 116.–15.12.1978, 117.–24.01.1979, 118.–25.01.1979, 121.–07.03.1979. XV. GP: 3.–20.06.1979, 6.–04.07.1979, 9.–23.10.1979, 12.–07.11.1979, 18.–13.12.1979, 20.–18.12.1979, 39.–19.06.1980, 71.–09.04.1981, 77.–10.06.1980, 104.–17.02.1982. XVI. GP: 7.–05.07.1983, 12.–29.09.1983, 67.–28.11.1984.

giewachstum einhergehen müsse²⁵¹ und in der Rationalisierung und Einsparung die „atomfreie“ Zukunft liege.²⁵² Der stellvertretende freiheitliche Klubobmann Harald Ofner bringt die Linie am eindeutigsten auf den Punkt:

*„Es ist so, daß die eingesparte Energie, daß die genutzte Fernwärme die einzige zusätzliche Energieform ist [...] die keinerlei Gefährlichkeit in sich birgt; nicht die Gefährlichkeit eines Atomkraftwerkes [...] und auch nicht die Gefahr einer Hochgebirgssperre [...]“*²⁵³

Vertreter der ÖVP wiederum zeichnen einen starken Antagonismus zwischen einer zum Energiesparen bereiten Bevölkerung und einer Regierung, welche dies nicht im notwendigen Ausmaß fördere.²⁵⁴ Im Unterschied zur Regierung habe die Volkspartei bereits Sparmaßnahmen vorgeschlagen²⁵⁵, während die Verschwendung von Einsparungspotenzial eindeutig im sozialistischen Lager vor sich gehe: *„Wissen Sie, wo die absichtliche Nichtnutzung am weitesten stattfindet? - Nicht in Graz, in Wien, wo erst der zuletzt errichtete Block jetzt auf Kraft-Wärme-Kupplung ausgelegt worden ist.“*²⁵⁶

Die SPÖ bekennt sich ebenfalls zu Einsparungsmaßnahmen, stellt allerdings Probleme und Gefahren in diesem Zusammenhang in den Vordergrund. So macht unter anderem etwa Franz Köck klar, dass kommende Energiesparmaßnahmen als notwendige Einschränkungen für die VerbraucherInnen und direkte Folge der Volksabstimmung zu werten seien.²⁵⁷ Energiesprecher Heindl wiederum hebt das mangelnde Durchgriffsrecht des Bundes hervor, um die Regierung zu entlasten. Ebenso beschwört er die Notwendigkeit zur parteiübergreifenden Bewusstseinsbildung für das Energiesparen.²⁵⁸ Bundeskanzler Kreisky wendet sich aktiv gegen die Infragestellung gesellschaftlichen Fortschritts durch Energiesparmaßnahmen:

„Ich möchte aber mit aller Deutlichkeit betonen, daß, sosehr sich die sparsame und vernünftige Handhabung von Energie, vor allem ihre Rückgewinnung, mit aller Deutlichkeit anbietet, es nicht die Absicht der Bundesregierung sein kann, auf diesem Gebiet eine Politik der Austerity zu vertreten, die das

²⁵¹Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981, S. 7681.

²⁵²Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 6. Sitzung, 04.07.1979, S. 402.

²⁵³Harald Ofner (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981, S. 7707.

²⁵⁴Vgl. Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XIV. GP, 116. Sitzung, 15.12.1978, S. 11717.

²⁵⁵Vgl. ebd., S. 11718.

²⁵⁶ebd.

²⁵⁷Vgl. Franz Köck (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 115. Sitzung, 14.12.1978, S. 11570.

²⁵⁸Vgl. Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 6. Sitzung, 04.07.1979, S. 394.

*Gefühl vermittelt, daß der Benützung von Haushaltsgeräten, die das Leben der Hausfrauen erleichtern, etwas Anrüchiges anhaftet.*²⁵⁹

Zusammenfassung: In Bezug auf die Wende in der Energiepolitik kann attestiert werden, dass alle drei Fraktionen den Nationalrat eifrig als Bühne nutzen, um sich bezüglich zukünftiger Szenarien, Chancen und Möglichkeiten zu profilieren. Allerdings handelt es sich dabei letztlich um Inszenierungen ohne Maßnahmen. In überparteilicher Einigkeit wird eine „Energiewende“ proklamiert, während traditionelle Felder des Energiesektors wiederbelebt werden: die Wasserwirtschaft und vor allem Energie aus Kohlekraftwerken.

Waltraud Winkler-Rieder hält in der Retrospektive fest, dass beispielsweise alle drei kalorischen Ersatzkraftwerke als eine völlige Fehlplanung zu bezeichnen sind. Die gesetzten Maßnahmen zur Einsparung von Energie werden schon bei der Einführung als überholt bezeichnet. Schritte zu einem grundsätzlichen Wandel in der Energiepolitik Österreichs werden erst für die Mitte der 1980er Jahre festgehalten, Rationalisierungs- und Einsparungsprozesse wiederum nicht auf politische Maßnahmen, sondern auf die Preisentwicklung auf dem Energiesektor zurückgeführt.²⁶⁰ Damit tritt für die ersten drei Jahre nach der Volksabstimmung eine starke Diskrepanz zwischen der Inszenierung einer völligen Trendwende in der Energiewirtschaft im Nationalrat und den im vorparlamentarischen Raum ausverhandelten Beschlüssen zu Tage. Letztere sind vielmehr als die Fortschreibung der durch Interessensverbände vermittelten Energiepolitik der 1950er, 1960er und 1970er Jahre zu begreifen²⁶¹, denn als Indizien für einen Wandel in der Energiepolitik. Sie sind damit ein Beispiel für die Rückwirkung von Kontinuitäten der *politischen Kultur* auf konkrete energiepolitische Maßnahmen.

5.4.3 Reaktionen auf den Wertewandel

Wie in Kapitel 2 und 4 dargestellt, wird der postmaterielle Wertewandel in der Literatur als wesentliche Veränderung der österreichischen Gesellschaft in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren festgemacht und als ursächlich mit der Anti-AKW-Bewegung in Verbindung gebracht. Im Laufe des Untersuchungszeitraums greifen VertreterInnen der drei Nationalratsfraktionen einzelne Aspekte dieses Wandels in der Thematisierung der Atomenergie auf. Es sind dies Umweltschutz und Ökologie, die Verschwendung öffentlicher Mittel, unterschiedliche Fortschrittskonzepte und die Rolle von Wissenschaft und Forschung.

²⁵⁹Bruno Kreisky (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 117. Sitzung, 24.01.1979, S. 11827.

²⁶⁰Vgl. Waltraud WINKLER-RIEDER, Energiepolitik, in: Helmut DACHS u. a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 675–685, hier S. 678–680.

²⁶¹Vgl. ebd., S. 676.

Umweltschutz und Ökologie: Alle drei im Nationalrat vertretenen Parteien beginnen nach und nach die Umweltproblematik in Bezug auf Energiepolitik und Atomenergie zu thematisieren.²⁶² An der zeitlichen Verteilung lässt sich bereits erkennen, dass die Frage

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	-	7	16
ÖVP	2	3	9
FPÖ	-	10	1
gesamt	2	19	26

Tabelle 5: Umweltschutz und Ökologie

Zwentendorf Ende der 1970er Jahre nicht wesentlich als Umweltproblematik verhandelt wurde.

Die FPÖ attestiert der Bundesregierung in Bezug auf Umweltschutzfragen Untätigkeit. So verweist etwa der spätere Generalsekretär Walter Grabher-Meyer kurz nach seiner Wahl in den Nationalrat darauf, dass in einzelnen Bundesländern im Unterschied zum Bund bereits weitreichende gesetzliche Maßnahmen gesetzt wurden.²⁶³ Darüber hinaus werden an Herbert Salcher, Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz, mehrere Anfragen hinsichtlich einer Umweltverträglichkeitsprüfung des AKW Zwentendorf im Falle einer Inbetriebnahme gerichtet, in deren Rahmen die Vereinbarkeit von Umweltschutz und Großtechnologie in Zweifel gezogen wird.²⁶⁴ Die zweite dominante Argumentationslinie der FPÖ in puncto Umweltschutz wiegt die Gefahren der Atomenergie mit jenen fossiler Brennstoffe wie Erdöl und Kohle gegeneinander auf. Dabei werden die Gefahren der Atomkraft als latent vorhanden, gegenwärtig unbekannt und nicht beherrschbar beschrieben. Die Kohle hingegen sei als althergebrachter Energieträger auch hinsichtlich des Umweltschutzes kontrollierbar: An der Stelle von Milliardeninvestitionen in die Atomenergie könnten Filteranlagen gebaut und weiterentwickelt werden, um der Notwendigkeit des Umweltschutzes Genüge zu tun.²⁶⁵

Vertreter der ÖVP propagieren hingegen eine Wachstumspolitik im Einklang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Gesundheitssprecher Wiesinger spricht beispielsweise in der Debatte vor dem Beschluss des Atomsperrgesetzes von „*vernünftigen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt mit einer Berücksichtigung der Verantwortung gegenüber*

²⁶²XIV. GP: 116.–15.12.1978. XV. GP: 6.–04.07.1979, 39.–19.06.1980, 53.–27.11.1980, 77.–10.06.1981, 113.–28.04.1982, 118.–16.06.1982. XVI. GP: 3.–01.06.1983, 29.–15.12.1983, 43.–11.04.1984, 66.–27.11.1984, 67.–28.11.1984, 69.–30.11.1984, 74.–14.12.1984, 75.–23.01.1985, 83.–07.03.1985, 85.–21.03.1985, 97.–26.06.1985.

²⁶³Vgl. Walter Grabher-Meyer (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 6. Sitzung, 04.07.1979, S. 413f.

²⁶⁴Vgl. Walter Grabher-Meyer (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 39. Sitzung, 19.06.1980, S. 3707f.

²⁶⁵Vgl. Friedrich Probst (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 53. Sitzung, 27.11.1980, S. 5235.

*jenen, die nach uns kommen.*²⁶⁶ Abgesehen davon verfolgt die ÖVP keine klare Linie zum Umweltschutz: Einige Male werden Umweltbelastungen durch kalorische Kraftwerke Gegenstand parlamentarischer Anfragen²⁶⁷, darüber hinaus deutet Othmar Karas, Bundesobmann der Jungen ÖVP, die Sorgen um Risiken der Atomenergie sowie den Umweltschutz als Zukunftsängste der Jugend.²⁶⁸

Abgeordnete der SPÖ setzen sich nur zögerlich mit der Frage des Umweltschutzes auseinander. In der Anfragebeantwortung von Umweltminister Salcher gegenüber der Opposition rücken Filtertechnologien zur Einhegung von Umweltgefahren bei kalorischen Kraftwerken ins Zentrum.²⁶⁹ In der XVI. GP nutzt die SPÖ das Thema Umweltschutz, um die Kernenergie in ein neues Licht zu rücken. Diese ermögliche Energiegewinnung ohne Schadstoffbelastung und ohne massive Eingriffe in die Natur. Letztlich bedeute also das Eintreten für die Kernenergie, ein Eintreten für den Umweltschutz. Ferdinand Lacina, zu diesem Zeitpunkt noch Verkehrsminister, hält Ende 1984 fest:

*„Es geht nicht zuletzt auch um die Frage der Umweltauswirkungen im Energiebereich. Ich stelle fest, daß wir in einigen Ländern bereits eine Politik verfolgt sehen, die darauf abzielt, besonders umweltschädigende Energieerzeuger zum Beispiel durch Kernenergie zu ersetzen.“*²⁷⁰

Geldverschwendung: Das Atomkraftwerk Zwentendorf war wiederholt Teil von parlamentarischen Auseinandersetzungen über die Verschwendung öffentlicher Mittel. Auch im vorliegenden Untersuchungszeitraum war der Bezug auf bereits getätigte Investitionen Teil der Argumentationslinien der einzelnen Parteien im Nationalrat.²⁷¹ Die Konzentration liegt auch in diesem Fall eher in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums.

Ab der Mitte der XV. Gesetzgebungsperiode beginnt sie SPÖ die Entscheidung um die Nichtinbetriebnahme Zwentendorfs in Bezug auf die Verschwendung beziehungsweise Nichtnutzung von Investitionen im Ausmaß von 10 Milliarden Schilling zu thematisieren

²⁶⁶Günther Wiesinger (ÖVP), STPNRÖ, XIV. GP, 116. Sitzung, 15.12.1978, S. 11729. Wiesinger war seit 1971 Vorsitzender des Arbeitsausschusses für Gesundheit und Umwelt der Bundesparteileitung der ÖVP.

²⁶⁷Vgl. Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XV. GP, 39. Sitzung, 19.06.1980, S. 3714.

²⁶⁸Vgl. Othmar Karas (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 29. Sitzung, 25.12.1983, S. 2521.

²⁶⁹Herbert Salcher (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 39. Sitzung, 19.06.1980, S. 3714.

²⁷⁰Ferdinand Lacina (SPÖ), STPNRÖ, 69. Sitzung, 30. November 1984, S. 6034.

²⁷¹XIV. GP: 106.–07.11.1978, 109.–29.11.1978, 115.–14.12.1978. XV. GP: 6.–04.07.1979, 12.–07.11.1979, 14.–05.12.1979, 20.–18.12.1979, 21.–19.12.1979, 27.–06.03.1980, 35.–08.05.1980, 38.–18.06.1980, 39.–19.06.1980, 54.–02.12.1980, 68.–20.03.1981, 77.–10.06.1981, 96.–10.12.1981, 100.–17.12.1981, 101.–20.01.1982, 104.–17.02.1982. XVI. GP: 22.–30.11.1983, 34.–22.02.1984, 43.–11.04.1984, 48.–24.05.1984, 49.–13.06.1984, 67.–28.11.1984, 81.–06.03.1985, 83.–07.03.1985, 84.–20.03.1985, 85.–21.03.1985, 89.–08.05.1985, 97.–26.06.1985.

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	4	13	15
ÖVP	-	11	5
FPÖ	1	8	3
gesamt	5	32	23

Tabelle 6: Geldverschwendung

und damit auf eine Revision dieser Entscheidung zu drängen. Knapp drei Viertel aller Bezugnahmen heben die finanziellen Probleme für Bund und Energiewirtschaft hervor und appellieren an die Nutzung dieser Investitionen. Vertreter aus der Elektrizitätswirtschaft warnen vor allem vor den Folgekosten einer derart großen Fehlinvestition.²⁷²

Nachdem im März 1985 keine Einigung für eine neuerliche Volksabstimmung erzielt werden konnte, nutzt die SPÖ die Sondersitzung des Nationalrats über die Einleitung einer neuerlichen Volksabstimmung, um der ÖVP die Verantwortung für die Milliardenverschwendung anzulasten.²⁷³ Auf den Angriff der ÖVP, die SPÖ betreibe ein defizitäres Großprojekt nach dem anderen, reagieren Vertreter der SPÖ mit dem Verweis auf den überparteilichen Ursprung dieser Projekte.²⁷⁴

Die ÖVP nutzt den Themenkomplex Geldverschwendung, um der Bundesregierung „unehrliches Auftreten“ zu unterstellen. Während die finanzielle Sanierung der Verbundgesellschaft der Bevölkerung als Erfolg verkauft würde, habe es sich dabei nur um eine buchhalterische Maßnahme gehandelt, deren Kosten letztlich die Bevölkerung zu tragen habe.²⁷⁵ Abgesehen davon wird das Kraftwerksprojekt Zwentendorf in beinahe der Hälfte aller Bezugnahmen gemeinsam mit dem Allgemeinen Krankenhaus in Wien und dem Konferenzzentrum Donaustadt (Austria Center Vienna) als geldverschwendendes Großprojekt der sozialistischen Regierung dargestellt:

„Meine Damen und Herren! Wir befürchten, der Abgeordnete Kapaun hat dies in seiner Rede angedeutet, daß eine neue Monsterruine entsteht. Wir haben bereits zwei Ruinen (Ruf bei der SPÖ: Wer ist da schuld?): das AKH, das mit Steuergeldern gebaut worden ist, es wurden Steuergelder hinausgeworfen; jeder weiß, daß dieses AKH-Monster nicht in Betrieb genommen werden kann, so wie es gebaut worden ist. Wir haben eine zweite Monsterruine: das Atomkraftwerk Zwentendorf. Auch diese Monsterruine wollen Sie

²⁷²Vgl. Walter Resch (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 22. Sitzung, 30.11.1983, S. 1838.

²⁷³Vgl. Helmut Weinberger (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7640.

²⁷⁴Vgl. Stefan Schemer (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 116. Sitzung, 01.06. 1982, S. 11666f.

²⁷⁵Vgl. Hermann Zittmayr (ÖVP), STPNRÖ, XV. GP, 12. Sitzung, 07.11.1979, S. 995.

*nicht bereinigen. Und Sie wollen jetzt eine dritte Monsterruine bauen, den Konferenzpalast in Wien.*²⁷⁶

Unmittelbar nach der Volksabstimmung bezeichnet die FPÖ die getätigten Investitionen, zum damaligen Zeitpunkt 8 Milliarden Schilling, in gewisser Hinsicht als Lehr- geld. Betrachte man die langfristigen Kosten, die ein Einstieg in die Atomenergie auf- grund von Endlagerung und Folgekosten mit sich brächte, seien diese leicht zu verkraften. Energiesprecher Stix bringt dies auf den Punkt:

*„Wenn man das miteinbezieht – und das muß man bei einer ganzheitlichen Beurteilung –, dann kann sich sehr wohl herausstellen, daß diese zweifellos jetzt gegebene Fehlinvestition möglicherweise das ‘blaue Auge’ ist, mit dem man gerade noch davongekommen ist.*²⁷⁷

Vor allem in der XV. GP reiht sich die FPÖ mit drei Vierteln ihrer Wortmeldungen zum Thema in die Skandalisierung sozialistischer Großprojekte ein. Der spätere Klubobmann Frischenschlager etwa wirft der Bundesregierung vor, bei Großprojekten erst nach der Realisierung nach der Wirtschaftlichkeit zu fragen.²⁷⁸ Mit der Regierungsbeteiligung stellt die FPÖ diese Agitation ein.

Fortschrittskonzepte: In Kapitel 2 wurde bereits dargestellt, dass die Forcierung der Kernenergie in aller Welt vor dem Hintergrund eines der Moderne eingeschriebenen Fortschrittskonzepts zu interpretieren ist, welches im Laufe der 1970er Jahre vor allem von neuen sozialen Bewegungen massiv in Frage gestellt wurde. Innerhalb der etablierten Institutionen fand diese Dimension der Kernenergiekontroverse nur wenig Resonanz, was, wie bereits gezeigt, zur Dynamik der Kontroverse einen erheblichen Beitrag leistete. Auch in der parlamentarischen Auseinandersetzung wird dieser Aspekt kaum aufgegriffen.²⁷⁹

Lediglich die SPÖ spricht sich über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg einige Male für einen kontrollierten technischen Fortschritt als Grundlage für Wohl- stand und Wachstum aus.²⁸⁰ Die vorgebrachten Bedenken werden dabei allerdings nicht aufgegriffen, sondern vielmehr als „nicht fortschrittlich“ zurückgewiesen. Gewerkschafts- funktionär Wille betont in Verteidigung der Industriegesellschaft:

²⁷⁶Gottfried Feurstein (ÖVP), STPNRÖ, XV. GP, 116. Sitzung, 01.06.1982, S. 11682.

²⁷⁷Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 14. Sitzung, 5.12.1979, S. 1205.

²⁷⁸Vgl. Friedhelm Frischenschlager (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 124. Sitzung, 07.10.1982, S. 12532.

²⁷⁹XIV. GP: 115.–14.12.1978, 116.–15.12.1978, 117.–24.01.1979. XV. GP: 57.–05.12.1980, 81.–01.07.1981. XVI. GP: 67.–28.11.1984, 81.–06.03.1985, 85.–21.03.1985. Von 16 Wortmeldungen entfallen 11 auf die SPÖ, 4 auf die ÖVP und eine einzige auf die FPÖ.

²⁸⁰Vgl. Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, 57. Sitzung, 05.12.1980, S. 5715

„Wenn Alternativen so generell gegen Großtechnologie, gegen die Massenproduktion, gegen die Großstadt, gegen integrierte große Märkte, gegen die harte Technik insgesamt oder gegen den Industrialismus vorgebracht werden, dann gehen diese Vorstellungen aus von einer handwerklichen Produktion, von der dörflichen Kultur und vom lokalen Tauschhandel. Das ist eine nostalgische Sammlung kurioser Vorstellungen, die unter dem Titel ‘Vermenschlichung unserer Welt’ segelt, aber die Realitäten nicht begreift.“²⁸¹

Das von der ÖVP propagierte Motiv des Fortschritts im Einklang mit den gegebenen Ressourcen wurde bereits in Bezug auf den Umweltschutz erläutert (Vgl. Kapitel 5.4.3).

Wissenschaft und Forschung: Wie in Kapitel 2.5 erläutert spielte das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit eine entscheidende Rolle in der österreichischen Auseinandersetzung um die Kernenergie. Die Diskussion um die Rolle von Wissen-

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	12	2	6
ÖVP	1	-	-
FPÖ	11	5	3
gesamt	24	7	9

Tabelle 7: Wissenschaft und Forschung

schafterInnen in Bezug auf politische Entscheidungen (Stichwort Versachlichung der Politik) wird im vorderen Teil des Untersuchungszeitraums auch in der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der Kernenergie wieder aufgegriffen.²⁸² Vor allem SPÖ und FPÖ besetzen die Thematik im November und Dezember 1978. Die ÖVP bezieht sich lediglich in Bezug auf die Sicherheitsfrage auf die Wissenschaft (Vgl. Kapitel 5.4.5).

Unmittelbar nach der Abstimmung stellt die SPÖ die Uneinigkeit der Wissenschaften als wesentlichen Grund für das negative Ergebnis ins Zentrum. Letztlich standen sich also Wissenschaft und Politik selbst im Weg. So Josef Wille: *„Wissenschaft und Technik haben jedenfalls ein großartiges Werk hergestellt, das nun durch die Widersprüchlichkeit in Wissenschaft und Politik blockiert worden ist.“*²⁸³ Jenen WissenschaftlerInnen, die sich im Laufe der Kernenergiekontroverse – in dieser Diktion illegitimer Weise –

²⁸¹ Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 116. Sitzung, 15.12.1978, S. 11711.

²⁸² XIV. GP: 111.–05.12.1978, 113.–07.12.1978, 114.–13.12.1978, 116.–15.12.1978. XV. GP: 6.–04.07.1979, 14.–05.12.1979, 54.–02.12.1980, 71.–09.04.1981, 81.–01.07.1981, 125.–08.10.1982. XVI. GP: 45.–10.05.1984, 58.–27.09.1984, 67.–28.11.1984, 81.–06.03.1985, 85.–21.03.1985.

²⁸³ Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 116. Sitzung, 15.12.1978, S. 11709.

öffentlich gegen die Kernkraft positioniert haben, wird eine „Mitschuld“ für das negative Abstimmungsergebnis angelastet. Insgesamt wird die Uneinigkeit von ExpertInnen und GegenexpertInnen als Ausdruck der Krise gewertet. Die Wissenschaften seien ebenso wie die Gesellschaft im Umbruch, das Aufbrechen von Gewissheiten und eine Dominanz der Unsicherheit wie sie in der Frage der Atomenergie zu Tage getreten seien, sei ein Ausdruck dieser Krise.²⁸⁴ In der Debatte um das Atomsperrgesetz wird Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg von der Opposition bezüglich der zukünftigen Rolle von ExpertInnen im Reaktorzentrum Seibersdorf mit Anfragen konfrontiert. Die Ministerin kontert mit dem Verweis auf notwendige Grundlagenforschung im Bereich alternativer Energieträger (Vgl. Kapitel 5.4.2) sowie Atomkraftwerken in Grenznähe, welche Expertise in puncto Reaktorsicherheit nach wie vor erforderlich machen.²⁸⁵ Mitte der 1980er Jahre sieht die SPÖ die Rolle von ExpertInnen vor allem im Sicherheitsbereich: Wiederholt hält Energiesprecher Heindl fest, dass nicht die Politik, sondern die Wissenschaft über die Sicherheit Zwentendorfs zu entscheiden habe. Genau nach dieser Entscheidung werde sich die SPÖ beziehungsweise die Bundesregierung richten.²⁸⁶ Von einer Krise in den Wissenschaften fehlt nunmehr jede Spur.

Die FPÖ unterstreicht im November und Dezember 1978 ihr Bekenntnis zu jeglicher Atomforschung sowie allen Arten der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Lediglich die Anwendung dieser Technologie zur volkswirtschaftlichen Stromversorgung wird abgelehnt.²⁸⁷ Ansonsten wird die Rolle von Wissenschaft und Forschung ebenfalls in der Erforschung alternativer Energiequellen gesehen (Vgl. Kapitel 5.4.2). Energiesprecher Stix arbeitet darüber hinaus in der XV. GP wiederholt eine moralische Verantwortung des Menschen gegenüber der Wissenschaft heraus. Diese vermehre zwar täglich das vorhandene Wissen, über dessen Anwendung müsse aber letztlich moralisch entschieden werden. Vor diesem Hintergrund erkläre sich auch der freiheitliche Standpunkt zur Atomenergie.²⁸⁸ Mit der Regierungsbeteiligung verstummt die FPÖ auch in diesem Zusammenhang, wenngleich Stix in Bezugnahme auf das freiheitliche Bekenntnis zur Atomforschung eine „*ungebrochene Linie*“ der FPÖ zu inszenieren versucht.²⁸⁹

Zusammenfassung: Abschließend lässt sich festhalten, dass im Rahmen der Atomenergiedebatte im Nationalrat zwar auf unterschiedlichste Art und Weise auf den attes-

²⁸⁴Vgl. Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 71. Sitzung, 09.04.1981, S. 7071.

²⁸⁵Vgl. Hertha Firnberg (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 116. Sitzung, 15.12.1978, S. 11607.

²⁸⁶Vgl. Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 81. Sitzung, 06.03.1985, S. 7261.

²⁸⁷Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, 111. Sitzung, 05.12.1978, S. 11080.

²⁸⁸Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 81. Sitzung, 01.07.1981, S. 8112.

²⁸⁹Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7582.

tierten Wertewandel reagiert wird, allerdings werden konkrete – vor allem von der Anti-AKW-Szene benannte – Kritikpunkte kaum aufgegriffen. Der SPÖ gelingt es allerdings im Laufe des Untersuchungszeitraums zentrale Argumente gegen die Kernenergie „umzudrehen“. Neben dem Umweltschutz nutzten VertreterInnen der SPÖ vor allem das Thema Geldverschwendung beziehungsweise die Wissenschaft, um die eigene Position zu legitimieren und zu entlasten.

In Bezug auf die Geldverschwendung muss darauf hingewiesen werden, dass im Laufe der 1980er Jahre eine sehr breit geführte Debatte über legitime und nicht legitime Verwendung öffentlicher Mittel einsetzte. Von Spesenabrechnungen einzelner Minister bis zu den genannten Großprojekten beherrschte dieser Themenkomplex über Jahre hinweg die österreichische Innenpolitik. Es ist daher nicht verwunderlich, dass auch in puncto Atomenergie versucht wurde, mit diesen Themen zu punkten.²⁹⁰

Die Frage der Kernenergie wird von Seiten der Nationalratsparteien nicht wirklich als zentrales umweltpolitisches Thema besetzt. Lediglich die SPÖ nutzt die Frage des Umweltschutzes, um Mitte der 1980er Jahre für die Kernenergie zu mobilisieren.

Festzuhalten bleibt, dass von den Parteien versucht wird auf die in Umfragen deutlich erhobenen Sorgen und Zukunftsängste der Bevölkerung zu reagieren. In Bezug auf die Atomenergie bildet die Dominante in dieser Gruppe allerdings die Debatte um die Verschwendung von öffentlichen Mitteln, welche eindeutig als ritualisierte Konfliktaustragung einzustufen ist. Gegenüber der Öffentlichkeit wird jede Möglichkeit zur Skandalisierung genutzt. Meinungsbildung und Positionsverschiebungen zwischen Regierung und Opposition spielen ebensowenig eine Rolle wie die Andeutung von Richtungswechseln. Adressiert sind diese Positionen ausschließlich an die WählerInnen: Mittels eindeutigen Positionen zu umstrittenen Großprojekten können im Rahmen dieser Konflikte über „Lagerivalitäten“ einerseits StammwählerInnen mobilisiert werden. Andererseits dienen diese Inszenierungen wohl auch dem Wettbewerb um jene 150.000 Stimmen, die zusätzlich zur KernwählerInnenschaft der SPÖ für den sozialliberalen Konsens der Ära Kreisky (Vgl. Kapitel 4.5) ausschlaggebend sind. Abgesehen von den zitierten „Schlüsselbeiträgen“ sind viele der Bezugnahmen dieser Kategorie Teile der Wortmeldungen von „Hinterbänklern“. Die schnelle und leichte Diffusion dieser Bezugnahmen unterstreicht den symbolischen Charakter dieser Konflikte.

²⁹⁰Vgl. Peter A. ULRAM, Hegemonie und Erosion. Politische Kultur und politischer Wandel in Österreich, Wien 1990, S. 118–124.

5.4.4 Die friedliche Nutzung der Kernenergie im Ausland

Spätestens seit den 1990er Jahren ist die friedliche Nutzung der Kernenergie im Ausland wesentlicher Bezugspunkt in der österreichischen Innenpolitik. Wie im Folgenden deutlich werden wird, findet sich dieser Themenkomplex, wenn auch in einem quantitativ weniger präsenten Ausmaß, auch im Rahmen der Kernenergiekontroverse im Nationalrat zwischen 1978 und 1986.

Atomkraftwerke im Ausland: Die Auseinandersetzung mit Kernkraftwerken im Ausland ist über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg Gegenstand der Debatten im Nationalrat.²⁹¹

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	12	29	16
ÖVP	5	6	7
FPÖ	2	12	3
gesamt	19	47	26

Tabelle 8: Atomkraftwerke im Ausland

In der XIV. und XV. GP thematisieren Abgeordnete der FPÖ, wie etwa der stellvertretende Klubobmann Otto Scrinzi²⁹², Atomkraftwerke im Ausland vor allem hinsichtlich der „grenzüberschreitenden Gefahren“, die durch diese Kraftwerke ausgehen. Dabei erscheinen Österreichs Grenzen stets als nahezu vollständig mit Atomkraftwerken gesäumt. Mit dem Abstimmungsergebnis vom 5. November 1978 sei allerdings die Position Österreichs auf der internationalen Bühne „moralisch gefestigt“, um in Bezug auf diese Kraftwerke aktiv zu werden.²⁹³ In der XV. GP wird vor allem im Rahmen des Interpellationsrechts Druck auf die Regierung ausgeübt und versucht diese in Bezug auf internationale Gremien – wie etwa die Raumordnungskonferenz zwischen Deutschland und

²⁹¹XIV. GP: 108.–28.11.1978, 109.–29.11.1978, 113.–07.12.1978, 116.–15.12.1978, 118.–25.01.1979. XV. GP: 4.–27.06.1979, 20.–18.12.1979, 74.–07.05.1981, 93.–02.12.1981, 140.–17.12.1982, 143.–20.01.1983, 148.–02.03.1983. XVI. GP: 26.–13.12.1983, 38.–08.03.1984, 48.–24.05.1984, 50.–14.06.1984, 67.–28.11.1984, 69.–30.11.1984, 75.–23.01.1985, 81.–06.03.1985, 83.–07.03.1985, 85.–21.03.1985.

²⁹²Scrinzi, vor 1945 SA-Sturmführer sowie Mitglied der NSDAP (Nr. 7897561), war einer der wesentlichen Akteure in der Neukonstituierung des Dritten Lagers nach 1945. Bereits 1949 war Scrinzi Klubobmann des VdU im Kärntner Landtag, von 1966 bis 1979 Abgeordneter des Nationalrats für die FPÖ. Ab 1980 opponierte Scrinzi gegen die „liberale“ Entwicklung der Partei unter Norbert Steger, was 1986 in der Zurücklegung seiner Parteimitgliedschaft mündete. Vgl. DOKUMENTATIONS-ARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES, Rechtsextreme Funktionäre, Aktivisten und Ideologen: SCRINZI, Dr. Otto, URL: <http://www.doew.at/publikationen/rechts/handbuch/s.html>, letzter Zugriff: 31.12.2012.

²⁹³Vgl. Otto Scrinzi (FPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 108. Sitzung, 28.11.1978, S. 10780f.

Österreich – an eine ablehnende Position zu binden.²⁹⁴ Parallel wird von Energiesprecher Stix die Aushandlung von zwischenstaatlichen Abkommen über Informationsaustausch und Sicherheitsstandards für AKWs zwischen Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik ebenso wie der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien gefordert.²⁹⁵

Auch die ÖVP fordert von der Bundesregierung eine Thematisierung von grenznahen Kraftwerken ein, etwa im Europarat oder bei Staatsbesuchen mit FunktionsträgerInnen der CSSR. Im Rahmen von parlamentarischen Anfragen an Willibald Pahr, Bundesminister für Äußeres ohne direkte Fraktions- beziehungsweise Klubzugehörigkeit von 1976 bis 1983, versucht etwa der Vorarlberger Abgeordnete Blenk die Regierung durch öffentliche Zusicherung auf einzelne Positionen zu verpflichten: zum Beispiel in der Agitation im Rahmen von Europarat, der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) oder der bereits erwähnten Raumordnungskonferenz.²⁹⁶ Diese Diktion fortsetzend nutzt Gesundheitsminister Wiesinger die Diskussion um die Unterstützung der ÖVP für die Entwicklung eines Strahlenfrühwarnsystems in Österreich hervorzuheben und mit der generellen Position der ÖVP in Bezug auf Kernenergie in Verbindung zu bringen.²⁹⁷ Im März 1985 schwenkt die ÖVP hinsichtlich der Bezugnahme zu AKWs im Ausland um: Diese dienen nunmehr als Referenz für die industriellen und technischen Kapazitäten Österreichs. Dieses könne sich nicht vor einer internationalen Entwicklung verschließen und die ÖsterreicherInnen seien *„bei der Lösung der Probleme nicht dümmer [...] als etwa unser Nachbarvolk, die Schweiz.“*²⁹⁸

Die Bundesregierung nutzt in der XIV. und XV. GP die Anfragen der Opposition um ihr Regierungshandeln im Bereich der Außenpolitik als besonders sensibilisiert für die Frage der grenznahen Atomkraftwerke darzustellen. Bundesminister Pahr schildert Aktivitäten in internationalen Organisationen und Gremien.²⁹⁹ Anfragen aus den eigenen Reihen dienen Gesundheitsminister Salcher zu Ausführungen über den Aufbau eines internationalen Standards entsprechenden Strahlenfrühwarnsystems zur Feststellung von Störfällen in Grenznähe.³⁰⁰ Im Winter 1981/1982 verbucht die Regierung einen Erfolg durch den Abschluss eines Abkommens mit der CSSR über gemeinsame Interessen in Kernenergiefragen, welches der Abgeordnete Nedwed in seinem Bericht aus dem

²⁹⁴Vgl. Friedhelm Frischenschlager (FPÖ), STPNRÖ, 133. Sitzung, 01.12.1982, S. 13529f.

²⁹⁵Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 9. Sitzung, 07.07.1983, S. 526f.

²⁹⁶Vgl. Wolfgang Blenk (ÖVP), STPNRÖ, XIV. GP, 118. Sitzung, 25.01.1979, S. 11953f.

²⁹⁷Vgl. Günther Wiesinger (ÖVP), STPNRÖ, XV. GP, 20. Sitzung, 18.12.1979, S. 1893.

²⁹⁸Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 81. Sitzung, 06.03.1985, S. 7256.

²⁹⁹Vgl. Willibald Pahr, STPNRÖ, XIV. GP, 118. Sitzung, 25.01.1979, S. 11953f.

³⁰⁰Vgl. Herbert Salcher (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 20. Sitzung, 18.12.1979, S. 1893.

Außenpolitischen Ausschuss als „*langgehegten Wunsch der Bundesregierung, der Bevölkerung in diesem grenznahen Gebiet und der niederösterreichischen Landesregierung*“ bezeichnet.³⁰¹ Das Abkommen regelt regelmäßigen Informationsaustausch über die Entwicklung von Nuklearprogrammen der Vertragspartnerinnen sowie Informations- und Datenaustausch einschließlich Kooperation im Störfall.³⁰² In der Thematisierung einzelner Kraftwerksprojekte inszeniert sich die Bundesregierung als höchst bemüht die Kraftwerke nach Möglichkeit zu verhindern, ansonsten zumindest eine entsprechende Informationspflicht herzustellen, oder auf die Entfernung zur Grenze einzuwirken.³⁰³ Auch die SPÖ schwenkt in Hinblick auf die Einleitung einer neuerlichen Volksabstimmung im März 1985 um: Nunmehr werden grenznahe Atomkraftwerke mit einem internationalen Trend zur Nutzung dieser Technologie gleichgesetzt und als argumentative Ressource für das Bekenntnis zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in Österreich eingesetzt. Franz Köck fasst zusammen:

*„Über 350 Kernkraftwerke rund um Österreich sind in der ganzen Welt heute in Betrieb, und überall hat sich bis heute nichts Katastrophales ergeben! Überall sind die Fragen der Sicherheit ordentlich gelöst worden, nirgends war ein Unfall zu ersehen, sodaß sich für uns die Frage ergibt, warum wir heute und hier überhaupt über Fragen der Sicherheit noch diskutieren müssen, wo wir doch genau wissen, daß wir in Österreich alles getan haben und mehr getan haben, als in anderen Ländern geschehen ist, um die Sicherheit des Kernkraftwerks in bestmöglicher Weise zu garantieren.“*³⁰⁴

Internationales Engagement gegen Atomenergie: Abgesehen von der Auseinandersetzung um einzelne Kraftwerksprojekte im Ausland war auch eine mögliche generelle Position „Österreichs“ im Rahmen internationaler Beziehungen Gegenstand des Nationalrats. Auch diese Auseinandersetzungen finden relativ zeitnah zur Volksabstimmung und dem Beschluss des Atomsperrgesetzes statt.³⁰⁵

Mandatare der ÖVP verbleiben in puncto internationales Engagement stärker auf der Ebene einzelner außenpolitischer beziehungsweise diplomatischer Schritte verhaftet.

³⁰¹ Vgl. Walter Nedwed (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 148. Sitzung, 02.03.1983, S. 15288.

³⁰² BUNDESGESETZBLATT, Nr. 208/1984, verlautbart am 30.05.1984, URL: <http://www.ris.bka.gv.at>.

³⁰³ Vgl. Willibald Pahr, STPNRÖ, XV. GP, 4. Sitzung, 27.06.1979, S. 158.

³⁰⁴ Franz Köck (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7619.

³⁰⁵ XIV. GP: 108.–28.11.1978, 116.–15.12.1978, 118.–25.01.1979. XV. GP: 4.–27.06.1979, 56.–04.12.1980, 73.–06.05.1981, 74.–07.05.1981, 133.–01.12.1982, 148.–02.03.1983. XVI. GP: 9.–07.07.1983.

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	4	7	4
ÖVP	3	2	1
FPÖ	2	3	1
gesamt	9	12	6

Tabelle 9: Internationales Engagement gegen Atomenergie

Das Abkommen mit der CSSR wird beispielsweise als nicht ausreichend bezeichnet, die Regierung habe hier zu wenig erreicht.³⁰⁶

Wie bereits oben kurz angedeutet inszeniert die FPÖ eine „österreichische Position“ im internationalen Auftreten gegen Atomenergie, welche aufgrund des Abstimmungsergebnisses und des Atomsperrgesetzes als besonders „moralisch gefestigt“ bezeichnet wurde. So hält etwa Scrinzi zeitnah zur Volksabstimmung fest: *„Wir müßten uns zu den Sprechern jener Länder machen, die im Interesse der Sicherheit ihrer eigenen Bevölkerung internationale Konventionen verlangen.“*³⁰⁷ Energiesprecher Stix wendet sich an Außenminister Pahr mit der Frage, ob er die Auffassung teile, dass *„die Position Österreichs aus völkerrechtlicher Sicht in diesen Verhandlungen deswegen besonders günstig ist, weil wir eben auf die Nutzung der Kernenergie verzichtet haben?“*³⁰⁸ Frischenschlager fordert ein Jahr später in Bezug auf Deutschland ein: *„Es geht nicht darum, daß wir dem Nachbarn dreinreden wollen, aber es geht darum daß Österreich ganz klar seinen Standpunkt in dieser Frage vertritt.“*³⁰⁹

Auf Anfragen von Seiten der FPÖ hinsichtlich der „österreichischen Position“ erwiderte Bundeskanzler Bruno Kreisky kurz nach der Volksabstimmung noch stark zurückhaltend:

*„Ich möchte aber mit aller Deutlichkeit sagen: Da die Energiefrage in allen diesen Staaten eine essentielle Bedeutung hat, und die Entscheidungen, Kraftwerke dieser Art zu errichten, nach gründlichen internen Diskussionen gefallen sind, gehört es mit zu den allerschwierigsten Aufgaben, auf diesem Sektor eine Änderung in der Haltung dieser Regierungen herbeizuführen. Wir werden aber dieser Frage unsere Aufmerksamkeit widmen.“*³¹⁰

Ähnlich deutlich wies Bundesminister Pahr die Forderung des freiheitlichen Energiesprechers Stix zurück: *„Ich glaube, die Tatsache, daß Österreich auf die Nutzung der Kernenergie verzichtet hat, hat hier überhaupt keinen Einfluß auf die österreichische Position.“*

³⁰⁶Vgl. Robert Löffler (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 9. Sitzung, 07.07.1983, S. 527.

³⁰⁷Otto Scrinzi (FPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 108. Sitzung, 28.11.1978, S. 10781.

³⁰⁸Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 74. Sitzung, 07.05.1981, S. 7291.

³⁰⁹Friedhelm Frischenschlager (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 133. Sitzung, 01.12.1982, S. 13529.

³¹⁰Bruno Kreisky (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 116. Sitzung, 15.12.1978, S. 11613.

*Die österreichische völkerrechtliche Position ergibt sich eben aus dem Völkerrecht.*³¹¹ Parallel zu diesen Zurückweisungen reagiert die Bundesregierung mit dem Herausstreichen „österreichischer Leistungen“ auf der internationalen Bühne. So verweist Pahr auf die Sensibilisierung gegenüber Verstrahlungsgefährdung bei Satellitenabstürzen durch österreichische Vertreter in der Weltraumkommission.³¹² Im weiteren Verlauf reagiert die SPÖ weitgehend zurückhaltend auf Anfragen nach ihrem internationalen Engagement, lässt aber keinen Zweifel daran, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft würden, um auf dem Gebiet der Kernenergie international aktiv zu sein. Dass es im „österreichischen Interesse“ ist, gegen Atomanlagen aufzutreten, wird dabei nicht explizit in den Vordergrund gestellt, aber auch nicht in Zweifel gezogen.³¹³ Das Bedürfnis nach Sicherheit für AnrainerInnen von grenznahen Kraftwerken wird in diesen Auseinandersetzungen häufig – wie gezeigt werden konnte vor allem von der FPÖ – unter einem allgemeinen Anti-Atom-Standpunkt Österreichs als Folge der Volksabstimmung subsumiert.

Schutz der österreichischen Bevölkerung: In der XV. GP fielen im Rahmen der Diskussion um die internationale Dimension der friedlichen Nutzung der Kernenergie einige Bezugnahmen auf die Gefahren durch einen Störfall in einem grenznahen Atomkraftwerk oder im Falle einer Inbetriebnahme des AKW in Zwentendorf.³¹⁴ Die erhöhte

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	-	11	1
ÖVP	1	5	1
FPÖ	-	3	-
gesamt	1	19	2

Tabelle 10: Schutz der österr. Bevölkerung

Aufmerksamkeit für Gefahren in dieser Phase ist sicherlich durch die Sensibilisierung in Folge des Reaktorunfalls in Harrisburg/Three Mile Island Ende März 1979 bedingt, wenngleich nur die FPÖ diese Verbindung direkt herstellt.

³¹¹Willibald Pahr, STPNRÖ, XV. GP, 74. Sitzung, 07.05.1981, S. 7291.

³¹²Vgl. Willibald Pahr, STPNRÖ, XIV. GP, 108. Sitzung, 28.11.1978, S. 11800. Gemeint ist vermutlich das 'United Nations Committee on the Peaceful Uses of Outer Space', welchem Österreich seit 1959 angehört. Vgl. UNOOSA, United Nations Office for Outer Space Affairs, URL: <http://www.oosa.unvienna.org/oosa/en/COPUOS/copuos.html>, letzter Zugriff: 31.12.2012.

³¹³Beispielsweise die Ausführungen des kurzzeitigen Ministers für auswärtige Angelegenheiten Erwin Lanc (SPÖ), STPNRÖ, 9. Sitzung, 07.07.1983, S. 527.

³¹⁴XIV. GP: 109.–29.11.1978. XV. GP: 20.–18.12.1979, 26.–05.03.1980, 39.–19.06.1980, 102.–21.01.1982, 143.–20.01.1983, 148.–02.03.1983. XVI. GP: 36.–23.02.1984.

Quantitativ kaum nennenswert fallen die Beiträge der FPÖ durch das Ausmaß des Schreckensszenarios durchaus auf. So hält etwa der stellvertretende Klubobmann Ofner fest:

*„Amerikanische Fachleute sind der Ansicht, wenn es in Harrisburg, in Three Mile Island, etwas weniger Glück gegeben hätte, dann hätte es zirka 10 000 Tote sofort und 30 000 Tote in den nächsten Monaten und Jahren gegeben. Bezogen auf Zwentendorf sind dieselben Experten der Ansicht, daß es bei einem Zwischenfall à la Three Mile Island und bei etwas weniger Glück 30 000 Tote sofort und 200 000 Tote in den nächsten Monaten und Jahren geben würde.“*³¹⁵

Die ÖVP nutzt die Debatte um erneut das Abkommen mit der CSSR zu kritisieren und verbindet die Frage der Alarmpläne mit der Inbetriebnahme des Kraftwerks Zwentendorf. Auch dieses könne nicht ohne die Erarbeitung entsprechender Maßnahmen in Betrieb genommen werden, wie etwa Energiesprecher König festhält.³¹⁶

Die SPÖ setzt auf die Inszenierung des Regierungshandelns und nutzt die Gelegenheiten um zu versichern, dass alles getan werde, um die österreichische Bevölkerung zu schützen.³¹⁷

Zusammenfassung: In der Literatur findet sich die friedliche Nutzung der Atomenergie im Ausland als wesentliches Moment des Umgangs mit Kernenergie in Österreich erst für die Phase nach 1986. Überraschenderweise sind in der Analyse vor allem in der XIV. und XV. GP Versatzstücke in Bezug auf Atomkraftwerke im grenznahen beziehungsweise globalen Ausland identifizierbar, die gegenwärtigen BetrachterInnen durchaus bekannt vorkommen müssen. Insbesondere die Bezugnahmen der FPÖ von einer besonders gefestigten Position Österreichs im internationalen Engagement gegen die Atomenergie fällt hier ins Auge. Sich zum Sprachrohr der GegnerInnen zu machen versprach – wie einleitend dargelegt – auch ein sozialdemokratischer Bundeskanzler im Zeichen der Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011. Ebenso die Gleichsetzung von „österreichischem Interesse“ und Auftreten gegen Atomenergie sind frühe Auszüge dessen, was gegenwärtig bei jeder Auseinandersetzung mit Atomfragen in Österreich zu Tage tritt.

³¹⁵Harald Ofner (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 39. Sitzung, 19.06.1980, S. 3709.

³¹⁶Friedrich König (ÖVP), ebd., S. 3708.

³¹⁷Vgl. Gesundheitsminister Herbert Salcher (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 20. Sitzung, 18.12.1979, S. 1893.

Das Auftauchen des Motivs vom „von AKWs umzingelten Österreich“ zu diesem frühen Zeitpunkt ist ebenfalls durchaus überraschend, insbesondere in Bezug auf die Gleichzeitigkeit der Ablehnung/Infragestellung von AKWs im Ausland und der Diskussion um den Verbleib Zwentendorfs im Inland. Hier drängen sich gleich mehrere Ansätze zur Interpretation auf, wie etwa Bezüge zum Motiv von Österreich als „Insel der Seligen“. Susanne Breuss zu Folge ist dies eng verbunden mit einem, dem Heimatbegriff gegenübergestellten, (nicht zuletzt jüdischen) Ausland, welches ein Synonym für den Begriff „Gefahr“ darstelle: *„Aus dem Ausland kommt ‘Kriminalität’, ‘Drogenmafia’, kommen ‘Wirtschaftsflüchtlinge’ und ‘Scheinasylanten’ die den Kleinstaat Österreich ‘überschwemmen’ und dessen heimatliche Idylle vor diesen Gefahren bewahrt werden soll.“*³¹⁸ Nur zu gut ergänzen sich diese Bilder mit einer unsichtbaren Bedrohung durch radioaktive Strahlung, die stets bedient werden kann, wenn ein österreichisches Gemeinschaftsgefühl heraufbeschworen werden soll.

Zudem verweist die Gleichzeitigkeit auch darauf, wie stark gegenwärtige Narrative im Sinne einer „Mythologisierung Zwentendorfs“ in Frage zu stellen sind: Der Einsatz österreichischer FunktionsträgerInnen gegen die Atomenergie im Ausland beinhaltet ein starkes Moment der innenpolitischen Inszenierung, welches schon für einen Zeitpunkt festgemacht werden kann, zu dem die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks in Zwentendorf noch keinesfalls ausgeschlossen werden konnte. Bis auf die anfänglichen Vorbehalte durch die Regierungspartei SPÖ erscheinen diese Aspekte in parteiübergreifender Form und finden sich über einen verhältnismäßig langen Zeitraum bis zum Ende der XV. GP. Der inhaltliche Schwenk bei den Großparteien sowie das spätere Nichtthematisieren bei der FPÖ verweist auf den rituellen Charakter dieser Konflikte, die im März 1985 nicht mehr inszeniert werden, und daher als nicht existent erscheinen.

Nehmen diese Aspekte im Laufe des Untersuchungszeitraums zwar wieder ab und scheinen also keine Rolle mehr zu spielen, ist es für den weiteren Verlauf der Ablehnung der Kernenergie in Österreich bemerkenswert festzustellen, dass auf diese Argumentationslinien zurückgegriffen werden konnte.

5.4.5 Bedenken gegen friedliche Nutzung der Kernenergie

Eine Zusammenschau aller durch die Abgeordneten aufgegriffen Bedenken und Gefahren im Bezug auf die Nutzung der Kernenergie in Österreich bringt zum Vorschein, dass diese im Vergleich zu den artikulierten Bedenken der KernkraftkritikerInnen sehr über-

³¹⁸Vgl. Susanne BREUSS/Karin LIEBHART/Andreas PRIBERSKY, *Inszenierungen. Stichwörter zu Österreich*, Wien 1995, S. 62; FELT, *Keeping Technologies Out*.

schaubar sind. Die vier wesentlichen Punkte belaufen sich auf die Sicherheit des Kernkraftwerks Zwentendorf, die Frage nach der Lösbarkeit von Problemen des Brennstoffkreislaufs, die Verbindung von friedlicher und militärischer Anwendung von Nukleartechnologien sowie der Vorstellung der Kernenergienutzung als „Sackgasse“.

Sicherheit: Bezüglich der Sicherheit der Nutzung der Atomenergie, insbesondere der Sicherheit des Kernkraftwerks Zwentendorf fällt die Konzentration im März 1985 auf. Sicherheitsfragen spielen über den gesamten Untersuchungszeitraum eine marginale Rolle

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	-	4	23
ÖVP	2	1	24
FPÖ	14	4	-
gesamt	16	9	47

Tabelle 11: Sicherheit

und rücken erst im Vorfeld der Frage nach einer neuerlichen Volksabstimmung ins Zentrum der Auseinandersetzung. Lediglich die FPÖ ging entgegen diesem Trend als Oppositionspartei verhältnismäßig oft auf Sicherheitsaspekte ein und rückte diese mit ihrer Regierungsbeteiligung in den Hintergrund.³¹⁹

Die ÖVP nutzt den Themenkomplex Sicherheit, um die Bundesregierung in ihrem Bestreben im Frühjahr 1985 eine neuerliche Volksabstimmung einzuleiten unter Druck zu setzen. Dabei folgt sie der im Laufe des Jahres 1978 festgelegten Linie: Die Abgeordneten bekennen sich grundsätzlich zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in Österreich, stellen aber Bedingungen bezüglich des Sicherheitsaspekts.³²⁰ Zum zentralen Punkt in der Frage der Sicherheit stilisiert die ÖVP eine Sicherheitsgarantie, die von der Bundesregierung einstimmig zu erteilen sei. So hält etwa Bundesparteiobermann und Klubobmann der ÖVP, Alois Mock, fest: *„Die Regierung stellt zweitens mit ihrer Aussage sicher und übernimmt dafür die moralische Verantwortung, daß es sich um ein sicheres Kraftwerk handelt und beantragt beim Parlament die Aufhebung des Sperrgesetzes.“*³²¹ Nicht weniger deutlich hält Energiesprecher König fest:

³¹⁹XIV. GP: 116.–15.12.1978. XV. GP: 39.–19.06.1980, 77.–10.06.1981, 140.–17.12.1982. XVI. GP: 54.–28.06.1984, 67.–28.11.1984, 69.–30.11.1984, 81.–06.03.1985, 83.–07.03.1985, 85.–21.03.1985.

³²⁰Deutlich zum Ausdruck kommt dies etwa im Bericht aus dem Handelsausschuss an den Nationalrat von Johann Höll (SPÖ), über die Beratungen zum weiteren Umgang mit dem AKW Zwentendorf, STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7557.

³²¹Alois Mock (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 81. Sitzung, 06.03.1985, S. 7231.

„Wir bekennen uns zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, zur Notwendigkeit der friedlichen Nutzung der Kernenergie auch für Österreich, aber Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung müssen Vorrang haben! Das hat auch die Sozialistische Partei gesagt. Und weil Gesundheit und Sicherheit Vorrang haben müssen, kann man nicht darauf verzichten, daß die Bundesregierung zu diesen essentiellen Fragen unzweideutig Stellung nimmt!“³²²

Der Verweis auf den Bericht der Reaktorsicherheitskommission, welcher die Sicherheit des AKW Zwentendorf bescheinige, reiche nicht aus. Eine einstimmige Regierungserklärung müsse vorgelegt werden.³²³

Auch die SPÖ greift die Sicherheitsproblematik erst im März 1985 wieder auf. Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen (Strahlenschutzgesetz) sei die Sicherheit des Kraftwerks Zwentendorf gewährleistet. Alle zuständigen Stellen haben diese bescheinigt.³²⁴ Energiesprecher Heindl verweist wiederum auf die ausführliche Behandlung aller Sicherheitsfragen im entsprechenden Unterausschuss, welche in Übereinstimmung mit der ÖVP für ausreichend diskutiert befunden und abgeschlossen wurden.³²⁵ Heindl stellt für den Klub der SPÖ klar, dass es sich bei Sicherheitsfragen um Fachfragen handle, die von ExpertInnen zu klären seien und damit klar in Zuständigkeit der Reaktorsicherheitskommission und nicht in jene der Bundesregierung falle.³²⁶ In seiner Erklärung hält Bundeskanzler Sinowatz unter Berufung auf die Berichte der Reaktorsicherheitskommission schließlich fest: *„Insbesondere wird gezeigt, daß die seinerzeit vorgebrachten Kritiken an der Sicherheit des Kernkraftwerkes auch im Lichte des heutigen Standes der Technik nicht gerechtfertigt sind.“*³²⁷ Aus Sicht der Bundesregierung sei also die Frage der Sicherheit gelöst. Der Abgeordnete Resch fasst unter Bezug auf den Kanzler zusammen und verweist auf überparteiliche Einigkeit:

„Die Begutachtung der Reaktorsicherheitskommission – der Herr Bundeskanzler hat das heute auch wortwörtlich ausgeführt – erlaubt es damit der Bundesregierung, sich in der Frage der Sicherheit des Kernkraftwerkes Zwentendorf auf das Urteil der Reaktorsicherheitskommission zu stützen. Aber

³²²Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 81. Sitzung, 06.03.1985, S. 7256.

³²³Vgl. ebd., S. 7257.

³²⁴Vgl. Alfred Teschl (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7645.

³²⁵Vgl. Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 81. Sitzung, 06.03.1985, S. 7260.

³²⁶Vgl. ebd., S. 7261.

³²⁷Fred Sinowatz (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7553.

*auch die Erklärungen des Vizekanzlers, daß er nicht an der Sicherheit des Kernkraftwerkes zweifle, wurden im Ausschuß von der ÖVP akzeptiert.*³²⁸

Die Thematisierung von Sicherheitsfragen durch die FPÖ verläuft konträr zu den Großparteien. Als Oppositionspartei nutzen Abgeordnete das Thema Sicherheit vor allem um grundsätzliche Bedenken gegen die Kernenergie zu äußern und als Anti-Atompartei aufzutreten. So dienen etwa nach 1979 zahlreiche Verweise auf die Katastrophe in Three Mile Island/Harrisburg in den USA – der bis 1986 größte bekannte Unfall in einem Atomkraftwerk – zur Inszenierung der Atomenergie als grundsätzlich gefährlich und nicht beherrschbar.³²⁹ Frischenschlager verweist gar auf dieser Technologie inhärente Tendenzen zur Verschleierung und Geheimhaltung, welche eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstelle.³³⁰ Mit der Regierungsbeteiligung hält etwa Energiesprecher Stix zur Sicherheitsfrage wiederum einlenkend fest, dass diese grundsätzlich gegeben sei, aber:

*„Was trotzdem bleibt und von Experten auch nicht bestritten wird, das ist das Restrisiko. Wir müssen entscheiden, ob wir dieses eingehen wollen oder nicht. Ich sage noch einmal: Auch die Beantwortung der Frage: Restrisiko eingehen ja oder nein?, ist nur ein Gesichtspunkt unter vielen, die zusammen genommen dann die Antwort ergeben.“*³³¹

Sackgasse Kernenergie: Insbesondere in der XV. GP formte die FPÖ das Bild von der Kernenergie als Sackgasse in der Energieversorgung.³³²

Im Unterschied zum Öl, welches aufgrund des begrenzten Vorkommens ebenfalls als Sackgasse beschrieben wurde, sei die Kernenergie eine sehr viel gefährlichere Sackgasse.³³³ Der Reaktorunfall in Harrisburg habe gezeigt, wie gefährlich diese Technologie letztlich sei und dass die Risiken nicht im Verhältnis zum Nutzen stünden.³³⁴ Die Technologie selbst wird in diesem Zusammenhang als stark pfadabhängig begriffen. Ist die Nutzung erst ermöglicht, gibt es laut Energiesprecher Stix kein einfaches Zurück mehr:

³²⁸Walter Resch (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7607.

³²⁹Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPRNÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981, S. 7662.

³³⁰Vgl. Friedhelm Frischenschlager (FPÖ), ebd., S. 7699.

³³¹Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7586.

³³²XIV. GP: 116.-15.12.1978. XV. GP: 6.-04.07.1979, 39.-19.06.1980, 49.-05.11.1980, 77.-10.06.1981, 140.-17.12.1981. XVI. GP: 83.-07.03.1985, 85.-21.03.1985. Es entfallen 3 Bezugnahmen auf die XIV. GP, 15 auf die XV. GP sowie 6 auf die XVI. GP, die Großparteien greifen dieses Bild nicht auf und nehmen nicht explizit dazu Stellung.

³³³Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981, S. 7663.

³³⁴Vgl. ebd., S. 7662.

„Geht diese Türe Zwentendorf auf, dann wird auch Österreich in die atomare Sackgasse hinein tappen, und wir werden denselben schmerzlichen und kostspieligen Umkehrprozeß vollziehen müssen, der den westlichen Industrieländern noch bevorsteht.“³³⁵

Eine besondere Rolle spielen hierbei die Uranvorkommen: Diese seien bis maximal 1990 gesichert.³³⁶ Damit sei ohne die Entwicklung des viel gefährlicheren „schnellen Brüters“ die Nutzung der Kernenergie in Zukunft überhaupt nicht mehr möglich.³³⁷ In Kontrast zur Sackgasse Kernenergie wird ein wünschenswerter Weg in die Zukunft dargestellt: Österreich solle eines der ersten atomfreien Industrieländer der Welt werden.³³⁸

Brennstoffkreislauf: Ähnlich wie der Sicherheitsaspekt spielt auch die Auseinandersetzung mit dem Brennstoffkreislauf über weite Teile des Untersuchungszeitraums in der parlamentarischen Inszenierung³³⁹ eine geringe Rolle und wird schließlich im März 1985 heftig debattiert.³⁴⁰

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	-	2	12
ÖVP	-	-	16
FPÖ	-	8	2
gesamt	-	10	30

Tabelle 12: Brennstoffkreislauf

Die ÖVP rückt die Frage der Endlagerung als eine weitere durch die Bundesregierung nicht erfüllte Bedingung für ihre Zustimmung ins Zentrum. Sei die Volkspartei zwar immer grundsätzlich für die Atomenergie eingetreten, müsse die Frage der Endlagerung vor einer Inbetriebnahme Zwentendorfs durch die Regierung geklärt werden.³⁴¹ In mehreren Argumentationslinien werden die Lösungsvorschläge der Bundesregierung als unzureichend dargestellt. So reiche es nicht aus, darauf zu verweisen, dass die Frage der Endlagerung in Österreich ebenso geklärt werden könne wie in anderen Ländern.³⁴²

³³⁵Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981, S. 7663.

³³⁶Vgl. Friedrich Frischenschlager (FPÖ), ebd., S. 7697.

³³⁷Gerulf Stix (FPÖ), ebd., S. 7663.

³³⁸Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7585.

³³⁹Behandelt wurden diese Aspekte weitaus weniger kontrovers und öffentlichkeitswirksam in den einzelnen Unterausschüssen unter Einbeziehung anerkannter Experten und Gegenexperten.

³⁴⁰XV. GP: 6.–04.07.1979, 14.–05.12.1979, 39.–19.06.1980, 49.–05.11.1980, 77.–10.06.1981, 125.–08.10.1982, 140.–17.12.1981. XVI. GP: 81.–06.03.1985, 83.–07.03.1985, 85.–21.03.1985, 97.–26.06.1985.

³⁴¹Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7611.

³⁴²Vgl. Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 69. Sitzung, 30.11.1984, S. 6016f.

Das von der Bundesregierung als Lösung präsentierte Memorandum mit der Sowjetunion – im Februar 1985 hatte Außenminister Gromyko der Bundesregierung schriftlich zugesichert, die UdSSR würde abgebrannte Brennstäbe aus Österreich im Falle einer Inbetriebnahme Zwentendorfs übernehmen – wird von der ÖVP als völlig unzureichend und unkonkret in Frage gestellt. Sämtliche damit verbundenen Fragen seien noch offen. Beispielsweise Energiesprecher König:

*„Das einzige, was wir haben, ist der Hinweis, daß die Sowjetunion bereit wäre, einer Abfallagerung in der Sowjetunion zuzustimmen, also ein Verhandlungsangebot. Ich will nicht sagen, daß das nichts ist. Das ist sicher interessant, aber es ist nicht mehr als ein Angebot, bei dem nicht nur der Preis fehlt, sondern bei dem noch wesentliche Fragen ungeklärt sind [...]“*³⁴³

Die FPÖ behandelt Probleme im Bezug auf den Brennstoffkreislauf wie bereits dargestellt vor allem in Hinblick auf das Bild der „Sackgasse Kernenergie“. Auch bezüglich der Endlagerung üben die Abgeordneten mit der Regierungsbeteiligung Zurückhaltung. Im März 1985 erscheinen die Probleme der Endlagerung aus freiheitlicher Sicht als lösbar. Gestellt werden vielmehr moralische Fragen. Energiesprecher Stix fasst zusammen:

*„Es bleibt natürlich die ethische Frage, ob man es mit seinem Gewissen vereinbaren kann, daß man einen Müll, den man für so gefährlich hält, daß man ihn im eigenen Land nicht unterbringen will, einem anderen Land überläßt.“*³⁴⁴

Auf die Vorwürfe der begrenzten Uranvorkommen entgegnet die SPÖ, dass viele weitere Primärenergieträger ebenfalls begrenzt seien, was eine Nutzung bis zu deren Versiegen keineswegs ausschließe.³⁴⁵ Als die Frage der Endlagerung im März 1985 im Rahmen des Nationalrats zu einem zentralen Konfliktpunkt zwischen den beiden Großparteien inszeniert wird, beharrt die SPÖ auf ihrem Standpunkt, dass mit dem Memorandum durch die Sowjetunion die Frage der Endlagerung gelöst sei. Energiesprecher Heindl machte schon Anfang März klar, dass mit der UdSSR eine technologisch erfahrene Partnerin gewonnen werden konnte, und einer Inbetriebnahme Zwentendorfs vom Standpunkt der Endlagerung her nichts mehr im Wege stehe.³⁴⁶ Schlussendlich dreht die

³⁴³Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 81. Sitzung, 06.03.1985, S. 7257.

³⁴⁴Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7586.

³⁴⁵Vgl. Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 39. Sitzung, 19.06.1980, S. 3806.

³⁴⁶Vgl. Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 81. Sitzung, 06.03.1985, S. 7262f.

SPÖ den Vorwurf durch die ÖVP um: Noch anfang März habe Mock öffentlich zugesichert, die ÖVP werde nach der Lösung der Frage der Endlagerung zustimmen, ein Versprechen das jetzt gebrochen werde.³⁴⁷

Militärische Bedrohung und Atomwaffen: Wie bereits in Kapitel 2 erläutert, spielte für die Anti-Atom-Bewegung das Verhältnis zwischen der friedlichen und der militärischen Nutzung der Kernspaltung eine wichtige Rolle. In der Auseinandersetzung im National-rat wurde dieser Aspekt nahezu vollständig ignoriert.³⁴⁸ Es finden sich im gesamten Untersuchungszeitraum lediglich fünf Bezugnahmen durch die SPÖ, sowie sechs durch die FPÖ.

In Folge eines israelischen Luftangriffs auf eine irakische Atomanlage im Sommer 1981 greift der freiheitliche Energiesprecher Stix das Verhältnis zwischen Kernkraftwerken und Atomwaffen beziehungsweise atomarer Bedrohung in zweierlei Hinsicht auf: Einerseits könnten Atomreaktoren leicht zu militärischen oder terroristischen Zielen werden und so einen atomaren Angriff „über Umwege“ ermöglichen. Stix bedient sich dabei bekannter nuklearer Horrorszenarien von großflächigen Verwüstungen und jahrhundertelanger Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche.³⁴⁹ Zweitens sei zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie tatsächlich nicht zu trennen. Immer wieder diene die zivile Nutzung der Kernenergie als Deckmantel für die Entwicklung von Atomwaffen: *„Es gibt eindeutig den Zusammenhang zwischen friedlicher Atomenergienutzung und der militärischen Atomenergienutzung. Der Tatbestand liegt auf der Hand.“*³⁵⁰

Im März 1985 greifen auch Abgeordnete der SPÖ diesen Zusammenhang auf. Der Abgeordnete Gmoser setzt den im Grundtenor technik-deterministischen Ausführungen der FPÖ einen Technikbegriff entgegen, der den Anwendungszusammenhang in das Zentrum stellt. Letztlich sei vom jeweiligen Einsatz der Technik abhängig, ob Technik friedlich sei oder nicht.³⁵¹ Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Leopold Gratz hebt wiederum die neutralitätspolitische Unbedenklichkeit der Inbetriebnahme Zwentendorfs, insbesondere des Abkommens über die Endlagerung abgebrannter Brennelemente mit der Sowjetunion, hervor.³⁵²

³⁴⁷Vgl. Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7578.

³⁴⁸XV. GP: 3.–20.06.1979, 6.–04.07.1979, 14.–05.12.1979, 77.–10.06.1981. XVI. GP: 85.–21.03.1985.

³⁴⁹Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, 77. Sitzung, 10.06.1981, S. 7659.

³⁵⁰Friedhelm Frischenschlager (FPÖ), ebd., S. 7700.

³⁵¹Vgl. Rupert Gmoser (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7632.

³⁵²Leopold Gratz (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, S. 7642.

Zusammenfassung: In Bezug auf Gefahren und Bedenken hinsichtlich der Nutzung der Atomkraft ist für die Debatten im österreichischen Nationalrat zwischen 1978 und 1986 festzuhalten, dass diese über weite Strecken kaum eine Rolle spielten. Lediglich die FPÖ brachte in der Mitte der XV. GP wiederholt grundsätzliche Bedenken bezüglich der Beherrschbarkeit von Kernkraftwerken zum Ausdruck, stellte diese Agitationen aber mit der Regierungsbeteiligung umgehend ein. Die beiden Großparteien besetzten die Themen nahezu ausschließlich im März 1985.

Erst mit beziehungsweise nachdem die Gespräche zwischen SPÖ und ÖVP in Bezug auf die Durchführung einer neuerlichen Volksabstimmung nach einem gemeinsamen Beschluss im Nationalrat scheiterten, werden die Themen Sicherheit und Endlagerung in das Zentrum der Auseinandersetzung um die Kernenergie gestellt. Beide Großparteien nutzen diese Fragen um sich voneinander abzugrenzen, sich gegenseitig die Schuld zu geben beziehungsweise das eigene Vorgehen vor der Öffentlichkeit zu legitimieren. Die technische Sicherheit des Kraftwerks Zwentendorf wird von keiner der drei im Nationalrat vertretenen Parteien in Zweifel gezogen. Im Zentrum steht die Frage nach der politischen Verantwortung. Nach dem Scheitern der Konsensfindung im Rahmen informeller Gespräche muss angenommen werden, dass allen Beteiligten das Scheitern der Abstimmung Ende März als logische Konsequenz erscheinen musste. Im Nationalrat wurde daher über die Themenkomplexe Sicherheit und Endlagerung darüber verhandelt, wer die politische Verantwortung für das zu erwartende Ergebnis zu tragen hat, wer nicht bereit war welche Garantien zu geben und wem daher die Schuld an der zu diesem Zeitpunkt von den Großparteien grundsätzlich nicht erwünschten Nichtinbetriebnahme Zwentendorfs zu Teil wird.³⁵³

5.4.6 Warum auch Österreich die Kernenergie braucht

Im Laufe des Untersuchungszeitraums nimmt die Zahl der für die Kernenergie in die Diskussion eingebrachten Beiträge stetig zu. Zu den wichtigsten Themen gehören dabei die Vorstellung der Kernenergie als Substitution für Erdöl, positive Effekte für die österreichische Wirtschaft, die Auseinandersetzung um mögliche Energieengpässe beziehungsweise einen steigenden Bedarf, sowie die Themenkomplexe Energiekosten und Energieimporte.

³⁵³Festgehalten werden muss die hohe Emotionalität mit der diese Debatte geführt wurde. Insbesondere in der letzten Sitzung am 21. März 1985, in deren Rahmen die Zwischenrufe durch einzelne Abgeordnete – allen voran durch ÖVP Generalsekretär Michael Graff – einige Redebeiträge nahezu verunmöglichten.

Alternative zum Öl: Mit der zweiten Ölkrise tauchen auch im österreichischen Nationalrat bei Fragen rund um die Kernenergie einige Bezüge auf, welche diese als Lösung der „Ölfrage“ präsentieren.³⁵⁴

Einen direkten Zusammenhang zwischen den Veränderungen am Energiesektor und der Nutzung der Kernkraft deutet 1979 Vizekanzler und Finanzminister Hannes Androsch an, indem er die Entscheidung für die Nichtinbetriebnahme Zwentendorfs als „*sicherlich nicht hilfreich*“ für einen Rückzug aus dem Öl bezeichnet.³⁵⁵ Ansonsten inszeniert die SPÖ die Kernenergie zunehmend als Weg aus der Energiekrise, der einer sachbezogenen emotionslosen Diskussion bedarf.³⁵⁶ In Replik auf die FPÖ verweist Energiesprecher Heindl auf den direkten Zusammenhang zwischen Ölverbrauch beziehungsweise -preisentwicklung und Stromverbrauch.³⁵⁷ Vor diesem Hintergrund wird die Kernenergie als Weg in die Energiesicherheit inszeniert, denn mit deren Nutzung sinke die Abhängigkeit vom Öl und damit von jener zur politischen Weltlage und dem Weltmarkt.³⁵⁸

In Ergänzung ihrer grundsätzlichen Ausführungen verweisen Abgeordnete der FPÖ in dieser Frage darauf, dass die Ölkrise als solche nicht durch die Kernenergie zu kompensieren sei. Am deutlichsten streicht dies Energiesprecher Stix hervor, indem er politisch motivierte Falschinformation unterstellt: „*Es ist meines Erachtens unverantwortlich, den Anschein zu erwecken zu versuchen, daß mit einem in Betrieb genommenen Zwentendorf das Ölproblem im wesentlichen gelöst werden könnte.*“³⁵⁹

Wirtschaftliche Aspekte: Die wirtschaftlichen Vorteile der Nutzung der Kernenergie ebenso wie die Wirtschaftlichkeit dieser Form der Energieproduktion selbst, spielen in der ersten Phase nach der Volksabstimmung im Nationalrat keine Rolle mehr. Im Laufe

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	2	10	30
ÖVP	1	1	15
FPÖ	-	16	3
gesamt	3	27	48

Tabelle 13: Wirtschaftliche Aspekte

³⁵⁴XV. GP: 6.–04.07.1979, 12.–07.11.1979, 39.–19.06.1980, 52.–26.11.1980, 77.–10.06.1981, 104.–17.02.1982. Auf die SPÖ entfallen 9 Wortmeldungen, auf die FPÖ 5. Die ÖVP positioniert sich zu dieser Argumentation nicht direkt.

³⁵⁵Vgl. Hannes Androsch (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 12. Sitzung, 07.11.1979, S. 982.

³⁵⁶Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981, S. 7664.

³⁵⁷Vgl. ebd., S. 7666.

³⁵⁸Vgl. Bruno Kreisky (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 104. Sitzung, 17.02.1982, S. 10421.

³⁵⁹Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, 39. Sitzung, 19.06.1980, S. 3767.

der XV. GP entwickelt sich eine Auseinandersetzung zwischen SPÖ und FPÖ, ehe die Debatte im März 1985 eine völlig neue Qualität unter allen drei Parteien erreicht.³⁶⁰

In den bereits erläuterten Diskussionen zwischen SPÖ und FPÖ in der XV. GP, in welcher letztere die grundlegende Ablehnung der Kernenergie inszeniert und die Energiegewinnung mittels Kernspaltung als Sackgasse in der energiewirtschaftlichen Entwicklung darstellt, wird auch wiederholt die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie in Frage gestellt. Energiesprecher Stix verweist etwa darauf, dass die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energiewachstum seit jeher eine Forderung der Freiheitlichen Partei sei. Dass es von sozialistischer Seite nunmehr zu Andeutungen komme, dass hier kein automatischer Zusammenhang bestehe verdeutliche letztlich, dass die FPÖ den richtigen Weg in die Zukunft aufzeige.³⁶¹ Für gesamtwirtschaftliche Impulse zur Erhaltung der Vollbeschäftigung sei die Nutzung der Kernkraft nicht geeignet. Vielmehr gelte es den Sektor alternativer Energieträger (Vgl. Kapitel 5.4.2) als Wachstumspotenzial zu begreifen.³⁶² Unter Verweis auf Debatten um die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie in den USA erläutert Stix darüber hinaus, dass sich die Kernenergie bei genauer Analyse nicht als jene billige Energiequelle erweise, wie dies in aller Regel dargestellt werde.³⁶³ In der XVI. GP nehmen Vertreter der FPÖ zur Frage der Wirtschaftlichkeit kaum mehr Stellung. Umso stärker fällt daher der von Energiesprecher Stix angedeutete Schwenk – der einer jahrelangen inszenierten Parteilinie und dem Koalitionspartner gerecht werden soll – ins Gewicht: *„Das heißt: Jawohl, Zwentendorf bietet gewisse Kostenvorteile, sie stehen aber auf dem Boden vieler Annahmen, über deren Verifizierung heute nur gemutmaßt werden kann.“*³⁶⁴

Die ÖVP bezieht sich bis in das Frühjahr 1985 kaum auf diese Aspekte. Im Rahmen des grundsätzlichen Bekenntnisses zur Atomenergie gelten diese offenbar als ohnehin gegeben. Der Regierung argumentativ zuzuarbeiten würde die Widersprüche der Position einer „Wirtschaftspartei“ ÖVP allzu offen zu Tage fördern. Erst in der Auseinandersetzung um eine weitere Volksabstimmung im März 1985 werden die Chancen billigen Atomstroms, etwa zum Stoppen der „Entindustrialisierung“, durch ÖVP Generalsekretär

³⁶⁰XIV. GP: 115.–14.12.1978. XV. GP: 9.–23.10.1979, 12.–07.11.1979, 34.–07.05.1980, 38.–18.06.1980, 39.–19.06.1980, 49.–05.11.1980, 59.–16.12.1980, 61.–17.12.1980, 77.–10.06.1981, 105.–18.02.1982, 132.–30.11.1982, 140.–17.12.1982, . XVI. GP: 3.–01.06.1983, 12.–29.09.1983, 22.–30.11.1983, 40.–29.03.1984, 48.–24.05.1984, 67.–28.11.1984, 69.–30.11.1984, 80.–21.02.1985, 81.–06.03.1985, 83.–07.03.1985, 85.–21.03.1985, 89.–08.05.1985, 95.–13.06.1985, 97.–26.06.1985, 110.–06.11.1985, 114.–27.11.1985, 117.–06.12.1985, 118.–10.12.1985.

³⁶¹Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 6. Sitzung, 04.07.1979, S. 406.

³⁶²Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981, S. 7681f.

³⁶³Vgl. ebd., S. 7661f.

³⁶⁴Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7588.

Graff klar eingeräumt.³⁶⁵ Ähnlich wie in Bezug auf die Sicherheit des Kraftwerks in Zwentendorf (Vgl. Kapitel 5.4.5) fordert die ÖVP von der Bundesregierung eine einstimmige Erklärung über die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerks. Der Verweis der Regierung auf einstimmige Ministerratsbeschlüsse reiche nicht aus. Handelsminister Steger (FPÖ) habe etwa im Unterausschuss des Handelsausschusses wiederholt Zweifel an der Wirtschaftlichkeit geäußert. Laut Energiesprecher König sei damit erwiesen, dass die Regierung hier nicht einer Meinung ist.³⁶⁶

Schon in der XV. GP macht Vizekanzler und Finanzminister Androsch für die SPÖ klar, dass im Lichte der ersten Ölkrise bereits klar geworden sei, wie bedrohlich die wirtschaftliche Abhängigkeit von Öl und Energieimporten letztlich sei. Wirtschaftswachstum bedürfe letztlich Energieeinsatz und Kohle könne nicht Ausweg aus Erdöl und Kernenergie sein.³⁶⁷ Ebenso verweist der Bundesvorsitzende des Arbeiterbauernbundes und Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Hans Schober, auf die große Bedeutung billiger Energie für Industriestaaten, schon alleine aufgrund des enormen Energiebedarfs im Agrarbereich³⁶⁸, während Bundeskanzler Kreisky in direkter Konfrontation mit dem freiheitlichen Energiesprecher Stix die negativen wirtschaftlichen Folgen durch die Nichtnutzung der Kernenergie im europäischen Wettbewerb hervorstreicht.³⁶⁹ Ebenfalls in der Auseinandersetzung mit der FPÖ kontert Energiesprecher Heindl mit Gegenbeispielen aus der US-amerikanischen Energiewirtschaft, die klar aufzeigen würden, dass mittels alternativer Energieträger keine ausreichenden Impulse gesetzt werden können und daher neben Kohle auch wieder verstärkt in Kernenergie investiert werde.³⁷⁰ Im weiteren Verlauf entfallen nahezu die Hälfte aller Bezüge zur Wirtschaft auf die Unentbehrlichkeit der Kernenergie beziehungsweise auf einstimmige Beschlüsse zur Wirtschaftlichkeit durch die Bundesregierung als Replik auf die von der ÖVP monierte Diskrepanz.³⁷¹ Der ÖVP wird vorgeworfen die Interessen der eigenen Klientel zu verraten, während im Grunde genommen überparteiliche Einigkeit für die Atomenergie bestehe, wie der Tiroler Abgeordnete Weinberger erläutert:

„Die Tiroler Wirtschaft, Handelskammer, Industriellenvereinigung, aber auch die überwiegende Mehrheit aller Verantwortlichen aus Industrie und Gewerbe, ebenso ÖGB und Arbeiterkammer und die Betriebsräte in den Betrieben,

³⁶⁵Vgl. Michael Graff (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 83. Sitzung, 07.03.1985, S. 7335.

³⁶⁶Vgl. Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7612.

³⁶⁷Vgl. Hannes Androsch (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 9. Sitzung, 23.10.1979, S. 684.

³⁶⁸Vgl. Hans Schober (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 59. Sitzung, 16.12.1980, S. 5946.

³⁶⁹Vgl. Bruno Kreisky (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 104. Sitzung, 17.02.1982, S. 10422.

³⁷⁰Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 140. Sitzung, 17.12.1982, S. 14356.

³⁷¹Vgl. Fred Sinowatz (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7551.

gleichgültig welcher politischen Einstellung, haben sich in den letzten Wochen an einer großangelegten Unterschriftenaktion für die friedliche Nutzung der Kernenergie und den weiteren Ausbau der Wasserkraft für die Gewinnung von Strom beteiligt. Nur Sie, die große Partei der Unternehmervertreter, also die ÖVP, sind gegen alle Bemühungen dieser von mir genannten Institutionen, sind also gegen die Bemühungen der österreichischen Wirtschaft.“³⁷²

Energieengpässe/steigender Energiebedarf: Das Motiv der ausgehenden Lichter bei einer Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf ist seit dem Wahlkampf in Vorbereitung auf die Volksabstimmung 1978 Bestandteil der österreichischen Kernenergiekontroverse. Die

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	6	14	12
ÖVP	1	3	1
FPÖ	7	8	1
gesamt	14	25	14

Tabelle 14: Energieengpässe/steigender Energiebedarf

FPÖ besetzt das Thema von Beginn des Untersuchungszeitraums an. Ab der XV. GP wird die Versorgung mit ausreichend Energie auch von der SPÖ wieder in Verbindung mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie diskutiert.³⁷³

Die FPÖ bezeichnet die Prophezeiung, dass ohne die Inbetriebnahme des AKW in Zwentendorf die Lichter ausgehen würden beziehungsweise die Rede von bevorstehenden Energieengpässen oder Energielücken schlichtweg als Propaganda der KernkraftwerksbefürworterInnen.³⁷⁴ In der XV. GP wird schließlich Bundeskanzler Kreisky im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage ersucht die erwartete Energielücke zu erläutern, da diese schlichtweg nicht existent sei.³⁷⁵ Im März 1985 relativiert Energiesprecher Stix schließlich die freiheitliche Position: Zwentendorf würde in der Energieversorgung ab den 1990er Jahren gebraucht. Von einer Notsituation im Bedarf könne aber nicht gesprochen werden.³⁷⁶

³⁷²Helmut Weinberger (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7640.

³⁷³XIV. GP: 106.–07.11.1978, 108.–28.11.1978, 111.–05.12.1978, 115.–14.12.1978, 116.–15.12.1978. XV. GP: 14.–05.12.1979, 20.–18.12.1979, 39.–19.06.1980, 59.–16.12.1980, 77.–10.06.1981, 100.–17.12.1981, 104.–17.02.1982, 115.–13.05.1982, 140.–17.12.1982. XVI. GP: 3.–01.06.1983, 22.–30.11.1983, 69.–30.11.1984, 74.–14.12.1984, 83.–07.03.1985, 85.–21.03.1985.

³⁷⁴Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 111. Sitzung, 05.12.1978, S. 11080f.

³⁷⁵Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 104. Sitzung, 17.12.1982, S. 10421f.

³⁷⁶Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7587.

Drohende Engpässe in der Stromversorgung werden von Abgeordneten der SPÖ in den Wochen nach der Volksabstimmung, etwa durch den Vorsitzenden der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter im ÖGB Karl Sekanina, vereinzelt thematisiert.³⁷⁷ Ab der XV. GP werden notwendige Investitionen im Bereich der Energiewirtschaft als direkte Folge der Nichtinbetriebnahme Zwentendorfs und als Hinweis auf den Bedarf inszeniert.³⁷⁸ Bis ins Frühjahr 1985 steigen entsprechende Inszenierungen wieder an. So hält etwa Energiesprecher Heindl in Bezug auf den Winter fest: *„Wenn nur ein größerer kalorischer Kraftwerksblock ausgefallen wäre, wäre Österreich zum Teil ohne Strom dagestanden.“*³⁷⁹ Darüber hinaus bemerkt Heindl wiederholt, dass zwischen Gesamtenergieverbrauch und Gesamtstromverbrauch zu unterscheiden sei, und seit der ersten Ölkrise der Stromverbrauch einen über dreißig Prozentigen Zuwachs erfahren habe: *„Die weitverbreitete Meinung in unserem Land, daß Gesamtenergieverbrauch gleichzusetzen ist mit Gesamtstromverbrauch, ist leider gefährlich. Denn 1983 mußten wir 34 Prozent mehr Strom aufwenden als 1973.“*³⁸⁰

Die ÖVP beteiligt sich in der Agitation um den Energiebedarf über den gesamten Untersuchungszeitraum kaum. Einzelne Bezüge wiederum weisen keine Gemeinsamkeiten auf, außer dass die Regierungspolitik als unzureichend diffamiert wird, wie etwa durch Energiesprecher König in Bezug auf den Energieplan der Bundesregierung im Laufe der XV. GP.³⁸¹

Energieimporte: Eng in Zusammenhang mit der Frage nach Energieengpässen und steigendem Bedarf steht die Debatte um den Import von Energie aus dem Ausland, sowohl in Form von Kohle oder Gas ebenso wie Stromimporte. Der Import von Energie

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	3	17	5
ÖVP	-	-	2
FPÖ	-	2	-
gesamt	3	19	7

Tabelle 15: Energieimporte

³⁷⁷Vgl. Karl Sekanina (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 106. Sitzung, 07.11.1978, S. 10454.

³⁷⁸Vgl. Josef Staribacher (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 100. Sitzung, 17.12.1981, S. 10180.

³⁷⁹Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7575.

³⁸⁰Ebd., S. 7527.

³⁸¹Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981, S. 7689.

aus dem Ausland wurde als Argument für die Nutzung der Kernenergie in Österreich in die Auseinandersetzung eingebracht und daher fast ausschließlich von der SPÖ besetzt.³⁸²

Von Seiten der SPÖ wird wiederholt darauf hingewiesen, dass der Import von Energie aus dem Ausland wesentlich teurer komme als die Energiegewinnung mittels Kernkraft. Vor allem wirke sich dieser mit mehreren Milliarden negativ auf die Zahlungsbilanz des Landes aus, wie etwa der Geschäftsführer der Gewerkschaft für Metall-Bergbau-Energie, Josef Wille, hervorhebt.³⁸³ Darüber hinaus beziehen sich unterschiedliche Abgeordnete negativ auf Importenergie, da dies politische Abhängigkeiten mit sich bringe (immer wieder ist von der Frage der sogenannten *Ostabhängigkeit* die Rede). So schließt etwa Kreisky in Rechtfertigung eines neuerlichen Appells für die Inbetriebnahme Zwentendorfs nach der Problematisierung sowjetischer Gas und polnischer Kohlelieferungen mit dem Hinweis auf eine, zu diesem Zeitpunkt noch nicht aus dem kollektiven Bewusstsein verdrängte, „österreichische Realität“:

*„Ich habe mich also verpflichtet gefühlt, den Österreichern zu sagen, daß unsere Energieversorgung in Zukunft im wesentlichen, sofern sie aus dem Ausland erfolgt, aus Reaktoren kommen wird, und zwar aus ungefähr 48 [...] die sich in Grenzweite von höchstens 300 Kilometern von Österreich entfernt befindet. [sic!] Dieser Umstand scheint mir so gravierend zu sein, daß ich glaube, man muß das österreichische Volk mit dieser neuen Situation konfrontieren.“*³⁸⁴

Kurz darauf fasst der Bundeskanzler den Zusammenhang zwischen Energieimporten, Auslandsabhängigkeit und Stromversorgung ähnlich deutlich zusammen:

*„Natürlich, unter der Voraussetzung, daß die polnische Kohle in ausreichender Menge kommt oder durch amerikanische Kohle ersetzt wird – sogar durch australische Kohle –, natürlich, wenn wir aus den 48 in Bau befindlichen oder schon vollendeten Reaktoren an den Grenzen Österreichs Strom beziehen, natürlich, wenn wir Gas in ausreichender Menge aus der Sowjetunion bekommen, und so weiter und so weiter, dann könnte man annehmen, daß unsere Stromversorgung gesichert ist.“*³⁸⁵

³⁸²XIV. GP: 106.–07.11.1978, 115.–14.12.1978. XV. GP: 14.–05.12.1979, 20.–18.12.1979, 21.–19.12.1979, 39.–19.06.1980, 40.–20.06.1980, 49.–05.11.1980, 52.–26.11.1980, 59.–16.12.1980, 104.–17.02.1982/104.–17.02.1982. XVI. GP: 74.–14.12.1984, 81.–06.03.1985, 85.–21.03.1985.

³⁸³Vgl. Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 34. Sitzung, 07.05.1980, S. 3348.

³⁸⁴Bruno Kreisky (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 104. Sitzung, 17.02.1982, S. 10421.

³⁸⁵ebd., S. 10432.

Energiekosten: Unter dieser Kategorie wurden alle Aussagen zusammengezogen, die sich direkt mit der Frage von steigenden Kosten am Energiesektor, insbesondere mit steigenden Strompreisen und der friedlichen Nutzung der Kernenergie auseinandersetzen.³⁸⁶ Für die beiden Großparteien steht hierbei im Vordergrund, sich gegenüber der Öffentlich-

	XIV. GP	XV. GP	XVI. GP
SPÖ	1	5	4
ÖVP	1	3	6
FPÖ	-	2	1
gesamt	2	10	11

Tabelle 16: Energiekosten

keit als für die Strompreisentwicklung nicht verantwortlich darzustellen, sondern diese Verantwortung dem jeweiligen anderen Lager zuzuschreiben.

Diese Überlegungen berücksichtigend ist es wenig verwunderlich, dass die Frage der Stromkosten nach gelegentlichen Bezügen vor allem in der XVI. GP wiederholt thematisiert wird, und zwar gehäuft in der Verbindung mit den Begriffen „Steuerzahler“, „Strombezieher“ oder „Konsument“. So etwa Walter Resch, die ÖVP implizit beschuldigend und gleichzeitig die Hand reichend:

„Das Nein zu Zwentendorf kostet den österreichischen Steuerzahler und Strombezieher Milliarden, die er durch einen erhöhten Strompreis aufbringen muß. Das ist für mich ein zu hoher Preis für parteitaktische Überlegungen, ich sage dazu: egal welcher Partei.“³⁸⁷

Schon ab der XV. GP skandalisiert die ÖVP Folgekosten durch die Nichtinbetriebnahme als von der Regierung zu verantwortende Negativfolgen für VerbraucherInnen, da die Verluste nur durch höhere Steuereinnahmen oder steigende Strompreise wettgemacht werden könnten.³⁸⁸ Im Frühjahr 1985 nutzt die ÖVP auch dieses Thema um ein Aufbrechen der Regierungskoalition zu erzielen, wenn Wirtschaftssprecher Graf etwa fordert:

„Die Regierung ist daher aufgefordert, eine umfassende Kostenberechnung vorzulegen und an Hand eines energiepolitischen Szenariums die Auswir-

³⁸⁶XIV. GP: 106.–07.11.1978, 116.–15.12.1978. XV. GP: 12.–07.11.1979, 14.–05.12.1979, 20.–18.12.1979, 27.–06.03.1980, 40.–20.06.1980, 61.–17.12.1980. XVI. GP: 22.–30.11.1983, 43.–11.04.1984, 61.–19.10.1984, 81.–06.03.1985, 85.–21.03.1985, 95.–13.06.1985.

³⁸⁷Walter Resch (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 22. Sitzung, 30.11.1983, S. 1838.

³⁸⁸Vgl. Helmut Zittmayr (ÖVP), STPNRÖ, XV. GP, 12. Sitzung, 07.11.1979, S. 995.

*kungen einer allfälligen Inbetriebnahme von Zwentendorf auf Stromversorgung und Strompreisentwicklung darzustellen.*³⁸⁹

Zusammenfassung: In der Inszenierung der Gründe für die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf beziehungsweise die Nutzung der Atomenergie in Österreich lassen sich einige deutliche Entwicklungslinien erkennen.

Grundsätzlich besetzt die SPÖ wirtschaftliche Aspekte und Themen von der Energiewirtschaft über die Importabhängigkeit bis hin zur Zahlungsbilanz, um die Notwendigkeit der Energieproduktion mittels Kernenergie in Österreich zu rechtfertigen. Dabei ist festzustellen, dass bis zum Ausbau der absoluten Mehrheit im Jahr 1979 kaum Bezüge zur Thematik hergestellt werden. Erst im Lichte der zweiten Ölkrise beginnt die Agitation die schließlich im März 1985 in den letzten Bestrebungen der Regierung Sinowatz für eine Inbetriebnahme kulminiert.

Die ÖVP als große Oppositionspartei im gesamten Untersuchungszeitraum besetzt diese Themen insgesamt wenig. Sie nutzt lediglich Momente zur Inszenierung gegenüber den VerbraucherInnen, wenn es um die Strompreisentwicklung geht, oder vor allem in Hinblick auf die XVI. GP zur Inszenierung von Widersprüchen in der Regierungskoalition. Ansonsten halten sich die Mandatare, wenig verwunderlich, zurück. Schließlich anerkennt die ÖVP grundsätzlich die Vorteile durch die Nutzung der Atomenergie. Jegliche Inszenierung diesbezüglich würde aber mindestens der Regierung nützen beziehungsweise das eigene Vorgehen in Frage stellen oder untergraben.

Die FPÖ tritt vor allem in der XIV. und XV. GP noch als grundsätzliche Gegnerin der Atomenergie auf, lässt kaum Gelegenheiten aus um die regierende SPÖ diesbezüglich unter Druck zu bringen und sich selbst als Vertreterin aller KritikerInnen zu inszenieren. Mit ihrer Regierungsbeteiligung stellen die Abgeordneten diese Agitation relativ abrupt in gleich mehreren Bereichen ein. In einigen wenigen Aussagen wird der Kurs auf die Regierungslinie angepasst. Ansonsten üben sich die Mandatare in Zurückhaltung.

Vor allem in Hinblick auf die zuvor untersuchten Themenkomplexe wird nunmehr klar, wie flexibel die Positionen zur Kernenergie in den Debatten des österreichischen Nationalrats ausfallen und wie sehr diese aus unterschiedlichen (parteipolitischen) Motiven resultieren. Die SPÖ schreckt im Laufe des Untersuchungszeitraums nicht mehr davor zurück sich in seit 1978 unbekanntem Ausmaß für die Kernenergie zu positionieren. Die taktischen beziehungsweise parteipolitischen Motive der ÖVP treten relativ stark zu

³⁸⁹Robert Graf (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7568.

Tage oder werden zumindest regelmäßig von der SPÖ thematisiert, während die FPÖ in der XVI. GP mit ihrem bisherigen Kurs zu Gunsten der Reigerungsbeteiligung bricht.

5.4.7 Anerkennung und Revisionsversuche einer Volksabstimmung: Zwischen Konsens und Konflikt

Im letzten Abschnitt stehen Debatten um den weiteren Umgang mit dem Ergebnis der Volksabstimmung vom 5. November 1978 und dem Atomsperrgesetz im Vordergrund. Im Unterschied zu den vorigen Kapiteln folgt die Analyse dieser Bezüge nicht einem direkten Vergleich der Längsschnitte der Parteistandpunkte. Die Auseinandersetzung mit der Volksabstimmung und dem Atomsperrgesetz ist mit dem aktuellen Diskussionsstand zwischen den Parteien zu stark verschränkt und lässt eine Kategorisierung der Parteistandpunkte über einen Zeitraum von fast sechs Jahren wenig sinnvoll erscheinen. Daher werden die Bezugnahmen für die XIV., XV. und XVI. GP jeweils einzeln herausgearbeitet. In der XVI. GP wird zusätzlich eine Unterteilung in die Phase bis zur Abstimmung über die Durchführung einer neuerlichen Volksabstimmung hinsichtlich einer Inbetriebnahme Zwentendorfs und der Zeit danach vorgenommen.

Konsensuale Anerkennung einer hauchdünnen Mehrheit: Insgesamt entfallen auf die letzten Wochen und Monate der XIV. GP 114 Bezugnahmen zur Volksabstimmung und zum Atomsperrgesetz, davon wiederum 54 auf die ÖVP, 50 auf die SPÖ und zehn auf die FPÖ. Vorrangig handelt es sich also um eine Auseinandersetzung zwischen den Großparteien.³⁹⁰

Abgeordnete der **SPÖ** entwickeln in Bezug auf die Volksabstimmung in der XIV. GP vier zentrale Punkte zur Erklärung des negativen Ergebnisses und zur Rechtfertigung des

	n
ÖVP-Wahltaktik	18
ÖVP nicht staatstragend	20
Volksabstimmung als logischer Ausweg	3
Konsequenz Atomsperrgesetz	12
andere	1
gesamt	54

Tabelle 17: Bezugnahmen der SPÖ im Herbst 1978

³⁹⁰XIV. GP: 106.–07.11.1978, 107.–08.11.1978, 108.–28.11.1978, 109.–29.11.1978, 110.–30.11.1978, 111.–05.12.1978, 113.–07.12.1978, 115.–14.12.1978, 116.–15.12.1978.

nunmehrigen Handelns. Wenig überraschend liegt die Schuld für das negative Ergebnis in allen Argumentationslinien bei der großen Oppositionspartei.

Als zentralen Vorwurf formulieren Vertreter der SPÖ in Richtung ÖVP, diese habe sich aus strategischen Gründen im Laufe der 1970er Jahre von ihrem eigenen Projekt – dem Kernkraftwerk Zwentendorf und der Atomenergie insgesamt – verabschiedet. Allen voran hält Bundeskanzler Kreisky fest, dass Gewerkschaftspräsident Benya in den späten 1960ern noch persönlich bei ÖVP-Kanzler Klaus vorsprechen musste, um „*die konventionellen Kraftwerke wenigstens weiterzubauen. Damals meinte man, das brauchen wir alles nicht, wir haben ja jetzt die Kernkraft.*“³⁹¹ Im Laufe der 1970er Jahre sei dieses Projekt aus partei- beziehungsweise wahltaktischen Überlegungen fallen gelassen worden. Das eigentliche Ziel der Partei im Herbst 1978 wäre schlussendlich eine knappe Ja-Mehrheit für Zwentendorf gewesen. Im Unterschied zur standhaften SPÖ sei daher die ÖVP die eigentliche Verliererin der Volksabstimmung.³⁹² In der ersten Sitzung nach der Volksabstimmung stellt SPÖ-Klubobmann Heinz Fischer diesen Bezug am deutlichsten her, wenn er das Ergebnis einen Pyrrhussieg der ÖVP nennt, und kämpferisch präzisiert: „*Der Sieg des Königs Pyrrhus war derart, daß er die nächste, aber eigentlich entscheidende Schlacht, die einige Jahre später stattgefunden hat, katastrophal verloren hat.*“³⁹³

Die zweite Linie der SPÖ verfolgt das Ziel, der ÖVP Unzuverlässigkeit, Wankelmütigkeit aus Opportunitätsgründen beziehungsweise insgesamt „nicht staatstragendes Verhalten“ zu attestieren. Bezugnehmend auf Vorredner der ÖVP, welche sich darauf beriefen, der Bevölkerung die freie Wahl gelassen zu haben, wendet sich Gewerkschaftsfunktionär Sekanina an die „VertreterInnen der Wirtschaft“ in der Partei:

*„Haben Sie vergessen, welcher Propagandaaufwand Ihrerseits betrieben wurde? Haben Sie vergessen den Text Ihrer Plakate? Haben Sie vergessen, was im Laufe der Zeit verantwortlichste Funktionäre gesagt haben? Haben Sie vergessen, daß Sie immer wieder laufend und permanent eindeutig erklärt haben, daß Sie mit der Stromproduktion in dieser Form nichts zu tun haben wollen?“*³⁹⁴

An der Anerkennung der Volksabstimmung durch die Regierungspartei lassen Spitzenfunktionäre der SPÖ vom ersten Tag an keinen Zweifel. Bevor sich Klubobmann

³⁹¹Bruno Kreisky (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 106. Sitzung, 07.11.1978, S. 10415.

³⁹²Zentralbetriebsrat Köck verweist etwa auf die „Atomwahlen“ in Schweden. Vgl. Franz Köck (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 115. Sitzung, 14.12.1978, S. 11568f.

³⁹³Heinz Fischer (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 106. Sitzung, 07.11.1978, S. 10409

³⁹⁴Karl Sekanina (SPÖ), ebd., S. 10452.

Fischer auf das Atomsperrgesetz, welches bereits in den Medien angekündigt worden war, bezieht, hält er einleitend fest: „*Schon die Frage, ob dieses Ergebnis von der SPÖ akzeptiert wird, ist – ich sage das ganz detachiert – völlig deplaciert [sic!], weil es selbstverständlich ist, daß dieses Ergebnis akzeptiert wird.*“³⁹⁵ Als nächster Redner bekräftigt Bundeskanzler Kreisky, dass er sich zu diesem Ergebnis bekenne und dieses zweifelsfrei als Richtschnur für das politische Verhalten dienen werde.³⁹⁶ Anlässlich der Beschlussfassung unterstreicht Josef Wille schließlich im Dezember, das Atomsperrgesetz sei die logische Konsequenz der Nein-Mehrheit bei der Volksabstimmung. Eine Revision des Atomsperrgesetzes bedürfe daher einer neuerlichen Volksabstimmung mit Ja-Mehrheit.³⁹⁷

Die **ÖVP** attackiert in ihrer Hauptargumentation von Beginn an Bundeskanzler Kreisky. So attestiert der Landesparteiobmann der Wiener ÖVP und ehemalige Generalsekretär der Bundespartei Erhard Busek: „*Verantwortlich in einem hohen Ausmaß für das Ergebnis vom 5. November 1978 ist der politische Fehler des Herrn Bundeskanzlers, diese Sachabstimmung zu einer parteipolitischen gemacht zu haben!*“³⁹⁸

Die zweite große Linie gab am 7. November 1978 wiederum der nunmehrige Generalsekretär³⁹⁹ der ÖVP, Sixtus Lanner, vor: „*Unser Parteiobmann hat Ihnen vorgeschlagen, die Energiepolitik gemeinsam zu lösen. Erinnern Sie sich noch, was der Herr Bundeskanzler am nächsten Tag gesagt hat: Dazu brauche er die ÖVP nicht.*“⁴⁰⁰

Ansonsten inszenieren Abgeordnete der ÖVP die Parteilinie im Bezug auf die Volksabstimmung als stets klar und eindeutig. Gesundheitssprecher Wiesinger etwa hält fest, die ÖVP habe immer klar gesagt, es handle sich um eine Gewissensfrage, ob die Risiken in Kauf genommen werden können oder nicht.⁴⁰¹

Im Unterschied zur SPÖ deutet die ÖVP die Volksabstimmung keineswegs als notwendige Folge der vorherigen Entwicklung. Die Regierung, allen voran Bundeskanzler Kreisky, habe sich letztlich deshalb in dieser schwierigen Frage an die österreichische

³⁹⁵Heinz Fischer (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 106. Sitzung, 07.11.1978, S. 10407f.

³⁹⁶Bruno Kreisky (SPÖ), ebd., S. 10414.

³⁹⁷Vgl. Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 116. Sitzung, 15.12.1978, S. 11712.

³⁹⁸Erhard Busek (ÖVP), STPNRÖ, XIV. GP, 106. Sitzung, 07.11.1978, S. 10427. Weite Teile dieses Redebeitrags nutzte der sich an diesem Tag aus dem Nationalrat vorübergehend zurückziehende Busek, um dem Bundeskanzler im Lichte der von der SPÖ ausgesprochenen Generalbevollmächtigung in ein autoritäres Licht zu rücken, und der SPÖ ein Demokratiedefizit zu bescheinigen.

³⁹⁹Dass sich anlässlich der Budgetrede zwei Tage nach dem Ergebnis der Volksabstimmung kein einziger Spitzenrepräsentant aus der ÖVP zu Wort meldet um die Niederlage der SPÖ als Triumph zu feiern, verdeutlicht, dass ein Nein-Ergebnis keineswegs das Ziel der ÖVP gewesen sein kann.

⁴⁰⁰Sixtus Lanner (ÖVP), STPNRÖ, XIV. GP, 106. Sitzung, 07.11.1978, S. 10404.

⁴⁰¹Vgl. Günther Wiesinger (ÖVP), STPNRÖ, XIV. GP, 116. Sitzung, 15.12.1978, S. 11728.

	n
Verpolitisierung	21
SPÖ verweigert Kooperation	17
Gewissensfrage	4
Konsequenz Atomsperrgesetz	5
andere	3
gesamt	50

Tabelle 18: Bezugnahmen der ÖVP im Herbst 1978

Bevölkerung gewendet, weil keine Bereitschaft bestand mit der ÖVP zusammenzuarbeiten und Meinungsumfragen eine Mehrheit für die eigene Position ergeben hätten. Vor diesem Hintergrund habe die Regierung versucht die Verantwortung auf die Bevölkerung abzuwälzen.⁴⁰²

Zum Atomsperrgesetz positioniert sich die ÖVP ebenso wie die SPÖ. Nahezu wortgleich, inklusive dem Verweis auf Überparteilichkeit, hält Energiesprecher König fest:

*„Meine Damen und Herren! Eines, glaube ich, müssen wir heute sehr deutlich sagen: Das Gesetz, das wir heute beschließen werden, ist sicher die Konsequenz der Volksabstimmung, eine Konsequenz, zu der wir uns bekennen – mit den anderen hier im Parlament vertretenen Parteien –, zu der der Ausschuß in seinem Ausschußbericht auch festgestellt hat, daß er der Meinung ist, daß eine Abänderung nur wieder über eine Volksabstimmung erfolgen kann.“*⁴⁰³

Die **FPÖ** spielt keine maßgebliche Rolle in dieser Auseinandersetzung. Festzuhalten ist aber, dass Energiesprecher Stix den Vorwurf der Verpolitisierung an Bruno Kreisky und die SPÖ aufgreift⁴⁰⁴ und auch für die FPÖ das Bekenntnis zum Atomsperrgesetz als notwendige Folgerung der Volksabstimmung bekräftigt.⁴⁰⁵

Neuverortung von Möglichkeiten und Szenarien: Wie bereits mehrfach angedeutet fallen in die XV. GP die ersten Bestrebungen hinsichtlich einer möglichen Revision des Atomsperrgesetzes und der Neuauflage einer tatsächlichen Inbetriebnahme Zwentendorfs. Auf die FPÖ entfallen in diesem Rahmen 28, auf die SPÖ 35 und auf die ÖVP 37 Bezugnahmen rund um die Themen Volksabstimmung und Atomsperrgesetz.⁴⁰⁶

⁴⁰²Vgl. Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XIV. GP, 116. Sitzung, 15.12.1978, S. 11713f.

⁴⁰³ebd., S. 11717.

⁴⁰⁴Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), ebd., S. 11720.

⁴⁰⁵Vgl. ebd.

⁴⁰⁶XV. GP: 3.–20.06.1979, 6.–04.07.1979, 9.–23.10.1979, 11.–06.11.1979, 12.–07.11.1979, 14.–05.12.1979, 20.–18.12.1979, 21.–19.12.1979, 22.–23.01.1980, 27.–06.03.1980, 34.–07.05.1980, 36.–03.06.1980, 39.–19.06.1980, 40.–20.06.1980, 41.–01.07.1980, 45.–07.10.1980, 49.–05.11.1980, 52.–26.11.1980, 61.–

Zwischen 1979 und 1983 hält die **SPÖ** die in den Monaten davor aufgebaute Argumentation aufrecht, dass die ÖVP in Bezug auf Zwentendorf aus wahl- und parteitaktischen Überlegungen heraus die Zustimmung zur Inbetriebnahme und in weiterer Folge den Aufruf zum „Ja“ bei der Volksabstimmung verweigert habe. Insbesondere zu Beginn der Legislaturperiode heben Abgeordnete daher die grundlegende Entscheidung für das Projekt während der ÖVP-Alleinregierung Ende der 1960er Jahre hervor.⁴⁰⁷ Allerdings

	n
ÖVP-Wahltaktik	8
ÖVP nicht staatstragend	3
Bekenntnis Atomsperrgesetz	6
Notwendige Zusammenarbeit	10
Sachliche Diskussion	3
andere	5
gesamt	35

Tabelle 19: XV. GP: Bezugnahmen der SPÖ

verweisen Abgeordnete der SPÖ nur noch zu Beginn dieser Phase auf ein nicht verantwortungsvolles Handeln der ÖVP⁴⁰⁸; schon bald wird die Notwendigkeit einer sachlichen Diskussion und Zusammenarbeit zwischen den Großparteien im Bereich der Energiepolitik und in weiterer Folge in Bezug auf die Kernenergie, ins Zentrum gestellt. Josef Wille etwa verweist auf derartige Stimmen auch aus den Reihen der ÖVP:

*„Gerade das ist ein Problem, wo auch die Industriellenvereinigung die Meinung vertreten hat, die Frage der Kernenergie muß wieder ins Parlament kommen, damit die politischen Parteien die Möglichkeit haben, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Es gibt gegenwärtig in Österreich kein ernstes industriepolitischen [sic!] Problem, das so sehr der Vereinbarung beider Großparteien bedarf.“*⁴⁰⁹

Zwar bekennen sich Proponenten aus der SPÖ nach wie vor zum Atomsperrgesetz, allerdings ist hier eine Verschiebung festzustellen, denn der Fokus liegt nunmehr auf der Notwendigkeit einer „qualifizierten Mehrheit im Parlament“⁴¹⁰, sowie einer neuerlichen Volksabstimmung im Falle einer Aufhebung des Gesetzes. Bundeskanzler Kreisky, zu

17.12.1980, 63.–21.01.1981, 77.–10.06.1981, 89.–11.11.1981, 98.–15.12.1981, 101.–20.01.1982, 104.–17.02.1982, 109.–31.03.1982, 111.–27.04.1982, 116.–01.06.1982, 120.–29.06.1982, 124.–07.10.1982, 125.–08.10.1982, 127.–21.10.1982, 136.–10.12.1982, 140.–17.12.1982, 148.–02.03.1983.

⁴⁰⁷Vgl. Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 6. Sitzung, 04.07.1979, S. 392.

⁴⁰⁸Vgl. Franz Köck (SPÖ), edb., S. 437.

⁴⁰⁹Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 49. Sitzung, 05.11.1980, S. 4807.

⁴¹⁰Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981, S. 7667.

diesem Zeitpunkt längst wieder als Befürworter einer Diskussion um die Inbetriebnahme exponiert:

*„Sicherlich wird es zu einer Änderung in der Frage Zwentendorf nur dann kommen können, wenn eine Volksentscheidung, also eine Volksabstimmung, in dieser Frage stattgefunden hat. Das ist klar. Nehmen Sie das so eindeutig zur Kenntnis, wie ich es ausspreche.“*⁴¹¹

Auch die **ÖVP** setzt den Vorwurf einer unvorbereitet vom Zaun gebrochenen Volksabstimmung anfänglich fort⁴¹², im Zentrum bleibt der Vorwurf der Verpolitisierung an den Kanzler und seine Partei. Der SPÖ wird im weiteren Verlauf ein Zick-Zack-Kurs in der

	n
Verpolitisierung	9
SPÖ verweigert Kooperation	13
leichtfertige Volksabstimmung	3
SPÖ missachtet Ergebnis	8
andere	4
gesamt	37

Tabelle 20: XV. GP: Bezugnahmen der ÖVP

Kernenergiediskussion attestiert. Von unterschiedlichen Proponenten der SPÖ kämen widersprüchliche Aussagen für beziehungsweise gegen das Atomsperrgesetz, eine klare Position der Regierungspartei sei nicht ableitbar.⁴¹³

Als eng mit dieser Argumentation verbunden und zudem als Reaktion auf die Nuancenverschiebung der SPÖ in puncto Atomsperrgesetz ist der Vorwurf, die Regierung missachte das Ergebnis der Volksabstimmung, zu bewerten. So der politische Direktor des Parlamentsklubs der ÖVP, Kurt Bergmann: *„Volksabstimmung Zwentendorf. Nicht so ausgegangen, wie der Bundeskanzler das wollte. Pawlowscher Reflex, Einführung von Pradler ritterspielartigen Volksabstimmungen: so lange wiederholen, bis das heraus kommt, was der Meister will.“*⁴¹⁴

Ins Zentrum stellt die ÖVP ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Regierung, wenngleich eine kritische Kontrollfunktion geboten sei. So etwa Bundesparteibobmann und Klubobmann Mock zu Beginn der Legislaturperiode:

⁴¹¹Bruno Kreisky (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 104. Sitzung, 17.02.1982, S. 10421.

⁴¹²Hermann Zittmayr (ÖVP), STPNRÖ, XV. GP, 12. Sitzung, 07.11.1979, S. 995.

⁴¹³Vgl. Johann Neumann (ÖVP), STPNRÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981 S. 7718.

⁴¹⁴Kurt Bergmann (ÖVP), STPNRÖ, XV. GP, 127. Sitzung, 21.10.1982, S. 12909.

„Unser Ehrgeiz, Herr Bundeskanzler, besteht nicht darin, Sand in das alltägliche Regierungsgetriebe zu streuen, wohl aber darin, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften dort einzugreifen, wo sich die Gefahr eines Machtmißbrauchs abzeichnet.“⁴¹⁵

Der SPÖ, insbesondere wiederum Bundeskanzler Kreisky, wird nach wie vor vorgeworfen in der Energiepolitik und anderen Bereichen, Angebote der ÖVP für eine Zusammenarbeit ausgeschlagen zu haben. Wirtschaftsständler Johann Staudinger spricht etwa von der „arrogante[n] Zurückweisung eines Staatsmannes hinsichtlich der Zusammenarbeit“,⁴¹⁶ während es andere übernehmen, die große Bedeutung einer solchen Zusammenarbeit in den Vordergrund zu stellen:

„Wir müssen eines wieder lernen: Wir müssen lernen, Kompromisse zu schließen. Wir haben es verlernt, eine Güterabwägung vorzunehmen, die alle sozialen, ökonomischen, ökologischen, wirtschaftlichen, ethischen und auch moralischen Parameter berücksichtigt.“⁴¹⁷

Die **FPÖ** stellt in puncto Volksabstimmung und Atomsperrgesetz den Verweis auf eine bereits gefallene Entscheidung ins Zentrum. Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung habe sich am 5. November 1978 gegen die friedliche Nutzung der Kernkraft entschieden und die Volksvertretung diese daher per Gesetz verboten. Der spätere Gene-

	n
Fehler Kreisky	1
Entscheidung gefallen	16
Keine Veränderungen	3
andere	8
gesamt	37

Tabelle 21: XV. GP: Bezugnahmen der FPÖ

ralsekretär Walter Grabher-Meyer hält beispielsweise fest: *„Es ist das Problem der Kernkraftwerke, die Ihnen durch diese Volksabstimmung von der Bevölkerung, von den Menschen dieses Landes abgesprochen wurden.“⁴¹⁸* Von Beginn an verweisen Abgeordnete der FPÖ, wie etwa der stellvertretende Klubobmann Ofner, darauf, dass das Ergebnis

⁴¹⁵Alois Mock (ÖVP), STPNRÖ, XV. GP, 3. Sitzung, 20.06.1979, S. 43.

⁴¹⁶Johann Staudinger (ÖVP), STPNRÖ, XV. GP, 98. Sitzung, 15.12.1981, S. 9940.

⁴¹⁷Günther Wiesinger (ÖVP), STPNRÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981, S. 7730.

⁴¹⁸Walter Grabher-Meyer (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 6. Sitzung, 04.07.1979, S. 413.

zu respektieren sei.⁴¹⁹ Die Kernenergie wird grundsätzlich abgelehnt. Den BefürwortInnen, die mit Sicherheit versuchen würden die Volksabstimmung ungeschehen zu machen, würde mit voller Kraft entgegengetreten. Wiederum Grabher-Meyer legt fest:

*„Nur höre ich halt immer wieder Unkenrufe von jenen Leuten, die darüber Krokodilstränen weinen, und zwar sowohl von der linken als auch von der rechten Seite hier in diesem Hause. Die Freiheitliche Partei kann versprechen, daß sie mit Argusaugen darüber wachen wird, daß dieser Volksentscheid nicht ins Gegenteil verkehrt werden kann.“*⁴²⁰

Unterstützend hinterfragen Abgeordnete der Freiheitlichen Partei die wieder aufgeflamnte Kernenergiekontroverse bezüglich einer potenziell geänderten Faktenlage. Implizit anerkennend, dass eine Revision der Volksabstimmung etwa unter dem Verweis auf veränderte Rahmenbedingungen (beispielsweise die weltweiten Veränderungen am Energiesektor) durchgesetzt werden könne, hält daher Energiesprecher Stix gegen Ende der Gesetzgebungsperiode in Bezug auf den Unterausschuss, der in Folge des Pro-Atom-Volksbegehrens eingesetzt wurde, fest:

*„Aber aus freiheitlicher Sicht muß ich doch in aller Nüchternheit und in aller Trockenheit feststellen, daß wir aus meiner Sicht bisher keinerlei zusätzliche Erkenntnisse in diesem Unterausschuß gewonnen haben, daß sich an der Gesamtsituation der Kernenergienutzung nichts geändert hat.“*⁴²¹

Fallbeispiel – Entschließungsanträge zum Atomsperrgesetz: Anhand von vier Entschließungsanträgen die zwischen Herbst 1979 und Sommer 1981 eingebracht wurden, soll kurz gezeigt werden, wie sich diese Positionen und Verschiebungen rund um den weiteren Umgang mit der Kernenergie in Österreich im Nationalrat wiederum in konkreten Beschlüssen niederschlagen. In der XV. Gesetzgebungsperiode steht vor allem für die Großparteien das ausloten und festlegen nunmehriger Lösungsmöglichkeiten im Zentrum. So brachte etwa Klubobmann Heinz Fischer am 5. Dezember 1979 im Rahmen der Budgetdebatte einen Entschließungsantrag ein, dem zu Folge:

„die Bundesregierung ersucht wird, in ihren energiepolitischen Planungen darauf Bedacht zu nehmen, daß eine Änderung des Atomsperrgesetzes vom 15. Dezember 1978 nach Auffassung des Nationalrates nicht ohne neuerliche

⁴¹⁹Vgl. Harald Ofner (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 9. Sitzung, 23.10.1979, S. 732.

⁴²⁰Walter Grabher-Meyer (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 11. Sitzung, 06.11.1979, S. 911.

⁴²¹Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 140. Sitzung, 17.12.1982, S. 14346.

*Volksabstimmung in Betracht kommt, wobei der einer solchen Volksabstimmung zugrunde zu legende Gesetzesbeschluß mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden müßte.*⁴²²

Fischer wendete sich direkt an die beiden Oppositionsparteien, sich dieser Entschlieung anzuschließen. Damit wäre die Diskussion in dieser Sache endgültig beendet, nämlich *„was die Verfahrensweise und die Vorgangsweise betrifft.“*⁴²³ Der Antrag wurde schließlich als Entschlieung E6 einstimmig angenommen.⁴²⁴

Im Laufe der 77. Sitzung der XV. GP war der *„Bericht des Handelsausschusses über das Volksbegehren betreffend die Aufhebung des Atomsperrgesetzes vom 15. Dezember 1978“* Gegenstand der Verhandlungen im Nationalrat. Alle drei Parteien nahmen dies zum Anlass ihrer Position durch einen Entschließungsantrag Nachdruck zu verleihen. Die (aufgrund der Regierungsmehrheit) erfolgreiche Entschlieung der SPÖ dient der Bekräftigung der Entschlieung vom 5. Dezember 1979.⁴²⁵ Die ÖVP nutzt nunmehr die Gelegenheit der Regierung zu unterstellen sie missachte das Ergebnis der Volksabstimmung und das Atomsperrgesetz, wenn es in ihrem Antrag heißt, die Regierung möge ihre energiepolitischen Pläne und Maßnahmen auf das geltende Atomsperrgesetz abstimmen.⁴²⁶ Die FPÖ wiederum inszeniert sich als Hüterin eines *„atomfreien Österreich“*, wenn gefordert wird, die Energiepolitik der Regierung so auszurichten, dass *„das Bundesgesetz über das Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich aufrechtbleibt.“*⁴²⁷

Zwischen Herbst 1979 und dem Sommer 1981 scheint sich die Gangart in der Frage Atomsperrgesetz also zu verschärfen: Dem Antrag von Heinz Fischer im Herbst 1979 waren Gespräche über die Erhebung des Atomsperrgesetzes zu einer Verfassungsbestimmung mit dem kürzlich ernannten Parteiobmann Alois Mock vorausgegangen.⁴²⁸ Auch wenn sich die drei Fraktionen – oder zumindest die beiden Großparteien – im Herbst 1979 nicht auf eine gemeinsame Lösung verständigen konnten, schien einiges dafür zu

⁴²²Heinz Fischer (SP), STPNRÖ, XV. GP, 14. Sitzung, 05.12.1979, S. 1160.

⁴²³ebd., S. 1160.

⁴²⁴ebd., S. 1229.

⁴²⁵Franz Köck (SP), STPNRÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981, S. 7713; Abstimmung S. 7731.

⁴²⁶Vgl. Günther Wiesinger (ÖVP), ebd., S. 7730.

⁴²⁷Friedhelm Frischenschlager (FPÖ), ebd., S. 7701.

⁴²⁸In der Literatur finden sich keine detaillierten Hinweise oder Darstellungen derartiger Verhandlungen. Anfang März 1985 bezieht sich Energiesprecher Heindl auf diese Verhandlungen und zitiert aus einer Vereinbarung zwischen SPÖ und ÖVP, in welcher sich beide Parteien zu einer 2/3-Mehrheit verpflichten. Generalsekretär Graff verweist per Zwischenruf darauf, dass es sich um einen nicht unterzeichneten Entwurf handle. Vgl. Kurt Heindl (SP), STPRN, XVI. GP, 81. Sitzung, 06.03.1985, S. 7259.

sprechen, die von Fischer eingebrachte Entschlieung einstimmig zu verabschieden. Auch wenn diese unterschiedlich interpretiert werden konnte, handelte es sich für den Moment um einen Akt der Zusammenarbeit, der bewusst eingegangen wurde. Im Sommer 1981 wiederum dienen die Entschließungsanträge dazu, unterschiedliche Positionen zu beziehen. Schließlich sind diese als Folge der parlamentarischen Beratung und Nichteinigung im Zuge des Pro-Atom-Volksbegehrens der Öffentlichkeit und den eigenen ParteigngerInnen zu vermitteln.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich also auch, dass der Konsensbeschluss aus dem Jahre 1979 für die Fraktionen mehrere Perspektiven bot: Dieser konnte als Bezugspunkt für ein mögliches gemeinsames Vorgehen dienen, ließ aber gleichzeitig ausreichend Handlungsspielraum für alle Fraktionen, um getrennte Positionen in Bezug auf die Kernenergie aufrecht zu erhalten.

Ein nationaler Konsens FÜR die Kernenergie? Wie bereits in Kapitel 2 erläutert, wurde in der XVI. GP im Rahmen der Kleinen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ der letzte und auch einzige umfassende Versuch unternommen, das Atomkraftwerk Zwentendorf doch noch in Betrieb zu nehmen beziehungsweise das Atomsperrgesetz aufzuheben und eine neue Volksabstimmung durchzuführen. Von Mai 1983 bis März 1985 entfallen 103 Bezugnahmen auf die SPÖ, 30 auf die Koalitionspartnerin FPÖ und 113 auf die ÖVP.⁴²⁹

Der Weg zu einer neuerlichen Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich wurde von der **SPÖ** vorgegeben. Es sollte ein nationaler Konsens für eine Inbetriebnahme Zwentendorfs erzielt werden. So erklärte Bundeskanzler Fred

	n
Nationaler Konsens	40
Aufhebung des Klubzangs	30
ÖVP Wahltaktik	30
Respekt Koalitionspartnerin bzw. 'echte' GegnerInnen	3
gesamt	103

Tabelle 22: Revisionsversuche SP

⁴²⁹XVI. GP: 3.–01.06.1983, 7.–05.07.1983, 11.–28.09.1983, 21.–29.11.1983, 22.–30.11.1983, 30.–16.12.1983, 34.–22.02.1984, 40.–29.03.1984, 43.–11.04.1984, 48.–24.05.1984, 51.–26.06.1984, 54.–28.06.1984, 61.–19.10.1984, 67.–28.11.1984, 69.–30.11.1984, 71.–11.12.1984, 73.–13.12.1984, 74.–14.12.1984, 75.–23.01.1985, 80.–21.02.1985, 81.–06.03.1985, 83.–07.03.1985, 85.–21.03.1985

Sinowatz im Mai 1984, dass aufgrund der bisherigen Entwicklungen „eine Inbetriebnahme nur dann erfolgen kann, wenn gleichsam ein nationaler Konsens der im Parlament vertretenen Parteien erfolgt und eine neuerliche Volksabstimmung eine Mehrheit für die Inbetriebnahme ergibt.“⁴³⁰ Die SPÖ knüpft in ihrer Argumentation an die bereits erläuterte Entschließung vom Herbst 1979 an. Als Grundlage für eine neuerliche Volksabstimmung müsse eine Zweidrittelmehrheit im Parlament – sprich ein gemeinsamer Beschluss der beiden Großparteien – für die Durchführung einer solchen erzielt werden.⁴³¹ Wiederholt weisen Abgeordnete der SPÖ, wie etwa Walter Resch, darauf hin, dass jenseits parteipolitischer Auseinandersetzung eine sachliche Entscheidung im Rahmen eines solchen nationalen Konsens mit anschließender Volksabstimmung erreicht werden müsse.⁴³² In Bezug auf die einzuleitende Volksabstimmung betont Energiesprecher Heindl für die SPÖ, man wolle der ÖVP hinsichtlich der Fragestellung entgegen kommen. Daher wurde ein Vorschlag gewählt, der im Herbst 1978 vom damaligen ÖVP-Bundesparteiobmann Taus ins Spiel gebracht wurde.⁴³³

Im Zuge des nationalen Konsens betont die SPÖ in Konfrontation mit der ÖVP die Zuständigkeit des Parlaments in dieser Frage. Der Nationalrat habe die Volksabstimmung 1978 eingeleitet und alle Fraktionen hätten gemeinsam im Parlament das Atomsperrgesetz verabschiedet.⁴³⁴ Heindl verteidigt über diesen Weg zudem die Bestrebungen für eine Anordnung einer neuerlichen Volksabstimmung mittels qualifizierter Mehrheit auf Basis eines Initiativantrags der SPÖ.⁴³⁵ Dies ist vordergründig als Reaktion auf die Vorwürfe der ÖVP (diese verlangte als Bedingung eine Regierungsvorlage) zu bewerten. Andererseits drückt sich hierin die Einigung mit der FPÖ aus. Diese war offensichtlich bereit, eine Volksabstimmung durch die Großparteien zu ermöglichen, solange sie keine allzu aktive Rolle diesbezüglich übernehmen musste.

Die Zustimmung der ÖVP wiederum sollte über die Aufhebung des Klubzwangs ermöglicht werden.⁴³⁶ Einerseits wurde hierfür wiederholt in den Vordergrund gestellt, dass sich der Konflikt um die Kernenergie durch alle Parteien ziehe. So etwa Klubob-

⁴³⁰Fred Sinowatz (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 48. Sitzung, 24.05.1984, S. 3945.

⁴³¹Vgl. Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 67. Sitzung, 28.11.1984, S. 5757.

⁴³²Vgl. Walter Resch (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 80. Sitzung, 21.02.1985, S. 7168.

⁴³³„Stimmen Sie der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Österreich – Inbetriebnahme des Kraftwerkes Zwentendorf – zu?“ Vgl. Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 81. Sitzung, 06.03.1985, S. 7263f.

⁴³⁴Vgl. Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7579.

⁴³⁵Vgl. ebd., S. 7574.

⁴³⁶Historische Beispiele hierfür sind in der Literatur nicht belegt oder erläutert. Einzelne Abgeordnete verweisen auf ein ähnliches Vorgehen in Bezug auf das Glücksspielgesetz und entsprechende Überlegungen bei der Einführung der Gurtenpflicht im Straßenverkehr. Vgl. Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 67. Sitzung, 28.11.1984, S. 5757.

mann Wille: „*Ich akzeptiere das [ablehnende Haltung zur Kernenergie, Anm. F.B.] bei jedem, weil das einfach eine Frage ist, die längst unsere Klubs und unsere Sektoren verlassen hat. Das geht ja kreuz und quer durcheinander.*“⁴³⁷ Gerechtfertigt werden soll dies mit der Inszenierung der Frage der Kernenergie als letztlich unpolitische Sachfrage. Vielmehr gehe es laut Energiesprecher Heindl um eine Gewissensfrage, die jenseits von Parteipolitik entschieden werden solle.⁴³⁸ Klubobmann Wille nennt die eigentliche Funktion dieser Strategie sehr offen beim Namen: „*Es ist keine Partei genötigt, eine ganz bestimmte Haltung und eine ganz bestimmte Linie anzunehmen.*“⁴³⁹

Um die Oppositionspartei unter Druck zu setzen bedient sich die SPÖ wiederum des bereits zur Genüge aufgebauten Vorwurfs der Taktiererei. Wie schon in der XV. GP wird hervorgehoben, dass es sich bei Zwentendorf um ein Projekt der ÖVP handle, welches aus strategischen Gründen aufgegeben wurde. Bundeskanzler Sinowatz etwa hält diesbezüglich fest: „*Ich möchte darüber hinaus, Hohes Haus, vor der Irrmeinung warnen, mit der Frage Zwentendorf eine Änderung in der Zusammensetzung der Bundesregierung oder andere taktische politische Ziele erreichen zu können.*“⁴⁴⁰ Walter Resch spannt schließlich den Bogen zwischen dem Vorwurf der Parteitaktik und der Aufrechterhaltung des Klubzwangs: „*In der ÖVP werden die Befürworter der Kernenergie von einer wirklich verschwindenden Minderheit von Politstrategen praktisch vergewaltigt und gezwungen, gegen ihre Überzeugung zu stimmen.*“⁴⁴¹

Für die **FPÖ** stellt sich die schwierige Aufgabe, ihre jahrelang artikuliert grundlegende Ablehnung der Kernenergie nicht allzu offenkundig aufzugeben und trotzdem der Koalitionspartnerin SPÖ einen Versuch zur Aufhebung des Atomsperrgesetzes zu ermöglichen. Einerseits wird daher mehrfach festgehalten, dass sich an der freiheitlichen Position nichts geändert habe. Vor allem zu Beginn der Legislaturperiode werden zudem Bekenntnisse zum Atomsperrgesetz abgegeben.⁴⁴² Nachdem innerhalb der Koalition offenbar ein mögliches Vorgehen akkordiert werden konnte, erläutert Energiesprecher Stix die Linie ab März 1985: „*Dem Antrag auf neuerliche Volksabstimmung konnten wir nicht beitreten, weil nach Auffassung der FPÖ die gefragte Entscheidung bereits durch die Volksabstimmung 1978 gefallen ist. Wir respektieren aber den Wunsch des Koalitionspartners,*

⁴³⁷ Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 67. Sitzung, 28.11.1985, S. 5757.

⁴³⁸ Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7575.

⁴³⁹ Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 83. Sitzung, 07.03.1985, S. 7336.

⁴⁴⁰ Fred Sinowatz (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7552.

⁴⁴¹ Ausdruck und Formulierung können als durchaus repräsentativ für das Niveau bezeichnet werden, auf welchem die Debatte im Laufe des März 1985 geführt wurde. Walter Resch (SPÖ), ebd., S. 7605.

⁴⁴² Vgl. Walter Grabher-Meyer (FPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 3. Sitzung, 01.06.1983, S. 76.

	n
Atomsperrgesetz bleibt	6
Respekt Koalitionspartnerin bzw. Klubzwang aufheben	6
Duldung nationalen Konsens	9
ÖVP-Wahltaktik	9
gesamt	30

Tabelle 23: Gradwanderung der FPÖ

eine neuerliche Volksabstimmung frei von Klubzwang durchzuführen.“⁴⁴³ So wiederholt Stix nach einer erneuten Darlegung der freiheitlichen Position zur Kernenergie vor der Abstimmung am 21. März 1985:

*„Wir glauben aber an die Verantwortung der freigewählten Abgeordneten. Im Einklang mit dem Buchstaben und im Einklang mit dem Geist der Verfassung treten wir hinsichtlich der heute zur Debatte stehenden Anträge für eine Abstimmung ohne Klubzwang ein. Das Abstimmungsverhalten meiner Fraktion wird zeigen, daß es auch bei uns unterschiedliche Einschätzungen gibt, daß aber das überwiegende Gros der freiheitlichen Abgeordneten Zeugnis dafür ablegen wird, wie breit die in der Freiheitlichen Partei zur Atomfrage in langen Jahren fundiert erarbeitete Auffassung getragen wird.“*⁴⁴⁴

Darüber hinaus begibt sich die FPÖ auf die von der SPÖ vorgegebene Linie im Rahmen des nationalen Konsens: Finde sich eine 2/3-Mehrheit im Parlament, sei eine neuerliche Volksabstimmung durchzuführen.⁴⁴⁵ Bezüglich der ÖVP skandalisieren Abgeordnete der FPÖ ebenfalls im Einklang mit der Koalitionspartnerin SPÖ. Im Herbst 1984 hält etwa Vizekanzler Norbert Steger fest:

*„Sie sagen, daß Ihr Parteiobmann Dr. Mock klare Aussagen dazu getroffen hat. Ich erinnere mich, daß er klar sagt: Die Volkspartei ist für Atomenergie, aber gegen Zwentendorf. – Wo da die Klarheit besteht, verstehe ich nicht ganz.“*⁴⁴⁶

Im März 1985 übernehmen neben Energiesprecher Stix weniger exponierte Mandatare der FPÖ die Agitation, vermutlich auch, um den dezidierten Kernkraftgegner Steger,

⁴⁴³Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 83. Sitzung, 07.03.1985, S. 7338f.

⁴⁴⁴Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7589.

⁴⁴⁵Vgl. ebd., S. 7582.

⁴⁴⁶Norbert Steger (FPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 61. Sitzung, 19.10.1984, S. 5217.

als Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie in der Regierung persönlich mit der Energiepolitik betraut, soweit überhaupt möglich aus der direkten Schusslinie zu nehmen.

Von Seiten der **ÖVP** kommen bis in das Jahr 1984 unterschiedliche Bezugnahmen zu den Themen Volksabstimmung und Atomsperrgesetz. Im Sinne überparteilicher Konfliktlinien bekennt sich etwa Wirtschaftssprecher Graf zur Kernenergie und zeigt sich „stolz“ über weitere ÖVP-Klubmitglieder der selben Auffassung.⁴⁴⁷ Parteiobmann Mock

	n
Konfliktlinien durch alle Parteien	4
SPÖ verhindert Zusammenarbeit	8
Kein Regierungskonsens	40
Unseriöses Vorgehen	20
Bedingung Regierungsvorlage	23
Skandalisierung FPÖ-Schwenk	6
Klare Linie: Ja, aber	5
Neue Fakten darlegen	5
Bekenntnis Atomsperrgesetz	2
gesamt	113

Tabelle 24: Argumentationslinien ÖVP

wiederum moniert mangelnden Kooperationswillen bei der SPÖ.⁴⁴⁸ Im Frühjahr 1984 scheinen die Fronten also einigermaßen klar. Einer Einigung wird von niemandem offen entgegengearbeitet, noch wird die Möglichkeit einer solchen ausgeschlossen.

Bis in den März 1985 finden die beiden Großparteien allerdings zu keiner gemeinsamen Lösung, die Debatte verschärft sich zunehmend. Eine grobe Richtung wurde schon im Mai 1984 als Antwort auf Bundeskanzler Sinowatz ausgegeben, allerdings konnte diese zu diesem Zeitpunkt noch als Signal oder Bekenntnis für mögliche Wege zur Kooperation gewertet werden:

„Der Aufruf zum nationalen Konsens hat nur zwei Voraussetzungen notwendig: Der Herr Dr. Sinowatz muß sich mit seinem Vizekanzenler einigen [...] Und zweitens muß man eine Volksabstimmung machen und der Bevölkerung nur die einzig wirkliche Frage stellen: Sind Sie für die friedliche Nutzung der Kernenergie, ja oder nein?“⁴⁴⁹

⁴⁴⁷Vgl. Robert Graf (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 48. Sitzung, 24.05.1984, S. 3974.

⁴⁴⁸Vgl. Alois Mock (ÖVP), ebd., S. 3956.

⁴⁴⁹Robert Graf (ÖVP), ebd., S. 3974.

Im Frühjahr 1985 erscheinen mögliche Lösungen allen Beteiligten offenbar zunehmend unwahrscheinlich und die ÖVP beginnt sich auf ihren Standpunkt zurückzuziehen. In erster Linie wurde vehement darauf hingewiesen, dass es keinen nationalen Konsens für die Kernenergie geben könne, wenn innerhalb der Regierung keine einhellige Meinung zu diesem Thema herrsche. Ähnlich wie in puncto Sicherheitsgarantie (siehe Kapitel 5.4.3) nutzte die ÖVP die grundsätzlichen Positionen bei der FPÖ, um ein „gemeinsames“ Vorgehen der Regierung in dieser Frage als unmöglich erscheinen zu lassen. Neben allgemeinen Äußerungen zu diesem Problem wird diese Argumentation von der Skandalisierung der Position von Energieminister Steger begleitet:

„Der Herr Bundeskanzler soll nicht mit Händen und Füßen [...] sondern mit stichhaltigen Argumenten für die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich eintreten, wobei es schon wünschenswert wäre, daß sich sein Energieminister von dieser Diskussion nicht absentiert, sondern sich der Meinung des Dr. Sinowatz anschließt.“⁴⁵⁰

Als zweite Argumentationslinie stellt die ÖVP das Regierungshandeln insgesamt in das Zentrum der Kritik. Das gesamte Vorgehen in Bezug auf Zwentendorf wird als unseriös und nicht vertretbar dargestellt. Energiesprecher König etwa unterstellt der Regierung Konzeptlosigkeit, da sie eine von ihr zu treffende Entscheidung an das Parlament abzuschieben versuche.⁴⁵¹ Der politische Direktor des ÖVP-Klubs Bergmann hält fest: *„Das ist keine seriöse und anständige Vorgangsweise, das ist unfair und führt den Bürger in die Irre.“⁴⁵²*

Als zentrale Bedingung für die Zustimmung der Volkspartei zu einer Volksabstimmung stellen ihre Abgeordneten eine Regierungsvorlage ins Zentrum der Agitation. Neben anderen Bezugspunkten dient auch der ÖVP der Entschließungsantrag aus dem Herbst 1979 als solcher. Voraussetzung für eine Volksabstimmung sei die Initiative der gesamten Bundesregierung. Graf hält fest:

„[...] ich betone: d i e B u n d e s r e g i e r u n g wurde ersucht über Antrag des SPÖ-Klubobmanns –, in ihren energiepolitischen Planungen darauf Bedacht zu nehmen, daß eine Änderung des Atomsperrgesetzes nicht ohne Volksabstimmung und nur mit Zweidrittelmehrheit erfolgen sollte.“⁴⁵³

⁴⁵⁰Robert Graf (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7568.

⁴⁵¹Friedrich König (ÖVP), ebd., S. 7611.

⁴⁵²Kurt Bergmann (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 83. Sitzung, 07.03.1985, S. 7343.

⁴⁵³Robert Graf (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985, S. 7561, Hervorhebung im Original.

Diese Auslegung ermöglicht der ÖVP gleich auf mehreren Wegen Druck auf die Regierungsparteien auszuüben. Der SPÖ wird implizit vorgeworfen, sie halte sich nicht an von ihr selbst initiierte Beschlüsse. Ein gemeinsamer Antrag der Bundesregierung wiederum entspräche der geforderten Regierungsvorlage und richtet sich implizit an die prekäre Position der FPÖ, deren Schwenk in der Frage Kernenergie darüber hinaus auch ganz grundsätzlich angegriffen wird.⁴⁵⁴

Inszenierungen bis zur Reaktorkatastrophe von Tschernobyl: In den verbleibenden 13 Monaten zwischen der gescheiterten Abstimmung im März 1985 und den Ereignissen in Tschernobyl Ende April 1986 entwickeln die drei Fraktionen Ansätze für Argumentationen unter Einbeziehung der eben geschilderten Auseinandersetzungen.⁴⁵⁵ Auf die SPÖ entfallen 24 Bezugnahmen, auf die FPÖ 4 und auf die ÖVP wiederum 9.

Die SPÖ nutzt das Thema Kernenergie nunmehr wieder, um die Konkurrentin Volkspartei als verantwortungslos und nicht staatstragend zu inszenieren. Als Beispiel soll hier ein etwas längeres, ob des Zurückgreifens auf „große Narrative“ der Zweiten Republik aber umso eindrucksvolleres Zitat des SPÖ „Hinterbänklers“ Rudolf Tirnthaler dienen. Es steht im Kontext einer Novelle des Arbeitsmarktförderungsgesetzes und ist Teil einer Kontrastierung der Errungenschaften der Sozialdemokratie seit den 1970er Jahren mit den Lebensumständen der ÖsterreicherInnen in den 1930er Jahren. Diese werden der ÖVP zugeschrieben, deren Vorgängerin in diesen Jahren „*die schwarze Diktatur*“ errichtet habe:

„Ich habe im Jahre 1946, als ich aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt bin, aber auch erlebt, mit wieviel Hingabe, Fleiß, Einsatzwillen und Opferbereitschaft die Österreicher ihre vielfach zerbombte Heimat wiederaufgebaut haben, obwohl sie in den ersten Jahren nach Kriegsende bei dieser Arbeit hungern mußten. Damals, meine Damen und Herren, haben alle eng zusammengearbeitet, damals haben alle an einem Strang gezogen, und damals hat es noch, im Gegensatz zu heute, eine Österreichische Volkspartei gegeben, die für Staatspolitik eingetreten ist und nicht, wie heute, für Parteipolitik. Heute, unter der Obmannschaft des Herrn Dr. Mock, betreibt diese ÖVP eine verantwortungslose Politik, die unserem Staat und allen Österreichern schweren Schaden zufügt. So war es bei der dringlichen Anfrage am 20. März,

⁴⁵⁴Vgl. Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 81. Sitzung, 06.03.1985, S. 7254.

⁴⁵⁵XVI. GP: 86.–17.04.1985, 89.–08.05.1985, 90.–09.05.1985, 95.–13.06.1985, 97.–26.06.1985, 99.–27.06.1985, 114.–27.11.1985, 122.–13.12.1985, 124.–17.12.1985.

*bei der die ÖVP den Österreichern weismachen wollte, daß sie alle schon am Hungertuch nagen müßten. Noch ärger, meine Damen und Herren, war es am 21. März, als die ÖVP eine neuerliche Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie verhinderte.*⁴⁵⁶

Die FPÖ reiht sich in Darstellungen der taktierenden, nicht staatstragenden ÖVP ein und übt sich in Schuldzuweisungen. So etwa Walter Grabher-Meyer:

„Die Bevölkerung hat klar erkannt, wer für das derzeitige Tohuwabohu verantwortlich ist, nämlich die Österreichische Volkspartei. Eine Gallup-Umfrage [...] hat folgendes Ergebnis gebracht: 42 Prozent der Österreicher weisen für eine Stilllegung des Kernkraftwerkes Zwentendorf der ÖVP die alleinige Verantwortung zu. Deutlicher kann ein Ergebnis wohl nicht sein.“⁴⁵⁷

Abgeordnete der ÖVP wiederum führen Zwentendorf weiterhin als Beispiel für die Uneinigkeit in der Regierung und einen allgemeinen Stillstand in der Innenpolitik. So heißt es im Rahmen einer dringlichen Anfrage *„an den Bundeskanzler betreffend die Nichterfüllung der Regierungserklärung und das Scheitern der sozialistischen Koalitionsregierung“*, verlesen durch Schriftführer Leitner:

„2.5 Der Fall Zwentendorf: In dieser Frage konnte Bundeskanzler Dr. Sinowatz nicht einmal mehr als Sprecher der Regierung auftreten. Die Regierung ist bis heute nicht in der Lage, die Frage zu beantworten, ob sie für oder gegen die Aufhebung des Atomsperrgesetzes ist.“⁴⁵⁸

Die ÖVP inszeniert nach wie vor Verhandlungsbereitschaft. So etwa der stellvertretende Bundesparteibobmann und Bobmann des Wirtschaftsbundes Sallinger: *„Die Österreichische Volkspartei ist verhandlungsbereit, wenn ein einhelliger Antrag der Regierung zustande kommt.*“⁴⁵⁹

Zusammenfassung: Aus den geschilderten Diskussionen können in der Folge einige Beobachtungen in Bezug auf die *Prozesskultur* zusammengefasst werden. Unmittelbar nach der Volksabstimmung bis zur Beschlussfassung des Atomsperrgesetzes Mitte

⁴⁵⁶Kurt Tirnthal (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 86. Sitzung, 17.04.1985, S. 7727.

⁴⁵⁷Walter Grabher-Meyer (FPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 97. Sitzung, 26.06.1985, S. 8639.

⁴⁵⁸STPNRÖ, XVI. GP, 89. Sitzung, 08.05.1985, S. 8008.

⁴⁵⁹Rudolf Sallinger (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 97. Sitzung, 26.06.1985, S. 8629. Schmidt verweist auf vereinzelte Vorstöße von Seiten der ÖVP, etwa über den Bundesrat im Herbst 1985, die darauf abzielten, die Diskussion am Laufen zu halten. SCHMIDT, Die Kernenergie-Debatte in Österreich, S. 47.

Dezember, dominieren vor allem bei den beiden Großparteien mehrere Konfliktlinien. Im Lichte des unerwarteten Ergebnisses hagelt es Schuldzuweisungen, ebenso wie unterschiedliche Erklärungen über die Ereignisse der Monate und Jahre davor. Alle Parteien nutzen die Chance zur Profilierung gegenüber der Öffentlichkeit. Standpunkte zum Thema werden ein letztes Mal überspitzt inszeniert um sich in der Konkurrenz zum politischen Gegner möglichst positiv darzustellen, ehe das Thema im Lichte des Wahlkampfes in den Hintergrund gerückt wird. Mit dem einstimmigen Beschluss und in beinahe harmonischer Übereinstimmung in der Inszenierung des Verbots der Kernspaltung zur volkswirtschaftlichen Energiegewinnung wird das Thema von allen Beteiligten gemeinsam vom Tisch genommen. Insgesamt treten also Interaktionsformen zu Tage, wie sie zu Zeiten der Großen Koalition etabliert wurden: Grundsätzlich herrscht Einvernehmen über das weitere Vorgehen, während in der Öffentlichkeit ritualisierte Konfliktaustragung stattfindet. Nach Peter Gerlich und Roman Pfefferle kann eine starke Differenz zwischen „onstage“ und „offstage“ festgemacht werden.⁴⁶⁰

Für die XV. GP wiederum wurde schon an vier Entschließungsanträgen exemplarisch aufgezeigt, wie sich vor allem die Großparteien zwischen dem Beschwören der Zusammenarbeit und der Abgrenzung in Bezug auf die Atomenergie hin und her bewegen. Es scheint immer wieder Ansatzpunkte für eine mögliche Neuverhandlung der Thematik beziehungsweise eine Annäherung im Unterausschuss zum Pro-Atom-Volksbegehren zu geben, allerdings keine nachhaltigen Entscheidung für ein solches. Sofern sich offenbar tagespolitische Notwendigkeiten ergeben, rücken also konfliktive Bezugnahmen ins Zentrum. Ansonsten werden Verhandlungsbereitschaft und Zusammenarbeit als zentrale Werte beschworen.

Für den Versuch der Einleitung einer neuerlichen Volksabstimmung vom Herbst 1984 bis in den März 1985 kann festgehalten werden, dass die beiden Großparteien eine Zusammenarbeit als Basis für eine etwaige Lösung anerkennen. Es finden sich etwa Hinweise darauf, dass im Rahmen von außerparlamentarischen Verhandlungen beinahe eine entsprechende Vereinbarung (Aufhebung nur per 2/3-Mehrheit) fixiert worden wäre. Schlussendlich scheint es aber bei einem einstimmigen Entschließungsantrag im Herbst 1979 geblieben zu sein. Also wurde diese qualifizierte Mehrheit im März 1985 durch die SPÖ im Rahmen ihres Initiativantrags festgesetzt.

Die SPÖ beharrt grundsätzlich auf jener Position, die Bruno Kreisky letztlich zur Einleitung einer Volksabstimmung bewog: Das Kernkraftwerk Zwentendorf soll in Betrieb

⁴⁶⁰Vgl. Peter GERLICH/Roman PFEFFERLE, Tradition und Wandel, in: Helmut DACHS u. a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 501–511, hier S. 506f.

genommen werden. Allerdings nicht um jeden Preis: Die Verantwortung muss mit der ÖVP geteilt werden. Darüber hinaus ist deren Zustimmung Voraussetzung für eine sichere Mehrheit bei der, gegenüber der Öffentlichkeit unumgänglichen, neuerlichen Volksabstimmung. Die FPÖ wiederum duldet den Vorstoß der Kanzlerpartei. Wurde das Thema Atomenergie zwar seit Mitte der 1970er Jahre genutzt, um die SPÖ unter Druck zu setzen, ist die FPÖ als Regierungspartei nicht bereit für dieses Thema die Koalition zu gefährden. Die ÖVP wiederum scheint nicht bereit zu sein, ein derart großes Zugeständnis an die Regierung einzugehen, könnte diese doch eine Inbetriebnahme als Sieg für sich verbuchen.

Der Vorschlag der SPÖ, dieses Thema durch die Aufhebung des Klubzwangs einer Lösung zuzuführen, muss aus mehreren Gründen als nicht erfolgversprechend und trotzdem als der einzig realistische Weg bezeichnet werden. Wie in Kapitel 2.6 erläutert, wurde dieser Vorschlag bereits in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre von Bruno Kreisky in die Diskussion eingebracht und von der Industriellenvereinigung 1978 wieder aufgegriffen. Offenbar konnten sich Befürworter dieser Lösung schon damals nicht in der ÖVP gegenüber Taus' Beharren durchsetzen, dass eine große Partei in dieser Frage eine einheitliche Linie vertreten müsse.⁴⁶¹ Abgesehen davon muss festgehalten werden, dass die Aufhebung des Klubzwangs keineswegs als Weg zu einer Abstimmung im Rahmen eines tatsächlich freien Mandats angesehen werden kann, sondern lediglich als Mittel zur parteipolitischen Inszenierung. Eindrucksvoll manifestiert sich dies (im Kontrast zu den dargelegten Ausführungen der Regierungsfractionen) im Abstimmungsverhalten der Regierung. Die „Aufhebung“ des Klubzwangs bei SPÖ und FPÖ ermöglichte lediglich ein strategisches Abstimmungsergebnis: Die Mehrheit der FPÖ-Abgeordneten stimmten mit der ÖVP gegen die Durchführung der Volksabstimmung und retteten das Bild der Anti-Atom-Partei. Drei Mandatare stimmten mit der SPÖ und zwei enthielten sich, um dieser eine Mehrheit von 91 zu 90 zu ermöglichen. Als einziger sozialdemokratischer Abgeordneter stimmte lediglich der öffentlich als Atomkritiker positionierte, ehemalige Vorsitzende der Sozialistischen Jugend, Josef Cap⁴⁶², gegen den parteieigenen Initiativantrag. Somit konnten SPÖ und FPÖ mit diesem Ergebnis ihr Gesicht wahren⁴⁶³, von einem freien Mandat im eigentlichen Sinn kann aber wohl kaum gesprochen werden.

⁴⁶¹Vgl. STIFTER, Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970–1983, S. 187–196.

⁴⁶²Cap war nach mehrfach öffentlich artikulierter Kritik gegenüber Parteifunktionären aus dem Bundesparteivorstand gewählt worden. Nachdem er für die Wahlen 1983 keinen erfolgversprechenden Listenplatz zugewiesen bekam, führte dieser einen Vorzugsstimmenwahlkampf, in dem unter anderem die Abwrackung des AKW Zwentendorf gefordert wurde. Vgl. SOZIALISTISCHE JUGEND ÖSTERREICH, Geschichte: Repolitisierung. Vorzugsstimmen-Kampagne für Josef Cap, URL: <http://www.sjoe.at/content/oest/sozjugend/geschichte/sjoe/repol/article/153.html>, letzter Zugriff: 09.01.2013.

⁴⁶³Vgl. PELINKA, Die kleine Koalition. SPÖ–FPÖ 1983–1986, S. 69–74.

Die Parlamentsklubs bilden in Österreich eine traditionelle politische Struktur. Grundsätzlich werden wesentliche Entscheidungen zwischen den Klubs – in aller Regel durch ein Zusammenkommen wesentlicher Klubfunktionäre – vorbereitet und in der Folge in den Nationalrat getragen.⁴⁶⁴ Dem Wiederaufgreifen des Vorschlags zur Aufhebung des Klubzwangs kann durchaus das Potenzial für eine Lösung der Kernenergiekontroverse im Sinne der BefürworterInnen zugeschrieben werden. Eine Einigung zwischen SPÖ und ÖVP zur Aufhebung des Klubzwangs hätte genügt, um vorhandene Bezugnahmen bezüglich einer „freien“ Sach- oder Gewissensentscheidung im Lichte parteiübergreifender Konfliktlinien für eine weitere Inszenierung zu nutzen und das Thema Kernenergie als „einen großen Wurf“ der parlamentarischen Demokratie darzustellen. Somit muss das Scheitern dieses Vorschlags als Folge einer ausgebliebenen Lösung im vorparlamentarischen Raum bezeichnet werden und nicht etwa als von vorne herein „nicht zum Ziel führend.“

Der Umgang mit dem Atomsperrgesetz beziehungsweise dem Thema Kernenergie nach der gescheiterten Abstimmung wiederum zeigt auf, dass vor allem parteipolitische Inszenierungen im Vordergrund bleiben, die seit der Reaktorkatastrophe 1986 völlig undenkbar erscheinen: Wer trägt die Schuld am Scheitern der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf?

⁴⁶⁴Vgl. SCHEFBECK, Das Parlament, S. 148.

6 Zusammenführung

Zur eingangs aufgeworfenen Fragestellung zurückkehrend ist festzuhalten, dass ein wesentlicher Ursprung der konsensualen Ablehnung der Kernenergie in einer spezifischen Interpretation der Geschichte und des Verhältnisses zwischen Anti-AKW-Bewegung, der Volksabstimmung und den etablierten Institutionen zu sehen ist. In Kapitel 2 konnte im Gegensatz zu geläufigen Geschichtsbildern aufgezeigt werden, dass die Volksabstimmung vom 5. November 1978 das Resultat institutionalisierter Abläufe war und keineswegs von der Anti-AKW-Bewegung erkämpft wurde. Vielmehr handelte es sich um den Versuch, ein zu diesem Zeitpunkt unter den Parteien nicht konsensfähiges Thema über ein Ersatzorgan, in diesem Fall die wahlberechtigten StimmbürgerInnen, einer Lösung zuzuführen. Mit dem 5. November 1978 war die Kernenergiekontroverse endgültig wieder eine parteipolitische Auseinandersetzung. Die Anti-AKW-AktivistInnen spielten, wenn überhaupt, nur mehr eine marginale Rolle.

Die genauere Untersuchung der Auseinandersetzung im österreichischen Nationalrat nach der Volksabstimmung wiederum zeigt auf, dass noch im November und Dezember 1978 von Funktionären aller Parteien der Grundstein für die Mythologisierung der Ereignisse gelegt wurde: Ein Verbot (!) der Nutzung der Kernenergie zur volkswirtschaftlichen Energieerzeugung wurde als die logische Konsequenz der Nein-Mehrheit bei der Volksabstimmung um die Inbetriebnahme Zwentendorfs dargestellt und die Kontroverse durch die gemeinsame Anerkennung dieser Interpretation beendet. Die klar ablehnende Haltung zur Atomenergie in dieser Phase war eine politische Notwendigkeit für Regierung und Opposition. Zwar konnte die FPÖ in dieser Phase das Thema Atomenergie inhaltlich am stärksten besetzen, die Großparteien bekräftigten allerdings damit in Einklang ihr Bekenntnis zum Abstimmungsergebnis sowie zur Ablehnung der Kernenergie. Erst ab der XV. GP wurden erste Schritte gesetzt, die zu erkennen gaben, dass es dabei wohl nicht bleiben würde. Die Kernenergie blieb ein Thema in der politischen Debatte. Die genauere Analyse zeigt, dass für (Re)Positionierungen und die jeweilige Besetzung des Themas durch die drei Fraktionen bis in das Jahr 1986 stets parteipolitische Überlegungen und Notwendigkeiten ausschlaggebend blieben: Dies gilt für die Propagierung der „Energiewende“, ebenso wie für die Nutzung der Kernenergie im Ausland, aber auch für scheinbar technologische und sachliche Fragen, wie die Sicherheit oder Wirtschaftlichkeit der Kernenergie.

6.1 Erste Ansätze eines „atomfreien Österreichs“

Wie zu Beginn der Untersuchung dargestellt, ist Nukleartechnologie auch in Österreich im Rahmen von „Atoms for Peace“ als die technologische Lösung wirtschaftlicher, medizinischer und weiterer gesellschaftlicher Probleme schlechthin etabliert worden. Eine Vielzahl von Hoffnungen und Versprechungen wurden an diese voll und ganz mit dem Fortschritt assoziierte Technologie geknüpft. Als mit dem Bau von Kernkraftwerken begonnen wurde, regte sich nur vereinzelt Widerstand. Erst im Laufe der 1970er Jahre, insbesondere mit der herannahenden Fertigstellung des AKW Zwentendorf, wurde die Kernenergie durch die Anti-AKW-Bewegung in der breiten Öffentlichkeit in Frage gestellt: Das Bild der sauberen, nahezu kostenlosen und friedlichen Fortschrittstechnologie Atomkraft, wurde ebenso in Frage gestellt wie die damit in Verbindung stehenden Versprechen und Visionen.

Wie in Kapitel 3 erläutert, können diese Visionen, Hoffnungen und Vorstellungen rund um Technologien als diskursiv hervorgebrachte Deutungsmuster beziehungsweise Sinnstiftungen verstanden und beschrieben werden. Im Anschluss an Jasanoff und Kim kann von *sociotechnical imaginaries* gesprochen werden, im Rahmen derer sich gesellschaftliche Zielsetzungen, Technologievorstellungen und unter Umständen auch Zukunftsentwürfe miteinander verschränken. Fragen wir danach, wer diese *sociotechnical imaginaries* maßgeblich hervorbringt und in weiterer Folge transformiert und prägt, so waren dies in Bezug auf die Atomenergie in Österreich in den 1950er und 1960er Jahren anfänglich AkteurInnen aus Politik und Wissenschaften, ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre vor allem die Elektrizitätswirtschaft. Ab den 1970er Jahren gewannen schließlich die politischen Parteien und damit verbunden Interessensvertretungen wie Gewerkschaften oder die Industriellenvereinigung wesentlich an Bedeutung, während die Anti-AKW-Bewegung diesen mit einer rasant ansteigenden Öffentlichkeit entgegen trat und die propagierten Versprechungen in Frage stellte.

Ab dem Sommer 1977 waren vor allem Funktionäre der drei im Nationalrat vertretenen Parteien am Zug. Nunmehr prägte hauptsächlich „die Politik“ die Vorstellungen um die Kernenergie. Dies gilt mit dem einsetzenden Zerfall der Anti-AKW-Bewegung insbesondere für die Phase ab der Volksabstimmung am 5. November 1978. Für die beiden Großparteien kann angenommen werden, dass neben der Einbeziehung von Experten – zum Beispiel im Rahmen von Regierungsklausuren (Vgl. Kapitel 2.5) – vor allem über die Verbände, sowie personelle Verbindungen zur Elektrizitätswirtschaft, Fachwissen und technologische Kenntnisse für die politische Debatte akquiriert werden konnten. Bis auf einzelne Ausnahmen zeigt die Analyse der Debatten allerdings deutlich, dass weniger

Wissen und Aspekte aus Naturwissenschaft und Technik für die Aus- und Umformung von *imaginaries* rund um die Atomkraft entscheidend sind, sondern die Verschränkung von Technologievorstellungen mit gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen. Von AtomkraftkritikerInnen artikulierte Anliegen fanden in der parlamentarischen Auseinandersetzung nur wenig Resonanz. FPÖ-Energiesprecher Gerulf Stix scheint sich allerdings mit einigen Schlüsselpublikationen der österreichischen Anti-AKW-Szene (Vgl. Kapitel 2.5.2) auseinandergesetzt zu haben: Von Beruf Wirtschaftsberater und damit nicht fachkundig, verfügte Stix ursprünglich wohl nicht über einschlägiges Wissen. Im Laufe der Debatte griff er jedoch wiederholt Beispiele und Argumente auf, die sich vorrangig in den genannten Publikationen finden.

Doch lassen sich für den Verlauf der Auseinandersetzung einigermaßen kohärente *imaginaries* identifizieren? Nach dem negativen Volksentscheid gingen zunächst alle drei Fraktionen auf Distanz. Eine Betrachtung dieser Phase der Kernenergiekontroverse in ihrer ganzen Breite, fördert einen regelrechten Komplex an Positionierungen zur Atomkraft hervor: Als unmittelbare Folge des Volksentscheides beschwörten Vertreter aller drei im Nationalrat vertretenen Parteien eine „Energiewende“ zur Sicherung der Energieversorgung einer kernenergiefreien Zukunft des österreichischen Industriestaates. Neben einem neuerlichen Bekenntnis zu Wasserkraft und Kohle inszenierten die Vertreter der Parteien einhellig einen Richtungswechsel hin zur Erforschung und Entwicklung alternativer Energiequellen. Darüber hinaus sollte ein sparsamer und vernünftiger Umgang mit der vorhandenen Energie zur Sicherung einer „atomfreien“ Zukunft beitragen.

Mit der Vorstellung und Vision einer „atomfreien Zukunft Österreichs“ einher, geht die Abgrenzung gegenüber dem Ausland: Vom Herbst 1978 bis in das Jahr 1983 erstreckten sich weitgehend negative Bezüge zur friedlichen Nutzung der Kernenergie im Ausland. Insbesondere Atomkraftwerke in der Nähe zu Österreichs Grenzen wurden von allen drei Fraktionen thematisiert. Während sich die Regierung als „aktiv gegen diese Kraftwerke auftretend“ präsentierte, trieben die Oppositionsparteien diese mit dem Vorwurf mangelnden Engagements vor sich her. Die FPÖ forderte gar wiederholt, Österreich müsse sich infolge der Volksabstimmung vom 5. November 1978 zum internationalen Sprachrohr der KritikerInnen machen. Vertreter der FPÖ waren es auch, die grundsätzliche Zweifel bezüglich der Atomenergie artikulierten – von der Sicherheit über die Endlagerung, bis zur Untrennbarkeit von friedlicher und militärischer Nutzung der Kernkraft – und das Motiv der „Sackgasse Kernenergie“ formulierten. In diesem Zusammenhang wurde von Seiten der FPÖ auch das Bild von Österreich als erster „atomfreier“ Industriestaat in die Debatte getragen.

Für die erste Hälfte des Untersuchungszeitraums können also erste Ansätze für die Ausformung des *imaginary* „atomfreies Österreich“ festgemacht werden. Hier finden sich die Ursprünge zu dem von Ulrike Felt herausgearbeiteten *sociotechnical imaginary*, das sich vor allem durch den Widerstand gegen gewisse Technologien, sowie deren Abwesenheit auszeichnet.⁴⁶⁵

In der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums wurde die Kernenergie wieder verstärkt mit Wirtschaftswachstum und Unabhängigkeit assoziiert, während das „atomfreie Österreich“ aufgrund der sich wandelnden parteipolitischen Lage an Bedeutung verlor. Im Lichte eines „nationalen Konsens“ für die Kernenergie, wie ihn Fred Sinowatz und die SPÖ propagierten, standen einige wenige altbekannte Aspekte im Zentrum: Die Kernenergie wurde als grundsätzlich beherrschbar inszeniert, im Fokus standen Wirtschaftswachstum aufgrund von vermeintlich billigem Atomstrom und damit verbunden energiepolitische Unabhängigkeit. Die Nutzung der Kernenergie im Ausland wurde von den beiden Großparteien nunmehr als Argument für die Inbetriebnahme Zwentendorfs geführt. Die Vorstellung von einem von AKWs umzingelten Österreich verschwand damit nicht aus der Debatte. Vielmehr wurde sie ab diesem Zeitpunkt als Referenz für technologisches Können geführt und weniger als Bedrohung für Österreich beziehungsweise dessen Bevölkerung.

Die Frage der Kernenergie erscheint also über den Untersuchungszeitraum hinweg als höchst umstritten. Das *sociotechnical imaginary*, verstanden als die Summe von Bedeutungskonstruktionen und Sinnstiftungen hinsichtlich dieser Technologie, die im Implementierungsprozess entweder für oder gegen diese mobilisiert und letztlich stabilisiert werden, ist keineswegs gefestigt. Allerdings nimmt dieses sowohl in der ersten Phase des Untersuchungszeitraums, als auch gegen Ende der zweiten Hälfte relativ klare, vor allem aber konträre Formen an. Dass ein derart starker Wandel des *imaginary* überhaupt möglich war deutet auf die enorme Bedeutung von AkteurInnen des Parteien- und Verbändestaates in dieser Frage hin. Entscheidend für die Prägung der Sinnstiftungen ist „die Politik.“ Ihr bieten sich offensichtlich große Handlungsspielräume, die auch genutzt werden. Das durch Umfragen erhobene Meinungsbild in der Bevölkerung unterstreicht dies. Eine technik- beziehungsweise kernkraftkritische oder gar widerständige Mehrheit ist über weite Strecken des Untersuchungszeitraums nicht auszumachen.

⁴⁶⁵Vgl. FELT, Keeping Technologies Out.

6.2 Der Faktor nationale Identität

In der Analyse der parlamentarischen Auseinandersetzung werden auch Berührungspunkte zur nationalen Gemeinschaft beziehungsweise zur nationalen Identität dieses sich wandelnden Vorstellungskomplexes sichtbar.

Mit dem konsensualen Verbot der Kernenergie in Österreich feierten die traditionellen Energieträger Kohle und Wasserkraft ein Revival. Besonders letztere muss in diesem Kontext als Symbol für ein unabhängiges, wiedererstandenes Österreich begriffen werden. Vor allem die Fertigstellung des Kraftwerksprojekts Kaprun wurde – nicht zuletzt in den Schulbüchern der Nachkriegsgeneration – als Beweis für österreichische Leistungsfähigkeit, technisches Können sowie wirtschaftliche Unabhängigkeit inszeniert. Kaprun wurde zum Inbegriff des österreichischen Wiederaufbaus stilisiert.⁴⁶⁶ Nachdem die Wasserkraft ab den 1960er Jahren in den Schatten der Atomenergie geraten war, wurde sie im Lichte des Atomsperrgesetzes wiederentdeckt und sollte vor allem im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts neuerlich eine außergewöhnliche Stellung erreichen: Strom aus Wasserkraft gilt nicht nur als „heimisch“, sondern auch als sauber, ungefährlich und im Einklang mit der Natur hergestellt. Eine Voraussetzung für diese nationale Rückbesinnung zur Wasserkraft bildet ihre Wiederentdeckung und Reinszenierung im Kontext eines „atomfreien Österreich“ in den späten 1970er Jahren.

Neben der Wasserkraft sind die alpenländische Gebirgslandschaft, Seen und Flüsse, ebenso wie der Donaauraum und weitere als „österreichisch“ begriffene Landschaftsbilder dauerhafte Bezugspunkte nationaler Selbstdarstellungen.⁴⁶⁷ Suchen wir nach Anknüpfungspunkten in den analysierten Nationalratsdebatten, scheint auf den ersten Blick ins Auge zu springen, dass Atomenergie von den Nationalratsabgeordneten nicht wesentlich als Frage des Umweltschutzes thematisiert wurde. Wenn überhaupt fand dieser Berücksichtigung in Bezug auf den Ausbau von Kohlekraftwerken oder wurde in ein Argument für die Kernkraft verwandelt. Breuss, Liebhart und Priebersky halten allerdings bereits weniger als zehn Jahre später, also gegen Mitte der 1990er Jahre, fest, dass Österreich ein „*Image als ökologisches Musterland*“⁴⁶⁸ etabliert habe. Die Analyse der Nationalratsdebatten zeigt, dass im Kontext des Atomsperrgesetzes von allen drei Fraktionen eine massive „Energiewende“ propagiert wurde. Ohne entsprechende Maßnahmen zu setzen

⁴⁶⁶Vgl. RATHKOLB, NS-Erbe, Wiederaufbau, Marshallplan, S. 198–201.

⁴⁶⁷Vgl. Susanne BREUSS/Karin LIEBHART/Andreas PRIBERSKY, Österreichische Identität(en) am Beispiel von 'Landschaft', in: Ruth WODAK/Michael MEYER (Hrsg.), Nationale und kulturelle Identitäten Österreichs, Theorien, Methoden und Probleme der Forschung zu kollektiver Identität, Wien 1995, S. 34–47.

⁴⁶⁸Vgl. ebd., S. 40.

und wohl daher rhetorisch umso stärker übersteigert, wurde ein Österreich entworfen, welches eine Vorreiterrolle in der Erforschung und Entwicklung alternativer Energieträger einnimmt. Etwas überspitzt formuliert, treten hier erste Ansätze einer Propagierung ökologisch nachhaltiger Energieversorgung für ein „atomfreies Österreich“ zu Tage, die in völligem Widerspruch zu den beschlossenen energiepolitischen Maßnahmen und den Bestrebungen für die Nutzung der Kernkraft stehen.

Das wohl wichtigste identitätsstiftende Moment in der Diskussion um die Kernenergie in Österreich, liegt in der Abgrenzung zum Ausland. Wie in Kapitel 5.4.4 gezeigt werden konnte, findet diese ebenfalls ihre erste Ausformung in den Nationalratsdebatten unmittelbar nach der Volksabstimmung. Das „atomfreie Österreich“ wird als von Kernkraftwerken umzingelt und einer ständigen unsichtbaren Bedrohung unkalkulierbaren Risikos ausgesetzt, imaginiert. Die „Insel der Seligen“, in der Atomfrage durch Volksabstimmung und Atomsperrgesetz bestätigt, tritt in Kontrast zum bedrohlichen Ausland.

Damit einher geht die Propagierung eines „österreichischen Auftrags“ zum internationalen Auftreten gegen die Atomenergie, der von der SPÖ anfangs zwar durchaus in Frage gestellt, bis zur Mitte des Untersuchungszeitraums aber dennoch im Rahmen der Inszenierung der erfolgreichen Regierungspolitik anerkannt wurde. Im Hinblick auf die einzelnen Phasen der Herausbildung einer österreichischen nationalen Identität in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wie ihn Rathkolb vorgenommen hat, wird deutlich, dass sich in diesem „Auftrag“ einige wesentliche Aspekte verdichten: Im Verhältnis zur friedlichen Nutzung der Atomenergie manifestieren sich eine ständige Ichbezogenheit mit einer gehörigen Portion Selbstüberschätzung der tatsächlichen Möglichkeiten, ebenso wie eine aktive Außenpolitik im Rahmen der Neutralität, die für den Kleinstaat Österreich seit der Ära Kreisky als konstitutiv gesehen wird.⁴⁶⁹

Auch in der Auseinandersetzung um eine Revision des Atomsperrgesetzes zwischen 1983 und 1985 spielte die Nation eine wesentliche Rolle: Wie die Analyse der Nationalratsdebatten zeigt, umfasste der angestrebte „nationale Konsens“ für die Kernenergie gleich mehrere Versprechen und Visionen zum Wohle der nationalen Gemeinschaft: Etwa die Sicherung von Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit, kostengünstigen Atomstrom oder eine größere Unabhängigkeit auf dem Energiesektor. Im Vergleich zur Ablehnung der Kernenergie sind diese allerdings eher an die nationale Gemeinschaft adressiert, während die Art und Weise wie die Ablehnung der Kernenergie inszeniert wurde, gleich mehrere Ansatzpunkte zur Identifikation mit dieser nationalen Gemeinschaft schuf.

⁴⁶⁹Vgl. RATHKOLB, Die Paradoxe Republik, S. 22–31.

6.3 Ein Konsens als Notwendigkeit?

Nach der Erläuterung des Stellenwerts überparteilicher Zusammenarbeit in der österreichischen Politik in Kapitel 4, ist in der Analyse der Nationalratsprotokolle zwischen 1978 und 1986 mehrfach deutlich geworden, dass das Wissen der Funktionäre darüber, wie in Österreich Politik zu machen ist, erheblichen Einfluss auf die einzelnen Positionierungen ausübte.

Während zwischen der Mitte der 1970er Jahre und 1986 kein Zeitpunkt festgemacht werden konnte, zu dem alle drei im Nationalrat vertretenen Parteien die selbe Position zur Kernenergie vertreten hätten, finden sich zahlreiche Schritte, die einstimmig und vor allem in überparteilichem Einklang gesetzt wurden: Die Einleitung der Volksabstimmung 1978, die Anerkennung des Ergebnisses als eindeutig und bindend, der Beschluss des Atomsperrgesetzes, die EntschlieÙung des Nationalrats zur Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit für die Revision dieses Gesetzes, ebenso wie die Fristsetzung einer Entscheidung über den weiteren Verbleib des AKW Zwentendorf im Februar 1985.

Wie in Kapitel 2 erläutert ist es der Anti-AKW-Bewegung Mitte der 1970er Jahre gelungen, den überparteilichen Konsens für die Inbetriebnahme Zwentendorfs aufzubrechen. Der weitere Verlauf der Geschichte der Kernenergiekontroverse in Österreich kann durchaus als der Versuch gelesen werden, diesen Konsens wieder herzustellen, nachdem seine Umgehung über einen Volksentscheid gescheitert war. In Anbetracht des knappen Ergebnisses, einer durch Umfragen immer wieder belegten Mehrheit der BefürworterInnen in der Bevölkerung, vor allem wohl aber aufgrund wiederholter Signale von VertreterInnen der Wirtschaft, allen voran der Industriellenvereinigung, hielt es die SPÖ bis 1985 offenbar für opportun und möglich, tatsächlich eine gemeinsame Revision des Atomsperrgesetzes anzustreben.

Dass von Beginn an eine Zweidrittelmehrheit als Voraussetzung für diesen Schritt festgehalten wurde und diese letzten Endes mittels eines „nationalen Konsens“ für die Atomkraft inszeniert werden sollte, erscheint im Lichte einer längerfristigen Betrachtung wenig verwunderlich, aber von wesentlicher Bedeutung. Die Atomenergie war kein dezidiertes Projekt der SPÖ, mit dessen Durchsetzung sich diese gegenüber ihren eigenen WählerInnen profilieren hätte können. Vielmehr war diese ab Mitte der 1970er Jahre umstritten, letzten Endes auch unter Teilen der „eigenen“ WählerInnen. Vor diesem Hintergrund blieb nur ein, in Bezug auf andere Entscheidungen vielfach vorexerzierter, Weg: Ein Dreiparteienkonsens oder wenigsten eine Lösung im Einverständnis der beiden Großparteien.

Nachdem eine Revision des Ergebnisses der Volksabstimmung wenige Wochen nach derselben und noch dazu im Vorfeld einer Nationalratswahl keine realpolitisch gangbare

Option darstellte, folgten ebenso bekannte Mechanismen. Während sich die Parteien gegenseitig Vorwürfe unterbreiteten und Konflikte inszeniert wurden, bestand über das weitere Vorgehen vorwiegend Einigkeit und entsprechend wurden diese Schritte auch gesetzt. Was neben der Auseinandersetzung um die Erklärung des Ausgangs der Volksabstimmung also vorrangig blieb, war die Inszenierung eines „atomfreien Österreichs.“ Vorerst galt es den Willen des Souveräns anzuerkennen, auch wenn das Ergebnis knapp und nach Umfragen alles andere als längerfristig stabil war.

Es folgten mehrere Jahre einzelner Vorstöße aus der Sphäre der Sozialpartnerschaft, aber auch von Bundeskanzler Kreisky, ehe die SPÖ unter Fred Sinowatz eine tatsächliche Revision des Atomsperrgesetzes anstrebte. Voraussetzung blieb eine Einigung mit der ÖVP, die nach dem Schwenk in den 1970er Jahren und der Auseinandersetzung um die „Ja, aber Position“, wohl aufgrund zu hoher „parteipolitischer Folgekosten“ in ihren Bestrebungen zur Wiedererlangung einer Regierungsbeteiligung, ausblieb. In diesem institutionellen Ringen um eine gemeinsame Entscheidung für die Atomenergie, spielten die artikulierten Bedenken der KernkraftgegnerInnen keine materielle Rolle: Zu keinem Zeitpunkt wurden tatsächliche Entscheidungen in puncto Sicherheit oder Endlagerung im Nationalrat verhandelt, sondern lediglich die Frage in welcher Form von wem Garantien abzugeben seien. Die ÖVP erklärte einstimmige Garantien für Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und die Lösung der Endlagerung durch die Bundesregierung zu Bedingungen für ihre Zustimmung. Eine Forderung, die, hinsichtlich der Regierungsbeteiligung der FPÖ, nicht erfüllt werden konnte. Die SPÖ wiederum versuchte die eine oder andere Brücke zu bauen: Im Bereich der Fragestellung einer neuerlichen Volksabstimmung wurden beispielsweise entsprechende Signale gesetzt. Die Aufhebung des Klubzwangs wiederum sollte für alle drei Fraktionen einen Ausweg bieten.

Nachdem der notwendige Konsens nicht erzielt werden konnte, blieb nichts weiter, als mittels einer strategisch gesetzten 91 zu 90 Mehrheit den Gesichtverlust zu reduzieren. Entgegen späterer Inszenierungen korrespondierte diese einfache Mehrheit im Nationalrat für eine Inbetriebnahme Zwentendorfs mit Mehrheiten bei Umfragen in der Bevölkerung und zwar ohne eine entsprechende Mobilisierungen von SPÖ und ÖVP, die zu diesem Zeitpunkt noch über eine vergleichsweise beachtliche Reichweite verfügten. Während die stille Liquidation des AKW Zwentendorf begonnen wurde, versuchten alle drei Parteien ihr Gesicht zu wahren. Auf die Fahnen schreiben konnte sich die Geschichte der Kernenergie aber bis dato keine Fraktion: Die FPÖ hatte sich von der Verteidigung des Atomsperrgesetzes abgewandt und einen Revisionsversuch geduldet, die SPÖ war in ihrem jahrelangen Bemühen für die Nutzung des fertiggestellten Kraftwerks gescheitert und die ÖVP hatte die dafür notwendige Entscheidung, die im Namen der österreichischen Wirtschaft propagiert wurde, verhindert.

7 Schluss

Als Ende April und Anfang Mai 1986 die Details über die verheerende Reaktorkatastrophe von Tschernobyl bekannt wurden, plädierten – wie bereits in Kapitel 2.6 gezeigt – binnen weniger Tage Helmut Zilk, Erhard Busek, die Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim und Kurt Steyrer, ebenso wie Bundeskanzler Fred Sinowatz für ein endgültiges Aus von Zwentendorf. Bezogen auf den Verlauf der politischen Entwicklung um die Frage der Kernenergie in Österreich, wie sie über die Debatten des Nationalrats erschlossen und in einen breiteren Kontext gestellt wurde, drängt sich vor allem eine Einsicht auf: Der bis zu diesem Zeitpunkt größte Reaktorunfall der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernkraft entzauberte diese nicht nur endgültig bezüglich all ihrer Versprechungen, er bedeutete für die österreichische Innenpolitik unter anderem ein externes Ereignis von einer Größenordnung, welches für die AkteurInnen des österreichischen Parteienstaates eine neue Perspektive bot. Die Katastrophe ermöglichte ein langersehntes Ende der österreichischen Kernenergiekontroverse in einem Konsensakt. Im Schatten dieser Katastrophe wurde es möglich, die parteipolitisch völlig verfahrenere Diskussion um die Kernenergie neu zu inszenieren. Renommiertere Vertreter des Parteien- und Verbändestaates konnten sich ohne Weiteres als einsichtig oder bekehrt geben und sich gemeinsam der Reinszenierung eines „atomfreien Österreichs“ widmen. Es konnte darüber hinaus gezeigt werden, dass die Frage der Kernenergie im In- und Ausland ein starkes Moment innenpolitischer Inszenierung aufweist. Zur weiteren Erläuterung der gegenwärtig so stark ausgeprägten Ablehnung der Kernenergie in Österreich, wäre folglich die Rolle von führenden RepräsentantInnen aus Parteien- und Verbändestaat in der weiteren Entwicklung zu beleuchten. Detaillierte Untersuchungen zum weiteren Verlauf der Ablehnung der Kernenergie unter Berücksichtigung dieser Aspekte sind noch weitgehend ausständig.

Nicht zu unterschätzen ist diese Entwicklung in puncto nationale Identität: Während der österreichischen Gesellschaft im Frühjahr 1986 durch die Waldheim-Affäre die Doppelbödigkeit im Umgang mit der eigenen Vergangenheit, sowie dem in der Zweiten Republik entwickelten Selbstverständnis als österreichische Nation vor Augen geführt wurde, bot sich für führende Proponenten des Parteienstaates die Möglichkeit einer konsensualen Flucht nach vorne geradewegs an. Im Schatten eines technischen Zwischenfalls bisher unbekannten Ausmaßes mussten bezüglich der Atomenergie lediglich einige Jahre innenpolitischer Auseinandersetzung verdrängt werden, während gleichzeitig ein bereits in Ansätzen ausgeformtes *sociotechnical imaginary* bedient, neu eingeübt und

stabilisiert werden konnte: Das „atomfreie Österreich“ im Zentrum eines nuklearen Europas war wohl ein willkommenes Feld zur Inszenierung von überparteilicher Einigkeit. Im Wechselspiel mit einer Bevölkerung, die es sich zunehmend zu Gute hielt, sich der Kernenergie verweigert zu haben⁴⁷⁰, entwickelte sich ein neuer Bezugspunkt nationaler Identität: „ÖsterreicherIn“ zu sein hieß zunehmend auch Teil einer „Gesinnungsgemeinschaft von AtomkraftkritikerInnen“ anzugehören.

⁴⁷⁰Vgl. BREUSS/LIEBHART/PRIBERSKY, Österreichische Identität(en) am Beispiel von ‘Landschaft’, S. 40.

Anhang

Literaturverzeichnis

- ALMOND, Gabriel A., 'Comparative Political Systems', in: *The journal of Politics* 18 (1956), S. 391–409.
- DERS., Politische Kultur-Forschung – Rückblick und Ausblick, in: Dirk BERG-SCHLOSSER und Jakob SCHISLER (Hrsg.), *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, Opladen 1987, S. 27–39.
- ALMOND, Gabriel A. und Sidney VERBA, *An Approach to Political Culture*, in: DIES. (Hrsg.), *The Civic Culture*, Princeton 1963, S. 3–17.
- ANDERSON, Benedict, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Berlin [1983] 1998.
- ASH, Mitchell G., *Wissenschaft und Verantwortung. Zur Historisierung einer diskursiven Formation*, in: Rainer-Christoph SCHWINGES (Hrsg.), *Universität im öffentlichen Raum*, Basel 2008, S. 311–344.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk, *Politische Kultur. Eine neue Dimension politikwissenschaftlicher Analyse*, München 1972.
- BERGEM, Wolfgang, *Politische Kultur und Geschichte*, in: Samuel SALBORN (Hrsg.), *Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, Bd. 1, Frankfurt am Main 2009, S. 201–227.
- BIJKER, Wiebe E. und Trevor J. PINCH, *The Social Construction of Facts and Artifacts: Or How the Sociology of Science and the Sociology of Technology Might Benefit Each Other*, in: W. E. BIJKER, T. HUGHES und T. PINCH (Hrsg.), *The Social Construction of Technological Systems*, Cambridge 1987, S. 17–50.
- BRANDSTÄTTER, Lidia, Michael GROSSER und Hannes WETHNER, *Die Anti-AKW-Bewegung in Österreich*, in: Werner KATZMANN (Hrsg.), *Umdenken. Analysen grüner Politik in Österreich*, Wien 1984.
- BREUER, Georg, *Kohlendioxid und die Kernenergie Diskussion*, in: *Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur* 5/1978, S. 51–53.
- BREUSS, Susanne, Karin LIEBHART und Andreas PRIBERSKY, *Inszenierungen. Stichwörter zu Österreich*, Wien 1995.
- DIES., *Österreichische Identität(en) am Beispiel von 'Landschaft'*, in: Ruth WODAK und Michael MEYER (Hrsg.), *Nationale und kulturelle Identitäten Österreichs, Theorien, Methoden und Probleme der Forschung zu kollektiver Identität*, Wien 1995, S. 34–47.

- BRIX, Emil, Ernst BRUCKMÜLLER und Hannes STEKL (Hrsg.), *Memoria Austriae I. Menschen, Mythen, Zeiten*, Wien, 2004.
- BRUCKMANN, Gerhart, *Sonnenenergie statt Atomkraft. Der reale Ausweg aus der Energiekrise*, Innsbruck/München/Wien/Zürich 1978.
- BUNDESKANZLERAMT (Hrsg.), *Bericht der Bundesregierung an den Nationalrat, betreffend die Nutzung der Kernenergie für die Elektrizitätserzeugung*, Wien 1977.
- BÖHME, Helmut, Peter MATUSSEK und Lothar MÜLLER, *Orientierung Kulturwissenschaft. Was sie kann, was sie will*, Hamburg 2000.
- CONRAD, Christoph und Martina KESSEL (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft*, Stuttgart, 1998.
- DANIEL, Ute, *Kompendium Kulturgeschichte. Theroien, Praxis, Schlüsselwörter*, Frankfurt am Main 2004.
- DENTON, Peter, *Atomic Age*, in: Sal RESTIVO (Hrsg.), *Science, Technology and Society*, Oxford 2005, URL: www.oxfordreference.com.
- EDER, Franz X., *Historische Diskurse und ihre Analyse - eine Einleitung*, in: DERS. (Hrsg.), *Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theroie, Anwendungen*, Wiesbaden 2006.
- EHTREIBER, Ewald, 'Alles für unser Österreich'. *Das Bild Österreichs in den Regierungserklärungen der Zweiten Republik*, hrsg. v. Ruth WODAK und Martin STEGRU, Frankfurt am Main 2003.
- ENDERLE-BURCEL, Getrude, *Die österreichischen Parteien 1945 bis 1955*, in: Reinhard SIEDER, Heinz STEINERT und Emmerich TÁLOS (Hrsg.), *Österreich 1945 – 1995. Gesellschaft - Politik - Kultur*, Wien 1995, S. 80–93.
- ENGELMANN, Frederick C., *Government by Diplomacy. The Austrian Coalition 1945–1966*, Wien 2001.
- ETZ, Bernhard, *Zur Ethik der Atomenergie*, hrsg. v. KATHOLISCHE SOZIALAKADEMIE ÖSTERREICHS, Wien 1977.
- FELT, Ulrike, *Keeping Technologies Out: Sociotechnical imaginaries and formation of national technopolitical identity*. Manuskript für den Sammelband JASANOFF S. & KIM S.-H.: *Dreamscapes of Modernity*, 2013.
- FICKERS, Andreas, 'Politique de la grandeur' versus 'Made in Germany'. *Politische Kulturgeschichte der Technik am Beispiel der PAL-SECAM-Kontroverse*, München 2007.
- FISCHER, Heinz, *Warum ich dennoch für Zwentendorf bin*, in: *Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur* 8/1978, S. 12–14.

- FORSTNER, Christian, Zur Geschichte der österreichischen Kernenergieprogramme, in: Silke FENGLER und Carola SACHSE (Hrsg.), Kernforschung in Österreich. Wandlungen eines interdisziplinären Forschungsfeldes 1900–1978, Wien/Köln/Weimar 2012, S. 159–180.
- FREVERT, Ute, Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen, in: Ute FREVERT und Heinz-Gerhard HAUPT (Hrsg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt/New York 2005, S. 7–26.
- GEHLER, Michael, Die Zweite Republik - zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945-2005), in: Herbert DACHS u. a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 35–52.
- GEMEINSCHAFTSKRAFTWERK TULLNERFELD (GKT) (Hrsg.), Strom für die Zukunft, Wien 1983.
- GERLICH, Peter und Roman PFEFFERLE, Tradition und Wandel, in: Helmut DACHS u. a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 501–511.
- GLEITSMANN, Rolf-Jürgen, Rolf-Ulrich KUNZE und Günther OETZEL, Technikgeschichte, Konstanz 2009.
- GOTTWEIS, Herbert, 1968 und die Folgen: Wissenschaft und öffentliche Kritik – Opposition oder Interaktion?, in: Mitchell G. ASH und Christian H. STIFTER (Hrsg.), Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Von der Wiener Moderne bis zur Gegenwart, Wien 2002, S. 353–366.
- GREIFFENHAGEN, Sylvia, Theorie(n) der Politischen Kultur, in: Samuel SALBORN (Hrsg.), Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Bd. 1, Frankfurt am Main 2009, S. 11–31.
- GRUPPE REVOLUTIONÄRE MARXISTEN (GRM), Nein zu den AKWs. Nein zur Profitgier des Kapitals: Materialien zur Anti-AKW-Diskussion, Wien 1978.
- GÖLLNER, Stefan, Die politischen Diskurse zu ‘Entnazifizierung’, ‘Causa Waldheim’ und ‘EU-Sanktionen’. Opfernarrative und Geschichtsbilder in Nationalratsdebatten, Hamburg 2009.
- HALBRAINER, Heimo, Elke MURLASITS und Sigrid SCHÖNFELDER (Hrsg.), Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf! 30 Jahre danach, Weitra 2008.
- HANISCH, Ernst, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994.
- DERS., Historische Überhänge in der österreichischen politischen Kultur, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 13.1 (1984), S. 15–19.

- HECHT, Gabrielle, Technology, Politics and National Identity in France, in: Michael Thad ALLEN und Gabrielle HECHT (Hrsg.), *Technologies of Power. Essays in Honor of Thomas Parke Hughes and Agatha Chipley Hughes*, Cambridge [Mass.] 2001, S. 253–294.
- DIES., *The radiance of France. Nuclear power and national identity after World War II*, Cambridge [Mass.] 1998.
- HIRSCH, Helmut, *Österreich Dokumentationen: Kernenergie*. 4 Bände, Wien 1977.
- HOBBSBAWM, Eric J., Das Erfinden von Traditionen, in: CONRAD und KESSEL, *Kultur und Gesellschaft*, S. 97–120.
- HORVATH, Patrick, Atomkraftwerk Zwentendorf, in: Reinahrd GUTSCHIK, Patrick HORVATH und Rupert WEINZIERL (Hrsg.), *Verhinderte und verzögerte Infrastrukturprojekte. Kosten und Konsequenzen für Österreich*, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, S. 108–119.
- HÅRD, Mikael und Andrew JAMISON, *Hubris and Hybrids. A Cultural History of Technology and Science*, New York/London 2005.
- INITIATIVE ÖSTERREICHISCHER ATOMKRAFTWERKSGEGNER (Hrsg.), *Atomkraftwerke nein - kein Parlamentsentscheid darf anders sein!*, Wien 1977.
- DIES. (Hrsg.), *Initiativ gegen Atomkraftwerke, für Demokratie und Umwelt*, Wien 1977.
- DIES. (Hrsg.), *Wie ist das mit den Atomkraftwerken wirklich?*, Wien 1976.
- JASANOFF, Sheila, Ordering science, ordering society, in: DIES. (Hrsg.), *States of Knowledge. The co-production of science and social order*, New York 2006, S. 13–45.
- JASANOFF, Sheila und Sang-Hyun KIM, Containing the Atom: Sociotechnical Imaginaries and Nuclear Power in the United States and South Korea, in: *Minerva* 47.2 (2009), S. 119–146.
- JOERGES, Bernward, Do Politics Have Artefacts?, in: *Social Studies of Science* 29.3 (1999), S. 411–431.
- JUNGK, Robert, *Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit*, München 1977.
- KAASE, Max, Sinn oder Unsinn des Konzeptes ‘Politische Kultur’ für die vergleichende Politikforschung, oder auch: der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: Max KAASE und Hans-Dieter KLINGEMANN (Hrsg.), *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*, Opladen 1983.
- KARLHOFER, Ferdinand, Österreich. Zwischen Korporatismus und Zivilgesellschaft, in: Werner REUTTER und Peter RÜTTERS (Hrsg.), *Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa*, Opladen 2001, S. 335–354.

- KATSCHER, Friedrich, Die Strahlung und der Mensch. Strahlenschutz, Sicherheitsvorkehrungen und Sicherheitsmassnahmen für das Kernkraftwerk Zwentendorf. Eine Bürgerinformation des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, Wien 1978.
- KITZMÜLLER, Erich, Österreich - Verspäteter Atomzweig oder nicht-atomarer Anfänger, in: MEZ, Der Atomkonflikt. Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atom-Bewegungen im internationalen Vergleich, 221–228 und 246–260.
- KNOLL, Reinhold und Anton MAYER, Österreichische Konsensdemokratie in Theorie und Praxis. Staat, Interessensverbände, Parteien und die politische Wirklichkeit, Wien/Köln/Graz 1976.
- KOK, Franz, Politik der Elektrizitätswirtschaft in Österreich. Vom Wachstumskonsens zur Krise, Baden-Baden 1991.
- KRIECHBAUMER, Robert, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945, Wien/Köln/Weimar 2001.
- DERS., Die Ära Josef Klaus: Österreich in den 'kurzen' sechziger Jahren, Wien/Köln/Weimar 1998, S. 9–99.
- DERS., Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus, Wien/Köln/Weimar 2004.
- DERS., Zeitenwende. Die SPÖ–FPÖ Koalition 1983–1987 in der historischen Analyse aus Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen des Ironimus, Wien/Köln/Weimar 2008.
- KRIGE, John, American Hegemony and the Postwar Reconstruction of Science in Europe, Cambridge [Mass.]/London 2006.
- DERS., Atoms for Peace, Scientific Internationalism, and Scientific Intelligence, in: John KRIGE und Kai-Henrik BARTH (Hrsg.), Global Power Knowledge. Science and Technology in International Affairs, Chicago 2006, S. 161–181.
- KUCHLER, Andreas, Das Atomzeitalter erreicht Österreich (1950–1970), in: Oliver RATHKOLB u. a. (Hrsg.), Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld, Wien 2012.
- DERS., Die Entwicklung der Wasserkraft zwischen Tschernobyl und der Liberalisierung, in: Oliver RATHKOLB u. a. (Hrsg.), Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld, Wien 2012.
- DERS., Die Umweltbewegung (1965–1985), in: Oliver RATHKOLB u. a. (Hrsg.), Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld, Wien 2012.

- KUCHLER, Andreas, Hainburg (1980–1985), in: Oliver RATHKOLB u. a. (Hrsg.), *Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld*, Wien 2012.
- DERS., Zwentendorf (1968–1986), in: Oliver RATHKOLB u. a. (Hrsg.), *Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld*, Wien 2012.
- KÖNIG, Wolfgang, *Technikgeschichte. Eine Einführung in ihre Konzepte und Forschungsergebnisse*, Stuttgart 2009.
- LACKNER, Helmut, Von Seibersdorf bis Zwentendorf. Die ‘friedliche Nutzung der Atomenergie’ als Leitbild der Energiepolitik in Österreich, in: *Blätter für Technikgeschichte* 62 (2000), S. 201–226.
- LANDWEHR, Achim, *Historische Diskursanalyse*, Frankfurt am Main 2009.
- LEFFLER, Melvyn P. und David S. PAINTER (Hrsg.), *Origins of the Cold War*, New York 2005.
- LEHMBRUCH, Gerhard, Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, in: *Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 335/336, Tübingen 1967.
- LUTHER, Kurt Richard und Wolfgang C. MÜLLER, Consociationalism and the Austrian Political System, in: DIES. (Hrsg.), *Politics in Austria: Still a case of consociationalism?*, London/Portland 1992, S. 1–15.
- MAYRING, Philipp, *Qualitative Inhaltsanalyse*, in: Uwe FLICK u. a. (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Sozialforschung*, München 1991, S. 209–213.
- DERS., *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, Weinheim/Basel 2008.
- MEDHURST, Martin J., Atoms for Peace and Nuclear Hegemony: The Thetorical Structure of a Cold War Campaign, in: *Armed Forces and Society* 24.4 (Sommer 1997), S. 571–593.
- MEZ, Lutz (Hrsg.), *Der Atomkonflikt. Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atom-Bewegungen im internationalen Vergleich*, Berlin, 1979.
- MOMMSEN-REINDL, Margareta, *Die Österreichische Porporzdemokratie und der Fall Habsburg*, Wien/Köln/Graz 1976.
- MOOSBRUGGER, Silvia, *Das strahlenrechtliche Bewilligungsverfahren Zwentendorf im Spiegel des internationalen Atomzeitalters und der politischen Kultur Österreichs*, Magisterarb., Universität Wien, 2012.
- MÜLLER, Wolfgang, *Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission*, Wien/Köln/Weimar 2005.

- MÜLLER, Wolfgang C., Das Regierungssystem 1966–1970: politische Kräfteverhältnisse, Dynamik und Konsequenzen, in: Robert KRIECHBAUMER, Franz SCHAUSBERGER und Hubert WEINBERGER (Hrsg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995, S. 119–138.
- MÜNCH, Richard, Systemtheorie, in: Dieter NOHLEN und Rainer-Olaf SCHULTZE (Hrsg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien. Methoden. Begriffe, Bd. 2, München 2010, S. 1068–1075.
- NATTER, Bernhard, Die ‘Bürger’ versus die ‘Mächtigen’ – Populistischer Protest an den Beispielen Zwentendorf und Hainburg, in: Anton PELINKA (Hrsg.), Populismus in Österreich, Wien 1987, S. 151–170.
- NEISSER, Heinrich und Fritz WINDHAGER (Hrsg.), Atomkraft für Österreich. Argumente, Dokumente und Perspektiven der Kernenergie Diskussion in Österreich, Wien 1978.
- NOWOTNY, Helga, Kernenergie: Anatomie eines Konflikts, Frankfurt am Main 1979.
- ORLAND, Barbara, Der Zwiespalt zwischen Politik und Technik. Ein kulturelles Phänomen in der Vergangenheitsbewältigung Albert Speers und seiner Rezipienten, in: Burkhard DIETZ, Michael FESSNER und Helmut MAIER (Hrsg.), Technische Intelligenz und ‘Kulturfaktor Technik’, Kulturvorstellungen von Technikern und Ingenieuren zwischen Kaiserreich und früher Bundesrepublik Deutschland, Münster 1996, S. 269–297.
- OSIETZKI, Maria, Für eine neue Technikgeschichte, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 3.3 (1992), S. 293–318.
- PELINKA, Anton, Demokratie: Österreich 1900 – Österreich 2000, in: Reinhold GÄRTNER (Hrsg.), Blitzlichter. Österreich am Ende des Jahrhunderts, Innsbruck/Wien 1999.
- DERS., Die kleine Koalition. SPÖ–FPÖ 1983–1986, Wien/Köln/Graz 1993.
- DERS., Von der Funktionalität von Tabus. Zu den ‘Lebenslügen’ der Zweiten Republik, in: Wolfgang KOS und Georg RIGELE (Hrsg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996.
- PELINKA, Anton, Herbert GOTTWEIS und David CAMPBELL, 1978: Volksabstimmung Zwentendorf, in: Forum Politische BILDUNG (Hrsg.), Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte, Innsbruck/Wien 1998, S. 162–175.
- PELINKA, Anton und Sieglinde ROSENBERGER, Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends, Wien 2007.

- PLASSER, Fritz und Peter A. ULRAM, Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur?, Wien 2002.
- DIES., Unbehagen im Parteienstaat. Jugend und Politik in Österreich, Wien/Köln/Graz 1982.
- PREGLAU, Max, The State and the Anti-nuclear Power Movement in Austria, in: Helena FLAM (Hrsg.), States and Anti-Nuclear Movements, Edinburgh 1994, S. 37–69.
- RADKAU, Joachim, Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis heute, Frankfurt/New York 2008.
- RATHKOLB, Oliver, Bruno Kreisky aus der Sicht der Zeitgeschichteforschung, in: Werner GATTY u. a. (Hrsg.), Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970 bis 1983, Innsbruck/Wien 1997, S. 125–138.
- DERS., Die Paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005.
- DERS., NS-Erbe, Wiederaufbau, Marshallplan und das ‘weiße Gold’ in den europäischen Netzwerken, in: Oliver RATHKOLB u. a. (Hrsg.), Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld, Wien 2012.
- RATHKOLB, Oliver u. a. (Hrsg.), Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld, Wien, 2012.
- REITER, Wolfgang L. und Manfred SCHURAWITZKI, Über Brüche hinweg Kontinuität. Physik und Chemie an der Universität Wien nach 1945 – eine erste Annäherung, in: Margarete GRANDNER, Gernot HEISS und Oliver RATHKOLB (Hrsg.), Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945–1945, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2005, S. 236–259.
- RHODES, Richard, Die Atombombe oder Die Geschichte des 8. Schöpfungstages, Nördlingen 1988.
- RIFE, Patricia, Lise Meitner and the Dawn of the Nuclear Age, Boston/Basel/Berlin 1999.
- RINDERER, Traudy, In Sachen Zwentendorf, Wien 1978.
- ROHE, Karl, Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Oskar NIEDERMAYER und Klaus von BEYME (Hrsg.), Politische Kultur in West- und Ostdeutschland, Berlin 1994, S. 1–21.
- ROPOHL, Günther, Allgemeine Technologie. Eine systemtheorie der Technik, Karlsruhe 2009.
- SARASIN, Philipp, Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse, Frankfurt am Main 2003.
- SCHALLER, Christian, Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse mit besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Zwen-

- tendorf bis 1981 ; Dokumentation – Analyse – Interpretation, Diss., Universität Salzburg, 1987.
- SCHEFBECK, Günther, Das Parlament, in: Herbert DACHS u. a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 139–167.
- SCHENTZ, Herbert, Atomenergie. Informationen – Argumente – Kritik, hrsg.v. ARBEITSKREIS ÖKOLOGIE AN DER UNIVERSITÄT SALZBURG GEMEINSAM MIT: ÖSTERREICHISCHER NATURSCHUTZBUND, Salzburg 1975.
- SCHLEICH, Margarete, Die Volksabstimmung über Zwentendorf. Warum Österreichs erstes Kernkraftwerk nicht in Betrieb gegangen ist, Magisterarb., Universität Graz, 2008.
- SCHMIDT, Katharina, Die Kernenergie-Debatte in Österreich. Analyse der politischen Auseinandersetzungen von Zwentendorf über Tschernobyl bis heute, Magisterarb., Universität Wien, 2007.
- SCHMITZ-MAYR-HARTING, Elisabeth, 1. Internationales Atomgegnersymposium: Wir tragen Verantwortung für die Welt von Morgen. Energie und Umwelt im Sonnenzeitalter, Wien 1978.
- SCOTT, John und Grodon MARSHALL, A Dictionary of Sociology, 2009, URL: www.oxfordreference.com.
- STIFTER, Gerald, Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970–1983, Innsbruck/Wien/Bozen 2006.
- STRAUBINGER, Johannes, Sehnsucht Natur: Ökologisierung des Denkens, Norderstedt 2009.
- STROHMEIER, Gerhard, ‘Umwelt’: Österreichische Mythen, Topoi und Erinnerungen. Die Gedächtnisorte ‘Zwentendorf’, ‘Hainburg’ und ‘das Waldsterben’, in: BRIX, BRUCKMÜLLER und STEKL, Memoria Austriae I, S. 357–391.
- TÁLOS, Emmerich, Der Sozialstaat – Vom ‘goldenen Zeitalter’ zur Krise, in: Reinhard SIEDER, Heinz STEINERT und Emmerich TÁLOS (Hrsg.), Österreich 1945 – 1995. Gesellschaft - Politik - Kultur, Wien 1995, S. 537–551.
- DERS., Sozialpartnerschaft. Austrokorporatismus am Ende?, in: Herbert DACHS u. a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 425–442.
- TÁLOS, Emmerich und Bernhrad KITTEL, Sozialpartnerschaft – Zur Konstituierung einer Grundsäule der Zweiten Republik, in: Reinhard SIEDER, Heinz STEINERT und Emmerich TÁLOS (Hrsg.), Österreich 1945 – 1995. Gesellschaft - Politik - Kultur, Wien 1995, S. 537–551.
- TOLLMANN, Alexander, Desaster Zwentendorf, Wien 1983.

- UHL, Heidemarie, Das 'erste Opfer'. Der österreichische Opfermythos und seine Transformation in der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 30.1 (2000), S. 19–34.
- ULRAM, Peter A., Hegemonie und Erosion. Politische Kultur und politischer Wandel in Österreich, Wien 1990.
- VERBAND DER ELEKTRIZITÄTSWERKE (GERHARD SCHWEISSER) (Hrsg.), Warum wir Zwentendorf brauchen, Wien 1975.
- WALDERT, Helmut, Verantwortete Zukunft. Mit oder ohne Atomenergie?, hrsg.v. KATHOLISCHE SOZIALAKADEMIE ÖSTERREICHS, Wien 1980.
- WANG, Jessica, American Science in an Age of Anxiety. Scientists, Anticomunism, and the Cold War, Chapel Hill/London 1999.
- DIES., Scientists and the Problem of the Public in Cold War America, 1945–1960, in: Osiris 17 (2002), S. 323–347.
- WEART, Spencer R., The Rise of Nuclear Fear, Cambridge [Mass.] 2012.
- WEINGAND, Hans-Peter, Industriedenkmal Zwentendorf. Zum Wandel von Technikbewusstsein in Österreich, in: Klaus PLITZNER (Hrsg.), Technik - Politik - Identität. Funktionalisierung von Technik für die Ausbildung regionaler, sozialer und nationaler Selbstbilder in Österreich. Stuttgart 1995, S. 189–200.
- WEISH, Peter und Eduard GRUBER, Radioaktivität und Umwelt, Stuttgart/New York 1975/1979/1986.
- WEITENSFELDER, Hubert, Technologische Entwicklungen, in: Cerman MARKUS u. a. (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft. Europa 1000–2000, Innsbruck, Wien und Bozen 2011, S. 161–177.
- WINKLER-RIEDER, Waltraud, Energiepolitik, in: Helmut DACHS u. a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 675–685.
- WINNER, Langdon, Do Artifacts Have Politics, in: Daedalus 109.1 (1980), S. 121–136.
- DERS., The Whale and the Reactor. A Search for Limits in an Age of high Technology, Chicago/London 1987.
- WODAK, Ruth, The discourse-historical approach, in: Ruth WODAK und Michael MEYER (Hrsg.), Methods of critical discourse analysis, London/Thousand Oaks/New Delhi 2001, S. 63–94.
- ZEHETGRUBER, Andrea, Die Geschichte des Kernkraftwerkes Zwentendorf von der Planung bis ins Jahr 1994, Magisterarb., Universität Wien, 1994.

Online-Ressourcen

- BAILER, Brigitte, Der 'antifaschistische Geist' der Nachkriegszeit. Referat anlässlich eines Symposiums zur politischen Kultur in Österreich 1945 bis zur Gegenwart, Universität Paris 9.–11. Dezember 1999, URL: www.doew.at/thema/antifageist/antifageist.html.
- BUNDESGESETZBLATT, Nr. 149/1999, verlautbart am 13.08.1999, URL: <http://www.ris.bka.gv.at>.
- DASS., Nr. 208/1984, verlautbart am 30.05.1984, URL: <http://www.ris.bka.gv.at>.
- DASS., Nr. 676/1978, verlautbart am 29.12.1978, URL: <http://www.ris.bka.gv.at>.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES, Volksabstimmung am 5. November 1978, Wien 1978, URL: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksabstimmung/files/volksabstimmung.pdf.
- DEMOKRATIEZENTRUM, Das Atomkraftwerk Zwentendorf: Bau, Proteste, Volksabstimmung. URL: <http://www.demokratiezentrum.org/index.php?id=484>.
- DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES, Rechtsextreme Funktionäre, Aktivisten und Ideologen: SCRINZI, Dr. Otto, URL: <http://www.doew.at/publikationen/rechts/handbuch/s.html>.
- EISENHOWER, Dwight D., Atoms for Peace. Rede vor der 470. Plenarsitzung der U.N. Generalversammlung in New York, 8. Dezember 1953, URL: http://www.iaea.org/About/history_speech.html.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.), Europäer und nukleare Sicherheit. Bericht. Eurobarometer Spezial 324, Brüssel 2010, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_324_de.pdf.
- FAYMANN, Werner, Ansprache zum 1. Mai 2010, URL: <http://www.youtube.com/watch?v=7Bbba0LT0QE>.
- LAND SALZBURG, Radioaktivität, URL: <http://www.salzburg.gv.at/themen/nuw/umwelt/atom1.htm>.
- DASS., Österreich und die Atomenergie, URL: http://www.salzburg.gv.at/themen/nuw/umwelt/atom1/radioaktivitaet_oesterreich.htm.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES, Alle Volksbegehren der zweiten Republik, URL: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/Alle_Volksbegehren.aspx.
- PACHL, Walter, Atomenergie, URL: <http://www.austria-lexikon.at/af/AEIOU/Atomenergie>.

SOZIALISITISCHE JUGEND ÖSTERREICHS, Geschichte: Repolitisierung. Vorzugsstimmen-Kampagne für Josef Cap, URL: <http://www.sjoe.at/content/oest/sozjugend/geschichte/sjoe/repol/article/153.html>.

STS RESEARCH PLATFORM: SOCIOTECHNICAL IMAGINARIES, Methodological Pointers, URL: <http://sts.hks.harvard.edu/research/platforms/imaginaries/ii.methods/methodological-pointers/>.

UNOOSA, United Nations Office for Outer Space Affairs, URL: <http://www.oosa.unvienna.org/oosa/en/COPUOS/copuos.html>.

WEISH, Peter, 20 Jahre nach Zwentendorf, 1998, URL: homepage.univie.ac.at/~weishp4/schriften/zwentendorf_20_jahre.pdf.

ÖSTERREICHISCHES PARLAMENT, URL: <http://www.parlament.gv.at>.

Quellenübersicht

Österreichisches Parlament:

Stenographische Protokolle des Nationalrats

		Zeitraum
aus der XIV. Gesetzgebungsperiode	106.–123. Sitzung	07.11.1978–12.03.1979
XV. Gesetzgebungsperiode	1.–149. Sitzung	05.06.1979–03.03.1983
aus der XVI. Gesetzgebungsperiode	1.–140. Sitzung	19.05.1983–04.04.1986

Abstract (deutsch)

Die Arbeit untersucht die Ursprünge der gegenwärtig breit getragenen Ablehnung der Kernenergie in Österreich in der österreichischen Kernenergiekontroverse. Den Hauptteil der Arbeit bildet eine Analyse der stenographischen Protokolle des österreichischen Nationalrats zwischen November 1978 und April 1986. Den Untersuchungszeitraum begrenzen das äußerst knappe Ergebnis der Volksabstimmung vom 5. November 1978 über die Inbetriebnahme des fertig gestellten Atomkraftwerks in Zwentendorf – begriffen als Zeitpunkt einer starken Polarisierung – sowie die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986, welche in der Literatur als das entscheidende Ereignis für die Herausbildung der mehrheitlichen Ablehnung der Kernenergie in Österreich angesehen wird.

Nach einer Einführung in die Geschichte der Kernenergie in Österreich, in welcher wesentliche Aspekte für die spätere ablehnende Haltung der Bevölkerung herausgearbeitet werden, untersucht die Arbeit den weiteren Verlauf der Kernenergiekontroverse im Rahmen des Nationalrats durch die Verschränkung mehrerer Aspekte: Bedeutungskonstruktionen und Sinnstiftung rund um Atomenergie in Österreich werden als *sociotechnical imaginary* erfasst, wobei besonders die Frage nach der Verbindung zwischen Technologiebezügen und nationaler Identität Berücksichtigung findet. Darüber hinaus wird die Kernenergiekontroverse innerhalb des österreichischen Nationalrats im Kontext der *politischen Kultur* analysiert. Hier wird die zentrale Bedeutung konsensualer Zusammenarbeit unter AkteurInnen der politischen Parteien in der Zweiten Republik als wesentlicher Faktor für den Verlauf der Kontroverse und die weitere Entwicklung aufgezeigt.

Durch diese Integration unterschiedlicher Ansätze in der Analyse der letzten Phase der österreichischen Kernenergiekontroverse wird gezeigt, dass die Ursprünge der gegenwärtigen mehrheitlichen Ablehnung der Kernenergie in der Bevölkerung im Verlauf der Kontroverse festzumachen sind: Die Notwendigkeit eines (parteiübergreifenden) Konsens in der „Atomfrage“, ebenso wie ein spezifisches Set an Vorstellungen und Technologiebezügen im Rahmen des *imaginary* „atomfreies Österreich“ und deren Verbindung zu nationaler Identität.

Abstract (english)

The paper *‘Political culture, national identity and nuclear energy. The austrian controversy on nuclear energy between 1978 and 1986 within the national assembly’* identifies the roots of the broad rejection of nuclear technologies in contemporary Austria within the controversy on nuclear energy in the late 1970s and early 1980s. The close result of the referendum in November 1978 on the commissioning of the nuclear power plant in Zwentendorf – understood as a moment of severe polarisation – serves as a starting point for the investigation. In recent studies the explosion of the reactor in Chernobyl in April 1986 is considered the turning point of the austrian controversy and therefore marks the end of the examined period.

Reviewing the history of nuclear energy in Austria the paper sheds light on events and aspects which turn out to be important for the rejection of nuclear technologies in contemporary Austria. On the one hand the analysis of the nuclear debate within the national assembly focuses on ways in which nuclear technologies were made sense of and ascribed with meaning and describes them as a *sociotechnical imaginary*. Next to highlighting the construction of national identity within these processes the analysis on the other hand explores the role of consensus and mutual action within the *political culture* of the Second Republic and its implications for the nuclear controversy.

The integration of different perspectives enables to pinpoint several key aspects of the austrian nuclear controversy for the development of a broad rejection of nuclear technologies in the post-chernobyl era: the obligation to reach a consensus between the political parties, a specific set of ideas described as the *imaginary* of a „nuclear free Austria“ and its specific relations to national identity.

Danksagung

Für die Unterstützung im Rahmen des Entstehungsprozesses dieser Arbeit gilt mein Dank allen voran meinem Betreuer Mitchell Ash für die gewissenhafte und umfassende Betreuung. Darüber hinaus danke ich Ulrike Felt für Anregungen und Hinweise sowie für die zur Verfügung Stellung des zitierten Manuskripts.

Abgesehen davon danke ich Veronika Helfert und Matthias Vigl für Lektüre und Feedback, Andreas Hufler und Stephanie Mihelic für abschließende Korrekturen und all jenen, die mich beim Verfassen dieser Arbeit auf unterschiedlichste Art und Weise unterstützt haben. Ein besonderer Dank gilt dabei meinen Eltern, welche mir das Studium ermöglicht haben.

Lebenslauf

Florian Bayer, geboren am 11.04.1987 in Saalfelden am Steinernen Meer, Salzburg

Ausbildung

- seit 10/2006** Diplomstudium Geschichte an der Universität Wien
- seit 03/2011** Masterstudium Science-Technology-Society an der Universität Wien
- 10/2006–09/2010** Bachelorstudium (anfangs Diplomstudium) Politikwissenschaft an der Universität Wien
- 09/2005–09/2006** Zivildienst in der Sonderkrankenanstalt Rehabilitationszentrum Saalfelden
- 2005** Matura an der HIB Saalfelden

Studienbegleitend

- seit 10/2008** Mitarbeit in der HochschülerInnenschaft: Studienvertretung Geschichte, Fakultätsvertretung Geistes- und Kulturwissenschaften und seit 07/2011 im Referat für Bildungspolitik der Universitätsvertretung ÖH Uni Wien
- seit 04/2010** unterstützende Tätigkeiten (Transkriptionen, Recherche, Konferenzvorbereitung, ...) bei Forschungsprojekten von Ingrid Metzler, Ursula Naue und Johannes Starkbaum